

Ausprägung und Ursachen geschlechtsselektiver Abwanderung aus den neuen Bundesländern

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae
(Dr. phil.)

eingereicht an der

Philosophischen Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Diplom-Sozialwissenschaftler Steffen Kröhnert
geboren am 14.04.1969 in Sebnitz (Sachsen)

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Christoph Marksches

Dekan der Philosophischen Fakultät III
Prof. Dr. Bernd Wegener

Gutachter: 1. Prof. Dr. Hans Bertram
 2. Prof. Dr. Heike Trappe

Tag der mündlichen Prüfung: 08.05.2009

Inhalt

VORBEMERKUNG	3
1 PROBLEMSTELLUNG	4
2 ZIELSETZUNG UND ZENTRALE THESEN.....	5
3 AUFBAU DER ARBEIT UND FORSCHUNGSMETHODISCHES VORGEHEN.....	9
4 HYPOTHESEN	11
5 THEORIE UND EMPIRIE VON WANDERUNGEN	12
5.1 Begriff und Typisierung von Wanderungen.....	12
5.2 Wanderungstheorien.....	14
5.2.1 Makrotheoretische Ansätze.....	15
5.2.2 Mikrotheoretische Ansätze.....	17
5.3 Selektivität von Wanderungsprozessen.....	21
5.3.1 Migration und Lebensalter.....	21
5.3.2 Migration und Geschlecht.....	24
6 VORLIEGENDE UNTERSUCHUNGEN UND HYPOTHESEN ZUR GESCHLECHTS- SELEKTIVEN ABWANDERUNG AUS DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN.....	31
6.1 Gründe für den Fortzug	31
6.2 Bildungsstand der Fortziehenden	38
6.3 Bedeutung und Gründe von Rückwanderung	39
7 DER EINFLUSS DES PARTNERWAHLVERHALTENS AUF DAS WANDERUNGSGESCHEHEN.....	44
8 ALTERS- UND GESCHLECHTSSELEKTIVITÄT DER BINNENWANDERUNG IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN NACH 1989	49
8.1 Datenbasis	49
8.2 Europäischer Vergleich	51
8.3 Wanderungen zwischen neuen und alten Bundesländern	57
8.4 Geschlechtsspezifische Zusammensetzung des Wanderungssaldos der neuen mit den alten Bundesländern im Hinblick auf Fort- und Zuzüge	60
8.5 Kleinräumige Auswirkungen der geschlechtsselektiven Wanderungen	61
9 SOZIALISATIONSHINTERGRÜNDE: GESCHLECHTERARRANGEMENTS IN DER DDR UND IN DER ALTEN BUNDESREPUBLIK.....	74
9.1 Erzwungene Avantgarde – die „Frauenfrage“ in der DDR.....	74
9.2 Traditionalismus und späte Modernisierung - Geschlechterarrangements in der BRD	77
9.3 Geschlechterverhältnisse in Bildung und Beruf um 1989.....	81
9.3.1 Bildungsbeteiligung und Schulsysteme	81
9.3.2 Erwerbsbeteiligung.....	84
9.3.3 Geschlechtsspezifische Berufswahl.....	85
9.3.4 Berufliches Qualifikationsniveau.....	89

10	WIRTSCHAFTLICHER UND GESELLSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL NACH DER WIEDERVEREINIGUNG UND SEINE GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN AUSWIRKUNGEN..	92
10.1	Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit.....	92
10.2	Ursachenanalyse: Der späte Weg in die Dienstleistungsgesellschaft.....	99
10.3	Berufsausbildung im Dualen System.....	104
10.4	Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt.....	107
10.5	Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland – fehlen frauentypische Arbeitsplätze?.....	113
10.6	Erwerbseinkommen und geschlechtsspezifische Lohndifferenz.....	117
10.7	Geschlechtsspezifisches Bildungs- und Qualifikationsniveau.....	119
11	MÖGLICHE URSACHEN DES GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN BILDUNGS-GEFÄLLES.....	125
11.1	Fehlende männliche Rollenbilder in der Familie.....	126
11.2	Feminisierung des Bildungswesens.....	127
11.3	Negativer Einfluss von Bildschirmmedien.....	132
12	EMPIRISCHE UNTERSUCHUNGEN ZU URSACHEN UND AUSWIRKUNGEN DES WANDERUNGSVERHALTENS.....	135
12.1	Partnerschaften zwischen Ost und West – Ergebnisse einer Auswertung des Familiensurveys.....	135
12.2	Datenbasis und Methodik der quantitativen Untersuchung zu den Ursachen der geschlechtsselektiven Abwanderung.....	141
12.3	Regionale Milieus geschlechtsselektiver Wanderungen.....	142
12.4	Determinanten geschlechtsselektiver Wanderungen.....	151
12.5	Determinanten ungleicher Bildungsbeteiligung.....	162
12.6	Ursachen geschlechtsselektiver Wanderung – ein Strukturmodell.....	171
13	ERKENNTNISGEWINN UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KONSEQUENZEN	178
13.1	Ausprägung der geschlechtsselektiven Wanderungen.....	178
13.2	Historische Bedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechterarrangements.....	179
13.3	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	182
13.4	Gesellschaftspolitische Konsequenzen.....	184
	TABELLENVERZEICHNIS.....	186
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	189
	LITERATURVERZEICHNIS.....	191
	ANHANG.....	205

Vorbemerkung

Diese Arbeit baut – wie schon im Antrag auf Zulassung dargelegt – auf einer vom Autor am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung durchgeführten Untersuchung auf, die im März 2007 unter dem Titel „Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der Neuen Bundesländer“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (Kröhnert/ Klingholz 2007). Diese Studie enthielt sowohl einen statistisch-quantitativen wie auch einen qualitativen Teil der Feldforschung. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine theoretische Vertiefung und empirische Weiterentwicklung der im quantitativen Teil der Studie „Not am Mann“ bereits angerissenen Argumentationslinien und Analysen. Das Berlin-Institut versteht sich als gesellschaftspolitischer Think-Tank, das mit seinen Arbeiten auch auf öffentliche Problemwahrnehmung zielt. Da die genannte Studie ein erhebliches öffentliches Interesse ausgelöst hat, ist es wahrscheinlich, dass einige der hier vorgetragenen Thesen seit Veröffentlichung der Studie „Not am Mann“ bereits in die öffentliche Diskussion Eingang gefunden haben. Vorläufige Ergebnisse der vorliegenden Arbeit wurden vom Autor am 1. März 2007 auf der Tagung „Soziodemografischer Wandel - Soziale und kulturelle Konsequenzen für Jugendliche“, Tagung der Sektion Jugendsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie an der Universität Potsdam, sowie am 27. Juni 2008 auf dem 38. Weltkongress des International Institute of Sociology in Budapest vorgestellt. Wiederholt hat der Autor seine Thesen und Untersuchungsergebnisse vor politischen Gremien, lokalen Initiativen und auf geschlechterpolitischen Veranstaltungen vorgetragen.¹

¹ So etwa am 19.06.2007 vor den CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Länder in Berlin, am 12.11.2007 anlässlich der Fachtagung „Macht Chancen gleich“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Finsterwalde, am 09.04.2008 vor der Landesarbeitsgemeinschaft der Landesgleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg in Potsdam und am 18.04.2008 anlässlich eines Fachtages der Hochschule Zittau/ Görlitz zum Thema „Jungen auf Identitätssuche“

1 Problemstellung

Der Fall der innerdeutschen Grenze 1989 und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 löste nicht nur eine historisch einmalige Umwälzung des politischen und wirtschaftlichen Systems in den neuen Bundesländern aus, er bewirkte auch gewaltige soziale und demografische Veränderungen. Zwischen 1989 und 2005 sind 1,6 Millionen zumeist junge Menschen aus den neuen Bundesländern abgewandert, etwa zehn Prozent der damaligen Bevölkerung der DDR. Die enorme Abwanderung, aber auch die geringe Geburtenzahl in den neuen Bundesländern, hat in diesen 17 Jahren nicht nur zu massivem Bevölkerungsrückgang, sondern auch zu erheblichen Veränderungen der soziodemografischen Struktur der ansässigen Bevölkerung geführt.

Während wie bei den meisten Migrationsprozessen die Mehrheit der Wanderer zwischen 18 und 29 Jahre alt war, ist die überproportionale Abwanderung junger Frauen ein für Deutschland neues und weitgehend unerforschtes Phänomen. 55 Prozent aller seit dem Fall der Mauer per Saldo abgewanderten Personen waren Frauen und bis heute verlassen mehr Frauen als Männer die neuen Bundesländer. In Ostdeutschland ist aufgrund der alters- und geschlechtsselektiven Abwanderung ein erhebliches Defizit der weiblichen Bevölkerung in der demografisch aktivsten Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren eingetreten, das im Jahr 2005 in der genannten Altersgruppe bei 90 Frauen zu 100 Männern lag.

Innerhalb der neuen Bundesländer lässt sich auf kleinräumiger Ebene eine regionale Polarisierung der Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung beobachten: Besonders betroffen sind periphere Landkreise, in denen die Geschlechterproportion auf bis zu 77 Frauen je 100 Männer abgesunken ist, während wenige Großstädte eine ausgeglichene Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung aufweisen. Die Konsequenzen dieses Befundes sind nicht nur bevölkerungsstatistischer Art. Zum einen widersprechen sie traditionellen Annahmen zur Mobilität und zu Geschlechterrollen, nach denen Männer als das aktivere, mobilere und stärker erwerbsorientierte Geschlecht gelten. Gleichzeitig deutet die Sonderstellung der neuen Bundesländer im Hinblick auf geschlechtsselektive Wanderungsprozesse im europäischen Maßstab auf besondere Bedingungen hin, welche die genannten Prozesse auslösen. Ziel der geplanten Analyse ist es, Ausprägungen und Ursachen der überproportionalen Abwanderung von Frauen aus den neuen Bundesländern zu untersuchen.

2 Zielsetzung und zentrale Thesen

Der empirische Kern dieser Arbeit ist die statistische Deskription und Analyse geschlechtsselektiver Wanderungsprozesse in Deutschland und der dadurch eingetretenen Veränderungen der regionalen Geschlechterproportion auf der räumlichen Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten im Zeitraum 1995 bis 2004. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dabei die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen, die den größten Teil des Wandervolumens ausmacht und die als Ausbildungs-, Berufseinstiegs- und Familiengründungsaltersgruppe für die demografische und ökonomische Regionalentwicklung von besonderer Bedeutung ist (Mai 2004). Es wird der Frage nachgegangen, wie sich diese Wanderungen beschreiben, typisieren und erklären lassen.

Wir gehen davon aus, dass es sich bei der geschlechtsselektiven Abwanderung aus den neuen Bundesländern um ein für Deutschland und Europa auch historisch in Art und Ausmaß ungewöhnliches Phänomen handelt. Zentrale These der Arbeit ist deshalb, dass sich die Ursachen der Geschlechtsselektivität der Wanderungsprozesse nicht – wie häufig vermutet – allein aus der Situation des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern herleiten lassen, sondern dass ihre Gründe im Zusammenwirken verschiedener Bedingungsgefüge liegen, die in Folge der deutschen Wiedervereinigung zu einer Verwerfung des Geschlechterarrangements kulminierten, welche letztlich für disproportionale Abwanderung und das Entstehen einer unausgewogenen Geschlechterproportion in den neuen Bundesländern verantwortlich sind.

Unter „Geschlechterarrangement“ wird hierbei die konkrete soziale Ausformung der Geschlechterverhältnisse in einer Gesellschaft vor dem Hintergrund eines „Geschlechtervertrages“ verstanden (Dölling 2005: 26). Der „Geschlechtervertrag“ bezeichnet dabei den gesellschaftlichen Konsens über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Familienform und die Art und Weise der Integration beider Geschlechter in die Gesellschaft (Dölling 2005; Schenk 1995). Für das DDR-Geschlechterarrangement war typisch, dass es, obwohl die vorwiegend weibliche Zuständigkeit für Familie und Haushalt bestehen blieb, die Angehörigen beider Geschlechter vorwiegend über Erwerbsarbeit in die Gesellschaft integrierte, was sich in einem Abflachen der Geschlechterhierarchie (im Vergleich zur Gesellschaft der Bundesrepublik) niederschlug. Es entstand eine Mischung aus ökonomischer Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein von DDR-Frauen mit weitgehend fraglosem Akzeptieren ihrer Zuständigkeit für familiäre Belange.

Für Männer bewirkte das DDR-Geschlechterarrangement prinzipiell eine weitgehende Akzeptanz gleichberechtigter Erwerbstätigkeit von Frauen. Die wirtschaftliche Situation der DDR als Industriegesellschaft mit erheblichem Modernisierungsrückstand sicherte Männern jedoch aufgrund ihres Geschlechts eine besondere Wertschätzung im Berufsleben: Die permanente Knappheit von Arbeitskräften in klassischen „männlichen“ Berufen, etwa in der Schwerindustrie, in den Fertigungsindustrien oder in der Landwirtschaft, wie auch die Knappheit bestimmter typisch männlicher Berufe z.B. im Handwerk, sicherte vielen Männern in ihrem Beruf auch unabhängig vom formalen Bildungsstand eine erhebliche gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung. Dies wurde durch den Armee- und Proletkult des DDR-Staates auch symbolisch unterstützt.

Wir argumentieren, dass die biografischen Prägungen² von Männern und Frauen durch die Geschlechterarrangements in der DDR prinzipiell auch als familiäre Prägungen auf die nächste Generation Heranwachsender in den neuen Bundesländern in Form von Werthaltungen und Berufs- bzw. Bildungsaspirationen weitergegeben wurden. Dies äußert sich beispielsweise in der bis heute vorherrschenden höheren Erwerbsneigung junger ostdeutscher Frauen wie auch in der weiterhin deutlichen Geschlechtsselektivität bei Bildungsentscheidungen und Berufswegen.

Anders als jener Diskussionsstrang zur deutschen Wiedervereinigung, der lediglich Rückschritte der Geschlechtergleichstellung auf dem Arbeitsmarkt konstatiert und beklagt (vgl. Geißler 2000, Dienel/ Gerloff 2003), argumentieren wir, dass der gesellschaftliche Wandel in den neuen Bundesländern nicht nur als Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern zu beschreiben ist, sondern dass die biografischen und familiären Prägungen durch die ostdeutschen Geschlechterarrangements junge Frauen prinzipiell mit besseren individuellen Ressourcen für den Umgang mit den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen nach 1990 ausgestattet haben. Die ostdeutsche biografische Prägung von Frauen, gekennzeichnet durch hohe Wertschätzung ökonomischer Selbstständigkeit, hohe Bildungsaspiration und Orientierung auf Tätigkeiten im qualifizierten Dienstleistungsbereich, erwies sich als prinzipiell besser passfähig mit dem marktwirtschaftlichen Leistungsgedanken und den individuellen Anforderungen durch den Umbau der gesamtdeutschen Industriegesellschaft als die biografische Prägung der Männer. Jene resultiert für einen Teil der Männer in den neuen Bundesländern in einer Persistenz der hohen Wertschätzung klassischer männlicher Berufe (ungeachtet der dadurch tatsächlich realisierbaren Arbeitsmarkt-

² Dölling (2005) bezeichnet diese biografischen Prägungen auch als „biografisches Gepäck“.

chancen) oder in Resignation vor den Anforderungen der modernen Gesellschaft, was sich durch eine eher geringe Bildungsaspiration bzw. der Weitergabe einer solchen an die nachfolgende Generation äußert. Die Vermutung einer intergenerationellen Weitergabe biografischer Ressourcen an die nachfolgende Generation nimmt in dieser Argumentation eine wichtige Position ein.

Die disproportionale geschlechtsselektive Migration innerhalb der neuen Bundesländer bzw. von den neuen in die alten Bundesländer sehen wir als Materialisierung der geschlechtsspezifischen biografischen und familiären Ressourcen vor dem Hintergrund a) des Beitritts der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland, verbunden mit der völligen Freizügigkeit von Personen; b) der Übernahme des westdeutschen dreigliedrigen allgemein bildenden Schulsystems mit seiner frühen, durch Lehrer und Erziehungsberechtigte vorgenommenen Selektion auf hierarchisch unterschiedliche Bildungswege; c) des rapiden und tief greifenden wirtschaftlichen Strukturwandels verbunden mit Deindustrialisierungstendenzen in den neuen Bundesländern; d) den gleichzeitigen Liberalisierungs- und Modernisierungstendenzen in der Wirtschaft Westdeutschlands, verbunden mit einer Schrumpfung von Beschäftigungsmöglichkeiten im produzierenden Sektor sowie einer stärkeren Dienstleistungsorientierung sowie e) einer trotz seiner allmählichen Modernisierung insgesamt größeren Bedeutung des westdeutschen Geschlechterarrangements (das angesichts einer im westdeutschen Wirtschaftssystem schlechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf in deutlich stärkerem Maße in eine männliche produktive und weibliche reproduktive Rolle trennt). Erst das Aufeinandertreffen der beschriebenen besonderen gesellschaftlichen Bedingungen mit geschlechtsspezifischen biografischen Ressourcen von jungen Männern und Frauen in den neuen Bundesländern führte zu einer Situation, in der die Abwanderung³ für junge Frauen aus beruflichen und privaten Gründen attraktiver als für junge Männer wurde und die ursächlich für die Herausbildung einer unausgewogenen Geschlechterproportion ist.⁴

Wir vermuten, dass Phänomene des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandels, wie sie ebenso bei der Feminisierung internationaler Migration zu beobachten sind, auch den geschlechtsspezifischen Besonderheiten der Binnenmigration zwischen Ost- und Westdeutschland zugrunde liegen. Geht man etwa vom unter 5.2.2. beschriebenen

³ Sofern nicht anders dargestellt, wird im Folgenden mit dem Begriff „Abwanderung“ jeweils der negative Saldo einer Wanderungsbewegung bezeichnet.

⁴ Während mit „Geschlechtervertrag“ bzw. „Geschlechterarrangement“ die soziale Stellung und Rollenverteilung der Geschlechter gemeint ist, bezeichnet „Geschlechterproportion“ lediglich das rein zahlenmäßige Verhältnis von Frauen und Männern in einer Region.

theoretischen Wanderungsmodell des subjektiv erwarteten Nutzens (Subjective Expected Utility) aus, so scheint der subjektiv erwartete Nutzen junger Frauen beim Wegzug aus den neuen Bundesländern, sowohl unter Beachtung struktureller Arbeitsmarktfaktoren am Herkunfts- und Zielort als auch unter Berücksichtigung von „negativem Nutzen“ wie dem Verlust von Freunden und der Herkunftsfamilie, größer zu sein als jener der gleichaltrigen Männer. Zudem scheint auch die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, diesen erwarteten Nutzen am Zielort realisieren zu können, über jener der Männer zu liegen. Es stellt sich damit nicht nur die Frage, warum sich Frauen häufiger als Männer für einen Wegzug aus den neuen Bundesländern entscheiden, sondern auch, warum Männer diese Entscheidung nicht im gleichen Ausmaß treffen.

3 Aufbau der Arbeit und forschungsmethodisches Vorgehen

Der beschriebene Erklärungsansatz lässt sich nicht eins zu eins in ein Untersuchungsdesign umsetzen, welches mit Hilfe empirischer Daten geprüft werden kann. Deshalb verfolgt die Arbeit das Ziel, die These mithilfe einer kleinräumigen statistischen Auswertung von demografischen und sozioökonomischen Aggregatdaten auf der regionalen Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands zu untermauern.

Im ersten Teil der Arbeit werden zunächst theoretische Konzepte zur Beschreibung, Typisierung und Erklärung von Wanderungen dargestellt (Abschnitt 5). Dabei wird auch auf die Selektivität von Wandervorgängen eingegangen. Während die Wanderungsselektivität in Bezug auf das Lebensalter der Migranten häufig beschrieben wurde, ist die Selektivität nach Geschlecht ein relativ junger Gegenstand der Migrationsforschung. Abschnitt 6 referiert Ergebnisse bisher durchgeführter Untersuchungen zur Abwanderung aus den neuen Bundesländern und fasst dort geäußerte Hypothesen zu den Ursachen der Geschlechtsselektivität zusammen. In Abschnitt 7 wird das Partnerwahlverhalten als zusätzliches Element der Erklärung von geschlechtsspezifischen Wandervorgängen in die Argumentation eingeführt.

In Abschnitt 8 erfolgt zunächst eine deskriptive Analyse der Wandervorgänge zwischen alten und neuen Bundesländern seit 1989. Dabei soll deutlich werden, dass die geschlechtsselektive Abwanderung aus den neuen Bundesländern auch im europäischen Maßstab ein ungewöhnliches Phänomen ist, das nur aus den besonderen Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung erklärt werden kann. Nach der großräumigen Analyse der Wandervorgänge zwischen Ost- und Westdeutschland erfolgt eine Umstellung der Betrachtungsweise auf die kleinräumige Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten. Auf der kleinräumigen Ebene wird bei der Beschreibung der Wanderungen nicht mehr zwischen Herkunfts- und Zielregionen (Ost-West) unterschieden, sondern es werden Gesamtwanderungssalden der Kreise nach Alter und Geschlecht betrachtet.

Abschnitt 9 analysiert die Sozialisationsbedingungen und den ökonomischen Hintergrund der Gesellschaftssysteme der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse – soweit das für die in dieser Arbeit verfolgte Argumentation erforderlich ist. Dabei sind die Geschlechterarrangements in Bildung und Beruf von besonderem Interesse. In Abschnitt 10 wird dann der Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsituation, die Erwerbs- und Bildungsbeteiligung vor dem Hintergrund des Aufeinandertreffens ostdeut-

scher Geschlechterarrangements mit dem westdeutschen Arbeitsmarktregime vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels untersucht. Dabei wird ein deutliches Zurückbleiben ostdeutscher männlicher gegenüber weiblichen Jugendlichen im Bildungssystem konstatiert, dessen möglichen Ursachen in Abschnitt 11 nachgegangen wird.

Abschnitt 12 widmet sich der explorativen statistischen Analyse von regionalen Ausprägungen und Ursachen geschlechtsselektiver Wanderungsbewegungen. Nachdem mit einer Auswertung zum Partnerwahlverhalten ein Phänomen näher beleuchtet wurde, das in die folgenden Analysen von Aggregatdaten auf Kreisebene nicht direkt einbezogen werden kann, gleichwohl aber für die Erklärung disproportionaler Wanderung als bedeutsam erachtet wird, erfolgt mit Hilfe einer Clusteranalyse die Identifizierung regionaler Milieus geschlechtsselektiver Wanderung auf der Ebene von Kreisen. Nachfolgend werden sozioökonomische Determinanten der geschlechtsselektiven Abwanderung mit Hilfe multipler linearer Regressionsanalysen herausgearbeitet. Die Analysen von Abschnitt 12.5 widmen sich speziell dem Zurückbleiben männlicher Jugendlicher im Bildungssystem und suchen hierfür nach Determinanten auf der Aggregatebene. Schließlich fasst Abschnitt 12.6 die durchgeführten statistischen Analysen in einem Strukturmodell zusammen. Die Arbeit schließt in Abschnitt 13 mit einer zusammenfassenden Darstellung der Erkenntnisse und einer Diskussion gesellschaftspolitischer Implikationen.

4 Hypothesen

Aus der Analyse der Sozialisationsbedingungen in der DDR, der Situation von jungen Männern und Frauen im Bildungssystem und auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung sowie aus der Analyse des kleinräumigen Wanderungsverhaltens leiten wir verschiedene Hypothesen zum Zusammenhang von bildungs-, ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Indikatoren und einer geschlechtsselektiven Wanderung ab. Die zentralen Hypothesen lauten:

- a) Die überproportionale Abwanderung von Frauen aus Regionen der neuen Bundesländer ist Resultat des Zusammentreffens spezifisch ostdeutscher Geschlechterarrangements in Bezug auf Bildungsaspiration und Erwerbsneigung mit einer spezifischen regionalen Situation des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes.
- b) Auf kleinräumiger Ebene lassen sich typische regionale Milieus geschlechtsselektiver Wanderungen voneinander abgrenzen. Diese regionalen Milieus unterscheiden nicht nur alte und neue Bundesländer, sondern lassen auch innerhalb der neuen Bundesländer eine Differenzierung nach Regionstypen zu.
- c) Die regionalen Milieus geschlechtsselektiver Wanderungen gehen jeweils mit einer bestimmten Ausprägung von sozialen, ökonomischen und bildungsstatistischen Indikatoren auf der Aggregatebene einher, die als Determinanten des geschlechtsselektiven Wanderungsverhaltens betrachtet werden können.
- d) Das deutlich höhere Bildungsniveau von Frauen ist ein wesentlicher Faktor ihrer überproportionalen Abwanderung.
- e) Ein der Nachfrage aufgrund des hohen Bildungsstandes nicht angemessenes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in qualifizierten und hochqualifizierten Tätigkeiten des Dienstleistungssektors ist ein weiterer Faktor überproportionaler Abwanderung von Frauen.
- f) Arbeitsmarktfaktoren allein können die überproportionale Abwanderung von Frauen nicht erklären, auch das Partnerwahlverhalten beeinflusst unterschiedliche Wegzugs- und Rückzugswahrscheinlichkeiten von Männern und Frauen.

Vor der Herleitung und Prüfung der genannten Hypothesen soll der folgenden Abschnitt zunächst in theoretische Konzepte und empirische Befunde der Migrationsforschung einführen.

5 Theorie und Empirie von Wanderungen

5.1 Begriff und Typisierung von Wanderungen

Die Begriffe Wanderung bzw. Migration⁵ beschreiben Bewegungen von Menschen im geografischen Raum. Sie lassen sich als eine Teilmenge räumlicher Mobilität – Wechsel von Individuen zwischen definierten geografischen Einheiten – beschreiben. Betrachtet man räumliche Mobilität unter *zeitlichen* Gesichtspunkten, so lassen sich Mobilitätsformen mit und ohne Verlagerung des Lebensmittelpunktes unterscheiden: Beim Berufspendeln oder Tourismus kehrt das Individuum immer wieder an seinen Wohnsitz zurück – diese Art der Mobilität wird deshalb als Zirkulation bezeichnet. Von Wanderung oder Migration spricht man im sozialwissenschaftlichen Kontext in der Regel erst dann, wenn damit eine auf längere Dauer angelegte bzw. dauerhaft werdende räumliche Veränderung des Lebensmittelpunktes einer Person einhergeht (Albrecht 1972: 23). Hier wiederum lässt sich – zumindest theoretisch – permanente von nicht-permanenter Wanderung abgrenzen (siehe Abb. 1).

Es liegt allerdings in der komplexen Natur von Migrationsbewegungen, dass zwar vielfältige Typisierungen möglich, diese jedoch selten eindeutig voneinander abgrenzbar sind. In der Realität ist etwa eine scharfe Abgrenzung zwischen Zirkulation, nicht-permanenter und permanenter Migration schwierig. Pendler, die etwa ihren Wohnort zu Arbeits- oder Ausbildungszwecken für mehrere Wochen oder Monate verlassen (z.B. Saisonarbeiter), können ebenso als nicht-permanente Migranten betrachtet werden. Da Migrationsentscheidungen revidierbar sind, kann im Prinzip erst beim Tod eines Menschen festgestellt werden, ob er seine Herkunftsregion „permanent“ verlassen hatte.

Nach *räumlichen* Gesichtspunkten lassen sich Wanderungen relativ zu einer zu definierenden räumlichen Einheit beschreiben. Interregionale Wanderung (auch Außenwanderung) beschreibt dann Migrationsbewegungen zwischen diesen Raumeinheiten und grenzt diese von innerregionalen Wanderungen (auch Binnenwanderung) innerhalb der Einheiten ab. Als Raumeinheiten fungieren dabei meist administrativen Grenzen – einer Stadt, eines Landkreises, eines Bundeslandes – bis hin zur internationalen Migration, einer Form der Außenwanderung bei der Nationalstaaten als räumliche Einheiten betrachtet werden. Stadt-Land-Wanderungen, Stadt-Umland-Wanderungen, Prozesse der Segregation, aber auch die im Mittelpunkt dieser Arbeit stehenden Ost-West-Wanderungen sind Beschreibungen

⁵ Die Begriffe Wanderung und Migration werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

spezieller Migrationsformen nach räumlichen Gesichtspunkten. Die amtliche Definition in Deutschland betrachtet jeden Wohnsitzwechsel über Gemeindegrenzen hinweg als Wanderung, einschließlich der Fälle, in denen jemand unter Beibehaltung seiner bisherigen Wohnung eine zweite Wohnung bezieht. Wohnsitzwechsel innerhalb einer Gemeinde werden nicht registriert.

Schließlich lässt sich auch eine Unterscheidung von Wanderungen nach *kausalen* Aspekten, nach Gründen oder Motiven der Wanderungsentscheidung, treffen. Eine derartige Typisierung ist besonders schwierig, da Wanderungsgründe vielschichtig sein können und zudem nicht selten politisch kontrovers diskutiert werden. So ist etwa eine Unterscheidung in freiwillige und erzwungene Migration im Einzelfall nicht selten umstritten. Während mit „freiwilliger Migration“ die Vorstellung einer freien, individuellen Migrationsentscheidung verbunden ist, impliziert „erzwungene Migration“ die Mobilisierung von Menschen durch physische oder psychische Not oder gar Gewalt. Ob und in welchem Maße Migrationsentscheidungen jedoch freiwillig oder erzwungen sind, ist in vielen Fällen eine normative Frage.

Richmond (1988) schlägt deshalb eine kausale Typisierung von Wanderungen mit fließenden Übergängen vor. Eine Wanderungsentscheidung ist danach auf einem Kontinuum zwischen „proaktiv“ und „reaktiv“ einzuordnen, je nachdem welcher Grad äußeren Drucks auf der Migrationsentscheidung lastet. Am einen Ende der Skala (proaktiv) wären etwa Ruhesitzwanderungen einzuordnen (der Umzug von Pensionären an einen präferierten Wohnort) – am anderen Ende der Skala (reaktiv) stünde die Verschleppung von Zwangsarbeitern.

Eine komplexe Typologie von Wanderungen, die nicht nur deren sozialen Ursachen sondern auch ihre sozialen Wirkungen integrieren will, hat Petersen (1972) aufgestellt. Dabei erfolgt eine Kreuztabellierung von Ursachen und (inhaltlichen) Wanderungszielen: Ursprüngliche, gewaltsame, zwangsweise bzw. freiwillige Wanderungen können jeweils ein „innovatives“ oder ein „konservatives“ Ziel haben. Konservativ ist danach eine Wanderung, die der Beibehaltung des gewohnten Lebensstils dient – etwa die Auswanderung von Bauern, um anderswo erneut als Bauern zu arbeiten – während als innovativ solche Wanderungen bezeichnet werden, die gesellschaftlichen Wandel mit sich bringen – etwa die Landflucht. Allerdings ist eine eindeutige Zuordnung realer Wanderungsströme nicht immer möglich und auch die Zuordnung innovativ/ konservativ ist in vielen Fällen schwierig.

Wanderungstypologien werden dafür kritisiert, dass es ihnen nicht gelingt, die Komplexität existierender Wanderungsbewegungen zu erfassen – und dass es deshalb noch immer keine Wanderungstheorie gibt, die auf einer dieser Typologien aufbaut (Mai 2004).

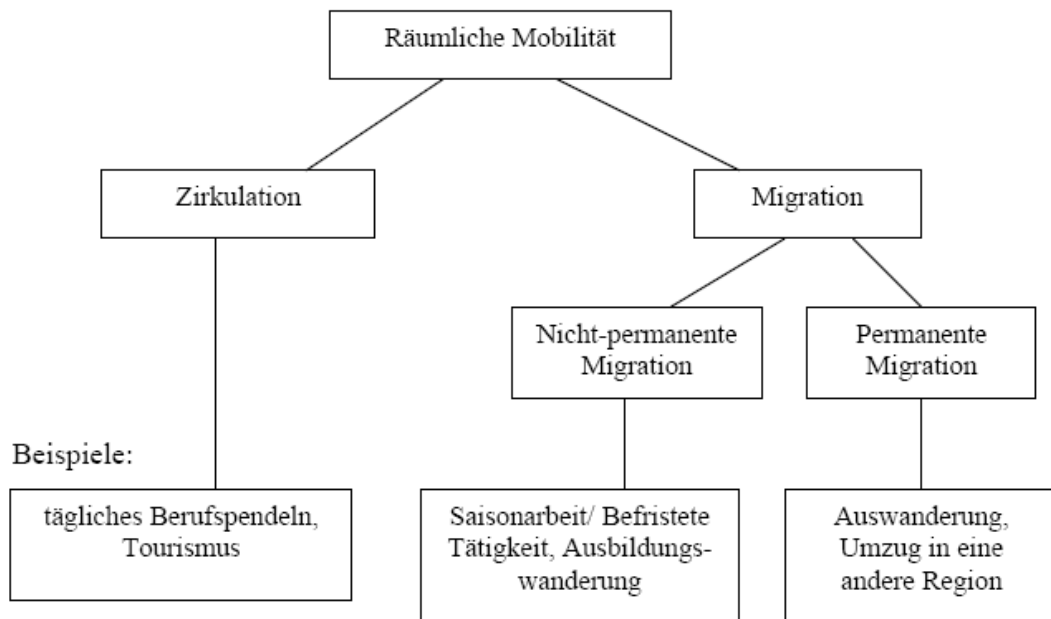


Abb. 1: Typen von Migration nach zeitlichen Kriterien

Quelle: eigene Grafik

Die Übergänge zwischen verschiedenen Formen der Mobilität sind oft fließend. Bei der Mobilität zwischen neuen und alten Bundesländern kommen alle drei genannten Formen der Migration vor – wobei sich einerseits Berufspendeln oder Ausbildungswanderung zu einer permanenten Wohnsitzverlagerung entwickeln kann. Andererseits kehren auch „permanente“ Wanderer nicht selten nach Jahren wieder in ihre Heimatregion zurück.

5.2 Wanderungstheorien

Eine sozialwissenschaftliche Theorie soll beschreiben, warum bestimmte soziale Tatbestände gegeben und worauf diese ursächlich zurückzuführen sind. Bloße Begriffsbildungen und Typologien genügen diesen Anforderungen selbstverständlich nicht. Neben empirischer Wahrheit bzw. „Bewährung“ wird von einer guten Theorie jedoch auch eine möglichst breite Anwendbarkeit erwartet. Je größer die Zahl möglicher Anwendungen einer Theorie ist, umso akzeptabler ist sie.

Im Zusammenhang mit theoretischen Ansätzen zur Erklärung von Migration wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Literatur hierzu praktisch unüberschaubar geworden sei, ohne dass jedoch eine breit anwendbare akzeptable „Theorie der Migration“ existiere (Mai 2004: 23; Kalter 1997:15) Die Ursache hierfür liegt sicherlich erstens in der Vielschichtigkeit des Phänomens Wanderung, zweitens im Mangel an Daten, um bestimm-

te anspruchsvolle Theoriekonstruktionen zu überprüfen und drittens wahrscheinlich auch am politisch kontroversen Gegenstand der Migrationsforschung, vor allem was das Feld der internationalen Migration betrifft.

Vorliegende Theorieansätze zur Erklärung von Wanderungen lassen sich methodisch in Makro- und Mikroansätze unterscheiden. Makrotheoretische Ansätze suchen die Erklärungen der betrachteten Wanderungsphänomene auf der Aggregatebene, während mikrotheoretische Ansätze soziale Phänomene auf Gesetze des Handelns von Individuen zurückführen. Die Überprüfung von Mikrotheorien erfolgt üblicherweise anhand von Individualdaten, die von Makrotheorien mit Aggregatdaten. Entscheidend für die Zuordnung ist jedoch letztlich nicht die Art der verwendenden Daten sondern die Ebene (individuelle/strukturelle), auf welcher die ursächlichen Zusammenhänge vermutet werden. Es gibt nur wenige Theorieansätze die den Anspruch haben, Mikro- und Makroebene miteinander zu verbinden.

5.2.1 Makrotheoretische Ansätze

Makrotheoretische Ansätze versuchen, das aggregierte Wanderungsgeschehen zwischen zwei definierten geografischen Einheiten durch andere Merkmale dieser Regionen, zum Beispiel ökonomische oder geografische, zu erklären. Solche Ansätze sind häufig gut operationalisierbar, weisen aber einen hohen Grad der Verallgemeinerung und Unvollständigkeit auf.

Der Beginn von migrationstheoretischen Überlegungen wird bei Ravenstein (1889) angesetzt. Ravenstein stellte aus der Beobachtung von Wanderungsbewegungen in Großbritannien eine Reihe von „Gesetzen der Wanderung“ auf und stellte damit zum ersten Mal fest, dass Wanderung nicht ungeregt verläuft. Auf Ravensteins Thesen aufbauend wurden in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts so genannte „Gravitationsmodelle“ der Migration erstellt, welche in Anlehnung an das physikalische Gesetz die Distanz zwischen Herkunftsort und potenziellem Zielort als wesentlichen Faktor des Wanderungsvolumens annahmen und versuchten, dies in einer Formel zu erfassen (z.B. Zipf 1946). Richtig erkannt wird, dass das Wanderungsvolumen in der Regel mit der Distanz abnimmt – eine Erklärung für dieses Phänomen liefern Gravitationstheorien jedoch nicht.

Das vom Gravitationsansatz abgeleitete, so genannte Push-Pull-Modell von Wanderungen kann man nicht als eigenständigen Theorieansatz bezeichnen. Es bildet lediglich eine rhetorische Figur, wonach „abstoßende“ Faktoren am Herkunftsort und „anziehende“

Faktoren am Zielort Wanderungen auslösen. Es trifft jedoch keine Aussagen, was das für Faktoren sein könnten und muss daher erst durch einen eigentlichen Theorieansatz gefüllt werden.

Stouffer (1940) versucht in seinem Ansatz der „intervening opportunities“ genau dies zu tun. Er argumentierte, dass das Wanderungsvolumen eines Ortes B mit einem Ort A proportional zur Zahl der „opportunities“ von Migranten am Ort B und umgekehrt proportional zur Anzahl der „intervening opportunities“, den „Optionen“, die Migranten zwischen A und B vorfinden, ist. „Opportunities“ sind für Stouffer dabei „Gelegenheiten zum Bleiben“ – etwa freie Wohnungen und offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei können nur „similar vacancies“ zueinander in Konkurrenz treten, d.h. eine freie Wohnung muss dem eigenen Anspruch und finanziellen Möglichkeiten entsprechen, eine offene Stelle der Berufsausbildung. So kann erklärt werden, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen (Männer/ Frauen, Weiße/ Schwarze, Familien/ Alleinstehende) ein unterschiedliches Wanderungsverhalten aufweisen. Ein Problem des Stoufferschen Theorieansatzes ist es, die „opportunities“ zu operationalisieren. Stouffer versucht dies zu lösen, indem er die beobachtete Zahl der Migranten zu einem Ort mit der Zahl der dort vorher vorhandenen „opportunities“ gleichsetzt.

Makroökonomische Theorieansätze fassen die Optionen von Migranten konkreter als die frühen Gravitationsmodelle. Die klassische Ökonomie vertrat den Ansatz, dass in einer bestimmten Region (unter der Annahme von Vollbeschäftigung) Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage über das Lohnniveau in einen Gleichgewichtszustand gelangen. Wanderungen ließen sich als Mobilität zur Maximierung des Einkommens begreifen – und nehmen dadurch aber gleichzeitig Einfluss auf das Lohnniveau in Herkunfts- und Zielregion.

Lowry (1966) erweiterte diesen Ansatz um die regionale Arbeitslosenquote als Maß für die Wahrscheinlichkeit, das individuelle Einkommen durch Wanderung tatsächlich zu maximieren. Als Reaktion auf eine unterschiedliche Arbeitskräftenachfrage und unterschiedliche Lohnniveaus in verschiedenen Regionen treten Wanderungen auf, in deren Ergebnis sich ein Gleichgewicht zwischen Lohnniveau und Arbeitskräfteangebot einstellen müsste.

Mathematisch formalisiert lässt sich Lowrys Theorieansatz folgendermaßen ausdrücken:

$$M_{i \rightarrow j} = k \cdot \frac{U_i}{U_j} \cdot \frac{W_j}{W_i} \cdot \frac{L_i \cdot L_j}{D_{ij}} + e_{ij}$$

Hierbei ist:

$M_{i \rightarrow j}$	die Zahl der Migranten von i nach j
$U_i; U_j$	die Arbeitslosenquote in i und j
$W_i; W_j$	das Lohnniveau in i und j
$L_i; L_j$	die Anzahl von Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor
D_{ij}	die Distanz zwischen i und j
e_{ij}	Fehlerterm

Der Migrationsstrom von i nach j ist um so größer, je höher die Arbeitslosenquote, je höher die Beschäftigtenzahl und je geringer das Lohnniveau in der Herkunftsregion; je höher die Arbeitslosenquote, je geringer die Beschäftigtenzahl und je geringer das Lohnniveau in der Zielregion und je kleiner die Distanz zwischen beiden Regionen ist.

Gravitationsmodelle und makroökonomische Ansätze haben mit der geografischen Distanz, dem Lohnniveau und der Arbeitslosenquote wesentliche Determinanten von Wanderungsprozessen ausfindig gemacht. Auf Aggregatdatenniveau lässt sich eine gute Anpassung an das empirische Wanderungsverhalten herstellen (z.B. Birg 1993). Für die Erklärung der Wanderungsentscheidung eines bestimmten Individuums sind die Theorieansätze allerdings ungeeignet: So kann nicht erklärt werden, warum immer auch zahlreiche Individuen nicht wandern, obwohl sie in der Zielregion profitieren könnten. Auch die Tatsache, dass eine Person von A nach B wandert, eine andere hingegen in umgekehrter Richtung, ist mit strukturellen Faktoren allein nicht zu erklären.

5.2.2 Mikrotheoretische Ansätze

Mikrotheoretische Ansätze versuchen, individuelle Präferenzen und Eigenschaften zur Erklärung von individuellen Wanderungsentscheidungen heranzuziehen. Lee (1972) versucht in seiner Arbeit einen makrotheoretischen Ansatz individualistisch zu erweitern: Er beschreibt Wanderungen als Wirkkomplex von vier verschiedenen Faktoren: 1) Faktoren in Verbindung mit dem Herkunftsgebiet, 2) Faktoren in Verbindung mit dem Zielgebiet, 3) intervenierende Hindernisse sowie 4) individuelle Faktoren.

In 1) und 2) sind nun nicht mehr nur Lohnniveau und Arbeitslosenquote als Einflussfaktoren, sondern vielfältige strukturelle Merkmale wie Klima, Qualität des Gesundheits- und Schulsystems oder öffentliche Sicherheit denkbar. Faktor 3) berücksichtigt nicht mehr nur die Distanz zwischen Herkunfts- und Zielregion, sondern auch objektive Hindernisse wie etwa Einwanderungsgesetze oder undurchlässige Grenzen. Bei den individuellen Faktoren wird berücksichtigt, dass verschiedene persönliche Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Beruf oder ethnische Herkunft Einfluss auf das Wanderungsgeschehen nehmen können. Unter diese „individuellen Faktoren“ fällt auch die Tatsache, dass nicht allein die objektiven, strukturellen Faktoren an sich, sondern die Wahrnehmung dieser Faktoren durch potenzielle Migranten das Wanderungsverhalten bestimmen. Je nach individueller Wahrnehmung und Lebenssituation können strukturelle Merkmale ganz unterschiedliche Wirkungen entfalten.

Die Entscheidung zwischen Wanderung und Nichtwanderung führt Lee grundsätzlich auf einen (jeweils individuellen) Vergleich zwischen den Faktoren am Herkunfts- und am Zielort zurück. Der Nachteil eines solchen mikrotheoretischen vertieften Modells ist es, dass es kaum in eine präzise Formel umzusetzen ist.

Während Lee noch die Makrofaktoren betont, stellt das mikroökonomische Humankapitalmodell eine Wanderungstheorie mit mikrotheoretischem Schwerpunkt dar (Sjaastad 1962). Hier wird Wanderung als Investition in die Produktivität des individuellen Humankapitals interpretiert. Wanderung ist für das Individuum mit Erträgen und mit Kosten verbunden, die sowohl monetär als auch nichtmonetär sein können. Erträge müssen sich dabei nicht sofort einstellen, sie können auch dann Wanderungen auslösen, wenn sie erst für eine fernere Zukunft erwartet werden. Eine Beschreibung der Grundidee liefert folgende Formel (Speare 1971: 118):

Wanderung findet statt, wenn

$$\sum_{j=1}^N \frac{(Y_{dj} - Y_{oj})}{(1+r)^j} - T > 0$$

Dabei sind:

$Y_{dj}; Y_{oj}$	Einkünfte am Ziel (destination) bzw. am Herkunftsort (origin)
T	Kosten der Wanderung
N	Anzahl der Jahre, in denen noch Erträge zu erwarten sind
r	Rate zur Diskontierung des zukünftigen Einkommens

Hier handelt es sich bei „Einkünften“ nicht um strukturelle Lohnniveaus, sondern um individuelle Erwartungen bezüglich des Einkommens. Nach diesem Modell ist es um so wahrscheinlicher, dass eine Person wandert, je weiter die Einkünfte am Zielort über denen des Herkunftsortes liegen, je mehr Jahre noch im Erwerbsleben verbracht werden und je geringer die Kosten der Wanderung sind. Damit kann unterschiedliches Wanderungsverhalten verschiedener sozialer Gruppen prinzipiell erfasst werden, da die individuellen Einkommenserwartungen mit Merkmalen wie Beruf, Alter oder Geschlecht im Zusammenhang stehen.

Einen einflussreichen Beitrag zur mikrotheoretischen Wanderungstheorie lieferte Wolpert (1965). Er sieht Wanderungen als eine Form der individuellen oder Gruppenanpassung an wahrgenommene Veränderungen der Umwelt (Wolpert 1965: 161). Jeder Akteur misst seinem Wohnort einen Netto-Nutzen (place utility) hinsichtlich verschiedener Aspekte der Lebensqualität zu. Dieser wird verglichen mit einem individuellen Anspruchsniveau (aspiration level), das sich ebenfalls aus Nutzen-Ansprüchen hinsichtlich verschiedener Aspekte zusammensetzt. Sinkt die place utility unter das aspiration level ergibt sich die Notwendigkeit einer Anpassung, die durch Wanderung erfolgen kann. Ein Anpassungserfordernis kann also entweder über ein Sinken der place utility (z.B. durch Verschlechterung der Lebensbedingungen am Wohnort) oder über eine Erhöhung des aspiration levels (etwa durch einen höheren Bildungsabschluss oder durch Informationen über mutmaßlich bessere Bedingungen an einem anderen Ort) erfolgen. Wolperts Ansatz hat den Vorteil, dass er auch andere Alternativen der Bedürfnisbefriedigung anstelle der Wanderungsentscheidung integrieren kann und damit die Brücke von einer Wanderungstheorie zu einer allgemeinen Theorie des Handelns schlägt. Damit wendet er sich vom „Maximierungsprinzip“ der Humankapitaltheorie ab. Der Place-utility-Ansatz sieht Individuen nicht als Maximierer, sondern als Bedürfnisbefriediger – und kommt der sozialen Realität damit näher.

Im Modell der Subjective Expected Utility (SEU), einer Werterwartungstheorie, sehen De Jong und Fawcett (1981) den „gemeinsamen Nenner“ aller bisheriger Wanderungstheorien. Nach dem SEU-Modell wählen Personen aus einer gegebenen Anzahl von Hand-

lungsalternativen diejenige, die für sie mit dem größten Nutzen verbunden ist. Um diesen Nutzen zu ermitteln wird die Handlungsalternative im Hinblick auf verschiedene persönliche Ziele einer subjektiven Einschätzung unterzogen, wobei Kosten als negativer Nutzen in die Bewertung eingehen. In diese subjektive Nutzererwartung geht selbstverständlich das Wissen um strukturelle Faktoren wie Arbeitsmarkt, Lohnniveau oder Klima mit ein. Ebenso wird vom Individuum evaluiert, mit welcher Wahrscheinlichkeit (p_{ij}) die Handlung i zum Ziel j führen wird. Ziel des Handelnden ist es demnach den subjektiv erwarteten Nutzen (Subjective Expected Utility – SEU) der Handlung zu maximieren.

In eine Formel gefasst, sieht das Modell folgendermaßen aus:

$$SEU(i) = \sum p_{ij} \cdot U_j$$

Der Ausdruck besagt, dass der subjektiv erwartete Gesamtnutzen (SEU) einer bestimmten Handlung (i) (im Fall der Wanderung) sich zusammensetzt aus der Summe der subjektiven Nutzen (U), die diese Handlung für die Erreichung verschiedener individueller Ziele (j) hat, multipliziert mit den jeweils subjektiv erwarteten Wahrscheinlichkeiten (p), dass diese Nutzen auch tatsächlich realisiert werden. Das Individuum wählt bei verschiedenen Alternativen diejenige Handlung aus, für die der SEU(i)-Wert maximal ist. Wanderung findet also statt, wenn der subjektiv erwartete Gesamtnutzen der Wanderung für das Individuum über dem der Sesshaftigkeit liegt. Tatsächlich kann diese Werterwartungstheorie eine Vielzahl von bereits in anderen Theorieansätzen beschriebenen Determinanten des Wanderungsverhaltens integrieren, wenn expliziert werden kann, welchen Einfluss die jeweiligen Faktoren auf den individuellen Entscheidungsprozess haben.

Die beschriebenen mikrotheoretischen Ansätze haben den Vorteil, dass sie prinzipiell eine Vielzahl äußerer Randbedingungen wie auch Persönlichkeitseigenschaften in die Handlungsentscheidung des Individuums einbeziehen können. Allerdings benötigen sie dazu sehr viele Informationen über das Individuum und die Wirkung sozialstruktureller Faktoren auf das Handeln kann nur schwer expliziert werden. Damit haben diese Theorieansätze zwar einen höheren Informationsgehalt als Makroansätze – ihre Operationalisierbarkeit und Anwendbarkeit auf reale Migrationsprozesse ist jedoch äußerst schwierig.

5.3 Selektivität von Wanderungsprozessen

Von Selektivität von Wanderungsprozessen kann man dann sprechen, wenn ein oder mehrere Merkmale, die Migranten aufweisen, signifikant vom Durchschnittswert der Wohnbevölkerung abweichen. In diesem Sinn sind Wanderungen fast immer selektiv. Legt man den oben beschriebenen theoretischen Ansatz der Subjectiv Expected Utility (SEU) zugrunde, so kann man davon ausgehen, dass Personen mit unterschiedlicher demografischen und sozioökonomischen Merkmalen verschiedene persönliche Ziele verfolgen, mit denen sie unterschiedliche Nutzenerwartungen verbinden und auch die Wahrscheinlichkeit, diese Nutzenerwartungen zu realisieren, unterschiedlich bewerten. Entscheidend für die Selektivität von Wanderungsbewegungen ist, dass Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur selben Gruppe (demografisch, beruflich, politisch, sozialpsychologisch) ähnliche Bewertungen der Ziel- und Herkunftsregionen vornehmen, was sich in einer erhöhten Wanderungswahrscheinlichkeit von Angehörigen dieser Personengruppe manifestiert (Gatzweiler 1975: 50).

Obwohl die Selektivität von Wanderungsprozessen von erheblicher Bedeutung für die Analyse ihrer Ursachen und Auswirkungen ist, wird sie selten untersucht (Mai 2004: 37). Eine Ursache hierfür ist die oft schlechte Datenlage auf kleinräumiger Ebene. Die bedeutsamste und anhand von Daten der amtlichen Statistik noch am einfachsten zu treffende Unterscheidung ist die Selektivität von Wanderungen nach Lebensalter und Geschlecht.

5.3.1 *Migration und Lebensalter*

Das Wanderungsverhalten von Menschen variiert in Richtung und Stärke deutlich mit dem Lebensalter. Von entscheidender Bedeutung für die Erklärung von Wanderungsvorgängen und -motiven auf kleinräumiger Ebene ist hier das Lebenszykluskonzept (Kemper 1985: 180). Ursache für das nach der Stellung im Lebenszyklus variierenden Wanderungsverhaltens ist die verschiedene Bewertung von Regionen aufgrund eines unterschiedlichen Anspruchsniveaus durch Menschen in verschiedenen Altersgruppen (Gatzweiler 1975: 70). Wanderungsmotive sind nach diesem Konzept weniger Veränderungen der sozioökonomischen Gegebenheiten von Ziel- und Herkunftsregion, sondern vielmehr die mittelfristige Veränderung des Anspruchsniveaus im Lebensverlauf. Je nach Ereignissen im Lebensverlauf, die typischerweise für viele Menschen in der gleichen Lebensphase eintreten, resultiert daraus eine regionale altersspezifische Segregation. Im jüngeren und mittleren Lebensalter (zwischen 18 und 50 Jahren) spielen arbeitsmarktorientierte Wanderungen wie

die Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einem neuen bzw. besseren Arbeitsplatz eine wichtige Rolle. Sie nehmen mit zunehmendem Lebensalter aber an Bedeutung ab. Für Personen mittleren Alters (30 bis 50 Jahre) gewinnen zusätzlich Faktoren wie Immobilienpreise oder Ansprüche an ein qualitativ hochwertiges Wohnumfeld an Bedeutung. Wichtig für die Zuordnung von Wanderungsmotiven ist hier auch die Wanderungsdistanz: Kleinräumige Wanderungen sind in der Regel Wohnungs- und Wohnumfeldwanderungen – Personen versuchen, ihre Wohnsituation zu optimieren und den gegenwärtigen Lebensumständen anzupassen. Dabei können sozialräumliche Faktoren wie Infrastrukturausstattung, naturräumliche Gegebenheiten und soziales Umfeld zusätzliche Push- oder Pull-Faktoren darstellen. Nach einer Untersuchung von Doberkau (1980) in einer ländlichen Region Baden-Württembergs sind etwa 90 Prozent der kleinräumigen Wanderungen auf familiäre bzw. wohnungsbezogene Motive zurückzuführen. Für weiterreichende interregionale Wanderungen sind hingegen in der Regel berufliche oder ausbildungsbezogene Motive dominierend. Daraus resultiert wiederum, dass solche überregionalen Wanderungen von jüngeren Menschen dominiert werden – weil in ihrer Lebenszyklusphase die arbeits- und ausbildungsbezogenen Motive vorrangig sind.

Anhand der Stellung im Lebenszyklus lassen sich sechs für die Migration relevante Altersgruppen unterscheiden:

- 1) Unter 18-Jährige: Diese Gruppe wandert in der Regel nicht selbstständig, da sie noch stark in den Haushalt der Eltern eingebunden ist. Allerdings fallen in diese Gruppe mit den 16- bis 18-Jährigen auch schon erste Ausbildungswanderer.
- 2) 18- bis 25-Jährige: Diese Altersgruppe weist die höchste Mobilität auf. Die Suche nach einem Ausbildungs- oder dem ersten Arbeitsplatz und das noch weitgehende Fehlen eigener familiärer Bindungen macht diese Altersgruppe hochgradig mobil. Die Wanderungen sind hauptsächlich ausbildungsplatzorientiert.
- 3) 25- bis 30-Jährige: Hier erfolgen die ersten Familien- und Haushaltsgründungen, auch die Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz spielt noch eine große Rolle. Diese Gruppe ist ebenfalls sehr mobil, die Wanderungen sind arbeitsplatz- und wohnortorientiert.
- 4) 30- bis 50-Jährige: In diese Altersgruppe fallen typischerweise Eltern mit minderjährigen Kindern. Aufgrund der familiären Verpflichtungen ist die Mobilität in dieser Altersgruppe deutlich geringer als im jüngeren Lebensalter. Es kommt allerdings zu eher kleinräumigen Wanderungen aufgrund der Suche nach geeigneterem Wohnraum oder Wohneigentum. Häufig dominiert hier eine Wanderung in das

Umland von Städten. Man bezeichnet diese Gruppe als Familienwanderer und fasst sie bei Wanderungsanalysen häufig mit den unter 18-Jährigen zusammen, da diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen in der Regel nur gemeinsam mit ihren Eltern umzieht.

- 5) 50- bis 65-Jährige: In dieser Phase verlassen die Kinder den elterlichen Haushalt, für einen Teil der Menschen dieses Alters beginnt der Ruhestand. Wanderungen treten in diesem Alter vergleichsweise selten auf, da sich Arbeits- und Wohnsituation konsolidiert haben. Gegen Ende dieser Lebensphase kommt es jedoch verstärkt zu Ruhesitzwanderungen, die in der Regel aus den urbanen in ländliche, landschaftlich attraktive Regionen führen.
- 6) Ab 65-Jährige: Es kommt weiterhin (mit bei steigendem Lebensalter abnehmender Intensität) zu Ruhesitzwanderungen. Im höheren Lebensalter (etwa ab 75 Jahre) kommt es dann auch zu Wanderungen, die durch den Gesundheitszustand bedingt sind – etwa Umzüge zu den Kindern oder in Pflegeeinrichtungen. Generell ist das Wanderungsvolumen dieser Altersgruppe jedoch am geringsten.

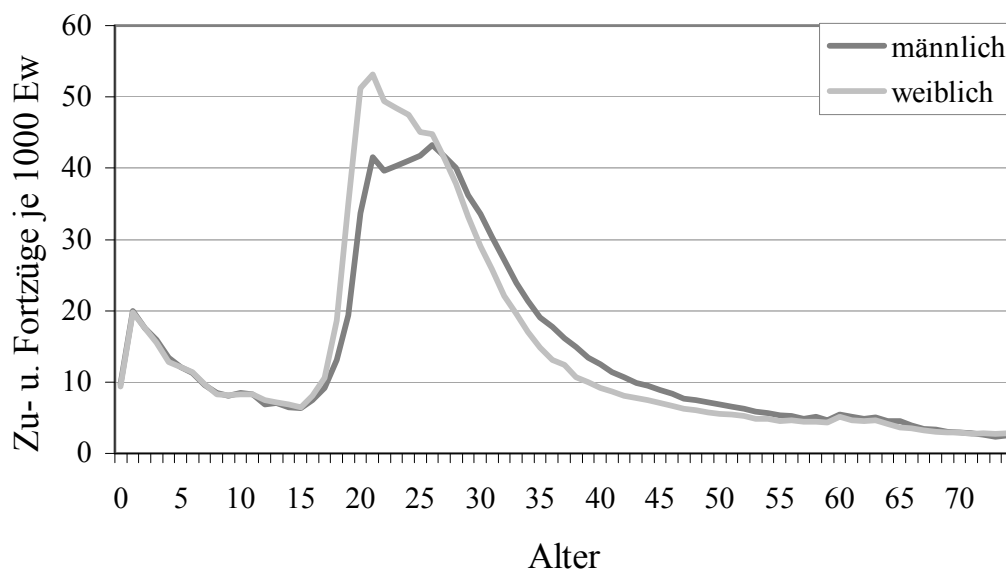


Abb. 2: Wanderungssaldoraten nach Altersjahren und Geschlecht in Deutschland 2005 (Zu- und Fortzüge über Ländergrenzen je 1000 Einwohner)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2006a), eigene Berechnungen

Die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen weist die höchste Mobilität auf – sie ist in Deutschland bei Frauen höher als bei Männern. Mit zunehmendem Lebensalter sinkt die Mobilität, bei Erreichen des (realen) Renteneintrittsalters kommt es noch zu einem leichten Anstieg aufgrund von Ruhesitzwanderungen.

Abb. 2 stellt die Binnenwanderungsintensität in Deutschland für das Jahr 2005 nach Alter und Geschlecht dar. Bis zum 16. Lebensjahr sind die Wanderungssaldoraten von Männern und Frauen identisch. Die erhöhte Wanderungssaldorate bei Kleinkindern kommt durch verstärkte Umzüge von Eltern mit ihren Kinder in familiengerechten Wohnraum zustande. Ab dem 16. Lebensjahr steigt die Wanderungsintensität stark an und erreicht bei Frauen im Alter von 21 Jahren, bei Männern im Alter von 26 Jahren ihren Höhepunkt. Ab etwa dem 30. Lebensjahr nimmt die Wanderungsintensität stark und kontinuierlich ab und erhöht sich lediglich um das Alter von 60 Jahren nochmals leicht (Ruhesitzwanderungen). Im Alter zwischen 30 und 60 Jahren liegt die Wanderungsintensität von Männern stets leicht über jener der Frauen. Dies dürfte mit dem höheren Anteil kinderloser Männer und häufigeren berufsbedingten Umzügen von Männern zu erklären sein. Auffällig ist allerdings die deutlich höhere Wanderungsintensität von Frauen gegenüber den Männern im Alter von 18 bis 25 Jahren, für welche die in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehende hohe Mobilität ostdeutscher Frauen ursächlich sein dürfte.

5.3.2 Migration und Geschlecht

Bis in die 1980er Jahre herrschte die Meinung vor, Migration, insbesondere grenzüberschreitende Migration, sei eine Domäne junger Männer (Han 2003). Für Frauen wurde angenommen, dass ihr Anteil an den Migrationsströmen einerseits deutlich geringer als jener der Männer sei, andererseits ging man davon aus, dass Frauen, wenn überhaupt, meist abhängig migrierten: Entweder wanderten sie zum Zweck der Heirat oder sie zogen ihren Männern nach, die sich bereits anderswo niedergelassen hatten. Dadurch, so die Vermutung, sei die Zahl der wandernden Frauen insgesamt fast immer geringer als jene der Männer geblieben (UNFPA 2006: 22). Von „abhängiger Migration“ spricht man, wenn die Migration von Frauen lediglich ein Mittel zur Familienzusammenführung ist. Im Gegensatz dazu beschreibt „unabhängige Migration“ eine Form der Wanderung, bei der Frauen unabhängig von ihren Familien wandern und dabei individuelle Ziele verfolgen.

Allerdings gibt es Autoren, die sich kritisch zu der vermeintlichen historischen Dominanz der Männer bei internationalen Wanderungen und der Abhängigkeit der Frauen äußern und dies für ein Problem mangelnder Wahrnehmung halten: „Die Feminisierung der Migration ist kein neues Phänomen. Vom westafrikanischen Sklavenhandel bis zum neoliberalen Rückzug des Staates aus der Bereitstellung reproduktiver Dienstleistungen hat es immer einen geschlechterspezifischen Bedarf an Migrantenarbeit gegeben.“ (Phizacklea

2001: 138) „Die meisten Untersuchungen in der Migrationsforschung haben die Geschlechterdimension ignoriert oder die Frauen als bloßes Anhängsel ihrer Männer oder Väter dargestellt, welche die eigentlichen Initiatoren von Migrationsprojekten sind.“ (Phizacklea 2001: 142).

Die nur sporadisch verfügbaren historischen Daten deuten darauf hin, dass zwar bereits in der Vergangenheit unabhängige Migration von Frauen existierte, dass aber der Umfang der abhängigen Migration wesentlich größer war (Han 2003: 23; UNFPA 2006). Die Ursache dafür wird in den patriarchalisch verfassten Sozialordnungen früherer Gesellschaften gesehen, ihren geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen und der damit verbundenen ungleichen Behandlung der Geschlechter. Als „patriarchalisch verfasst“ wird dabei ein System sozialer Beziehungen verstanden, in dem Männer Frauen beherrschen und ausbeuten. Eine patriarchalisch verfasste Sozialordnung äußert sich in den Machtverhältnissen bei der Erwerbsarbeit, im politischen System, in der Sexualität, in kulturellen Institutionen (Religion, Bildung, Medien) und ist ergänzt durch männliche physische Gewalt (Walby 1990). Patriarchalisch verfasste Gesellschaften sind durch Patrilinearität und Patrilokalität der Familienverhältnisse gekennzeichnet: Aus einer Ehe hervorgehende Kinder werden dem Mann bzw. der väterlichen Familie zugerechnet, nur männliche Kinder sind erbberechtigt (Patrilinearität). Die Ehefrau wird mit der Heirat Mitglied der Familie des Ehemanns und hat dort auch ihren Wohnsitz zu nehmen (Patrilokalität).⁶ Unverheiratete Frauen wurden in diesem System als Eigentum ihres Vaters betrachtet, der zugleich eine Fürsorgepflicht der Tochter gegenüber hatte. Diese Fürsorgepflicht endete mit der Heirat der Tochter – wodurch die Frau in das Eigentum und die Fürsorgepflicht ihres Ehemannes überging. Die damit einhergehende Unfreiheit von Frauen schränkte deren Mobilität insgesamt stark ein und ermöglichte, wenn überhaupt, nur abhängige Migration.

Die früheste, statistisch beobachtete weiblich dominierte Migrationswelle stellte die irische Auswanderung nach den USA Ende des 19. Jahrhunderts dar. Während zwischen 1850 und 1890 der Frauenanteil an sämtlichen Auswanderern mehr oder weniger deutlich unter 50 Prozent lag, stieg er im Zeitraum von 1891 bis 1900 auf 54 Prozent und lag auch in den folgenden beiden Jahrzehnten deutlich über 50 Prozent (Jackson 1984: 1007), (siehe Tab. 1). Die Ursache dieser weiblichen Dominanz bei der Auswanderung wird auf der

⁶ Zur Sicherstellung der Patrilinearität ist es unabdingbar, dass die Abstammung der Kinder vom Mann gewährleistet ist. Deshalb muss in patriarchalisch verfassten Gesellschaften die Sexualität der Frau in die (monogame) Ehe eingebunden werden. Die moralische und gesetzliche Sanktionierung des Ehebruchs war somit ein wichtiger Teil der Durchsetzung männlicher Herrschaft.

einen Seite in den patriarchalen bäuerlichen Strukturen Irlands bei gleichzeitiger Armut und Überbevölkerung vermutet: Während zumindest einer der Söhne den elterlichen Hof erbte, mussten Frauen (bzw. deren Väter) eine nicht unerhebliche Mitgift aufbringen, um heiratsfähig zu sein. Dies war jedoch für einen immer größeren Teil der irischen Bevölkerung aus materieller Not nicht möglich. Zugleich entstand in wohlhabenden Schichten der amerikanischen Bevölkerung eine erhöhte Nachfrage nach weiblichen Hausangestellten. Diese Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft löste außerdem eine weibliche Kettenmigration aus, bei der irische Auswanderinnen Geld sparten und in die alte Heimat schickten, um auch ihren Geschwistern die Auswanderung zu ermöglichen (Diner 1983).

Tab. 1: Anteil weiblicher Auswanderer aus 26 Regionen (counties) in Irland, 1852-1921

Zeitraum	Frauenanteil (in Prozent)
1852-1860	49,8
1861-1870	45,6
1871-1880	47,1
1881-1890	49,4
1891-1900	54,1
1901-1910	52,2
1911-1921	52,6

Quelle: Jackson 1984: 1007

Erst in den 1980er Jahren wurde erstmals in einer Veröffentlichung (Houstoun/ Kramer/ Barret 1984) anhand einer Analyse der Einwanderung in die USA im Zeitraum von 1857 bis 1979 darauf hingewiesen, dass unter den Einwanderern in die USA Männer nur bis 1930 in der Mehrheit waren – anschließend verschob sich das Geschlechterverhältnis in Richtung der Frauen. Im Zeitraum zwischen 1930 und 1979 erreichte der Frauenanteil unter den Einwanderern im Jahr 1940 mit 61 Prozent seinen höchsten Stand und lag 1970, dem Jahr mit dem geringsten Frauenanteil, immerhin noch bei 53 Prozent. Dieser damals völlig überraschende Befund hat dazu geführt, dass die analytische und theoretische Sichtweise auf Migration von ihrer männerzentrierten Sichtweise abrückte. Seither wird von einer „Feminisierung der Migration“ gesprochen (Han 2003: 57).

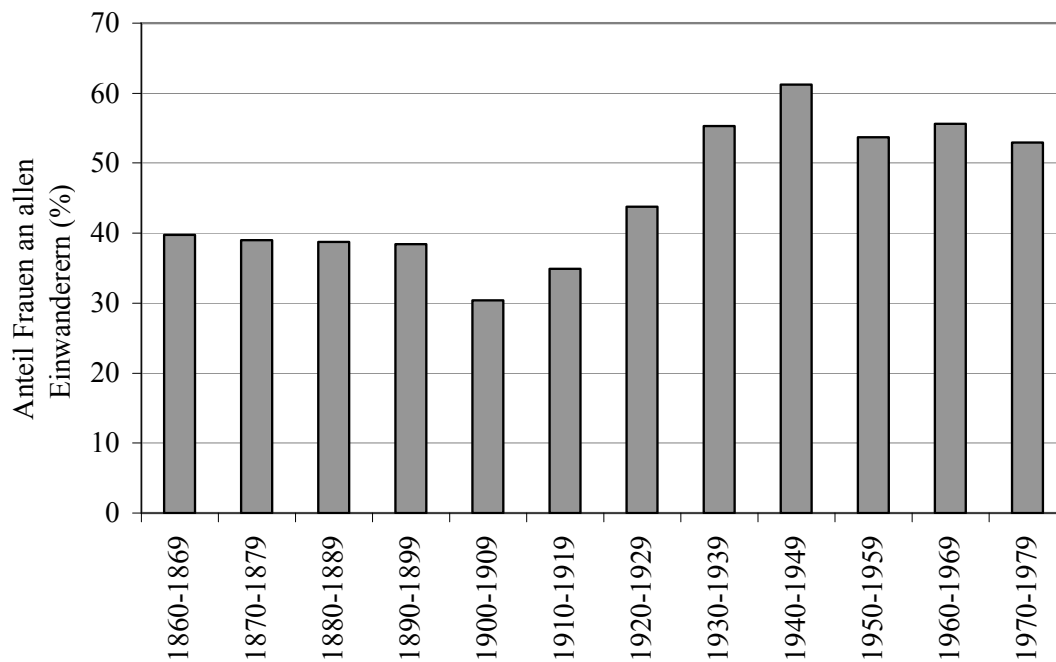


Abb. 3: Einwanderung in die USA, Anteil weiblicher Einwanderer, 1860-1979

Quelle: Houstoun/ Kramer /Barret 1984, eigene Grafik

Bis in die 1920er Jahre war die Einwanderung in die USA männlich dominiert. Seit den 1930er Jahren übersteigt jedoch der Anteil weiblicher Einwanderer die 50-Prozent-Marke. Dies wird dem Strukturwandel der amerikanischen Wirtschaft, verbunden mit einer verstärkten Nachfrage nach typisch weiblichen Dienstleistungstätigkeiten, zugeschrieben.

Unstrittig ist, dass zumindest seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Frauenanteil an den internationalen Migrationsströmen wächst und auch die unabhängige Migration von Frauen zunimmt. In Lateinamerika, der Karibik und Ozeanien wuchs der Anteil weiblicher Migranten von weniger als 45 Prozent 1960 auf mehr als 50 Prozent im Jahr 2005 (UNFPA 2006: 22). In einer Studie aus dem Jahr 1962, die sich der Migration von Jamaika nach Großbritannien widmet, wird festgestellt, dass, obwohl die Zahl der migrierenden Männer und Frauen gleich groß war, drei Viertel der befragten Frauen Singles waren. Diese Frauen wanderten also schon in großer Zahl selbstständig (Phizacklea 2001: 141). Solche Ergebnisse führten auch zu der Auffassung, unabhängige Migration von Frauen entziehe sich lediglich der genauen Dokumentation, weil Frauen den Aufnahmeländern weniger bedrohlich erscheinen als Männer (Skrobanek/ Boonpakdi/ Janthakeroo 1997: 13).

Eine der Ursachen für die zunehmende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt wie auch für die Zunahme sowohl der abhängigen wie auch der unabhängigen Migration ist der globale wirtschaftliche Strukturwandel seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Das hohe Wirtschaftswachstum in sämtlichen OECD-Ländern zwischen 1950 und 1970 führte zu

einer Knappheit an Arbeitskräften, die teilweise durch eine Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt kompensiert wurde. Gleichzeitig sorgte der Auf- und Ausbau von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen für zahlreiche zusätzliche Arbeitsplätze in Bildung, Erziehung, Pflege und Administration, die viele Frauen zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit veranlassten. Der steigende Lebensstandard sorgte für zusätzliche Argumente für weibliche Erwerbsbeteiligung – die Befriedigung von Konsumwünschen. Mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen in den Industrieländern entstand auch ein höherer Bedarf an persönlichen Dienstleistungen. Die USA waren ein Vorreiter dieser Entwicklung des Arbeitsmarktes. Auch wurde durch eine Lockerung der patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen in den Herkunftsländer der Migranten weibliche Mobilität weniger stark eingeschränkt.

In den europäischen Ländern stellten Männer aufgrund der ökonomischen Dominanz des produzierenden Sektors noch sehr viel länger die Mehrheit der Zuwanderer. Erst in der Phase weltweiter Rezession nach der Energiekrise 1973 änderte sich auch hier das Muster geschlechtsspezifischer Migration. So wurde die Zuwanderungspolitik der europäischen Industrieländer nach 1973 restriktiver, viele der zuvor vorwiegend männlichen Migranten wurden sogar zur Rückkehr in ihre Heimat veranlasst. Allerdings hat dies gleichzeitig die abhängige Migration von Frauen und Kindern zu jenen Migranten, die in den Auswanderungsländern verblieben, deutlich verstärkt. In Deutschland etwa wurde der Rückgang der Zahl der Gastarbeiter durch die abhängige Migration von Frauen und Kindern deutlich überkompensiert. Han (2003) argumentiert auch, dass unter den Bedingungen wirtschaftlicher Rezession Frauen in einigen Ländern einen begehrten neuen Typ von Arbeitskräften darstellten: Sie waren bereit Teilzeit zu arbeiten und dadurch ein niedrigeres Niveau an sozialer Absicherung zu akzeptieren. Dies machte die Arbeit von Frauen billiger als jene von Männern. Zudem waren Frauen kaum gewerkschaftlich organisiert, so dass sie leichter disponibel waren. Dadurch konnten Frauen gerade zur Zeit wirtschaftlicher Krisen ihre Erwerbsbeteiligung ausbauen. Tatsächlich lag die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen in Deutschland im Jahr 1972 bei 70 Prozent – und damit mehr als 20 Prozentpunkte über der damaligen Erwerbsbeteiligung deutscher Frauen (Granato 2004).

Um 1990 trat die Weltwirtschaft in eine Phase stärkerer ökonomischen Globalisierung ein. Damit verbunden war in den Industriestaaten der Abbau von Arbeitsplätzen, die Privatisierung von Staatsunternehmen, wachsende Auslandsdirektinvestitionen und dadurch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Arbeitskosten und eine Auswei-

tung des Welthandelsvolumens. Für die westlichen Industrieländer bedeutete dies einen Arbeitsplatzabbau im produzierenden Sektor und eine Expansion des tertiären Sektors. Die Mehrzahl der neu geschaffenen Dienstleistungsberufe – etwa in Bildung, Erziehung, Tourismus oder Pflege – wurde von Frauen besetzt. Die Expansion des Dienstleistungssektors erfolgte im Wesentlichen durch eine Ausweitung der weiblichen Erwerbsbeteiligung. Der wirtschaftliche Strukturwandel bewirkte so einerseits direkt eine größere Nachfrage nach qualifizierten weiblichen Arbeitskräften (auch Migrantinnen)⁷, auf der anderen Seite stieg die Nachfrage nach persönlicher Dienstleisterinnen ohne besondere Qualifikation durch die höhere Erwerbsbeteiligung einheimischer Frauen. Anfang der 1990er Jahre überstieg auch in Deutschland, das den Weg zur Dienstleistungsgesellschaft vergleichsweise spät beschritten hat, der Anteil der Frauen am Wanderungssaldo jenen der Männer (siehe Abb. 4).

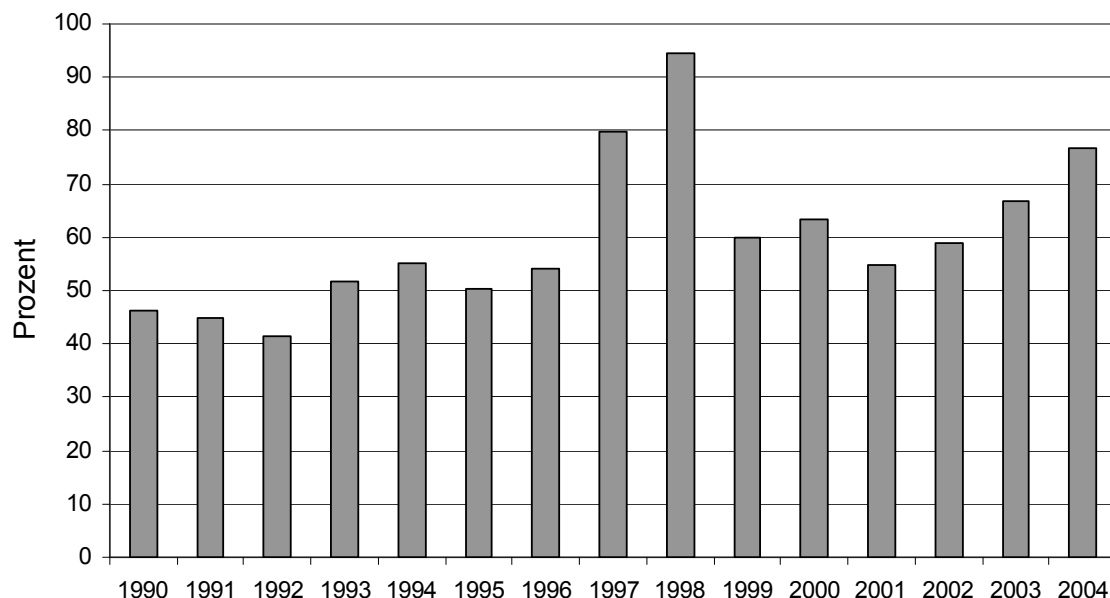


Abb. 4: Frauenanteil am Wanderungssaldo Deutschlands mit dem Ausland, 1990 bis 2004

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2006: 130, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Auch im Wanderungssaldo Deutschlands mit dem Ausland dominieren seit Mitte der 1990er Jahre die Frauen. Vorher hatte der Arbeitskräftebedarf in der Schwer- und Fertigungsindustrie eher Männer angezogen.

Neben dem spezifischen Arbeitskräftebedarf der Industrieländer dürfte es auch höhere Bildung und gewachsene Unabhängigkeit der Frauen von ihren Familien sein, die ihre

⁷ So verlassen jährlich etwa 20.000 hoch qualifizierte Krankenschwestern und Ärztinnen Afrika, weil ihre Ausbildung in vielen entwickelten Ländern gesucht und weit besser bezahlt wird als in den Heimatländern (UNFPA 2006: 27).

Migrationsbereitschaft in den Auswanderungsländern wachsen lässt. Darauf deutet hin, dass gegenwärtig auf allen Kontinenten außer Afrika und Asien die Migrantinnen eine Mehrheit stellen. Dort sind es vor allem arabische Länder mit einem ungebrochenen patriarchalischen Machtmonopol, in denen die Mobilität von Frauen weiterhin stark eingeschränkt ist.

Trotz der in den vergangenen Jahren gewachsenen Aufmerksamkeit auf Geschlechteraspekte der Migration behandeln nahezu alle Veröffentlichungen zum Thema lediglich internationale Migration. Binnenmigration wurde in europäischen Ländern bisher kaum hinsichtlich geschlechtsspezifischer Aspekte untersucht. Betrachtet man hingegen internationale Migration lediglich als einen Spezialfall von interregionaler Migration (bei dem Staatsgrenzen überschritten werden) so ist anzunehmen, dass auch Binnenwanderungen geschlechtsspezifische Besonderheiten aufweisen können. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des gewachsenen Bildungsstandes von Frauen, deren Emanzipation und größerer Unabhängigkeit von Ehe und Familie, wie auch vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels und der damit verbundenen ökonomischen Regionalentwicklung zu sehen.

6 Vorliegende Untersuchungen und Hypothesen zur geschlechtsselektiven Abwanderung aus den neuen Bundesländern

6.1 Gründe für den Fortzug

Die stark weiblich dominierte Migration von Ost- nach Westdeutschland gelangte erst seit dem Jahr 2004 in stärkerem Maße in die öffentliche Diskussion (Kröhnert/ Medicus/ Klingholz 2006). Es gibt bisher kaum theoretische oder empirische Arbeiten, die sich speziell diesem Phänomen widmen und über eine statistische Deskription hinausgehen. Eine tiefer gehende Erforschung schien offenbar wenig ertragreich, da eine Reihe plausibler Annahmen zu den Wanderungsgründen zur Verfügung stehen: Meist wurde argumentiert, dass schlechtere Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen der Frauen im Vergleich zu denen der Männer in Kombination mit der höheren Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen zur überproportionalen Abwanderung führen (Dienel/ Gerloff 2003). Die Arbeitslosenquoten der Frauen in den neuen Bundesländern lagen Anfang der 1990er Jahre weit über denen der Männer. Gleichzeitig war die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen deutlich höher als jene der westdeutschen. Die Erwerbsquote der Frauen in Ostdeutschland lag im Jahr 1991 bei 77,2 Prozent (gegenüber 58,4 Prozent im Westen). Aufgrund der anhaltenden Arbeitsmarktprobleme reduzierte sich die Erwerbsquote im Osten bis 2004 auf 73,4 Prozent. In den alten Bundesländern stieg die Frauenerwerbsquote zwar an, lag im Jahr 2004 mit 64,5 Prozent jedoch noch immer neun Prozentpunkte unter dem ostdeutschen Wert (Wanger 2006: 10).

Dienel et al. (2004) gehen davon aus, dass die überproportionale Abwanderung junger Frauen auf Demodernisierungsprozesse in der ostdeutschen Gesellschaft zurückzuführen sei. Sie rekurren dabei auf Geißler (2000), der den Prozess der „nachholenden Modernisierung“ in den neuen Bundesländern als teilweise mit Demodernisierungssphänomenen gekoppelt sieht. So hätten ostdeutsche Frauen einen Teil des „Gleichstellungsvorsprungs“ am Arbeitsmarkt, den ihnen der Sozialismus eingebracht hatte, wieder eingebüßt. In den Turbulenzen der Arbeitsmarktkrise seien sie in größere Bedrängnis geraten als Männer. So seien ihre Chancen auf Wiedereinstellung bei Arbeitsplatzverlust erheblich schlechter als bei Männern, ihre Arbeitslosenquoten, die Dauer der Arbeitslosigkeit und der Anteil von Langzeitarbeitslosen lägen erheblich über den entsprechenden Daten der Männer. Auch die geschlechtstypische Hierarchisierung der Arbeitswelt, so Geißler, nähme wieder zu. So

zeigten verschiedene Studien, dass Männer in der Dynamik der Umbruchsmobilität zwei- bis dreimal häufiger aufsteigen als Frauen. Bei Positionswechseln hätten hingegen Frauen doppelt so häufig wie Männer Statusverluste hinzunehmen. Andere Modernisierungsgewinne aus der DDR hätten die Frauen jedoch, wie die deutlich über dem westdeutschen Niveau liegende Erwerbsneigung zeigt, in das wiedervereinigte Deutschland hinübergerettet. Verschiedene Befragungen zeigen schon bei Schülern eine gegenüber Männern deutlich höhere Abwanderungsbereitschaft von jungen Frauen in Ostdeutschland. Nach einer Befragung in zwei ostdeutschen Landkreisen (Meier/ Müller 1997) äußerten 59 Prozent der Mädchen, aber nur 41 Prozent der Jungen den Wunsch nach einem Wohnortwechsel. Dies sei eine Reaktion auf die schlechtere Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage (Dienel et al. 2004: 21).

Ausschließlich arbeitsmarktbezogene Gründe für die überproportionale Abwanderung von Frauen diskutiert auch eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes Sachsen (Paulig/ Schäfer 1999). Als besonders auffällig konstatiert der statistische Bericht in bestimmten Landkreisen Sachsens die hohen Wegzugsraten bei den unter 20-jährigen Frauen, die auf Ausbildungswanderung hindeuten. Auch in der Altersgruppe der 20 bis 25-Jährigen sei in ganz Sachsen ein erheblicher Männerüberschuss zu beobachten. Als Grund dafür wird die Struktur des Arbeitsmarktes vermutet. So sei Sachsen bis vor 10 Jahren ein Land der Leichtindustrie und Textilindustrie gewesen. Diese Arbeitsplätze seien massenhaft verschwunden. Auf der anderen Seite würden neu entstehende Branchen, wie die Automobilindustrie, vorwiegend klassische Männerberufe nachfragen. Traditionelle Wanderungsgründe für Frauen wie „Heiratsmigration“ werden von Paulig und Schäfer verneint.

Dienel und Gerloff (2003) vermuten hingegen, dass der Heirats- und Partnersuchmarkt womöglich neben dem Arbeitsmarkt eine weniger leicht fassbare, aber wichtige Rolle für den vermehrten Wegzug von Frauen spiele. Bereits Anfang der 1990er Jahre hatte Bertram (1994) in einer Studie festgestellt, dass bei Frauen häufiger als bei Männern private Gründe, insbesondere der Zuzug zum Partner, eine Rolle für die Fortzugsentscheidung spielten. Eine weitere Vermutung von Dienel und Gerloff ist, dass im ländlichen Raum der neuen Bundesländer eine patriarchalische, rechtsgerichtete Jugendkultur entstanden sei, die gerade für qualifizierte Mädchen keine attraktiven Rollenmodelle bietet und daher deren Abwanderung begünstigt. Weibliche Jugendliche, die nicht als „Mädel“ zum Mann aufschauen wollen, sondern gleichgewichtige Beziehungen anstreben, fänden womöglich wenig

Anschluss an Jugendcliquen und letztlich auch keinen attraktiven Partner (Dienel et al. 2004: 22).

Die Studie von Dienel et al. (2004) ist bislang die einzige größere empirische Arbeit, in der die Geschlechtsselektivität der Abwanderung zumindest einen Teilaspekt darstellt und in der einige Hypothesen zur Ursachen der geschlechtsselektiven Abwanderung geprüft werden. Grundgesamtheit der Befragung waren sämtliche Personen, die im Jahr 2002 ihren Wohnsitz aus Sachsen-Anhalt in ein anderes Bundesland verlegt hatten (etwa 15.000 Personen).

Die Untersuchung von Dienel et al. ergab, dass bei jungen Frauen private Wandermotive für den Fortzug aus Sachsen-Anhalt dominieren. Die Hypothese der rechtsgerichteten Jugendkultur als Abwanderungsgrund von Frauen stützt die Befragung allerdings nicht: Die Nennungen von „Rechtsextremismus“ als Grund für die Abwanderung blieben bei Männern marginal und kamen bei Frauen gar nicht vor. 21 Prozent der Frauen (gegenüber nur 8 Prozent der Männer) gaben an, dass keine beruflichen, sondern private Gründe ausschlaggebend für den Wegzug waren. Bei genauerer Analyse dieser nicht-beruflichen Wegzugsgründe stellt sich heraus, dass deutlich mehr Frauen als Männer angaben, dass Teile ihrer Familie bereits in der Zielregion (die meist in den alten Bundesländern lag) wohnten und auch deutlich mehr Frauen als Männer angaben, als Paar gemeinsam weggegangen zu sein. Interpretiert man diese Befragungsergebnisse im Zusammenhang mit der Ausgangsantwort, dass „nicht-berufliche Gründe“ die Fortzugsentscheidung dominierten, so kommt man zu dem Schluss, dass sich Frauen bei ihrer Fortzugsentscheidung zwar vor dem Hintergrund einer schwierigen Situation am lokalen Arbeitsmarkt für den Weggang entscheiden, in einer Vielzahl der Fälle aber vermutlich nicht der eigene Beruf, sondern der des Partners bzw. der Wohnort anderer Familienmitglieder ausschlaggebend für die Wahl der Zielregion ist.

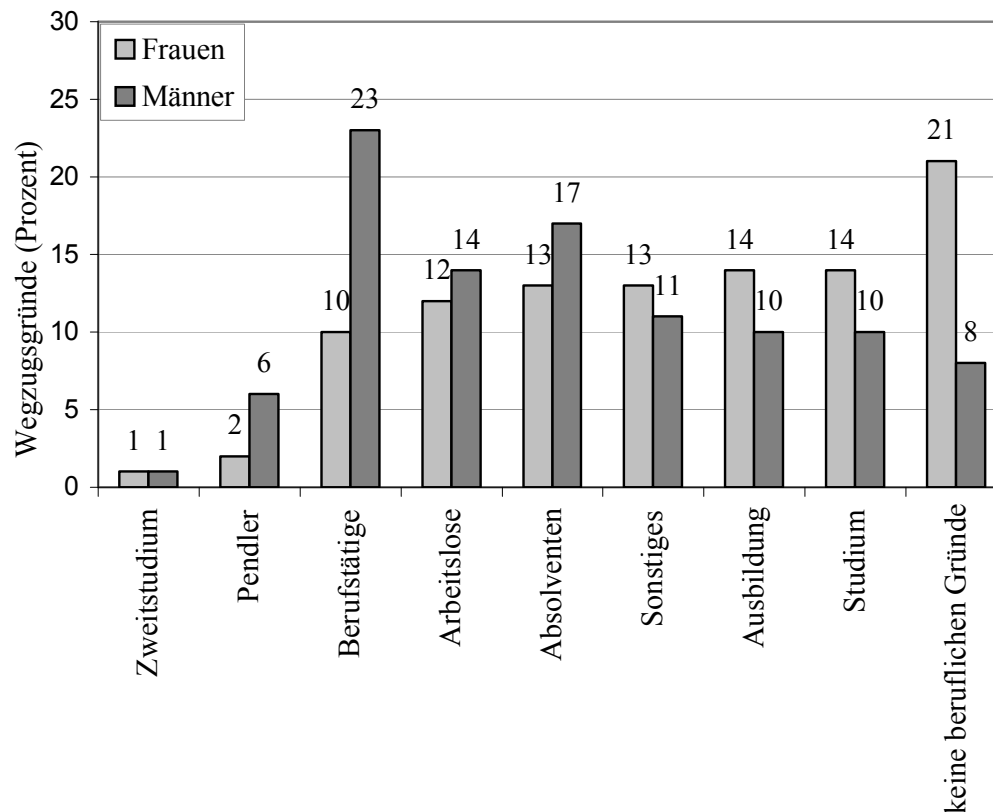


Abb. 5: Wegzugsgründe der im Jahr 2002 aus Sachsen-Anhalt in ein anderes Bundesland gezogenen Personen (18 bis 35 Jahre) nach Geschlecht (in Prozent)

Quelle: Dienel et al. 2004: 113

Erläuterung der Kategorien: Ausbildung...zu Ausbildungszwecken fortgezogen, Studium...zum Studieren fortgezogen, Pendler...zuvor gependelt und dann zum Arbeitsort gezogen, Arbeitslose...in Sachsen-Anhalt arbeitslos gewesen und anderswo Arbeit gefunden, Berufstätige...berufstätig gewesen aber anderswo bessere Arbeitsstelle gefunden, Absolventen...nach Studienabschluss zur Arbeitsaufnahme abgewandert, privater Grund... kein beruflicher Anlass der Abwanderung

Aufschlussreich sind auch andere von Dienel et al. erzielte Ergebnisse: So gaben 57 Prozent der männlichen und weiblichen Befragten, die zum Zweck der Berufsausbildung aus Sachsen-Anhalt weggezogen waren, an, sie hätten keinen Ausbildungsplatz oder keinen Ausbildungsplatz in der gewünschten Fachrichtung in Sachsen-Anhalt gefunden. Dass der gewünschte Ausbildungsberuf in Sachsen-Anhalt gar nicht angeboten wurde, äußerten 10 Prozent der Männer, aber nur 5 Prozent der Frauen. Hingegen äußerten 33 Prozent der Männer, aber 38 Prozent der Frauen, dass sie sich gar nicht in ihrem Heimat-Bundesland ausbilden lassen wollten (Dienel et al. 2004: 114).

Auch bei Abwanderern, die zur Aufnahme eines Studiums Sachsen-Anhalt verlassen hatten, zeigt sich ein ähnliches Bild: Während der Anteil von Studienanfängern, die aufgrund von Zulassungsbeschränkungen im Land keinen Studienplatz bekamen, mit 5 Pro-

zent bei den Männern und 4 Prozent bei den Frauen marginal war, erklärten 27 Prozent der zwecks Studienbeginn abgewanderten Frauen, aber 44 Prozent der Männer, dass das gewünschte Studienfach in Sachsen-Anhalt nicht angeboten würde. 51 Prozent der Männer und 69 Prozent der Frauen antworteten jedoch, dass sie gar nicht im Land Sachsen-Anhalt studieren wollten. Auch hierfür sind die geschlechtsspezifischen Gründe aufschlussreich: Bei den Frauen dominierte mit 35 Prozent (gegenüber nur 14 Prozent bei den Männern) die Antwort „Städte außerhalb Sachsen-Anhalts sind attraktiver“. Ein Motiv, nicht im Heimatland studieren zu wollen, dass von Frauen mit 24 Prozent am dritthäufigsten geäußert wurde, der Wunsch sich mit dem Wegzug vom Elternhaus abzunabeln, wurde von Männern nicht genannt (Dienel et al. 2004: 117 ff.).

Die von Dienel et al. (2004) erzielten Ergebnisse können in anderen ostdeutschen Bundesländern als sowohl von den Wanderungsgründen als auch von der Sozialstruktur der Abwanderer her als vergleichbar angenommen werden. So kam eine sächsische Abwandererbefragung von 7000 Personen, die zwischen Anfang 2000 und Mitte 2001 das Bundesland verlassen hatten, zu einem ganz ähnlichen Ergebnis (Gosch 2003). Auch dort gaben 38,5 Prozent der Frauen, aber nur 21,1 Prozent der Männer an, dass private Gründe (Zuzug zum Lebenspartner oder sonstige private Gründe) für den Wegzug ausschlaggebend waren (Tab. 2).⁸

Tab. 2: Wegzugsgründe von zwischen Januar 2000 bis Juni 2001 aus Sachsen fortgezogenen Bürger ab 18 Jahre

Wegzugsgründe (in Prozent)	Arbeitsplatz	höherer Verdienst	Ausbildung/ Studium	Zuzug zum Ehe- bzw. Lebens- partner	sonstige private Gründe	sonstiges
Männlich	48,4	16,6	6,0	8,6	12,5	7,4
Weiblich	32,9	8,2	11,9	21,2	17,3	8,0
Insgesamt	40,4	12,3	9,0	15,1	15,0	7,7

Quelle: Sächsische Wanderungsanalyse, Gosch 2003

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vorliegenden Untersuchungen durchaus unterschiedliche Wanderungsmotive für Männer und Frauen konstatieren. Rein beruflich bedingte Fortzüge sind nach diesen Erkenntnissen bei Frauen deutlich seltener als bei Männern. Ausbildungswanderungen kommen bei Frauen jedoch deutlich häufiger als bei

⁸ Die gegenüber Sachsen-Anhalt noch höheren Werte privater Fortzugsgründe dürften der Tatsache geschuldet sein, dass in Sachsen-Anhalt nur 18- bis 35-jährige Fortzügler, in Sachsen jedoch sämtliche über 18-jährigen Fortgezogenen die Grundgesamtheit der Befragung bildeten. In höherem Lebensalter dominieren nichtberufliche Gründe möglicherweise noch stärker als im jüngeren Lebensalter.

Männern vor und auch eine Form der „Heiratsmigration“ – der Zuzug zum Ehe- bzw. Lebenspartner spielt bei Frauen sowohl in Sachsen als auch in Sachsen-Anhalt eine etwa doppelt so große Rolle wie bei Männern.

Bezüglich der Ausbildungswanderung legt die Sachsen-Anhaltinische Studie zwar nahe, dass Frauen etwas häufiger als Männer keinen oder nicht den gewünschten Ausbildungsplatz finden konnten, allerdings zeigt sich, dass hier gegenüber den Männern die Angabe, gar nicht im Heimatbundesland ausgebildet werden zu wollen, deutlich dominiert. Frauen geben deutlich häufiger als Männer auch für ausbildungsbezogene Wanderungsentscheidungen persönliche Motive an – die Attraktivität von Städten außerhalb oder der Wunsch nach Ablösung vom Elternhaus (Dienel et al. 2004: 119).

Eine weitere Argumentationslinie macht vorwiegend die strukturelle Ausgestaltung des ostdeutschen Hochschulsystems für den überproportionalen Wegzug von Frauen aus den neuen Bundesländern verantwortlich⁹. Argumentiert wird, dass entweder in Ostdeutschland insgesamt zu wenig Studienplätze angeboten würden oder dass nach 1990 in den neuen Bundesländern vorwiegend technisch orientierte Hochschulen und Fachhochschulen aufgebaut worden seien. Dies komme den Bildungswünschen von Frauen, die überwiegend im sozialen, gesellschafts- bzw. geisteswissenschaftlichen Bereich liegen, nicht entgegen und führe zur überproportionalen Abwanderung weiblicher Studienanfänger. Daten zur Situation der Hoch- und Fachhochschulen in den neuen Bundesländern stützen jedoch eine solche Argumentation nicht. Tab. 3 macht deutlich, dass im Jahr 2004 in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) die Studierendenquote bei 25,2 Studierende je 1000 Einwohner lag, in den alten Bundesländern hingegen nur bei 23,4. Der Anteil weiblicher Studierender lag im gleichen Jahr bei 49,4 Prozent in Ost-, hingegen bei 47,3 Prozent in Westdeutschland. Selbst wenn man die Dominanz des Studienangebotes von Berlin berücksichtigt und die ostdeutschen Flächenländer einzeln betrachtet, zeigt sich kein gravierendes Defizit. Zwar hat Brandenburg mit 16,0 Studierenden je 1000 Einwohner tatsächlich die geringste Studierendenquote eines deutschen Bundeslandes, jedoch erklärt sich dies mit der leichten Erreichbarkeit von Hochschulen in der umschlossenen Bundeshauptstadt. Auch Schleswig-

⁹ So diskutiert etwa auf der Abschlussveranstaltung zum Projekt „Rückwanderung als Dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte“ des Nexus-Instituts am 02.11.2006 in Leipzig, bei welcher der Autor anwesend war. Dort wurde gar die Forderung der Gründung reiner Frauenuniversitäten diskutiert. Dies wurde jedoch vom Rektor der Fachhochschule Magdeburg-Stendal mit dem Einwand kommentiert, auch an der von ihm geleiteten Fachhochschule läge der Frauenanteil unter den Studierenden bei mehr als 50 Prozent.

Holstein hat, wegen seiner Nähe zu Hamburg, lediglich eine Studierendenquote von 16,3 je 1000 Einwohner.

Die übrigen vier ostdeutschen Flächenländer liegen mit Studierendenquoten zwischen 20,1 (Mecklenburg-Vorpommern) und 24,8 je 1000 Einwohner (Sachsen) in jenem Bereich, in dem sich auch westdeutsche Flächenländer befinden. Auch in den ostdeutschen Flächenländern sind die Frauenanteile an den Studierenden tendenziell höher als in Westdeutschland – in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegt der Frauenanteil gar über 51 Prozent und selbst Sachsen, das ostdeutsche Bundesland mit dem geringsten Frauenanteil an den Studierenden (47,1 Prozent), liegt noch über den Werten von fünf westdeutschen Bundesländern. Damit stimmt auch das Ergebnis der quantitativen Analyse mit den Resultaten der oben angeführten Befragung von Dienel et al. (2004) überein, wonach nur 27 Prozent der zu Studienbeginn fortgezogenen Frauen (aber immerhin 44 Prozent der Männer) erklärten, das gewünschte Studienfach sei im Land Sachsen-Anhalt nicht angeboten worden. Die These, eine unzureichende Ausstattung der neuen Bundesländer mit „frauentypischen“ Studienplätzen, kann somit nicht unterstützt werden.

Tab. 3: Studierende je 1000 Einwohner sowie Anteil weiblicher Studierender nach Bundesländern sowie nach Ost- und Westdeutschland, 2004

	Studierende je 1000 Einwohner	Anteil weibliche Studierende (Prozent)
alte Bundesländer	23,4	47,3
neue Bundesländer	25,2	49,4
Hamburg	40,1	45,9
Niedersachsen	19,3	49,0
Bremen	52,1	47,5
Nordrhein-Westfalen	25,8	45,9
Hessen	26,2	46,7
Rheinland-Pfalz	24,4	49,9
Baden-Württemberg	22,4	46,9
Bayern	20,0	48,9
Saarland	18,3	46,8
Berlin	41,6	50,3
Brandenburg	16,0	49,5
Mecklenburg-Vorpommern	20,1	51,2
Sachsen	24,8	47,1
Sachsen-Anhalt	21,0	51,3
Thüringen	20,7	48,6

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007, eigene Darstellung

6.2 Bildungsstand der Fortziehenden

Alle verfügbaren Untersuchungen zu Binnenwanderungen in Deutschland kommen zu dem Ergebnis, dass die subjektive Wanderungsbereitschaft wie auch die tatsächlich Mobilität mit dem Bildungsstand zunimmt. Geis (2005) kommt bei Analyse des regionalen Migrationspotenzials mit Hilfe des Datensatzes „Perspektive Deutschland 2001“ zu dem Ergebnis, dass Personen ohne Schulabschluss das geringste, Personen mit Abitur (nur noch übertroffen von Personen mit Hochschulabschluss) hingegen das höchste Migrationspotenzial aufweisen.¹⁰ Auch Dienel et al. (2004) kommen in der Sachsen-Anhaltinischen Abwanderungsstudie – obwohl dort überraschenderweise eine detaillierte Auswertung des Bildungsstandes der Fortgezogenen fehlt – zu dem Ergebnis, dass die Gymnasiastinnen die Gruppe mit der höchsten Abwanderungsneigung darstellen (Dienel et. al 2004: 262).

Eine Studie zur Abwanderung aus der zum Bundesland Bayern gehörenden Region Oberfranken (Tröger-Weiß 2004), welche tatsächlich abgewanderte Personen befragte, belegt, dass mehr als zwei Drittel über ein Abitur bzw. über einen Fach- oder Hochschulabschluss verfügten, lediglich acht Prozent über keinen oder höchstens einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss (Tröger-Weiß 2004). Nach der sächsischen Wanderungsanalyse aus dem Jahr 2002 (Gosch 2003) verfügten 37 Prozent der aus Sachsen Fortgezogenen (Personen ab 18 Jahre) über den höchsten allgemein bildenden Schulabschluss, etwa doppelt so viele wie in der sächsischen Wohnbevölkerung insgesamt (Gosch 2003: 60). Über lediglich Haupt- oder Volksschulabschluss verfügten unter den sächsischen Abwanderern nur etwa 15 Prozent, im Vergleich zu 35 Prozent innerhalb der Wohnbevölkerung.

Ein Vergleich der Bildungsstruktur der aus Sachsen Fortgezogenen nach dem höchsten beruflichen Abschluss (Tab. 4) zeigt, dass, obwohl ein erheblicher Anteil der Wegziehenden in jungem Alter ist und seine berufliche Qualifizierung noch nicht abgeschlossen haben dürfte, der Anteil wegziehender Personen ohne Ausbildungsabschluss nicht größer ist als in der Wohnbevölkerung insgesamt. Hingegen fällt der enorm hohe Anteil von Wegziehenden mit Hochschulabschluss ins Auge, der bei den Frauen noch deutlicher ausfällt als bei den Männern. Insgesamt verfügen Fortziehende doppelt so häufig über einen Hochschulabschluss (20,2 Prozent), wie die sächsische Wohnbevölkerung insgesamt (10,7 Prozent).

¹⁰ Geis (2005) stand allerdings keine Frage nach der Wanderungsbereitschaft zur Verfügung, er definierte als Personen mit Migrationspotenzial solche Befragten, welche die Lebensqualität in Deutschland insgesamt als gut, die in der eigenen Wohnregion jedoch als sehr schlecht einschätzten.

Tab. 4: Vergleich der Bildungsstruktur der aus Sachsen Fortgezogenen und der sächsischen Bevölkerung (ab 18 Jahre) nach dem höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss, 2002

Anteile in Prozent	Bevölkerung bzw. Fortgezogene	ohne Ausbildungsabschluss	Anlernausbildung	Lehrausbildung/ Berufsfachschule	Meister, Techniker, Fachschule	Fachhochschule bzw. Hochschule
beide Geschlechter						
Sächsische Wohnbevölkerung 2001	100,0	14,0	1,5	57,0	13,4	10,7
Fortziehende	100,0	14,6	2,1	53,1	7,4	20,2
männlich						
Sächsische Wohnbevölkerung 2001	100,0	10,0	0,8	58,4	13,7	14,0
Fortziehende	100,0	11,7	1,6	53,7	8,0	22,6
weiblich						
Sächsische Wohnbevölkerung 2001	100,0	17,7	2,1	55,7	13,1	7,6
Fortziehende	100,0	17,3	2,6	52,4	6,9	17,9

Quelle: Gosch 2003: 61, eigene Grafik

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Wanderungsbereitschaft wie auch die tatsächliche Mobilität von Personen mit ihrem schulischen und beruflichen Qualifikationsniveau ansteigt. Die höchste Mobilität weisen Menschen mit Abitur bzw. mit Hochschulabschluss auf, hingegen sind Personen ohne Schulabschluss kaum mobil.

6.3 Bedeutung und Gründe von Rückwanderung

Ein Manko der zitierten Abwanderungsstudien ist sicherlich, dass sie jeweils nur Fortgezogene in den Blick ihrer Untersuchungen nehmen. Der Wanderungssaldo Sachsen-Anhalts im oben betrachteten Jahr 2002 setzte sich aus 44.000 Fortzügen und 29.000 Zuzügen zusammen. Für die Herausbildung einer unausgewogenen Geschlechterproportion ist also keineswegs allein entscheidend wer weggeht, sondern auch wer ankommt bzw. zurückkehrt. Hierzu liegen nur sehr wenige Forschungsergebnisse vor.

Zwar wurde im Anschluss an die Studie „Menschen für Sachsen-Anhalt“ (Dienel et al. 2004) das Projekt „Menschen für Ostdeutschland“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Rückwanderungs-Projektes wurde allerdings nur die Zuwanderung bzw. Rückwanderung nach Magdeburg untersucht (Dienel et al. 2006)¹¹. Die Erkenntnisse über Zuwanderung bzw. Rückwanderung in eine Landeshauptstadt dürften jedoch kaum auf die überwiegend

¹¹ Während die Studie von Dienel et al. (2004) von Christiane Dienel und Mitarbeitern durchgeführt wurde, ist der Hauptautor der Studie Dienel et al. (2006) ihr Ehemann Hans-Liudger Dienel.

ländlichen Räume eines ganzen Bundeslandes übertragbar sein. Der Abschlussbericht des Projektes mit dem Titel „Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte“ ist mehr politisches Programm als wissenschaftliche Analyse.

Der bereits weiter oben konstatierte Befund, dass Frauen deutlich seltener als Männer in Orte der neuen Bundesländer zuziehen, findet sich auch in der Rückwanderungsstudie zu Magdeburg – obwohl eine Landeshauptstadt nicht exemplarisch für das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer stehen kann – teilweise bestätigt. In den durch Interviews erhobenen Daten lässt sich nach Neu-Zuwanderern (die vorher nicht in der Zielregion gelebt hatten) und Rückwanderern unterscheiden. Die insgesamt im Untersuchungszeitraum 2002/2003 in die Landeshauptstadt Magdeburg Zugezogenen setzten sich zu je 50 Prozent aus Frauen und Männern zusammen: 36 Prozent weiblichen und 34 Prozent männlichen Neu-Zuwanderern sowie 16 Prozent männlichen und 14 Prozent weiblichen Rückwandernden. Die Neu-Zuwanderung war also weiblich, die Rückwanderung männlich geprägt. Eine Analyse nach Altersgruppen (Dienel et al. 2006: 46) zeigt, dass in der für diese Studie interessierenden Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen die männlichen Rückwanderer in noch deutlicherer Überzahl sind. Dienel et al. (2006) liefern hierzu lediglich eine deskriptive Analyse, sie bilden keine Hypothesen, wie die stärkere männliche Rückwanderung zu erklären sein könnte.

Da die Zuzüge (ohne die Rückzüge) für eine Landeshauptstadt wie Magdeburg auch deutlich von Bildungswanderung geprägt sind, spiegeln sich in den Ergebnissen der Rückwanderungsstudie zu Magdeburg gut die oben anhand statistischer Daten referierten Erkenntnisse wider: Die Zuwanderung nach Magdeburg (ohne die Rückwanderer) weist mehr Frauen als Männer auf, knapp die Hälfte dieser Neu-Zuwandernden kommt aus den neuen Bundesländern (Dienel et al. 2006: 50). Es dürfte sich also um eine Zuwanderung aus dem ländlichen Raum in eine wichtige kreisfreie Stadt, mit einem entsprechenden Bildungs- und Infrastrukturangebot handeln. Die tatsächliche Rückkehr von früher aus Magdeburg Abgewanderten (Rückwanderung) ist hingegen männlich dominiert und diese Rückwanderer kehren in der Tat hauptsächlich aus den alten Bundesländern zurück. Für diese Personen unterscheiden Dienel et al. (2006) acht verschiedene Typen (siehe Tab. 5) nach Rückwanderungsgründen.

Tab. 5: Typen von Rückkehrern und ihre Rückwanderungsgründe nach Dienel et al. (2006)

Typen von Rückkehrern	Rückwanderungsgründe
1 Erfolgreich abgewanderte Rückkehrer	Menschen, die anderswo beruflich integriert waren, jedoch aus emotionalen Gründen in ihre Heimat zurückkehrten
2 Ausbildungsrückkehrer	Menschen, die bereits anderswo einen beruflichen Einstieg hatten, nun jedoch zu einer weiteren Ausbildung bzw. zum Studium zurückkehren
3 Familienrückkehrer	Befragte, bei denen die einst berufliche oder private Motivation zur Abwanderung entfallen ist und die deshalb in ihre Heimat zurück kehren
4 Rückkehrer im Seniorenalter	klassische Ruhesitzwanderer
5 Beziehungsrückkehrer	Personen, die wegen des in der Region lebenden Beziehungspartners zurückkehren
6 Berufs-Rückkehrer	Menschen, denen sich in der Heimat eine berufliche Perspektive geboten hat
7 Emotionale Rückkehrer	Rückkehrer, für die hauptsächlich emotionale Gründe (Heimatverbundenheit, Freunde) eine Rolle spielen und die woanders emotional nicht Fuß gefasst haben
8 Gescheiterte Rückkehrer	Menschen, die nach der Abwanderung privat oder beruflich scheiterten und deshalb auf ihr familiäres Netzwerk zurückgreifen mussten

Quelle: Dienel et al. 2006: 77 ff., eigene Darstellung

Angesichts der geringen Zahl von nur 33 Interviews, die dieser Klassifizierung zugrunde liegen, erscheint die Bildung von acht Typen allerdings wenig plausibel. In einer älteren Untersuchung zur Rückwanderung nach Italien konzentrierte sich Cerase (1967) (für die Rückwanderung von nach den USA ausgewanderten Italienern) auf nur vier Typen von Rückwanderung (siehe Tab. 6).

Tab. 6: Typen von Rückwanderung nach Cerase

Typen von Rückwanderung	Rückwanderungsgründe
1 Rückwanderung aus Erfolglosigkeit	Menschen, die in den Zuzugsregionen keinen Arbeitsplatz finden konnten oder ihn wieder verloren
2 konservative Rückwanderung	Personen, für die der Wegzug eine vorübergehende Episode war und die ihre Rückkehr nach Abschluss einer best. Lebensphase von Anfang an geplant hatten
3 innovative Rückwanderung	wirtschaftlich erfolgreiche Abwanderer, die in ihre Heimat zurückkehren und ihre Ressourcen dort einbringen, wenn sie sich hier ein besonderes wirtschaftliches Potenzial versprechen
4 Rückwanderung im Rentenalter	klassische Ruhesitzwanderer

Quelle: Cerase 1967, eigene Darstellung

Cerases Typenbildung scheint durchaus auch auf ostdeutsche Rückwanderer übertragbar zu sein, wenn man einige der Kategorien von Dienel et al. (2006) weiter zusammenfasst. Die Autoren räumen selbst ein, dass „Familienrückkehrer“ und „Emotionale Rückkehrer“ in gewisser Weise „gescheiterten Rückkehrern“ ähneln: Der berufliche oder private Grund, weswegen die Abwanderung einst erfolgte, ist bei ihnen entfallen (Dienel et al.

2006: 77- 93). Ebenso scheinen „Beziehungsrückkehrer“ und „erfolgreich abgewanderte Rückkehrer“ Gemeinsamkeiten zu haben: Beide Gruppe haben ihren beruflichen Abwanderungsgrund hintangestellt, weil für sie emotionale Aspekte wie Heimat, Freunde, Partner, Familie vorrangig wurden.

Berufsrückkehrer lassen sich hingegen mit gutem Grund als „innovative Rückwanderer“ beschreiben. Sie kehren hauptsächlich zurück, weil sie in der Heimat eine bessere berufliche Perspektive gefunden haben als in der Zielregion ihrer Abwanderung. Sie kehren somit vorwiegend zurück, um ihr Humankapital optimal zu nutzen. Der Typ der „Rückwanderer im Rentenalter“ ist bei Cerase und Dienel et al. identisch.

Die „Beziehungsrückkehrer“ sowie die „erfolgreich abgewanderten Rückkehrer“ lassen sich unter Cerases Gesichtspunkten als „konservative Rückkehrer“ interpretieren. Sie mögen zwar ihre Rückkehr beim Weggang nicht bereits geplant haben, doch spielt für sie der Aspekt „Heimat“, der Familie, Partnerschaft und Freunde beinhaltet, eine vorrangige Rolle, dem sie ihre berufliche Entwicklung längerfristig unterordnen. „Familienrückkehrer“, „Emotionale Rückkehrer“ und „Gescheiterte Rückkehrer“ bei Dienel et al. lassen sich durchaus sämtlich unter Cerases Typ des „Rückwanderers aus Erfolglosigkeit“ zusammenfassen. Die Hoffnungen, die diese Menschen in eine Lebensperspektive in einer anderen Region gesetzt hatten, haben sich nicht erfüllt, deshalb kehrten sie zurück. Einzig der Typ der Ausbildungsrückkehrer, also jener Menschen, die zu einer weiteren Ausbildung oder zum Studium nach bereits erfolgtem Arbeitsmarkteinstieg nach Magdeburg zurückkehrten, stellt hier eine Besonderheit dar, die dem Umstand geschuldet ist, dass die Untersuchung auf eine Landeshauptstadt gerichtet war.

Dienel et al. liefern zwar keine geschlechtsspezifische Analyse der einzelnen Rückwanderungstypen (dies wäre angesichts der geringen Fallzahl auch nicht aussagekräftig), und sie vermeiden es auch, eine Tabellenübersicht über die Häufigkeitsverteilung der einzelnen Rückkehrtypen zu liefern – eindeutig überwiegen jedoch nicht die beruflichen, sondern die emotionalen Motive für die Rückwanderung. Wenn emotionale Gründe die Rückwanderungsentscheidung dominieren, so bedeutet das im Umkehrschluss, dass eine Integration in die Lebenswelt der Zielregion der ursprünglichen Abwanderung nicht erfolgreich war – und dies betrifft offenbar Männer häufiger als Frauen. Bestätigt wird dieser Befund auch durch eigene Befragungen (Kröhnert/ Klingholz 2007): Unter den befragten jungen Erwachsenen in zwei ländlichen Peripherräumen der neuen Bundesländer, die bereits Abwanderungserfahrungen gemacht hatten, äußerten Männer häufig, dass sie (insbesondere in den alten Bundesländern) vor allem Freunde und persönliche Kontakte vermisst

hätten und eine „emotionale Integration“ nicht möglich gewesen sei. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Daten der Rückwanderungsagentur MV4U („Mecklenburg-Vorpommern for you“). Die Kunden der Rückwanderungsagentur, außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns ansässige Landeskinder, werden mit dem Ziel in eine Datenbank aufgenommen, ihnen eine Arbeitsstelle in Mecklenburg-Vorpommern zu vermitteln und somit die Rückkehr zu ermöglichen. Die Gruppe der Rückkehrwilligen ist deutlich männlich dominiert: Von den 1680 in der Datenbank eingeschriebenen, rückkehrwilligen Kunden waren im Jahr 2006 58 Prozent männlich. In jedem Jahr zwischen 2002 und 2006 überwog bei den Neukunden die Zahl der Männer deutlich jene der Frauen¹².

¹² Daten wurden dem Autor von der Rückwanderungsagentur MV4U zur Verfügung gestellt.

7 Der Einfluss des Partnerwahlverhaltens auf das Wandergeschehen

Ein bisher kaum thematisierter möglicher Einflussfaktor auf geschlechtsspezifische Wanderungen, der von uns für die Erklärung der überproportionalen Abwanderung von Frauen aus den neuen Bundesländern als bedeutsam erachtet wird, ist das Partnerwahlverhalten im Hinblick auf Bildungs- und Sozialstatus der Lebenspartner. Wir vermuten, dass der Wunsch, Partnerschaften mit männlichen Partnern eines gleichen oder höheren Bildungs- und Sozialstatus einzugehen, dazu beiträgt, dass ostdeutsche Frauen überproportional häufig Partnerschaften mit westdeutschen Männern eingehen und dies ihre Fortzugswahrscheinlichkeit aus den neuen Bundesländern erhöht bzw. ihre Rückkehrwahrscheinlichkeit in die neuen Bundesländer reduziert.

In vormodernen Gesellschaften folgten Partnerwahl und Familiengründung häufig ökonomischen Erfordernissen. Für heiratswillige Männer und Frauen, vor allem auch für deren Eltern, spielten das Vermögen des Partners, Hof- oder Landbesitz, aber auch Persönlichkeitseigenschaften wie Geschicklichkeit, Fleiß oder körperliche Kraft eine besondere Rolle. Für Bauern mit erbberechtigten Söhnen galt die Devise, durch die Verheiratung den Grundbesitz zusammenzuhalten und möglichst zu vergrößern. Bei Handwerkern konnte der Zugang zur Handwerks Gilde nur durch die Heirat einer Partnerin aus den entsprechenden Kreisen erlangt werden. Vermutlich war lediglich beim frühen Proletariat, etwa den Heimarbeitern und Webern die Partnerwahl weniger ökonomisch determiniert – weil deren Söhne wie auch die infrage kommenden Partnerinnen ohnehin kaum etwas zu erben hatten. Im Laufe der Industrialisierung wurde die Partnervorgabe auf der Basis ökonomischer und ständischer Kriterien allmählich schwächer. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden staatliche Heiratsverbote – etwa zwischen Angehörigen verschiedener Stände – nach und nach abgeschafft. Es kam zur Herausbildung eines neuen bürgerlichen Familientyps, in welchem erworbene Merkmale wie Bildung oder Beruf bei der Partnerwahl allmählich Vorrang gegenüber Merkmalen wie Herkunft oder Besitz erlangten. Schließlich existierten in modernen, demokratischen Gesellschaften wie in Westdeutschland nach 1945, aber auch in sozial nivellierten staatssozialistischen Gesellschaften wie der DDR offiziell keinerlei Restriktionen bezüglich der Partnerwahl mehr. Das Ideal der romantischen Liebe, auf der allein Partnerschaft oder Ehe basieren soll, wird im öffentlichen Diskurs, vor allem in der

Kunst, in Film und Musik, permanent reproduziert, so dass andere als emotionale Gründe der Partnerwahl fast völlig der Aufmerksamkeit entzogen sind.

Dennoch erfolgt die Partnerwahl auch in modernen Gesellschaften nicht zufällig, sondern die Auswahl des Partners oder der Partnerin ist sozial vorstrukturiert. So ist beispielsweise seit langem eine Konstanz des durchschnittlichen Altersabstandes zwischen den Partnern zu beobachten, welcher sich entgegen einer Individualisierungsthese nicht auflöst (Klein 1996). Gleichfalls wird seit längerem eine Tendenz zur bildungsbezogenen „Aufwärtsheirat“ von Frauen festgestellt. Normative Erklärungen dieses Verhaltens gehen davon aus, dass der Altersunterschied zwischen Mann und Frau sowie auch die bildungsbezogene Aufwärtsheirat der Frauen einer tradierten Norm folge (etwa Jäkel 1980: 13; Tzeng 1992: 611). Zweckrationale Ansätze wie die Austauschtheorie oder die familienökonomische Theorie argumentieren, dass die Partnerwahl einer Nutzenmaximierung beider Partner folge. So wird etwa die traditionell eher geringe Bedeutung der physischen Attraktivität von Männern bei der Partnerwahl deren besseren Einkommenschancen zugeschrieben (Murstein 1986: 39). Auf dieser Basis erwartete Murstein aufgrund der zunehmenden Bildungsbeteiligung von Frauen und deren damit steigenden Einkommenschancen eine Reduktion des Altersabstandes zwischen den Partnern. Bis heute ist allerdings eine solche Reduktion nicht eingetreten.

Zur Bildungsselektivität der Partnerwahl in Deutschland existieren interessante neuere Untersuchungen (z.B. Timm 2005). Timm (2005) unternimmt eine Analyse der Bildungshomogamie von Partnerschaften in Ost- und Westdeutschland.¹³ Die Studie stellt fest, dass insbesondere in Westdeutschland ein Großteil des bildungsbezogenen Partnerwahlverhaltens strukturelle Ursachen hat. Timm zeigt, dass durch die weit unterproportionale Bildungsbeteiligung von Frauen in der Vergangenheit eine Aufwärtsheirat schon aus strukturellen Gründen – weil nicht ausreichend viele Männer des gleichen Bildungsstandes verfügbar waren – weit häufiger vorkommen musste. Mit der Bildungsexpansion ab den 1960er Jahren, von der Frauen überdurchschnittlich profitiert haben, stieg dann die Häufigkeit bildungshomogamer Partnerschaften. So lag der Anteil von theoretisch nach dem Unabhängigkeitsmodell erwarteten „Aufwärtsheiraten“ für Frauen der Geburtskohorten 1944-48 bei 33,4 Prozent (siehe Tab. 7). Durch die zunehmende Bildungsbeteiligung von

¹³ Timm (2005) wählt dabei eine eigene Definition des Bildungsstatus, indem er allgemein bildende und berufliche Abschlüsse miteinander kombiniert.

Frauen sankt der Anteil theoretisch zu erwartender Aufwärtsheiraten nach dem Unabhängigkeitsmodell kontinuierlich und lag bei jenen Frauen, die zwischen 1964 und 1968 geboren wurden, nur noch bei 21,3 Prozent – der tatsächlich ermittelte Wert ist mit 21,9 Prozent beinahe mit diesem theoretischen Wert identisch. Zusammenfassend stellt Timm fest, dass das Muster der Aufwärtsheirat zwar bis heute stark vertreten, aber weitgehend durch die Bildungsverteilung zwischen Männern und Frauen erklärbar ist. Nicht strukturell erklärbar sei jedoch das Vermeiden einer Abwärtsheirat durch Frauen und die überzufällige Tendenz zur bildungshomogamen Heirat. Der von Timm in seiner Untersuchung beobachtete Anteil von „Abwärtsheiraten“ von Frauen ist in allen Geburtskohorten lediglich etwa halb so groß, wie nach dem Unabhängigkeitsmodell zu erwarten gewesen wäre (Timm 2005: 45).

Tab. 7: Eheschließungen und Bildungsstand von Frauen und Männern in Deutschland nach Geburtsjahrgängen

Geburtsjahrgänge der Ehefrauen	Ehemann hat ... (Anteil an allen Ehen des Geburtsjahrganges in Prozent)					
	höheren Bildungsstand		gleichen Bildungsstand		geringeren Bildungsstand	
	realer Wert	erwarteter Wert	realer Wert	erwarteter Wert	realer Wert	erwarteter Wert
1919-1923	52,2	48,4	43,9	41,3	3,8	10,3
1924-1928	46,8	46,9	49,3	42,6	3,9	10,6
1929-1933	46,4	48,5	48,8	41,2	4,8	10,3
1934-1938	37,8	42,0	56,0	46,3	6,2	11,7
1939-1943	36,9	37,4	58,1	50,9	5,0	11,7
1944-1948	26,7	33,4	65,5	53,4	7,8	13,2
1949-1953	27,0	31,7	68,8	53,3	4,2	14,9
1954-1958	23,9	28,6	70,6	54,6	5,5	16,8
1959-1963	21,8	27,3	69,4	56,2	8,8	16,5
1964-1968	21,9	21,3	71,2	63,9	6,9	14,8

Datengrundlage: Timm 2004: 45

Für Ostdeutschland stellt Timm allerdings eine geringere Tendenz zur Bildungshomogamie von Ehen als in Westdeutschland fest. Im Gegensatz zu allen untersuchten Ländern (zusätzlich zu Deutschland noch die Niederlande und die USA) war in Ostdeutschland bis 1992 der Anteil von Abwärtsheiraten von Frauen höher als nach dem Unabhängigkeitsmodell zu erwarten wäre. Gleichzeitig findet sich jedoch bei den ostdeutschen Frauen auch eine noch stärkere Tendenz zu Aufwärtsheiraten als bei westdeutschen Frauen. Damit war die Bildungshomogamie bei der Partnerwahl unter ostdeutschen Frauen wesentlich schwächer ausgeprägt, als in den übrigen untersuchten westlichen Gesellschaften.

Für nicht eheliche Lebenspartnerschaften findet Timm identische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Ostdeutsche hatten (bis 1992) deutlich seltener bildungs-

homogame Lebenspartnerschaften und deutlich häufiger „Aufwärts-„ und „Abwärtsbeziehungen“ als dies nach statistischer Unabhängigkeit zu erwarten gewesen wäre. Allerdings führte Timm seine Analyse mit dem Fertility and Family Survey aus dem Jahr 1992 durch. Damit bezieht die Studie überwiegend Ehen und nichteheliche Lebenspartnerschaften ein, die bis zum Zeitpunkt des Systemumbruchs in Ostdeutschland geschlossen wurden. Folglich werden für die Partnerwahl noch die Werte und Normen der DDR prägend gewesen sein, die sich unserer Auffassung nach von jenen der früheren Bundesrepublik unterscheiden.

Wir sehen die Ursachen dieser Differenz zum Partnerwahlverhalten in der Bundesrepublik im speziellen Geschlechterarrangement der DDR-Gesellschaft. Formaler Bildungsstand hatte dort für die Partnerwahl offenbar nicht die gleiche materielle Bedeutung wie in westlichen Industriegesellschaften wie der Bundesrepublik, wo aufgrund geringer Frauenerwerbsquoten bei der Partnerwahl stets auch die Komponente materieller Versorgung der Ehefrau bzw. der Familie eine Rolle gespielt hat. Der hohe Prozentsatz vollzeiterwerbstätiger Frauen in der DDR dürfte jedoch dazu beigetragen haben, dass materielle Ressourcen des Partners für den Partnerwahlprozess eine geringere Bedeutung hatten. Auch verteilte das staatssozialistische Gesellschaftssystem materielle Ressourcen weniger streng nach formaler Ausbildung als marktwirtschaftliche Leistungsgesellschaften. So war etwa der soziale Status von Männern mit klassischem Handwerksberuf (Tischler, Automechaniker, Fliesenleger) ungleich höher als heute, weil diese Personen Zugang zu knappen Waren hatten und gleichzeitig über gesuchte Fertigkeiten verfügten. Die Einkommen von Akademikern und Facharbeitern unterschieden sich, in der „nach unten hin nivellierten Arbeiter- und Bauern-Gesellschaft“ (Geißler 2006) nicht wesentlich.

Es ist jedoch anzunehmen, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands bei Übernahme des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells die westdeutschen Muster der Partnerwahl auch für ostdeutsche Frauen eine größere Bedeutung gewonnen haben. Denn klassische „Männerberufe“ in Handwerk und Produktion haben in Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels dramatisch an Bedeutung verloren (vgl. Abschnitt 10). Im Gegensatz zur DDR-Gesellschaft garantieren sie heute weder einen sicheren Arbeitsplatz noch ein hohes Einkommen. Zugleich hat sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verschlechtert. Kinderbetreuung erfordert im westdeutschen Gesellschaftssystem in vielen Fällen zumindest eine Reduktion des Arbeitsumfanges von Frauen, wodurch das Einkommen des männlichen Partners als „Haupternährer“ wichtiger wird. Da Einkommenshöhe und Berufsstatus im westdeutschen Wirtschaftsmodell wesentlich stärker mit dem Bildungsstand

in Zusammenhang stehen als in der DDR-Gesellschaft, dürfte die Bedeutung des Bildungsstandes für die Partnerwahl von Frauen in den neuen Bundesländern zugenommen haben. Diese These unterstützt die Untersuchung von Klein, der in einer Regionaluntersuchung im Jahr 1996 in sieben ost- und westdeutschen Regionen eine höhere Bildungshomogamie der Partnerschaften in den untersuchten ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Regionen vorfindet (Klein 2000: 67 ff.).

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2004) unterstreicht die Bedeutung des Einkommens für die Partnerfindung durch Männer. Wenigverdienende Männer bleiben danach fast fünf mal so häufig partnerlos wie Vielverdiener: Von männlichen Befragten mit unter 1.500 Euro monatlichem Nettoeinkommen waren zum Befragungszeitpunkt 29 Prozent Singles. Von den Männern mit einem Nettoeinkommen zwischen 1500 und 2500 Euro waren dies hingegen nur zwölf und bei jenen mit noch höherem Einkommen lediglich sechs Prozent.

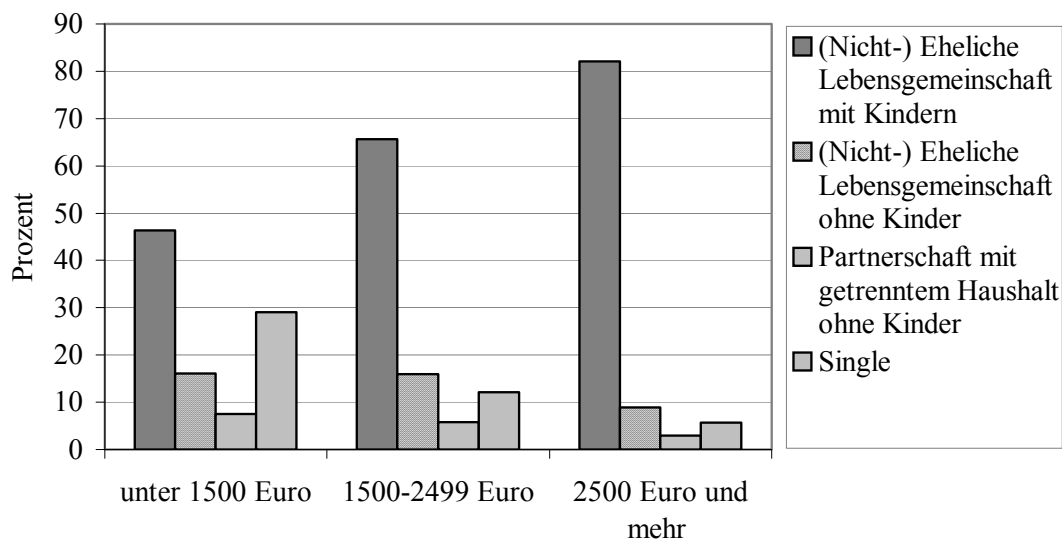


Abb. 6: Monatliches Nettoeinkommen und Lebensformen ab 35-jähriger Männer in Deutschland, 2002

Quelle: Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung 2004: 22, eigene Grafik

Wenig verdienende Männer gründen seltener Familien und bleiben deutlich häufiger partnerlos als solche mit höherem Einkommen. Männer ab 35 Jahre mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1500 Euro waren in der vorliegenden Studie zu fast 30 Prozent Singles.

Ein höheres Bildungsniveau, ein höheres Einkommen und/ oder ein höherer sozialer Status von Männern aus Westdeutschland könnte somit Ursache einer Partnerwahlpräferenz ostdeutscher Frauen sein, die deren Fortzugswahrscheinlichkeit aus den neuen Bundesländern erhöht.

8 Alters- und Geschlechtsselektivität der Binnenwanderung in den neuen Bundesländern nach 1989

In den folgenden Abschnitten wird zunächst eine deskriptive Analyse der innerdeutschen Wanderungsbewegungen seit 1989 vorgenommen. Der Fokus liegt dabei auf der Geschlechterzusammensetzung und der Altersstruktur der Wandernden sowie auf dem Einfluss der selektiven Wanderungen auf die Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung. Zu Beginn erfolgt eine Einordnung des selektiven Wanderungsgeschehens in den europäischen Rahmen. Anschließend werden die Wanderungen und deren Auswirkungen auf die Geschlechterproportion auf kleinräumiger Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands betrachtet.

8.1 Datenbasis

Die Daten für die nachfolgende Analyse der innerdeutschen Wanderungsbewegungen entstammen dem Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, insbesondere, sofern nicht anders angegeben, der Online-Datenbank „Regionaldatenbank Deutschland“¹⁴ bzw. deren CD-Rom-Ausgabe „Statistik Regional“. Die räumliche Analyseebene für Deutschland sind dabei die 16 Bundesländer bzw. die 439 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands (Gebietsstand 2005). Berlin wird dabei sowohl als Kreis wie auch als Land vollständig zu den neuen Bundesländern gezählt, da eine statistische Aufteilung der Stadt in einen Ost- und Westteil seit der Stadtbezirksreform im Jahr 2001, bei der frühere Ost- und Westbezirke zusammengelegt wurden, nicht mehr möglich ist. Die Analyseeinheit der Bundesländer entspricht der europäischen Regionalklassifikation NUTS 1, jene der Kreise der Ebene NUTS 3.¹⁵

Die Datenverfügbarkeit ist je nach Indikator unterschiedlich: Wanderungsdaten zwischen neuen und alten Bundesländern lassen sich nach Alter- und Geschlecht detailliert bis 1991 zurückverfolgen. Für die davor liegende Zeit seit Öffnung der Grenzen zwischen der damaligen DDR und der Bundesrepublik (im Herbst 1989) wurden Wanderungsdaten lediglich nach Geschlecht, nicht aber nach Altersgruppen veröffentlicht.¹⁶

¹⁴ www.regionalstatistik.de

¹⁵ NUTS steht für „Nomenclature des unités territoriales statistiques“. Dies bezeichnet eine hierarchische Systematik der räumlichen Bezugseinheiten der amtlichen Statistik in den Mitgliedsländern der Europäischen Union. Sie lehnt sich an die Verwaltungsgliederung der einzelnen Länder an.

¹⁶ Aus Zeit- und Kostengründen wurde darauf verzichtet, mögliche Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes bzw. der Statistischen Landesämter anzufragen. Für die vorliegende Arbeit wurde auf in Datenbanken und Publikationen bereits veröffentlichte Daten des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen.

Fokussiert wird, sofern nicht anders angegeben, auf die Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren. Menschen dieser Altersgruppe sind, als Auszubildende, Berufseinsteiger und potenzielle Familiengründer nicht nur besonders mobil, sondern bilden auch das demografische und wirtschaftliche Fundament einer Region. Wanderungsbewegungen dieser Altersgruppe stehen in besonderem Maße für die Attraktivität und demografische Zukunftsfähigkeit von Kreisen und Städten. Die Analyse der Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Kreisen ist mit den genannten Datenquellen ab 1995 möglich. Für den Zeitraum vor 1995 liegen aufgrund von bis dahin durchgeführten umfangreichen Kreisreformen – Zusammenlegungen und Gebietsänderungen zahlreicher Kreise in den neuen Bundesländern – kaum vergleichbare Strukturdaten vor. Detaillierte Daten über Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen, Geschlecht und Kreisen sind in der „Regionaldatenbank Deutschland“ erst ab 2002 verfügbar. Wegen der besseren Datenverfügbarkeit und Anschaulichkeit wird auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte deshalb neben den geschlechtsspezifischen Wanderungssalden auch auf die Entwicklung der Geschlechterproportion (in der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahre) als Repräsentation der akkumulierten geschlechtsselektiven Wanderungssalden zurückgegriffen. Während die nur für einen kurzen Zeitraum (ab 2002) verfügbaren geschlechtsspezifischen Wanderungssaldoraten nur eine Momentaufnahme darstellen, liefert die Geschlechterproportion Informationen über das längerfristige Wanderungsverhalten der Bevölkerung.

Bei der Interpretation der Geschlechterproportion als Ausdruck langfristigen selektiven Wanderungsverhaltens ist zu berücksichtigen, dass in einer immobilen Bevölkerung in jüngeren Altersgruppen stets ein leichter Männerüberschuss herrscht. Das natürliche Geschlechterverhältnis bei Geburt liegt, biologisch bedingt, bei etwa 95 weiblichen zu 100 männlichen Geborenen (Geschlechterproportion bei Geburt 0,95). Aufgrund einer erhöhten Sterblichkeit von Männern im Lebensverlauf nähert sich die Geschlechterproportion im höheren Lebensalter immer mehr dem Wert von eins, der in Deutschland etwa in der Altersgruppe der 50-Jährigen erreicht wird. Im höheren Lebensalter gibt es, aufgrund der höheren weiblichen Lebenserwartung, einen deutlichen Frauenüberschuss. In Deutschland liegt die natürliche Geschlechterproportion in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen bei 0,97 (97 Frauen je 100 Männer)¹⁷. Eine von diesem Wert deutlich abweichende Geschlechterproportion auf regionaler Ebene kann nur durch selektive Wanderungsprozesse entstehen. Da der Einfluss der Mortalität auf die Veränderung der Geschlechterproportion in

¹⁷ eigene Berechnungen

jüngeren Altersgruppen zu vernachlässigen ist, liefert die Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung ein gutes Abbild der erfolgten selektiven Wanderungsprozesse.

Für Vergleiche auf europäischer Ebene im folgenden Abschnitt ist die Analyse von Migrationsströmen nach Alter und Geschlecht mangels vollständiger und vergleichbarer Migrationsdaten nicht möglich. Auch die europäische Statistikbehörde EUROSTAT liefert hier keine befriedigenden Daten (Obst 2005: 32f). Hier kann deshalb nur die Veränderung der Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung in den interessierenden Altersgruppen betrachtet werden. Die räumliche Analyseeinheit, sowohl der im folgenden Abschnitt referierten Ergebnisse von Obst (2005) als auch der eigenen Berechnungen, ist die regionalstatistische Ebene NUTS 2¹⁸. Die Einteilung der Altersgruppen erfolgt bei EUROSTAT ausschließlich in Fünfjahresgruppen, während die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für deutsche Kreise funktionale Altersgruppen bereitstellen (15 bis 18 Jahre, 18 bis 20 Jahre, 20 bis 24 Jahre usw.). Aus diesem Grund können auf europäischer Ebene nicht die gleichen Altersgruppen analysiert werden wie anhand der Daten des Statistischen Bundesamtes für Deutschland.

8.2 Europäischer Vergleich

Obst (2005) hat die Entwicklung der Geschlechterproportion bei jungen Erwachsenen für sämtliche Regionen der Europäischen Union (EU 25) untersucht. Analysiert wurde die Entwicklung der Geschlechterproportion von vier Geburtskohorten (1982-1986, 1977-1981, 1972-1976, 197-1971) im Untersuchungszeitraum von 1991 bis 2001. Dies entspricht gegen Ende des Untersuchungszeitraumes den Altersgruppen 15 bis 19 Jahre, 20 bis 24 Jahre, 25 bis 29 Jahre sowie 30 bis 34 Jahre. Zahlenmäßig erhebliche Wanderungsbewegungen einer Geburtskohorte setzen in der Regel erst dann ein, wenn ihre Mitglieder das Ausbildungsalter – also mindestens das 16. Lebensjahr – erreicht haben. Die Analysen von Obst zeigen, dass die ostdeutschen Regionen im Jahr 1991 auch bei den zu diesem Zeitpunkt bereits potenziell wanderungsaktiven Geburtskohorten 1967-71 (1991 zwischen 20 und 24 Jahre alt) noch ein weitgehend ausgeglichenes Geschlechterverhältnis aufwiesen. In keiner Region der neuen Bundesländer lag im Jahr 2001 das Verhältnis von Frauen

¹⁸ Die Klassifizierung NUTS 2 entspricht in Deutschland etwa den Regierungsbezirken.

zu Männern bei weniger als 94 zu 100. Der Männerüberschuss war zu diesem Zeitpunkt selbst in mehreren Regionen der alten Bundesländer größer.

Bis zum Jahr 2001 hat sich die Situation erheblich verändert. In den Geburtskohorten 1977-81 (2001 zwischen 20 und 24 Jahre alt) sowie 1972-76 (2001 zwischen 25 und 29 Jahre alt) weisen die acht Regionen der neuen Bundesländer (außer Berlin) den größten Männerüberschuss aller europäischen Regionen auf. In keiner der acht Regionen der neuen Bundesländer liegt das Verhältnis von Männern zu Frauen bei den 20 bis 24-Jährigen höher als 87:100. Eine unausgewogene Geschlechterproportion dieses Ausmaßes wurde im Jahr 1991 überhaupt nur von einer einzigen europäischen Region – einem ländlichen Gebiet Griechenlands (Voreio Aigaio, 83:100) – erreicht. Damit hat sich in den neuen Bundesländern in historisch kurzer Zeit ein Männerüberschuss bei den jungen Erwachsenen herausgebildet, der so großflächig in der Europäischen Union außergewöhnlich ist.

Tab. 8: Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht und Veränderung der Geschlechterproportion in den 20 zwischen 1991 und 2001 am stärksten von überproportionaler Abwanderung von Frauen betroffenen Regionen der Europäischen Union (EU25)

Region	Weibl. Bev., Veränderung 1991-2001 (in Prozent)			Männl. Bev., Veränderung 1991-2001 (in Prozent)			Geschlechterproportion 2001 (Frauen je 100 Männer)		
	Geburtskohorte 1977-1981	Geburtskohorte 1972-1976	Geburtskohorte 1967-1971	Geburtskohorte 1977-1981	Geburtskohorte 1972-1976	Geburtskohorte 1967-1971	Geburtskohorte 1977-1981	Geburtskohorte 1972-1976	Geburtskohorte 1967-1971
Thüringen (D)	-13,8	-20,2	-6,5	-4,9	-4,3	1,3	86,1	81,9	88,6
Mecklenburg-VP (D)	-23,7	-29,5	-10,1	-13,0	-15,7	-5,1	83,2	82,4	90,2
Chemnitz (D)	-15,8	-16,8	-6,7	-6,0	-7,1	-0,5	84,8	83,3	90,7
Dessau (D)	-22,2	-26,9	-10,2	-10,5	-13,8	-5,2	81,9	84,6	90,7
Brandenburg (D)	-14,9	-18,2	5,0	-4,5	-5,4	8,0	84,9	84,7	92,0
Magdeburg (D)	-14,6	-20,2	-2,7	-4,9	-7,5	1,5	84,9	85,6	91,0
Dresden (D)	-13,6	-10,8	-1,4	-6,0	-2,8	6,2	87,0	85,6	87,4
Halle (D)	-21,9	-27,0	-13,7	-14,2	-15,6	-10,5	86,5	86,5	91,2
Pohjois-Suomi (FIN)	-16,2	-20,1	-11,4	-8,8	-14,8	-11,5	88,3	87,4	91,1
Leipzig (D)	-1,5	1,4	1,2	1,3	9,9	10,9	92,5	88,2	87,2
Åland (FIN)	-3,3	-4,0	4,9	-2,3	-2,0	-0,5	88,8	88,8	105,3
Övre Norrland (SWE)	-1,5	-13,7	-8,8	3,9	-8,4	-12,1	91,2	90,0	93,1
Dytiki Makedonia (GR)	2,4	3,1	2,4	2,8	3,8	4,3	93,9	90,3	92,7
Peloponnisos (GR)	13,7	18,2	18,4	15,9	19,6	19,9	92,3	91,0	89,2
Stereia Ellada (GR)	17,6	20,9	21,3	19,2	21,4	22,9	93,4	91,3	93,3
Itä-Suomi (SWE)	-21,4	-30,1	-17,5	-17,3	-27,3	-20,7	92,2	91,4	96,1
Groningen (NL)	47,1	4,1	-19,5	41,9	8,4	-18,7	98,5	91,5	93,2
Länsi-Suomi (FIN)	-3,3	-8,9	-5,4	-1,3	-5,8	-5,7	93,5	91,6	93,0
Overijssel (NL)	1,4	-3,0	-2,7	6,3	0,2	-7,4	91,3	92,2	92,9
Thessalia (GR)	-0,3	1,5	2,2	0,9	2,1	1,3	92,7	92,3	99,7

Datengrundlage: Obst 2005, eigene Darstellung; *Sortierung erfolgt aufsteigend nach der Geschlechterproportion der Geburtskohorte 1972-1976 (25 bis 29 Jahre) im Jahr 2001

In Tab. 8 ist die Entwicklung der männlichen und weiblichen Bevölkerung in den oben beschriebenen Altersgruppen zwischen 1991 und 2001 sowie die Geschlechterproportion im Jahr 2001 in jenen zwanzig europäischen Regionen dargestellt, in denen das Verhältnis von Frauen zu Männern in der Geburtskohorte 1972 bis 1976 am unausgewogensten war.

Sämtliche Regionen der neuen Bundesländer, mit Ausnahme von Berlin, führen hier die europäische Rangliste an. In den meisten Fällen hat sich die Geschlechterproportion

aufgrund genereller Abwanderung verändert. Betrachtet man sämtliche Geburtskohorten, so war fast immer ein (per Saldo) stärkerer Wegzug von Frauen gegenüber dem der Männer ursächlich für das Entstehen eines Männerüberschusses. Lediglich in der Geburtskohorte 1967 bis 1971 hat es in zwei Regionen eine abweichende Entwicklung gegeben. In einer Region mit einer insgesamt Zunahme der Bevölkerung dieser Altersgruppe, in Brandenburg, hat sich die Geschlechterproportion dennoch verschlechtert – hier durch einen stärkeren Zuzug von Männern gegenüber Frauen. Eine weitere Region, Magdeburg, zeichnete sich durch eine leichte Abnahme der weiblichen bei gleichzeitiger Zunahme der männlichen Population aus.

In der Folge hat sich in sämtlichen Regionen der neuen Bundesländer (außer Berlin) ein erheblicher Männerüberschuss herausgebildet. In der Geburtskohorte 1972-1976 (25- bis 29-Jährige) errechnete Obst im Jahr 2001 für sämtliche neun ostdeutschen Regionen Geschlechterproportionen zwischen 81,9 (Thüringen) und 88,2 (Leipzig). Damit haben diese neuen ostdeutschen Regionen auch die unausgewogenste Geschlechterproportion und damit die größten Männerüberschüsse der europäischen Regionen in dieser Altersgruppe – lediglich Övre Norrland (Schweden) schiebt sich noch vor Leipzig auf Rang 9 der unausgewogensten Geschlechterproportionen. Ähnliche Werte wie Ostdeutschland erreichen zumeist nur Regionen im Norden Finnlands und Schwedens.

Obst (2005) legt dar, dass in vielen Regionen Europas eine hohe Mobilität der Altersgruppen zwischen 18 und 25 Jahren, den Ausbildungs- und Arbeitsplatzwanderern, Normalität ist. Bei den 20- bis 24-Jährigen verzeichnen 2001 mehrere urbane Regionen wie etwa Utrecht, London, Bruxelles-Capitale, Hamburg oder East Wales mit Cardiff einen deutlichen Frauenüberschuss – vermutlich weil die dortigen Ausbildungsangebote vor allem für Frauen attraktiv sind. Die Entwicklung der Geschlechterproportionen über die einzelnen Alterskohorten hinweg kann man somit auch als Indikator für geschlechtsselektive, aber temporäre Ausbildungswanderungen interpretieren, die sich in fortgeschrittenem Lebensalter durch Rückzüge wieder normalisieren. So deutet die Veränderung der Geschlechterproportionen auf der finnischen Insel-Provinz Åland über die Geburtskohorten darauf hin, dass junge Frauen zunächst überproportional Åland verlassen, später aber, im Alter von 30 bis 34 Jahren wieder zurückkehren, weil sie in dem für die Insel bedeutenden Tourismus- und Dienstleistungssektor beschäftigt werden können. In fast allen Regionen ist der Männerüberschuss bei den 30- bis 34-jährigen deshalb geringer als in jüngeren Alterskohorten. Dies trifft auch auf die ostdeutschen Regionen zu. Dennoch bleibt die Geschlechterproportion auch in der ältesten untersuchten Altersgruppe, den zum Untersu-

chungszeitpunkt 30- bis 34-Jährigen, in sämtlichen ostdeutschen Regionen außergewöhnlich niedrig. Dies zeigt, dass im Osten Deutschlands nicht nur die Abwanderung junger Frauen dauerhaft über jener der gleichaltrigen Männer liegt, sondern dass die Unausgewogenheit der Geschlechterproportion auch durch Rückzüge nach einem möglichen Ausbildungsabschluss nicht wieder ausgeglichen wird.

Im Gegensatz zu den Regionen mit Frauendefizit existieren in Europa kaum Regionen mit einem ähnlich ausgeprägten Frauenüberschuss. Das Verhältnis von Frauen zu Männern übersteigt bei den 25- bis 29-Jährigen lediglich in zwei Regionen Europas den Wert von 110 zu 100.¹⁹ In Deutschland hat im Jahr 2001 der Regierungsbezirk Darmstadt (mit dem Rhein-Main-Gebiet) mit nur 100,3 zu 100 bei den 25- bis 29-Jährigen den höchsten Frauenanteil. Dies deutet darauf hin, dass die Veränderung der Geschlechterproportion sich nicht durch die Präferenz der Frauen für bestimmte Regionen in den alten Bundesländern herausgebildet hat, sondern durch eine dauerhafte Vermeidung von Regionen im Osten Deutschlands.

Eine eigene Querschnittsanalyse (Abb. 7) von jüngeren Eurostat-Daten zur Geschlechterproportion in den europäischen Regionen im Jahr 2004 gelangt zwar für nicht-deutsche europäische Regionen zu teilweise abweichenden Ergebnissen, bestätigt aber im Wesentlichen die Resultate von Obst für die neuen Bundesländer. Unter den europäischen Regionen bei denen die Geschlechterproportion in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen unter 89 Frauen je 100 Männer liegt, sind auch anhand der EUROSTAT-Daten des Jahres 2004 alle ostdeutschen Regionen außer Berlin und Leipzig zu finden. Leipzig liegt dabei mit einem Geschlechterverhältnis von 91 zu 100 noch immer am unteren Rand der europäischen Regionen, lediglich Berlin hat ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. In unserer Analyse befinden sich unter den Regionen mit besonders unausgewogener Geschlechterproportion allerdings mehr griechische Regionen als bei Obst. Der Ursache dieses abweichenden Ergebnisses kann an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden. Gerade für griechische Regionen dürfte sich hier auch die Frage der Datenqualität stellen, da für Griechenland die Zahlenangaben zwischen den einzelnen Jahren sehr stark schwanken.

¹⁹ In einem Fall handelt es sich um die selbe griechische Region, die im Jahr 1991 durch den europaweit niedrigsten Frauenanteil auffiel, was Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Daten aufkommen lässt. Allerdings kommt auch eine stark männlich dominierte Zuwanderung, etwa aus dem krisengeschüttelten Albanien und Ex-Jugoslawien als Ursache für eine so deutliche Veränderung der Geschlechterproportion in Betracht.

Betrachtet man sämtliche europäischen Regionen, die im Jahr 2004 in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen eine besonders unausgewogene Geschlechterproportion von weniger als 89 Frauen je 100 Männer aufwiesen, so waren die betroffenen ostdeutschen Regionen mit insgesamt etwa 12,5 Millionen Einwohnern mit weitem Abstand die bevölkerungsreichsten. Fazit dieser europäischen Analyse ist: Bezüglich geschlechtsselektiver Migrationen muss es in den neuen Bundesländern besondere strukturelle Bedingungen geben, die eine derart überproportionale Abwanderung junger Frauen in einem so großen und dicht besiedelten Gebiet auslösen.

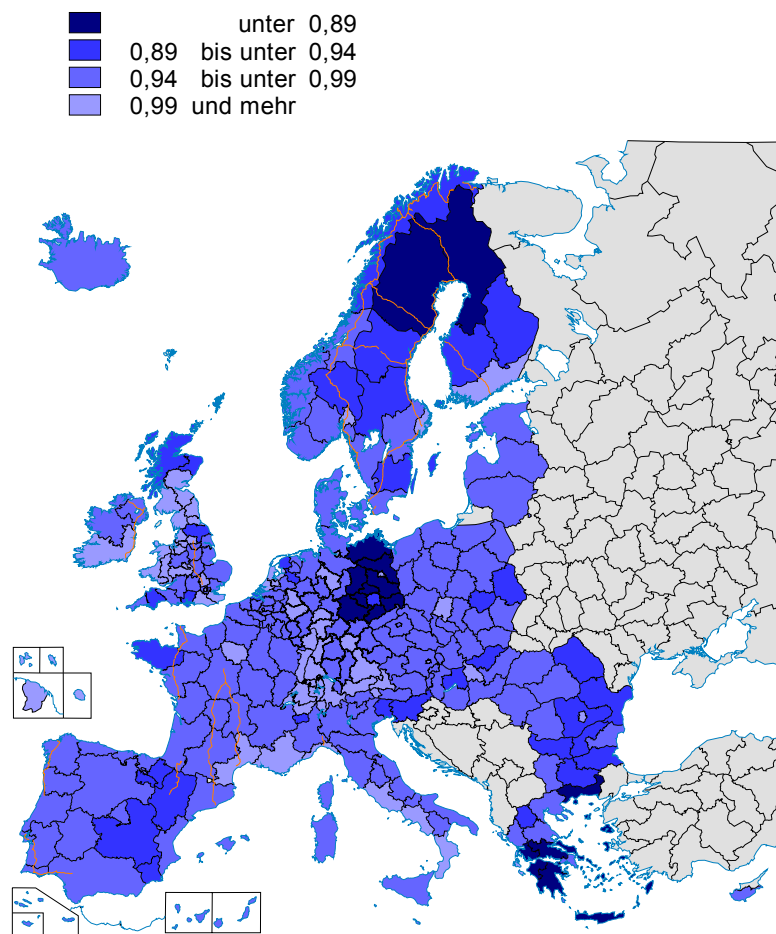


Abb. 7: Geschlechterproportion in europäischen Regionen, 2004 (Frauen/ Männer, 20 bis 29 Jahre)

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen, eigene Grafik

Nirgendwo in der Europäischen Union ist ein so bevölkerungsreiches Territorium wie die neuen Bundesländer von einer unausgewogenen Geschlechterproportion von weniger als 89 Frauen je 100 Männer im Alter von 20 bis 29 Jahren betroffen. Zwar wurden 2004 im Norden Finnlands und Schwedens sowie im Süden und Osten Griechenlands ähnliche Werte erreicht, allerdings sind diese Regionen dünn besiedelt und zeichnen sich durch besondere Strukturschwäche aus.

8.3 Wanderungen zwischen neuen und alten Bundesländern²⁰

Im Jahr 1989, dem Jahr des Mauerfalls, verließen (per Saldo) 383.000 Menschen die nun nicht mehr abgeschottete DDR (Tab. 9, vgl. Tab. A 1 im Anhang). Und auch im Jahr 1990, als die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten bereits feststand und keine Gefahr einer erneuten Schließung der Grenze bestand, kehrten mit 359.000 Menschen kaum weniger Bürger ihrer Heimat den Rücken. Dabei verließen in diesen beiden Jahren noch deutlich mehr Männer als Frauen die DDR bzw. die neuen Bundesländer. Im Jahr 1989 waren nur 46 Prozent, 1990 42 Prozent der Abwanderer (per Saldo) weiblich. 1991 änderte sich jedoch das Geschlechterverhältnis der Abwandernden grundlegend. In diesem Jahr waren bereits 59 Prozent aller Abwanderer weiblich (Tab. 9). In den folgenden Jahren bis 1997 stieg der Frauenanteil am Wanderungssaldo immer weiter und erreichte 1996 und 1997 rechnerisch sogar Werte über 100 Prozent – in beiden Jahren verzeichneten die neuen Bundesländer bei den Frauen einen negativen, bei den Männern jedoch einen geringfügig positiven Wanderungssaldo. Ursache dieses kurzfristigen männlichen Wanderungsüberschusses waren Personaltransfers aus den alten Bundesländern (Hansch 1995) wie auch ein verstärkter, ebenfalls von Männern dominierter Zuzug aus dem Ausland bzw. die Zuweisung von ausländischen Asylbewerbern auf die neuen Bundesländer. Der Anteil der Frauen am kumulierten Wanderungssaldo der neuen mit den alten Bundesländern seit der Maueröffnung im Jahr 1989 überstieg 1993 die 50-Prozent-Marke und pendelte sich nach dem Jahr 2000 bei etwa 55 Prozent ein (Tab. 9).

Der Wanderungssaldo der neuen mit den alten Bundesländern ist stark altersselektiv und folgt damit der Altersstruktur der meisten überregionalen Wanderungsströme. Der höchste Anteil des gesamten Wanderungssaldos entfällt auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen – eine Altersgruppe, die wegen ihrer Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten oder aber dem ersten Arbeitsplatz nach der Ausbildung hochgradig mobil ist. Eine eigene Familie als regionale Bindung existiert zu diesem Zeitpunkt meist noch nicht (vgl. Dienel et al. 2004). Tab. 9 zeigt deutlich, dass seit 1991 ständig ein überproportionaler Anteil von Frauen im Wanderungssaldo der alten mit den neuen Bundesländern enthalten ist. Dies geht vor allem auf den hohen Frauenüberschuss in den wanderungsintensivsten jungen Altersgruppen (bis 29 Jahre) zurück. Dabei war in den meisten Jahren schon der Wanderungssaldo in der jüngsten Altersgruppe unter 18 Jahren von Frauenüberschuss geprägt. In

²⁰ Im folgenden Text ist mit „Wanderungen“, sofern nicht explizit auf etwas anderes hingewiesen wird, stets der Saldo aus Fort- und Zuzügen gemeint. Auch die Bezeichnung „Abwanderung“ oder „Zuwanderung“ meint einen negativen bzw. positiven Wanderungssaldo.

dieser Altersgruppe sind bereits jene Ausbildungswanderer enthalten, die im Alter von 16 Jahren die Schule verlassen haben. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen ist der Frauenanteil am größten, er liegt seit dem Jahr 2000 relativ gleich bleibend bei etwa 60 Prozent. Bei den 25- bis 29-Jährigen sind hingegen die Männer in der Überzahl. Da das Wanderungsvolumen hier jedoch nur noch weniger als die Hälfte der jüngeren Altersgruppe beträgt – und in den höheren Altersgruppen weiter sinkt – bleibt der Gesamtwanderungssaldo von Frauenüberschuss geprägt. An sämtlichen zwischen 1991 und 2005 abgewanderten 866.000 Personen beträgt der Frauenanteil 63 Prozent.²¹

Bei den so genannten Familienwanderern (unter 18 Jahre und 30 bis 50 Jahre) ist der Geschlechteranteil dagegen aus nahe liegenden Gründen weitgehend ausgeglichen. Die Ruhestandswanderer (ab 50 Jahre) hingegen weisen – bei stark schwankender Geschlechterproportion – nur ein sehr geringes Wanderungsvolumen auf. Sie spielen für die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern eine untergeordnete Rolle.

²¹ Wie bereits oben erwähnt verdeckt dieser hohe Wert die Tatsache, dass 1989 und 1990 noch weit mehr Männer die untergehende DDR verlassen hatten. Der Frauenanteil am Gesamtwanderungssaldo von 1989 bis 2004 liegt bei 55 Prozent.

Tab. 9: Wanderungssaldo der neuen mit den alten Bundesländern nach Geschlecht und Altersgruppen, 1991 bis 2005*

Jahr	unter 18 Jahre			18-24 Jahre			25-29 Jahre			30-49 Jahre			50 Jahre und älter			gesamt		
	männlich	weiblich	Frauenanteil (%)	männlich	weiblich	Frauenanteil (%)	männlich	weiblich	Frauenanteil (%)	männlich	weiblich	Frauenanteil (%)	männlich	weiblich	Frauenanteil (%)	gesamt männlich	gesamt weiblich	Frauenanteil (%)
1991	-25000	-26000	51	-21900	-31700	59	-9100	-11800	56	-10500	-22100	68	-3700	-7600	67	-70200	-99200	59
1992	-17600	-17900	50	-2900	-16000	85	500	-6300	---	-2400	-15400	87	-3000	-6800	69	-25400	-62400	71
1993	-12500	-12800	51	-100	-10100	99	3300	-2400	---	600	-10400	---	-2500	-6300	72	-11200	-42000	79
1994	-8100	-9000	53	-800	-7600	90	4700	100	2	4900	-5900	---	-900	-4600	84	-200	-27000	99
1995	-6300	-7300	54	-2700	-8900	77	3200	300	9	4400	-4900	---	-300	-2800	90	-1700	-23600	93
1996	-3200	-4200	57	-3000	-8900	75	1700	0	0	4300	-1800	---	1500	-400	---	1300	-15300	---
1997	-2800	-2700	49	-3400	-9600	74	500	-100	---	4200	-900	---	2300	2000	47	800	-11300	---
1998	-2900	-3400	54	-7400	-13500	65	-3000	-1900	39	-200	-2800	93	2700	1700	39	-10800	-19900	65
1999	-3800	-4200	53	-9100	-16500	64	-4300	-2700	39	-3300	-4000	55	2300	2000	47	-18200	-25400	58
2000	-5900	-5900	50	-10900	-17500	62	-5600	-3900	41	-10000	-9700	49	400	200	33	-32000	-36800	53
2001	-7600	-7300	49	-14500	-21100	59	-9500	-7500	44	-15400	-14100	48	-100	-500	83	-47100	-50500	52
2002	-5100	-4900	49	-12500	-19900	61	-8800	-7100	45	-11600	-10900	48	100	-200	---	-37900	-43000	53
2003	-3400	-3700	52	-11200	-17100	60	-5800	-4800	45	-6500	-7000	52	900	200	18	-26000	-32400	55
2004	-2200	-2700	55	-11400	-16500	59	-5900	-4500	43	-4900	-5100	51	1000	500	33	-23400	-28300	55
2005	-2118	-2543	55	-9652	-13888	59	- 5 438	-4635	46	-4884	-5257	52	861	462	35	-21231	-25861	55

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.2, Jahrgänge 2004 und 2005

*Wo sich kein sinnvoller Wert des Frauenanteils am Wanderungssaldo ermitteln ließ, etwa weil Männer einen positiven, Frauen aber einen negativen Saldo verzeichneten, wurde auf die Angabe des Werts verzichtet.

8.4 Geschlechtsspezifische Zusammensetzung des Wanderungssaldos der neuen mit den alten Bundesländern im Hinblick auf Fort- und Zuzüge

Die Analyse der Wanderungssalden und der Geschlechterproportion erfordert auch einen Blick auf die Zusammensetzung dieser Salden in Form von Zuzügen und Fortzügen. Auch in Peripherregionen übersteigt das Wanderungsvolumen (Zuzüge plus Fortzüge) den Wanderungssaldo (Zuzüge minus Fortzüge) in der Regel um das Dreifache. Betrachtet man nur den Wanderungssaldo, so lassen sich keine Aussagen über dessen Zustandekommen, also die jeweiligen Anteile von Zuzügen oder Fortzügen machen. Ein erheblicher Teil dieser Fort- und Zuzüge ist kein Bevölkerungsaustausch im Sinne des Wegzugs einheimischer und dem Zuzug fremder Personen. Ein erheblicher Teil von Fort- und Zuzügen, besonders in ländlichen Regionen, kommt durch aus beruflichen oder persönlichen Gründen Fortgezogene zustande, die später in ihre Herkunftsregion zurückkehren (Kröhnert/ Klingholz 2007; Dienel 2006).

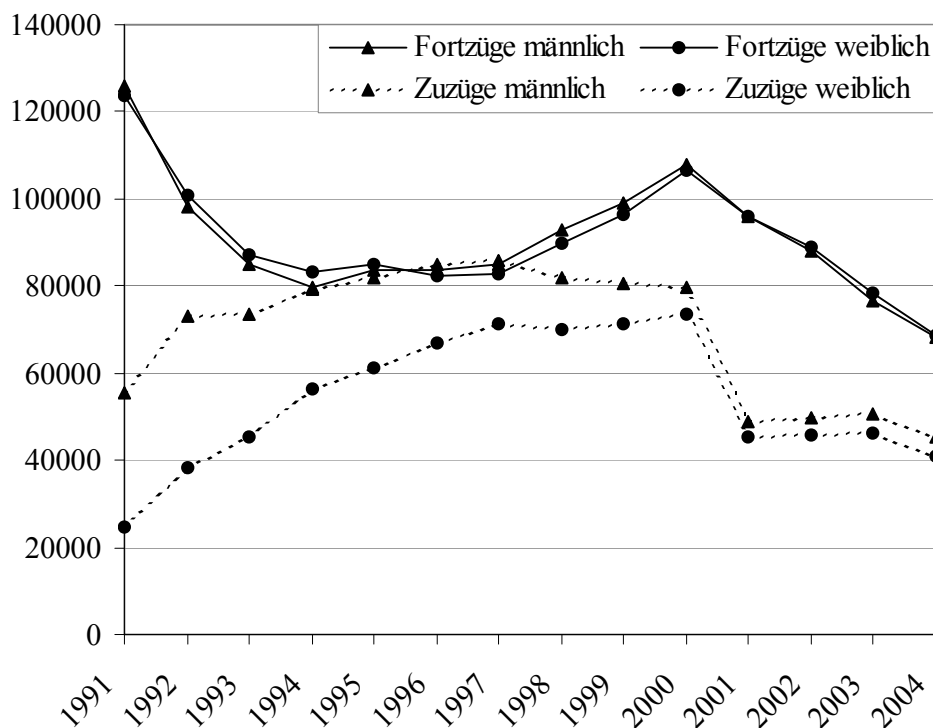


Abb. 8: Wanderungen der neuen mit den alten Bundesländern* (Zuzüge und Fortzüge), 1991 bis 2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen, eigene Darstellung; *bis zum Jahr 2000 zählt Berlin-West zu den alten Bundesländern, ab 2001 gehört ganz Berlin zu den neuen Ländern

Detaillierte Auswertungen der Wanderungsbewegungen (Abb. 8) zeigen, dass sich die absolute Zahl der Fortzüge aus den neuen in die alten Bundesländer bei Männern und

Frauen nur wenig unterscheidet, dass allerdings die Zahl der Zuzüge aus den alten in die neuen Länder bei Frauen wesentlich geringer ausfällt. Dies gilt praktisch für den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2004. Der negative Wanderungssaldo der neuen mit den alten Bundesländern bei den Frauen kommt also vorwiegend durch ein Frauendefizit bei den Zuzügen nach Ostdeutschland zustande: Im Jahr 2004 zogen lediglich etwa 550 mehr Frauen als Männer in die alten Bundesländer, während im umgekehrte Richtung über 4000 weniger Frauen als Männer in die neuen Bundesländer strömten.²² Man kann davon ausgehen, dass angesichts eines weitgehend fehlenden ökonomischer Anreizes für westdeutsche Männer, sich in den neuen Bundesländer anzusiedeln, hauptsächlich zurückkehrende ostdeutsche Männer für diesen Männerüberschuss bei der Rückwanderung verantwortlich sind. Eine vom Autor durchgeführte (nicht repräsentative) Befragung von jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren in zwei Peripherregionen in Ostdeutschland ergab, dass etwa ein Drittel aller Befragten schon kürzere oder längere Phasen der Ausbildung oder Erwerbstätigkeit in den alten Bundesländern oder in Großstädten der neuen Bundesländer hinter sich hatten, also schon einmal „Fortziehende“ waren, dann aber in ihre Heimorte zurückkehrten (Kröhnert/ Klingholz 2007). Dienel et al. 2006 kommen in einer Rückwanderungsstudie für Sachsen-Anhalt zu einem ähnlichen Ergebnis (Dienel et al. 2006: 73).

8.5 Kleinräumige Auswirkungen der geschlechtsselektiven Wanderungen

In den folgenden Analysen wird der Blick auf die geschlechtsselektiven Wanderungen zu einer kleinräumigen Betrachtungsweise (auf der Ebene von Kreisen) umgestellt. Die großräumige Richtung der Wanderungsbewegung (Richtung alte bzw. neue Bundesländer) wird nunmehr nicht weiter berücksichtigt. Auf der Aggregatebene von Landkreisen und kreisfreien Städten ist anhand der Geschlechts- und Altersstruktur sämtlicher registrierter Fort- bzw. Zuzüge (über Kreisgrenzen) sowie anhand der Alters- und Geschlechtsstruktur der Wohnbevölkerung eine gute Analyse des regionalen Wanderungsverhaltens möglich. Die alten Bundesländer sind zwar, wie weiter unten festgestellt wird, Hauptzielgebiet von Wanderungen die über Kreisgrenzen der neuen Bundesländer erfolgen. Bei der kleinräumigen Betrachtungsweise können nun allerdings auch regionale Entwicklungen innerhalb

²² Auch wenn in Abb. 8 nicht nach Altersgruppen differenziert wird, wurde bereits in der Analyse aus Abschnitt 5.3 deutlich, dass dafür im Wesentlichen das differenzielle Wanderungsverhalten in der wanderungsintensivsten Altersgruppe von 18 bis 24 Jahre verantwortlich ist.

der neuen Bundesländer besser untersucht werden, die für eine spätere Ursachenanalyse interessant sind.

Im Jahr 2004 kam es in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) zu 173.565 Fortzügen (über Kreisgrenzen) von Männern und zu 169.285 Fortzügen von Frauen, davon erfolgten bei den Männern 113.840 Fortzüge Richtung alte Bundesländer (65,6 Prozent), bei den Frauen waren das 115.429 Fortzüge (68,2 Prozent). Von den 155.518 männlichen Zuzüglern kamen 95.848 aus den alten Bundesländern (61,6 Prozent), während bei den Frauen insgesamt 145.622 Zuzüge 91.795 aus den alten Bundesländern erfolgten (63 Prozent). Wanderungsbewegungen zwischen neuen und alten Bundesländern machen also knapp zwei Drittel der Gesamtmobilität (über Kreisgrenzen) in den neuen Bundesländern aus. Westdeutschland ist damit eindeutig Hauptzielgebiet ostdeutscher Wanderungen, für Frauen häufiger als für Männer. Bei Betrachtung sämtlicher Fortzüge über Kreisgrenzen überwiegen die Fortzüge der Männer jene der Frauen. Männer sind also insgesamt sogar mobiler als Frauen – sie ziehen jedoch häufiger innerhalb der neuen Bundesländer um. Darauf deutet auch die Tatsache, dass die größere Zahl männlicher Wegzüge in den neuen Bundesländern auf den Wegzügen aus Berlin beruht. Betrachtet man nur die ostdeutschen Flächenländer (Abb. 9), so überwiegen dort auch bei den Fortzügen die Frauen – dies gilt im übrigen auch für jedes einzelne ostdeutsche Flächenland. Im zeitlichen Längsschnitt ändern sich zwar die jeweiligen Wanderungszahlen, nicht jedoch deren Verhältnis zueinander (weibliche Fortzüge aus den Flächenländern liegen leicht über den männlichen, weibliche Zuzüge in die ostdeutschen Flächenländer liegen deutlich unter den männlichen Zuzügen).

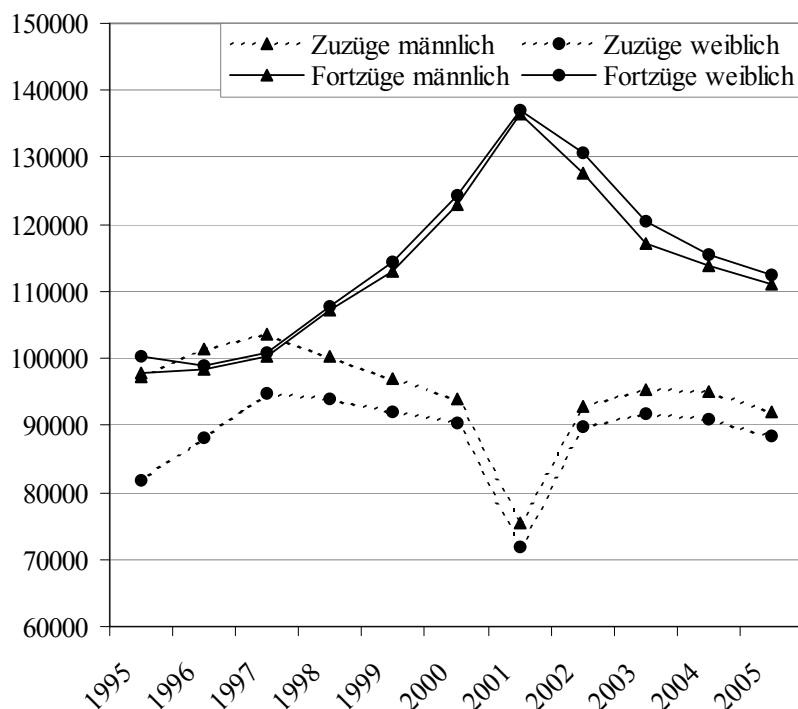


Abb. 9: Zuzüge und Fortzüge über Kreisgrenzen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin), 1995 bis 2005, nach Geschlecht

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Betrachtet man die Mobilität über Kreisgrenzen, überwiegen die Fortzüge der Männer jene der Frauen. Männer sind also insgesamt sogar mobiler – sie ziehen jedoch häufiger innerhalb der neuen Bundesländer um. Die größere Zahl männlicher Wegzüge in den neuen Bundesländern insgesamt beruht im Wesentlichen auf den Wegzügen aus Berlin. In ostdeutschen Flächenländern überwiegen die Frauen hingegen auch bei den Fortzügen über Kreisgrenzen. Bei den Zuzügen in ostdeutsche Kreise sind Frauen in jedem Fall deutlich unterrepräsentiert.

Dabei unterscheidet sich das Wanderungsmuster nach Geschlecht über alle Altersgruppen nicht wesentlich von dem Wanderungsverhalten der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren, die die Mehrheit aller Migranten stellen. In Abb. 10 und Abb. 11 wird deutlich: In praktisch allen Regionen der neuen Bundesländer mit Ausnahme der Großstädte überwiegen die Fortzugsraten der Frauen jene der Männer.

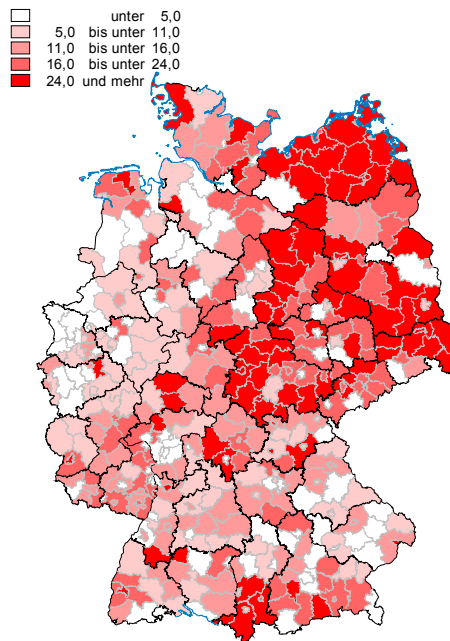


Abb. 10: Differenz der Fortzugsraten Frauen minus Männer, 18 bis 29 Jahre, 2002-2004 (Promille)

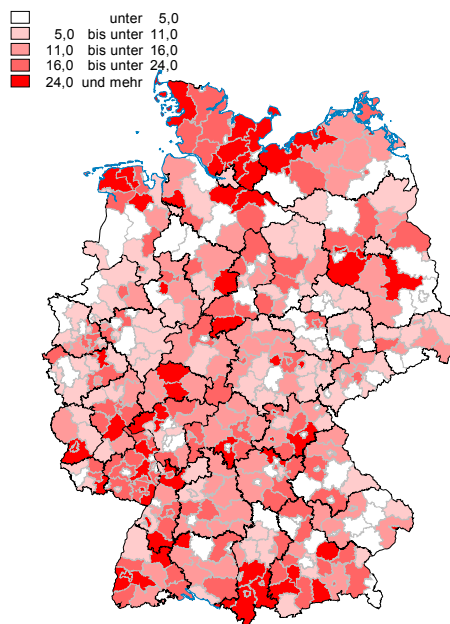


Abb. 11: Differenz der Zuzugsraten Frauen minus Männer, 18 bis 29 Jahre, 2002-2004 (Promille)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Die Fortzugsraten der 18- bis 29-jährigen Frauen liegen in den meisten Kreisen Ostdeutschlands deutlich über denen der Männer (Differenz der Fortzugsraten Frauen minus Männer ist stark positiv – da Fortzüge in diesem Fall ein negatives Vorzeichen tragen, ist deren Differenz positiv, Abb. 10). Im Gegensatz dazu sind die Zuzüge weit weniger von Frauen dominiert (Abb. 11) – im Saldo ist dies für die Entstehung der unausgewogenen Geschlechterproportion bei den 18- bis 29-Jährigen verantwortlich. Ausnahmen sind hier nur einige ostdeutsche Großstädte, insbesondere Berlin, aus denen junge Frauen seltener fort-, aber häufiger zuziehen als Männer.

Die Abbildungen Abb. 10 und Abb. 11 zeigen das unterschiedliche Fortzugs- und Zuzugsverhalten von Männern und Frauen in der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren anhand von Wanderungsraten (Zu- bzw. Fortzüge je 1000 Einwohner der betrachteten Bevölkerungsgruppe, also Männer oder Frauen zwischen 18 und 29 Jahren). Die Klasseneinteilung orientiert sich dabei an der Gleichverteilung von Kreisen auf die einzelnen Klassen. Deutlich wird, dass die Fortzugsraten von Frauen aus ostdeutschen Landkreisen in der Regel deutlich über den Fortzugsraten der Männer liegen. Die meisten der ostdeutschen Kreise fallen in die Kategorie mit der größten (positiven) Differenz zwischen den Fortzugsraten der Frauen und denen der Männer. Die dunkelrote Färbung sagt aus, dass dort die weiblichen Fortzugsraten mehr als 24 je 1000 über jenen der Männer liegen. Aus diesem Grund hebt sich Ostdeutschland farblich deutlich vom übrigen Bundesgebiet ab. Während in westdeutschen ländlichen Regionen, die ebenfalls einen Überschuss weiblicher Fortzüge verzeichnen, dieser in der Regel auch durch einen Überschuss weiblicher Zuzüge ausgeglichen wird, ist dies in den Landkreisen der neuen Bundesländer nicht der Fall. Im Gegenteil – viele ostdeutsche Landkreise fallen in Abb. 11 in Kategorien mit einer relativ geringen (positiven) Differenz zwischen weiblichen und männlichen Zuzugsraten (helle Färbung). Anders stellt sich dies nur für die ostdeutschen Großstädte und Berlin dar, wo die Zuzugsraten der Frauen jene der Männer überwiegen, die Fortzugsraten jedoch nicht in gleicher Deutlichkeit.

Nochmals verdeutlicht wird dies in Abb. 12, welche die mittleren Zu- und Fortzugsraten in Ost- und Westdeutschland nach Landkreisen und kreisfreien Städte darstellt.

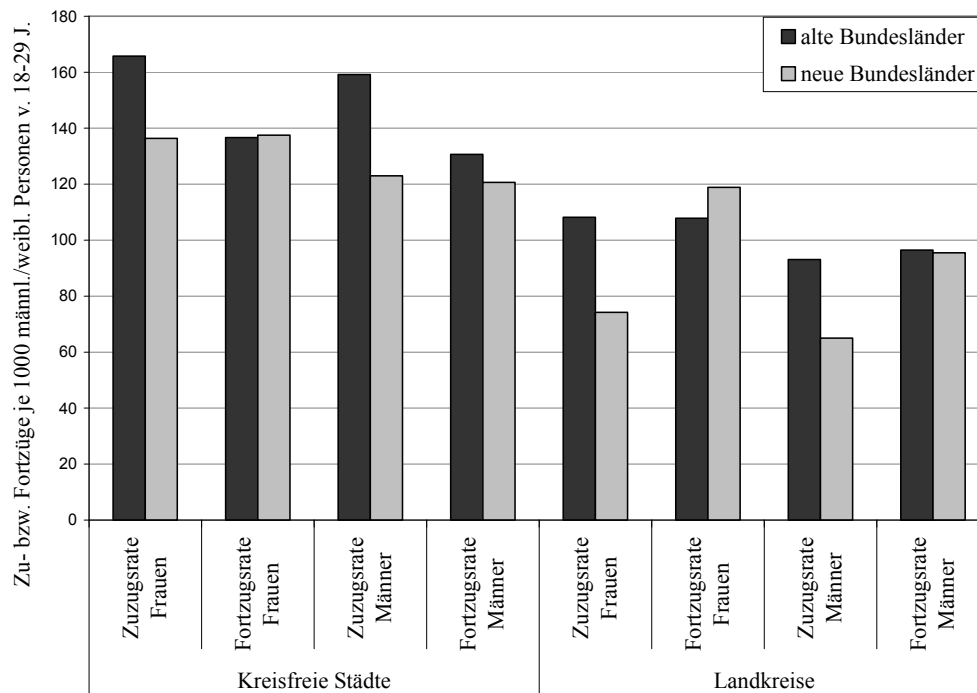


Abb. 12: Zuzugs- und Fortzugsraten der 18- bis 29-jährigen Bevölkerung (Zu- bzw. Fortzüge je 1000 männliche bzw. weibliche Einwohner, Mittelwerte der Kreise) nach Landkreisen und kreisfreien Städten in den alten und neuen Bundesländern, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Die Fortzugsraten von Frauen aus Landkreisen liegen in Ostdeutschland nur wenig über den Werten westdeutscher Landkreise, bei kreisfreien Städten sind die Werte praktisch identisch (es wird jeweils der Betrag der Wanderungsraten dargestellt und auf das negative Vorzeichen von Fortzügen verzichtet). Allerdings sind die Zuzugsraten sehr viel geringer als in den alten Bundesländern und die Diskrepanz ist größer als bei den Männern.

Betrachtet man nur die kreisfreien Städte, so sind die Mittelwerte der Fortzugsraten in Ost- und Westdeutschland sowohl bei Männern als auch bei Frauen recht ähnlich. Die Zuzugsraten in westdeutsche kreisfreie Städte sind jedoch erheblich höher als jene in ostdeutsche kreisfreie Städte – natürlich auch, weil hier die Zuzüge aus den neuen Bundesländern mit enthalten sind (zur kleinräumigen Ausprägung von Zu- und Fortzügen nach Geschlecht vgl. auch Abb. A 5 bis A 8 im Anhang).

Bei den Landkreisen wiederum sind die Fortzugsraten der Männer in den neuen Bundesländern im Mittel ebenso hoch wie jene in den alten Bundesländern. Während allerdings in westdeutschen Landkreisen die Zu- und Fortzugsraten bei beiden Geschlechtern praktisch identisch sind (was per Saldo für eine nach Geschlecht ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung sorgt), sind die Fortzugsraten in den Landkreisen der neuen Länder bei Männern und Frauen erheblich höher als die Zuzugsraten – wobei die Fortzugsraten der Frauen jene der Männer noch deutlich übersteigen. Die Zuzugsraten der Männer in ost-

deutsche Landkreise sind im Mittel zwar etwas höher als die der Frauen, doch die enorme Differenz bei den Fortzugsraten kann damit nicht ausgeglichen werden.

Bei separater Betrachtung der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, also der expliziten Ausbildungswanderer, zeigt sich im Wesentlichen das gleiche Bild (Tab. A 2 im Anhang). Vergleicht man die Werte dieser Altersgruppe mit den Wanderungsraten der 25- bis 29-Jährigen so wird deutlich, dass die unausgewogene Geschlechterproportion in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen entsteht und durch Zu- bzw. Rückzüge in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen nicht kompensiert wird (zur kleinräumigen Ausprägung von Wanderungen in diesen Altersgruppen vgl. auch Abb. A 1 bis A 4 im Anhang).

Man kann aus diesen Zahlen schlussfolgern, dass Frauen in Ost und West deutlich häufiger als Männer in kreisfreie Städte wandern. Dies könnte daran liegen, dass Männer aufgrund ihrer häufigeren Ausbildung im dualen System im ländlichen Raum mehr Ausbildungsmöglichkeiten in männertypischen Berufen finden, während Frauen die meist in Städten ansässigen schulischen Berufsausbildungen bevorzugen. In den alten Bundesländern kehren viele Frauen später wieder in die Landreise zurück, in den neuen Bundesländern wird jedoch der ländliche Raum von jungen Frauen weitgehend gemieden. Der Mittelwert der Zuzugsraten für ostdeutsche Landkreise liegt bei Frauen der Altersgruppe von 25 bis 29 Jahren bei nur 74 Promille, während diese Rate bei westdeutschen Landkreisen 105 Promille beträgt (Tab. A 2 im Anhang).

Ein Vergleich der ostdeutschen Bundesländer im Zeitverlauf zeigt, dass die Entstehung von Ungleichgewichten bezüglich der Geschlechterproportion innerhalb Ostdeutschlands – mit Ausnahme der Hauptstadt Berlin – regional relativ gleichmäßig verlaufen ist (Abb. 13). In allen ostdeutschen Flächenländern sank nach 1991 die Geschlechterproportion bei den 18- bis 29-Jährigen deutlich ab und hatte im Jahr 1997 ihren Tiefpunkt erreicht. Seitdem milderte sich die Unausgewogenheit der Geschlechterproportion etwas, allerdings verstärkte sie sich durch das Älterwerden der besonders betroffenen Jahrgänge in der Altersgruppe von 30 bis 34 Jahre (vgl. Abb. 14). Im Moment deutet nichts auf eine Auflösung der Geschlechterunterschiede beim Wanderungsverhalten.

Das höchste Frauendefizit der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen im Jahr 2004 wies das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auf (85,5 Frauen je 100 Männer), mit nur geringem Abstand gefolgt von Thüringen und Sachsen-Anhalt. Sachsen weist innerhalb der ostdeutschen Flächenländer mit 88,3 Frauen je 100 Männer noch die günstigste Geschlechterproportion auf. Einzig der Stadtstaat Berlin hat hier innerhalb Ostdeutschlands eine andere Entwicklung genommen, hier ist es zu einer deutlichen Erhöhung des Frauen-

anteils gekommen. Hatte die Stadt Anfang der 1990er Jahre noch ein unauffälliges Geschlechterverhältnis von 98 zu 100, erreicht sie mittlerweile sogar einen Frauenüberschuss in der betreffenden Altersgruppe. Hier zeichnet sich bereits ab, dass vor allem ländliche Räume von der überproportionalen Abwanderung junger Frauen betroffen sind – während die Hauptstadt ihren Wert sogar deutlich verbessert, ist das Geschlechterverhältnis um so unausgewogener, je weniger verstädtert ein Bundesland ist.

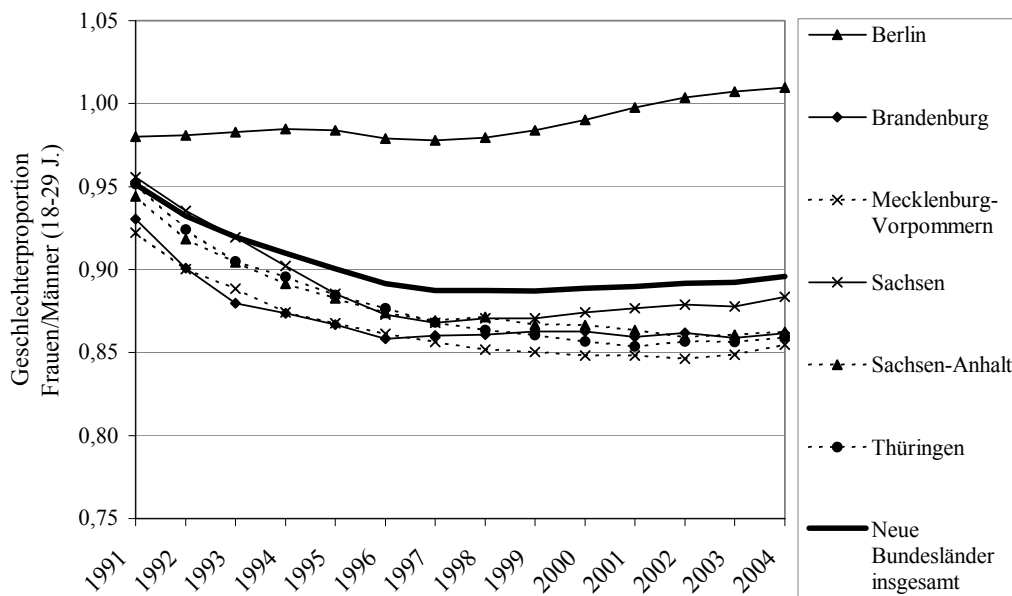


Abb. 13: Entwicklung der Geschlechterproportion in der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren (Frauen/Männer) im Zeitraum 1991 bis 2004 in den neuen Bundesländern und Berlin

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

Die Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen sank nach 1991 in allen ostdeutschen Bundesländern außer Berlin deutlich und erreichte 1997 ihren Tiefpunkt. Seit dem hat sich Disproportion etwas gemildert, die überproportionale Abwanderung von Frauen hält jedoch an.

Abb. 14 zeigt die Entwicklung der Geschlechterproportion für alle einzelnen Altersjahre von 18 bis 39 Jahren im Zeitraum von 1991 bis 2004 in Ost- und Westdeutschland. Daraus wird deutlich, dass sich das Geschlechterverhältnis der neuen Bundesländer im Jahr 1991 bis auf die ganz junge Altersgruppe von 18 bis 20 Jahren kaum von jener der alten Bundesländer unterschied, ja im Bereich der Mittzwanziger sogar über deren Werten lag. Es deutet sich jedoch bereits die überproportionale Abwanderung der 18- bis 29-jährigen Frauen aus den neuen Bundesländern an. In den folgenden Jahren, bis 1997, verstärkte die überproportionale Frauenabwanderung das Ungleichgewicht der Geschlechterproportion weiter, wobei sich gleichzeitig die einmal eingetretenen Ungleichgewichte in höhere Altersjahre verschieben. Das Jahr 1997 markiert mit nur noch 86 Frauen je 100 Männer bei den 25-Jährigen den Höhepunkt dieser Entwicklung. Seit 1998 kommen die gegenüber den

Frauen überproportionalen Fortzüge der Männer in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen zum Tragen und mildern die Zunahme des Ungleichgewichts der Geschlechterproportion in dieser Altersgruppe, während gleichzeitig in den jungen Altersjahren das Missverhältnis der Abwanderer zwischen Männern und Frauen abgenommen hat. Im Ergebnis einer 15-jährigen Migration liegt die Geschlechterproportion in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) im Jahr 2004 in sämtlichen Altersjahren zwischen 22 und 33 Jahren bei höchstens 0,89. Im Gegenzug sieht man in den alten Bundesländern ein stetiges Ansteigen der Geschlechterproportion, so dass im Jahr 2004 das Verhältnis von Frauen zu Männern in der genannten Altersgruppe bei 0,99, teilweise sogar über eins liegt.

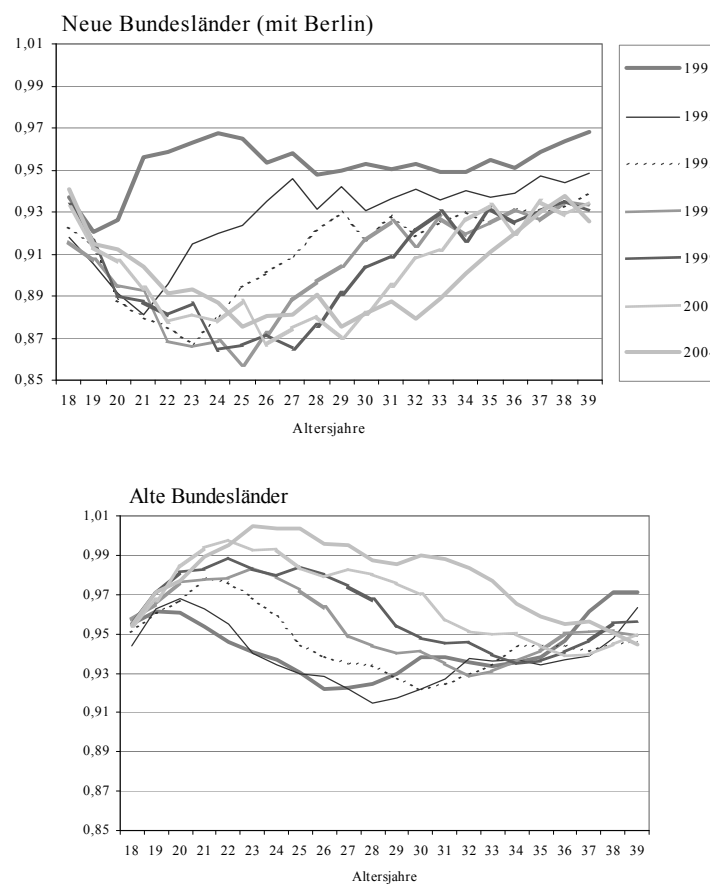


Abb. 14: Geschlechterproportion (Verhältnis Frauen/ Männer) für die Altersjahre 18 bis 39 in den alten und neuen Bundesländern, 1991-2004

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

Die Graphen zeigen deutlich, wie sich die Geschlechterproportion einerseits in den neuen Bundesländern im Zeitverlauf verschlechtert hat, aber auch wie die Frauendefizite ins das höhere Lebensalter „hineinwachsen“. Spiegelbildlich erfahren die alten Bundesländer eine Erhöhung ihrer Geschlechterproportion.

Im folgenden Abschnitt soll eine Analyse der Geschlechterproportion auf Kreisebene für die Jahre 1995 und 2005 erfolgen. Bis 1995 fanden insbesondere in Ostdeutschland größere Gebietsreformen statt, welche häufig mit der Zusammenlegung von Kreisen, aber auch mit Gebietsveränderungen der Kommunen einhergingen. Die Verfügbarkeit von Daten für die Jahre vor 1995 ist deshalb erheblich eingeschränkt. Für eine kleinräumige Analyse ist jedoch der Zeitraum nach 1995 auch der aufschlussreichere: 1995 hatte sich zwar bereits ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis ausgeprägt, trat aber auf dem gesamten Gebiet der neuen Bundesländer relativ gleichmäßig auf (Abb. 15). Das Verhältnis von Frauen zu Männern lag 1995 in der Altersgruppe von 18- bis 29 Jahren bei 90 zu 100 (das Geschlechterverhältnis demzufolge bei 0,90). Nur wenige Regionen – vorwiegend im südöstlichen Brandenburg – wiesen bereits Werte unterhalb von 0,85 auf (9 Kreise). In den alten Bundesländern hatte lediglich ein Fünftel aller Kreise eine Geschlechterproportion von mehr als 0,96 (61 Kreise). Bis zum Jahr 2005 entwickelten sich die Regionen deutlich auseinander. Obwohl der Männerüberschuss in den neuen Bundesländern nach 1995 insgesamt nur noch wenig zunahm, polarisierte sich die Entwicklung auf Kreisebene: Im Jahr 2005 gab es fünf Kreise, in denen die Geschlechterproportion weniger als 0,80 betrug, und immerhin 59 Kreise mit Werten von 0,80 bis unter 0,85. Auf der anderen Seite verzeichneten acht Städte in den neuen Bundesländern – anders als noch 1995 – nun ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis von über 0,96. In 28 Landkreisen und kreisfreien Städten hat sich der Männerüberschuss reduziert, in 85 Kreisen hat er hingegen zugenommen. In den alten Bundesländern dagegen ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Kreise mit ausgeglichenem Geschlechterverhältnis oder gar Frauenüberschuss deutlich gewachsen. Die Zahl jener westdeutschen Kreise mit einer Geschlechterproportion von 0,96 und darüber hat sich mehr als verdoppelt. Insgesamt stehen in den alten Bundesländern 272 Verbesserungen nur 54 Verschlechterungen der Geschlechterproportion bei den 18- bis 29-Jährigen gegenüber.

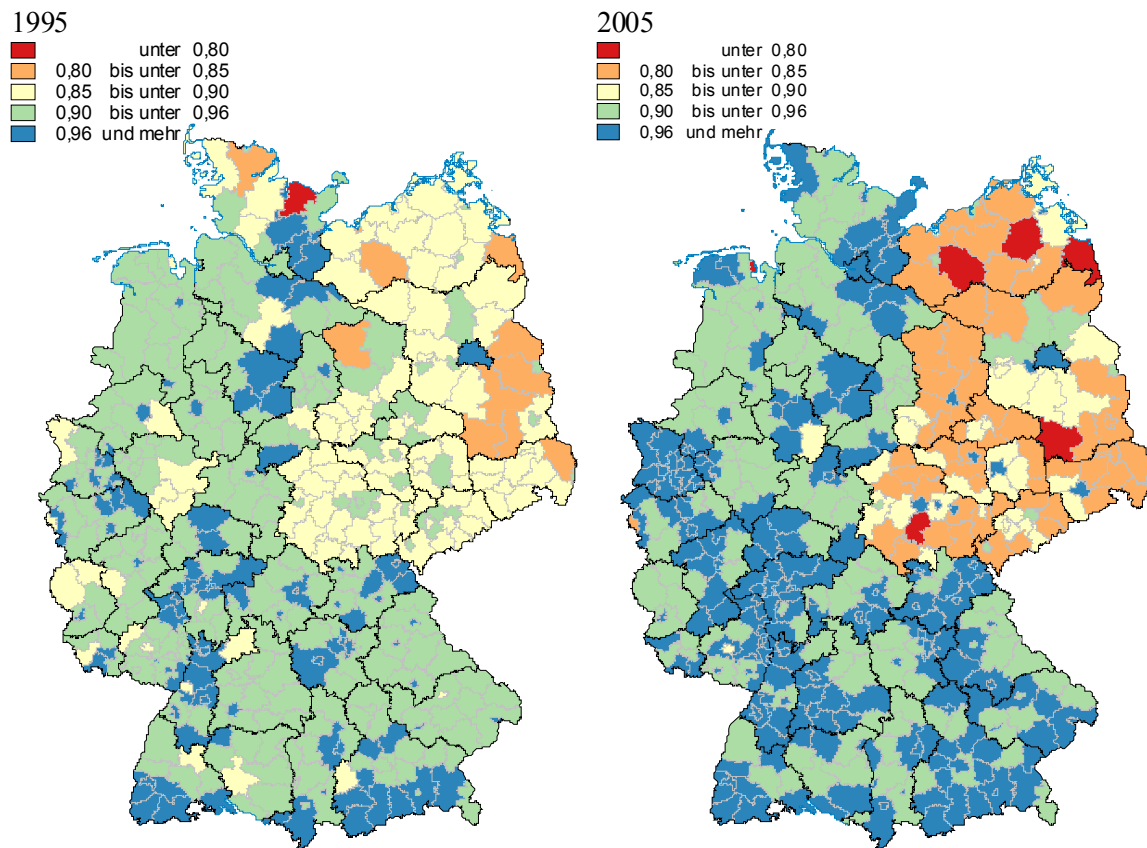


Abb. 15: Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen in Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschland, 1995 und 2004 (Frauen/ Männer)

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Im Jahr 1995 war in den neuen Bundesländern in der betrachteten Altersgruppe bereits ein Männerüberschuss zu verzeichnen, der jedoch relativ gleichmäßig über die Region verteilt war. Bis 2005 verschärften sich die regionalen Disparitäten erheblich. Einige Großstädte verzeichnen nur einen Frauenüberschuss, ländlich-periphere Räume hingegen ein Frauendefizit bis zu 20 Prozent.

Bemerkenswert ist, dass sich die Ursachen der Herausbildung einer unausgewogenen Geschlechterproportion im Verlauf der vergangenen zehn Jahre kaum verändert zu haben scheinen (Abb. 16). Die Korrelation zwischen den Differenzen der Wanderungssalden von Frauen und Männern zwischen 18 und 29 Jahren (für den Zeitraum 2002 bis 2004) und der Geschlechterproportion der 18- bis 29-jährigen Einwohner (2004) auf der Ebene von Kreisen beträgt 0,78 – und zeigt damit einen hochgradigen Zusammenhang. Jene Faktoren, welche für die Herausbildung der unausgewogenen Geschlechterproportion während des vergangenen Jahrzehnts verantwortlich waren, scheinen also kaum verändert weiter zu wirken und immer neue Generationen junger Frauen zur überproportionalen Abwanderung zu veranlassen.

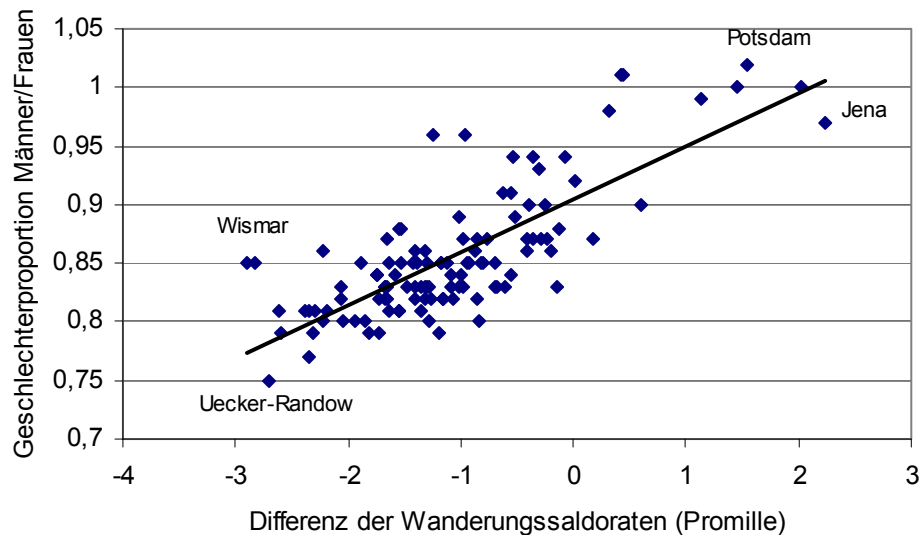


Abb. 16: Zusammenhang zwischen Geschlechterproportion der 18- bis 29-jährigen Bevölkerung (2004) und den Differenzen der Wanderungssaldoraten (18- bis 29-Jährige) von Frauen und Männern

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Jene Kreise der neuen Bundesländer, die bereits eine sehr geringe Geschlechterproportion aufweisen, verzeichnen weiterhin eine stark überproportionale Abwanderung von Frauen. Dies deutet darauf hin, dass die Ursachen der geschlechtsselektiven Abwanderung weiterhin bestehen.

Wie Abb. 16 zeigt, gab es im Jahr 2004 in den neuen Bundesländern lediglich etwa zehn Kreise, in denen die Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen als ausgewogen bezeichnet werden kann. Es handelt sich dabei ausschließlich um kreisfreie Städte – Stralsund, Dresden, Jena, Weimar, Erfurt, Greifswald, Halle, Berlin, Leipzig und Potsdam. In diesen Städten war die Differenz der Wanderungssalden von Frauen und Männern auch in den Jahren 2002 bis 2004 positiv (d.h. es wanderten mehr Frauen zu als Männer). Hingegen weisen jene Landkreise, in denen sich im Verlauf der vergangenen Jahre ein erheblicher Männerüberschuss herausgebildet hat – etwa Uecker-Randow, Parchim, der Elbe-Elster-Kreis oder die Prignitz – auch gegenwärtig eine überproportionale Abwanderung von Frauen auf (d.h. die Differenz der Wanderungssaldoraten von Frauen und Männern ist negativ). Bei den Ursachen der Abwanderung handelt es sich also offenbar nicht um vorübergehende Ungleichgewichte, welche durch die überproportionale Abwanderung von Frauen ausgeglichen wurden und damit verschwinden, sondern um strukturelle Bedingungen, welche die überproportionale Abwanderung von Frauen in jeder Generation bzw. in jedem neuen Jahrgang, der das Elternhaus verlässt, wieder reproduziert.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Hauptströme überproportionaler Abwanderung von Frauen zwar deutlich in Richtung alte Bundesländer gerichtet sind, dass jedoch auch innerhalb der neuen Bundesländer eine Polarisierung stattgefunden hat. Während sich in ländlich-peripheren oder altindustrialisierten Kreisen die Geschlechterproportion deutlich verringert hat, konnten bestimmte Stadtregionen ihre Werte erheblich verbessern. Die schlechtesten Werte weisen die Landkreise Uecker-Randow, Demmin und Mecklenburgische Seenplatte (alle Mecklenburg-Vorpommern), Unstrut-Hainich (Thüringen) und Elbe-Ester (Brandenburg) auf. Im Gegensatz dazu haben Halle, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Berlin, Dresden, Jena, Weimar und Erfurt ein überdurchschnittliches Geschlechterverhältnis. In den alten Bundesländern wird deutlich, dass eine überproportionale Zuwanderung von Frauen dort praktisch flächendeckend zu verzeichnen war. Allenfalls fallen auch hier Metropolregionen (nicht nur Kernstädte) wie Hamburg, München, das Rhein-Main-Gebiet oder das Rheinland durch besonders hohe Werte auf. Wie im europäischen Vergleich in Abschnitt 5.2 konstatiert, bleibt festzustellen, dass es zwar Regionen gibt, die von Frauen explizit verlassen werden (ländlich-periphere Regionen der neuen Bundesländer), es jedoch in Westdeutschland kaum explizite Zielregionen der überproportionalen Wanderung gibt.

9 Sozialisationshintergründe: Geschlechterarrangements in der DDR und in der alten Bundesrepublik

Wir vermuten die Ursachen der geschlechtsselektiven Wanderungen nicht lediglich in der gegenwärtigen ökonomischen Situation der neuen Bundesländer und der Verfassung des dortigen Arbeitsmarktes. Vielmehr gehen wir davon aus, dass die Kollision von aus dem Geschlechterarrangement der DDR-Gesellschaft herrührenden Werthaltungen und Einstellungen mit dem Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik unter den Bedingungen der gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüche der Wiedervereinigung den entscheidenden Hintergrund für dieses Phänomen bildet. Um diesen Hintergrund einzuführen, werden zunächst die Geschlechterarrangements in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland bis 1989 mit besonderem Fokus auf die Bildung- und Erwerbsbeteiligung untersucht. Auch Unterschiede in der ökonomischen Struktur der beiden deutschen Staaten werden herausgearbeitet. Damit soll geklärt werden, von welcher gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position aus die Frauen und Männer der neuen Bundesländer im Jahr 1989 in die deutsche Einheit starteten und auf welche Situation sie in der Bundesrepublik Deutschland trafen.

9.1 Erzwungene Avantgarde – die „Frauenfrage“ in der DDR

Bei der Teilung im Jahr 1949 traten beide deutsche Staaten das gleiche Erbe der Geschlechterverhältnisse des Deutschen Reiches an. Geprägt waren diese durch einen Widerspruch zwischen dem bürgerlichen Familienideal einer ausschließlich Hausarbeit leistenden Ehefrau und der Tatsache weiblicher Erwerbstätigkeit, die es auf einem gewissen Niveau immer gegeben hat (Schäfggen 1998). In ökonomischen Krisenzeiten mit hoher Arbeitslosigkeit führte dieser Widerspruch in Deutschland immer wieder zu politischen Versuchen, Frauen an ihren vermeintlich „natürlichen“ Platz in der Familie zurückzuverweisen. Das aus der Massenarbeitslosigkeit der Weimarer Republik hervorgegangene nationalsozialistische Regime sah Frauen aus beschäftigungs- und bevölkerungspolitischen Gründen ausschließlich als Mütter und Hausfrauen. In modernisierungsfeindlichem Duktus, der eine Vergangenheit idealisierte, die es so nie gegeben hatte, sollten sie möglichst viele Kinder gebären, ihrem Ehemann ein angenehmes Heim schaffen und so zur „nationalen Wiedergeburt“ beitragen. Die propagandistische Aufwertung der Mutter wurde von Angriffen gegen die Erwerbsbeteiligung von Frauen begleitet (Lagrange 1995). Allerdings ließ

der kriegsbedingte Mangel an männlichen Arbeitskräften bereits wenige Jahre später die Kluft zwischen Hausfrauenideal und gesellschaftlicher Wirklichkeit wieder zutage treten.

Während es in der Bundesrepublik nach Kriegsende wiederum zu einer Aufwertung der Frauenrolle als die der Hausfrau und Mutter kam, entwickelten sich die Geschlechterverhältnisse in der „sozialistischen“ DDR anders. Ursache war das Zusammenfallen der sozialistischen Ideologie, auf die sich der Staat berief, mit ökonomischen Zwängen der Nachkriegszeit. Die neu gegründete DDR befand sich in einer prekären ökonomischen Situation. Durch die deutsche Teilung war eine ungünstige Branchenstruktur des neuen Staatsgebildes entstanden, Industrieanlagen waren zerstört oder demontiert und in der Bevölkerung gab es kriegsbedingt einen Überhang an weiblicher und älterer Bevölkerung. Dies alles machte eine rasche Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit zur ökonomischen Notwendigkeit. Die marxistisch-leninistische Ideologie lieferte dazu einen passenden Überbau: Erwerbsarbeit war in der marxistischen Gesellschaftstheorie und deren Auslegung durch die SED der einzig legitime Inklusionsmechanismus in die sozialistische Gesellschaft und wurde nun für beide Geschlechter obligatorisch. Die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Produktionsprozess galt, neben ihrer formaljuristischen Gleichstellung, als Bedingung für die Überwindung der bürgerlichen Unterdrückung der Frau und als Befreiung von der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ehemann.

Dieser auf Erwerbsarbeit verkürzte Gleichstellungsbegriff kam bereits im Mai 1946 in einer Konferenz der SED zu Problemen der Arbeit unter Frauen zum Ausdruck – in der Folge wurden schon vor Gründung der DDR alle gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, die der Gleichberechtigung der Geschlechter im Erwerbsleben entgegenstanden. So wurden Beschäftigungsverbote für Frauen in bestimmten Berufen und Branchen aufgehoben und es ergingen sogar Auflagen an Betriebe, Frauen zu beschäftigen (Obertreis 1986). In der Verfassung der DDR von 1949 wurden dann auch das *Recht und die Pflicht* zur Arbeit für alle Bürger festgeschrieben.

Im Mütter- und Kinderschutzgesetz von 1950 wurden Frau und Mann auch innerhalb der Familie rechtlich gleichgestellt. Einschränkungen der Rechte der Frau, die diese bis dahin bei der Eheschließung hinzunehmen hatte, wurden aufgehoben und durch ein gemeinsames Entscheidungsrecht der Eheleute ersetzt. Damit wurde die Sorge um die gemeinsamen Kinder prinzipiell beiden Elternteilen übertragen, verheiratete Frauen erhielten ein Recht auf Berufsausübung. In der Bundesrepublik Deutschland wurde eine solche Regelung erst im Jahr 1977 – 27 Jahre später – eingeführt. Bis dahin war die Ehefrau im Westen zumindest formaljuristisch „zur Haushaltsführung verpflichtet“. Berufstätig durfte

sie nur sein, wenn sie dadurch ihre „familiären Verpflichtungen nicht vernachlässigt“, ihr Ehemann durfte Arbeitsverträge seiner Frau ohne ihr Einverständnis kündigen²³.

Auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen wurde in der DDR auf drei Wegen hingearbeitet: durch Propaganda (etwa durch „Hausfrauenkampagnen“ in Wohngebieten, d.h. durch öffentlicher Kritik am Hausfrauendasein), durch die Schaffung günstiger gesetzlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen (wie die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen) und auch durch ökonomischen Druck. So reichten die in der DDR gezahlten Löhne in der Regel nicht zur Ernährung einer Familie durch eine Einzelperson aus. Geschiedene Ehefrauen hatten nur in Ausnahmefällen juristische Unterhaltsansprüche gegenüber ihren geschiedenen Männern und mussten deshalb selbst erwerbstätig werden. Im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes der DDR (1951-55) wurden durch die staatlichen Maßnahmen 500.000 vorher nicht erwerbstätige Frauen berufstätig (Ahrend 1979: 55). Allerdings verschlechterte sich das Arbeitskräfteangebot in der DDR durch Abwanderung Richtung Westen weiter. Die politischen Kampagnen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, die bis dahin hauptsächlich auf ledige Frauen zielten, wurden Ende der 1950er Jahre auch auf verheiratete Frauen ausgedehnt. „Nur-Hausfrauen“ gerieten unter Rechtfertigungsdruck – ihnen wurden kleinbürgerliche Einstellungen vorgeworfen. Die anhaltende Propaganda durch Staat, Partei und gesellschaftliche Organisationen blieb nicht ohne Wirkung. Als nach der Abschaffung der Lebensmittelkarten im Jahr 1958 die Lebensmittelpreise deutlich stiegen, war ein zweites Erwerbseinkommen für viele Familien auch eine ökonomische Notwendigkeit. Gefördert wurde die Erwerbstätigkeit von Frauen auch durch eine Gleichbesteuerung beider Erwerbseinkommen, welche anders als das bis heute in Deutschland geltende Prinzip des Ehegattensplittings keinen „Hausfrauenbonus“ für nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Ehefrauen gewährt.

Da die Mehrheit der Frauen damals über keine Ausbildung verfügte, konnten sie lediglich Anlern Tätigkeiten ausführen. In den 1960er Jahren wurde eine Qualifizierungskampagne ins Leben gerufen, die dafür sorgen sollte, dass bereits im Beruf stehende ungelernte Frauen (und auch Männer) über eine Nachqualifizierung einen Facharbeiterabschluss erwarben. Da solche Nachqualifizierungen für Frauen aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Arbeit und Familie schwierig waren, wurde mit dem Gesetzbuch der Arbeit 1961 eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, um die Mehrbelastung von Frauen zu reduzieren. 1962 wurden Fern- und Abendstudiengänge eingerichtet, die sich speziell an Frauen und

²³ So festgeschrieben im Bürgerlichen Gesetzbuch aus dem Jahr 1900, das im Westen unverändert galt.

Mütter richteten. 1963 folgte die Einführung des Frauensonderstudiums, ein Bildungsgang speziell zur Ausbildung von jungen Müttern. Allerdings wurde bald deutlich, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen nur mit familienpolitischer Flankierung möglich ist – vor allem, um keine drastisch sinkenden Kinderzahlen zu riskieren. Der VII. Parteitag der SED im Jahr 1967 beschloss deshalb auch die besondere Unterstützung von Frauen, speziell von Frauen mit mehreren Kindern. Die beschlossenen Maßnahmen zielten auf einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die Reduzierung der Haushaltsarbeit durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen ab. Die Anfang der 1960er Jahre begonnenen Qualifizierungsoffensiven für Frauen richteten sich nun gezielt auf die Einbeziehung von Frauen in technische Berufe und auf ihre Qualifikation für leitende Tätigkeiten.

Im Jahr 1971 sah die SED die „Frauenfrage“ offiziell als gelöst an. Die Qualifizierungsmöglichkeiten, gesetzliche Grundlagen und die Schaffung von Kindertagesstätten hätten es ermöglicht, die Frau ökonomisch unabhängig zu machen (Bühler 1997: 32). In der Tat hatten Frauen, die nach 1952 in der DDR geboren wurden, gegenüber Männern keine Benachteiligung hinsichtlich der Erlangung einer beruflichen Ausbildung mehr zu verzeichnen (Trappe 1995: 175).

9.2 Traditionalismus und späte Modernisierung - Geschlechterarrangements in der BRD

Anders als in der DDR kam es in der Bundesrepublik Deutschland unter der christlich-liberalen Koalition zwischen 1949 und 1966 zu einer deutlichen Rückverweisung der Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter (Schäffgen 1998). Die geringe Geburtenzahl in den ersten Nachkriegsjahren wurde der hohen Frauenerwerbstätigkeit angelastet, die Familienpolitik setzte sich das Ziel, den Rückzug der Frauen in den Haushalt durch finanzielle Leistungen zu fördern (Kindergeld zunächst ab dem 3. Kind, steuerliche Vergünstigungen, Heiratsdarlehen). Dies sollte verhindern, dass Mütter aus finanziellen Motiven erwerbstätig werden müssen. Gleichzeitig wurde die Unabkömmlichkeit der Mutter für das Wohl der Kinder und die negativen Auswirkungen der Frauenerwerbstätigkeit auf Familien und Kinder propagiert. Betreuungsangebote für Kinder passten nicht in dieses Konzept und wurden auch nicht gefördert. In den 1950er Jahren wurde diese Rückverweisung der Frauen auf die Hausfrauen- und Mutterrolle auch von den Kirchen und Gewerkschaften verfochten und schien nach den hohen Belastungen der Frauen in den 1940er Jahren auch bereitwillig akzeptiert zu werden. Die durch die Marshallplanhilfen im Land getätigten

enormen Investitionen steigerten die Arbeitsproduktivität so, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht erforderlich schien und die Einkommen der Ehemänner ausreichend zu Versorgung der Familien waren.

Als sich in der so genannten Wirtschaftswunderzeit eine Arbeitskräfteknappheit einzustellen begann, versuchte man dies durch das Anwerben von „Gastarbeitern“ aus dem Ausland zu lösen. Die Frauen- und Müttererwerbstätigkeit blieb während dieser Zeit des ökonomischen Booms zwar moralisch missbilligt²⁴, wurde aber ökonomisch teilweise als notwendig erachtet und geduldet. Immerhin lag im Jahr 1960 die Frauenerwerbsquote in der Bundesrepublik bei knapp 48 Prozent – und damit über den damaligen Werten in Schweden oder im Vereinigten Königreich (Thome/ Birkel 2005: 26).

Zwischen 1966 und 1969 (Regierung einer großen Koalition zwischen CDU und SPD) kam es zu einigen wichtigen Modifikationen im offiziellen Frauenbild der Bundesrepublik. Im Gegensatz zur ausschließlichen Hausfrauenrolle wurde nun ein „Dreiphasenmodell“ der Erwerbsbeteiligung von Frauen als normatives Leitbild verfochten, wonach in der typischen weiblichen Biografie auf eine Phase der Ausbildung und der Erwerbsarbeit eine Familienphase folgt, an die sich nach dem Heranwachsen der Kinder wieder eine Erwerbsphase anschließt. Zwar wurde an der ausschließlichen Verantwortlichkeit der Frau für Haushalt und Kinder nicht gerüttelt, doch zumindest rhetorisch eine partnerschaftliche Form von Ehe und Familie verfochten (Schäfgen 1998). Mit dem Ausbau von Kindertagesstätten wurden erstmalig sozialpolitische Maßnahmen eingeleitet, um Frauen mit Kindern die tatsächliche Beteiligung am Erwerbsleben zu ermöglichen²⁵. In der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition wurden von der Politik Versuche unternommen, die seit 1949 im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigungsnorm der Geschlechter durch die rechtliche und berufliche Gleichstellung von Frauen stärker umzusetzen. Die Förderung sowohl der Qualifizierung als auch der Erwerbstätigkeit von Frauen war ein Schwerpunkt des SPD-Regierungsprogramms von 1969. Der „Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau“ 1972 wendete sich von einer anthropologischen Rollenbestimmung ab und räumte den Frauen mehr Rechte ein, ihre Position in der Gesellschaft selbst zu bestimmen. Der Bericht, der in weiten Teilen nicht Bestandsauf-

²⁴ Im ersten Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frau aus dem Jahr 1966 heißt es unter anderem, die Frau solle „Pflegerin und Trösterin“ sein, „Sinnbild bescheidener Harmonie“, „Ordnungsfaktor in der einzig verlässlichen Welt des Privaten“. Erwerbstätigkeit und gesellschaftliches Engagement sollte die Frau nur dann eingehen, wenn es die familiären Anforderungen zulassen (Bundesregierung 1966).

²⁵ Der christdemokratische Familienminister Heck kritisierte die Vernachlässigung der Kindergärten durch seinen Vorgänger Wuermling und forderte die Beseitigung des Fehlbedarfs an Kinderbetreuungseinrichtungen und die verstärkte Ausbildung von Kindergärtnerinnen.

nahme, sondern ein Programm war, betonte die Notwendigkeit der Verbesserung von Bildung und Ausbildung für Frauen. Bereits im Arbeitsförderungsgesetz (1969) und im Ausbildungsförderungsgesetz (1972) hatte die Bundesregierung dafür gesorgt, dass in Familien, in denen mehrere Kinder weiterführende Schulen besuchen, Mädchen nicht mehr zurückgesetzt werden mussten weil die finanziellen Mittel der Familie nicht ausreichten. Frauen unter 35 Jahren, vor allem verheiratete, geschiedene und getrennt lebende, konnten nun mit öffentlicher Hilfe eine Berufsausbildung aufnehmen oder eine früher abgebrochene zu Ende führen. Vorher hatte etwa ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen eine begonnene Ausbildung ohne Abschluss abgebrochen. Frauen konnten sich nun auch dann beruflich fortbilden, wenn der Ehemann sich weigerte, die Kosten zu tragen (Pross 1972). Mit der Eherechtsreform 1977 wurde die einseitige Pflicht der Frauen zur Haushaltsführung gestrichen und durch den Passus „Regelung der Haushaltsführung in gegenseitigem Einvernehmen“ ersetzt. Das Leitbild der Hausfrauenehe wurde formal aufgehoben und beiden Partnern das Recht auf Erwerbstätigkeit eingeräumt.

Diese politische und institutionelle Modernisierung der Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik erfolgte vor dem Hintergrund einer erstarkenden Frauenbewegung, die aus der Studentenbewegung von 1967/68 hervorgegangen war. Ihr ging es nicht lediglich um rechtliche und ökonomische Gleichstellung, sondern um eine „Entlarvung männlicher Denkstrukturen“ oder männlicher Verhaltensweisen, in der sich patriarchale Herrschaft manifestiere. Die bürgerliche Gesellschaft wurde als eine von Männern für Männer gemachte Sozialstruktur gesehen, in der Frauen lediglich zum Funktionieren des männlich dominierten Erwerbs- und Hierarchiesystems benutzt würden. Nach 1968 kam es überall in der Bundesrepublik zur Gründung von Frauengruppen. Zum Teil waren dies Abspaltungen aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), zum Teil auch Neugründungen, in denen die veränderten Einstellungen eines Teil der jüngeren Generation zu den bürgerlichen Institutionen Staat und Familie, aber auch zur Sexualität zum Ausdruck kamen. Im Jahr 1971 lieferten die Kampagnen gegen den Abtreibungsparagrafen 218 noch mehr Zündstoff und trugen zur weiteren Ausbreitung des Gedankens einer notwendigen Bekämpfung der patriarchalen Unfreiheit bei.

Nach dieser „antiautoritären“, basisdemokratischen Entstehungsphase institutionalisierte sich die Frauenbewegung unter der Überschrift der „Gleichstellung von Mann und Frau“ rasch im politischen System der Bundesrepublik. Dies geschah letztlich auch vor dem Hintergrund einer weltweiten Emanzipationswelle, welche die Sensibilität für Ge-

schlechterfragen erheblich steigerte.²⁶ In Deutschland wurde das seit 1950 bestehende, aber unbedeutende „Referat für verfassungsrechtliche Belange von Frauen“ 1972 organisatorisch dem damaligen Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit angegliedert. Dieses „Frauenreferat“ wurde 1979 zu einem Arbeitsstab Frauenpolitik ausgeweitet und wuchs 1986 zu einer Abteilung Frauenpolitik. Im Jahr 1987 wurde die Frauenpolitik dann im Ministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit auf Ministerebene institutionalisiert. Mittlerweile haben sämtliche Bundesministerien Arbeitseinheiten, die sich mit den Frauenfragen des jeweiligen Ressorts beschäftigen.

Gleichzeitig nahm die Institutionalisierung der Förderung einer Gleichstellung der Frau auf Landes- und kommunaler Ebene zu. Seit Mitte der 1980er Jahre gibt es Gleichstellungsbeauftragte in den Bundesländern oder es wurden Referate für Frauenfragen eingerichtet (Nave-Herz 1997). 1994 trat ein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst in Kraft, das die Einsetzung einer Gleichstellungsbeauftragten zunächst in allen Dienststellen mit mindestens 200 Beschäftigten vorsieht. Im Jahr 2001 trat das Bundesgleichstellungsgesetz in Kraft, dass die Wahl einer Gleichstellungsbeauftragten in allen Dienststellen des öffentlichen Dienstes ab 100 Mitarbeitern vorsah. Gleichstellungsstellen oder –beauftragte gibt es heute in allen Universitäten, Behörden und größeren Unternehmen. Die Institutionalisierung der Frauenförderung veränderte in der Bundesrepublik Deutschland erheblich das politische Klima. Die Grenzen zwischen der ursprünglichen Frauenbewegung und den Frauen in Parteien und Verbänden wurden mehr und mehr verwischt und Forderungen nach Gleichstellung diffundierten nach und nach in alle Teile der Gesellschaft. Die Forderung nach Gleichstellung von Männern und Frauen wurde bald zum politischen Mainstream und zum dauerhaften Thema staatlichen Handelns.

Allerdings blieb trotz der Thematisierung der Gleichstellung von Mann und Frau im öffentlichen Diskurs und in der Politik der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre de facto die Familienrolle der Frau dominant, Frauen in Partnerschaften blieben vielfach Zuverdienerinnen. Vor dem Hintergrund einer nach wie vor völlig unzureichenden Versorgung mit

²⁶ Im Jahr 1975 wurde eine UN-Weltkonferenz „zur Rolle der Frau in der nationalen und internationalen Gesellschaft“ in Mexiko einberufen. Dort wurde ein „globaler Aktionsplan zur Verbesserung der Stellung der Frau“ ins Leben gerufen und die Dekade von 1975 bis 1985 zur „Dekade der Frau“ erhoben. 1979 wurde eine UN-Konvention „zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau“ ausgearbeitet, die von ca. 50 Ländern, darunter auch Deutschland, unterzeichnet wurde. Auch das europäische Parlament bildete 1979 eine Ad-hoc-Kommission „Rechte der Frau“, deren Aufgabe es war, die Rechte der Frauen in der Europäischen Kommission zu vergleichen und zu analysieren. Dadurch etablierte sich auch auf internationaler Ebene eine Berichts- und Rechenschaftspflicht für nationale Behörden in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Leben.

Kindertagesstätten war eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen in der Bundesrepublik weiterhin extrem erschwert. Die wirtschaftliche Krise 1974/75 hatte den sozialliberalen Traum von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen beendet und nach altem Muster gab es Tendenzen, die Frauen wieder auf die Familie zurückzuverweisen. So legte der 2. Familienbericht (1975) und auch der 3. Familienbericht (1979) der Bundesregierung den Schwerpunkt nicht auf eine Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben, sondern auf die Höherbewertung der Hausfrauenarbeit. Zwar nahm ab Mitte der 1970er Jahre der weibliche Bildungsstand und die Erwerbstätigkeit deutlich zu, dennoch wies die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989 mit nur 55 Prozent eine im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten (und zur DDR) sehr geringe Erwerbsquote von Frauen auf.

9.3 Geschlechterverhältnisse in Bildung und Beruf um 1989

9.3.1 *Bildungsbeteiligung und Schulsysteme*

Als sich die beiden deutschen Staaten wieder vereinten, trafen in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse in Bildung, Ausbildung und am Arbeitsmarkt zwei verschiedene Kulturen aufeinander. Während der Zeit der Existenz zweier deutscher Staaten hatten sich sowohl die Schulsysteme als auch das Bildungsverständnis weit auseinander entwickelt. Das Bildungssystem der BRD blieb, von einigen wenig erfolgreichen Versuchen Gesamtschulen zu etablieren abgesehen, strikt dreigliedrig organisiert. Dahinter steht ein bis in die Kaiserzeit zurückreichendes Verständnis von den „drei Begabungsarten“ von Schülern: Praktische, praktisch-theoretische sowie theoretische Begabung. Dieser Vorstellung von natürlichen Begabungen, aber auch der damaligen Struktur des Arbeitsmarktes geschuldet, sollte der Hauptschulabschluss (für die lediglich praktisch Begabten) zu einer beruflichen Lehre führen und die Basisqualifikation eines Facharbeiters sein. Der Realschulabschluss für Schüler mit sowohl praktischen als auch theoretischen Begabungen sollte Voraussetzung für die Ausbildung in einem Angestelltenberuf sein und das Gymnasium schließlich die (elitäre Gruppe) theoretisch Begabter zum Hochschulstudium führen.

Trotz der prinzipiellen Persistenz dieser konservativen Struktur hatte in der Bundesrepublik in den 1960 und 1970er Jahren eine intensive Diskussion über das Bildungswesen stattgefunden. Ausgelöst wurde diese Debatte von der von Georg Picht veröffentlichten Publikation „Die deutsche Bildungskatastrophe“ im Jahr 1964, in der konstatiert wurde, dass (West-) Deutschland angesichts einer im internationalen Vergleich äußerst geringen Quote höherer Bildungsabschlüsse (Abiturienten und Studenten) im internationalen Wett-

bewerb zurückzufallen drohe. Auch der Soziologe Ralf Dahrendorf trug mit seinem Buch „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965) zu einer gesellschaftlichen Debatte darüber bei, dass Bildung nicht nur arbeitsmarktinduzierte Qualifizierung, sondern eben das Recht eines jeden Menschen als Bürger eines freiheitlichen Staates sei. Pädagogen und Soziologen konstatierten dem damaligen westdeutschen Bildungswesen einen erheblichen Modernisierungsrückstand, eine starke Auslese nach der sozialen Herkunft sowie eine Chancengleichheit der Geschlechter. So erreichten Anfang der 1960er Jahre lediglich sechs Prozent eines Altersjahrganges die Hochschulreife, lediglich ein Drittel davon waren Mädchen (Schildt 1997). Über die Hälfte eines Altersjahrganges verließ die Schule mit lediglich Hauptschulabschluss.

Im Ergebnis dieser intensiv geführten gesellschaftspolitischen Diskussion setzte in den 1960er Jahren eine „Bildungsexpansion“ ein, die zu einer deutlichen Steigerung des Bildungsniveaus der jüngeren Generation führte. Dabei ging die Schulpolitik entsprechend der föderalen Verantwortlichkeit im westdeutschen Bildungswesen jeweils bundesländer-eigene Wege, entsprechend den parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen der Landesregierungen. Es entstand ein recht unübersichtliches Angebot an schulischen Lernmöglichkeiten, Bildungswegen und Abschlüssen. So wurden etwa im CSU-regierten Bayern Versuche, statt eines dreigliedrigen Schulsystems Gesamtschulen einzuführen, nach wenigen Versuchen beendet. Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen wurden hingegen im Sekundarbereich I flächendeckend Gesamtschulen gegründet, wenngleich dort eine zweigeteilte Schulstruktur (Integrierte Gesamtschulen und dreigliedriges System nebeneinander) beibehalten wurde. In Hessen existieren sogar fünf verschiedene Schulformen im Bereich der Sekundarstufe I. Immer wieder, nicht zuletzt auch bei der Wiedervereinigung Deutschlands (vgl. Hurrelmann 1992), kam es zu Diskussionen um eine Vereinheitlichung des allgemein bildenden Schulsystems, die allerdings angesichts der eifersüchtig verteidigten Bildungshoheit der Bundesländer nie zu ernsthaften Konsequenzen führten (Stenke 2004). An der prinzipiellen Dreigliedrigkeit der allgemein bildenden Schulabschlüsse wurde, ungeachtet der Vielzahl verschiedener Schulformen, nicht gerüttelt.

Dennoch wuchs zwischen 1960 und 1970 die Quote der Schulabgänger mit Hoch- und Fachhochschulreife in der Bundesrepublik von 6,1 auf 10,3 Prozent, die der mittleren Reife von 13,2 auf 17,9 Prozent, um in den folgenden Jahrzehnten ununterbrochen weiter anzusteigen. Im Jahr 1990 schließlich verließen in den alten Bundesländern 21,6 Prozent des alterstypischen Durchschnittsjahrganges die Schule mit einer Fach- oder Hochschulreife, 38,6 Prozent mit mittlerer Reife und lediglich noch 28,1 Prozent mit Hauptschulabschluss.

Wesentlicher Teil der Bildungsexpansion in der alten Bundesrepublik war die Zunahme der weiblichen Bildungsbeteiligung. Die Quote der weiblichen Schulabgänger mit Fach- oder Hochschulreife lag im Jahr 1960 bei nur 4,5 Prozent, und damit noch deutlich unter den ohnehin geringen Werten der Männer. Nachdem die Frauen zunächst ihre Bildungsbeteiligung bei der mittleren Reife erheblich ausgedehnt hatten – bereits 1970 lag die Quote der Schulabgängerinnen mit nur Hauptschulabschluss deutlich unter jener der Männer – überholten die Frauen zwischen 1980 und 1990 die Männer auch bei der Fach- bzw. Hochschulreife. Im Jahr 1990 lag die Quote der Personen mit Fach- oder Hochschulreife in den alten Bundesländern bei den Frauen bei 22,3 Prozent, bei den Männern lediglich bei 20,8 Prozent. Mädchen, die 1960 nur 37 Prozent aller Schüler an Gymnasien stellten, hatten ihre Bildungsbeteiligung stetig erhöht und machten 1990 etwa 51 Prozent der Schüler an Gymnasien aus. Zu diesem Zeitpunkt lag die Abiturientenquote in Westdeutschland bei 22 Prozent eines Altersjahrgangs. Insgesamt herrschte, bezüglich der Zugangsberechtigung zum Fachhochschul- oder Universitätsstudium, im Jahr der Wiedervereinigung in den alten Bundesrepublik etwa Gleichstand zwischen Männern und Frauen, während zu diesem Zeitpunkt im Hinblick auf geringerwertige Bildungsabschlüsse, mittlere Reife und Hauptschulabschluss, die Frauen bereits bessere schulische Qualifikationen aufwiesen als die Männer.

In der DDR hatte man bereits 1947 das dreigliedrige Schulsystem, das (nicht zu Unrecht) als Ausdruck einer Klassengesellschaft gesehen wurde, aufgegeben. An seine Stelle trat ein zentralistisches und ideologisch von der Staats- und Parteiführung kontrolliertes Bildungssystem mit dem Ziel, „sozialistische Persönlichkeiten“ zu erziehen. Dies führte zu einheitlichen und äußerst detaillierten Vorgaben, was im Unterricht zu vermitteln sei. Für inhaltliche Differenzierung oder Individualisierung blieb innerhalb des Schulsystems kaum Raum. Der Anteil von fakultativem oder wahlobligatorischem Unterricht blieb bis zum Ende der DDR äußerst gering.

Das allgemein bildende Schulsystem der DDR bestand aus einem Zwei-Säulen-Modell mit einem einheitlichen Abschluss der zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule (POS). Für besonders leistungsschwache Schüler war ein Verlassen der POS mit dem Abschluss der 8. Klasse zwar möglich, politisches Ziel war es jedoch, möglichst jeden Schüler zur 10. Klasse zu führen. Deshalb blieb der Anteil von Schulabgängern mit der Abschluss der 8. Klasse gering. Die Hochschulreife konnte anschließend an den Abschluss der zehnten Klasse einer POS an einer zweijährigen Erweiterten Poly-

technischen Oberschule (EOS) abgelegt werden. Dabei wurde der Zugang zur EOS jedoch vom Staat stark beschränkt und sowohl von den schulischen Leistungen als auch vom politischem Wohlergehen des Schülers und des Elternhauses abhängig gemacht. Gegen Ende der 1980er Jahre stand der Erwerb einer Hochschulreife nur etwa 15 Prozent eines Jahrganges offen (Seidenspinner 1996).

Auch in den neuen Bundesländern war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung das Allgemeinbildungsniveau der Mädchen besser als das der Jungen. Dies war, da eine Unterteilung in Haupt- und Realschulgänge nicht existierte, vor allem an den Schulabgängern mit Hochschulreife sichtbar. 1988 waren 57 Prozent der Schulabgänger mit Hochschulreife an allgemein bildenden Schulen weiblich, allerdings bei einer gegenüber der alten Bundesrepublik geringen Gesamtquote von Schulabgängern mit Hochschulreife von nur 15 Prozent eines Altersjahrganges. Unter der ebenfalls geringen Anzahl von Schülern, welchen die POS mit Abschluss der 8. Klasse verlassen hatten, stellten Mädchen nur einen Anteil von 28 Prozent (Tab. 10). Die Tendenz von jungen Frauen zu höheren allgemein bildenden Abschlüssen war in der DDR zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung somit deutlicher ausgeprägt als in der Bundesrepublik.

Tab. 10: Bildungsbeteiligung in der BRD und der DDR nach Geschlecht, 1980-1990

Schulabschluss	Anteil weiblicher Schulabgänger an allen Schulabgängern (in Prozent)					
	1980		1985		1990/ 1989*	
	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR*
Vollzeitschulpflichtige insgesamt	44,1	-	43,7	-	43,1	-
ohne Hauptschulabschluss	38,1	-	-	-	-	-
mit Hauptschulabschluss/ 8. Klasse POS	45,8	26,1	-	27,0	-	28,4
Realschulabschluss/10.Klasse insgesamt	55,4	46,6	55,0	45,5	52,3	43,0
an Allgemeinbildenden Schulen	54,7	-	53,9	-	52,4	-
an beruflichen Schulen	58,8	-	60,9	-	52,0	-
Hochschulreife insgesamt	45,4	-	47,4	-	46,3	-
an allgemein bildenden Schulen	48,3	53,2	50,4	55,8	50,7	56,9
an beruflichen Schulen	38,1	39,3	39,8	34,8	37,3	32,2

Quelle: Schäfers 1998: 155

9.3.2 Erwerbsbeteiligung

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war die Vollzeit erwerbstätige Frau in den neuen Bundesländern Normalität. Die weibliche Erwerbsquote in der DDR betrug im Jahr 1989 78 Prozent (siehe Tab. 11). In der Bundesrepublik machte sie zu diesem Zeitpunkt ledig-

lich 55 Prozent aus, wobei ein Drittel der weiblichen Erwerbstätigen in Teilzeit beschäftigt war. In der DDR lag der Anteil der formalen Teilzeitquote zwar nur fünf Prozentpunkte unter dem westdeutschen Wert, allerdings arbeiteten in der DDR – bedingt durch staatliche Vorschriften zur Arbeitszeitreduktion aus familiären Gründen – 20 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen mehr als 35 (aber unter 40) Wochenstunden und waren daher nach westdeutschen Maßstäben praktisch Vollzeit beschäftigt (Schäffen 1998: 73). 83 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in der DDR arbeiteten mehr als 35 Stunden pro Woche.

Tab. 11: Frauenerwerbsquote in der DDR und der BRD von 1955/1960 bis 1989

	Frauenerwerbsquote (prozentualer Anteil an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter)		Teilzeitquote (prozentualer Anteil an allen erwerbstätigen Frauen)	
	BRD	DDR*	BRD	DDR*
1960/1955*	49,0	52,5	8,6	14,9
1970	46,2	66,1	24,4	31,8
1980	50,2	73,2	29,0	29,4
1989	55,5	78,1	33,5	27,1

Quelle: Schäffen 1998: 71 f., eigene Darstellung

9.3.3 *Geschlechtsspezifische Berufswahl*

Die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme hatten nicht nur eine unterschiedliche Erwerbsbeteiligung der Geschlechter hervorgerufen, sondern auch zu einer unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes geführt. Eine geschlechtsspezifische Segregation, d.h. eine unterschiedliche Verteilung der Geschlechter auf Branchen und Berufe, ist in allen modernen Industriegesellschaften anzutreffen. Bestimmte Tätigkeiten werden als mehr oder weniger „frauentypisch“ oder „männertypisch“ wahrgenommen und stereotypisiert. In der Regel gehen damit auch Differenzen in der Bezahlung, im Berufsprestige und in Aufstiegs- und Entscheidungsmöglichkeiten einher. Das Ausmaß und die spezielle Ausprägung der geschlechtsspezifischen Segregation ist von Gesellschaft zu Gesellschaft allerdings unterschiedlich. Trotz formaler Wahlfreiheit wird diese Segregation von den Akteuren am Arbeitsmarkt (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) häufig unbewusst entsprechend der wahrgenommenen gesellschaftlichen Realität durch eigene mehrheitskonforme Ausbildungs- bzw. Einstellungsentscheidungen aufrechterhalten. Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass allein angebotsorientierte Faktoren (das Angebot an offenen Stellen in einem bestimmten Beruf) die erheblichen Verteilungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht erklären können (England 1982). Viel stärker sind institutionelle und kulturelle Bedingungen einer Gesellschaft dafür verantwortlich, in welcher

Weise die Nachfrage des Arbeitsmarktes nach bestimmten Tätigkeiten und Qualifikationen in geschlechtsspezifische Segregation umgesetzt wird (Trappe/ Rosenfeld 2001). Dabei wird die kanalisierende Wirkung von Ausbildungsinstitutionen und institutionalisierten Ausbildungswegen als besonders prägend eingeschätzt, denn einmal eingeschlagene Berufswege werden später von den Betroffenen nur selten wieder verlassen.

Die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt war in der DDR – anders als heute vielfach angenommen – nicht geringer als in der Bundesrepublik. Da die DDR bis 1989 ein klassisches Industrieland mit einem hohen Modernisierungsrückstand und geringer Arbeitsproduktivität war, gab es dort bis 1989 mehr Berufe mit hoher physischer Belastung im Bergbau und in der Schwerindustrie, die vorwiegend von Männern ausgeübt wurden. In der DDR arbeiteten noch 1989 elf Prozent der Erwerbstätigen im primären und 50 Prozent im sekundären Wirtschaftssektor, also im produzierenden Bereich (siehe Tab. 12). Nur 40 Prozent der Erwerbstätigen, und damit 15 Prozentpunkte weniger als in der BRD, waren im tertiären Sektor, dem Dienstleistungssektor, beschäftigt (Geißler 1992: 118).

Tab. 12: Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren in der DDR und BRD, 1960-1989

		Anteil der Erwerbstätigen in Prozent			
		1960	1970	1980	1989
BRD	primärer Sektor	13	9	5	4
	sekundärer Sektor	48	48	45	41
	tertiärer Sektor	39	43	49	55
DDR	primärer Sektor	17	13	11	11
	sekundärer Sektor	49	51	52	50
	tertiärer Sektor	34	36	38	40

Quelle: Geißler 1992: 118

Da auch in den volkswirtschaftlich bedeutenderen Branchen (Schwerindustrie, produzierendes Gewerbe, Bauindustrie) aufgrund der geringen Arbeitsproduktivität meist Arbeitskräfteknappheit herrschte, wurden in der DDR auch Frauen in solche traditionell männertypischen Berufe rekrutiert. Der Frauenanteil in männerdominierten Berufen war in der DDR deshalb höher als in der Bundesrepublik. In der DDR lag in nur elf Prozent aller Berufe der Männeranteil bei über 90 Prozent, während in der Bundesrepublik 28 Prozent aller Berufe derart männerdominiert waren (Trappe/ Rosenfeld 2001: 158). Dazu zählten in der DDR vor allem Produktionstätigkeiten in der Schwerindustrie, in der Bundesrepublik zusätzlich ebenso Manager mittlerer Ebene, Industrie- und Werkmeister oder Repräsentanten politischer Organisationen. Der Anteil „integrierter“ Berufe, jener Berufe, in denen Frauen und Männer etwa gleich häufig beschäftigt sind, war in der DDR allerdings höher

als in der Bundesrepublik. Während im Westen nur etwa fünf Prozent aller Berufe einen Frauenanteil zwischen 40 und 60 Prozent aufwiesen, waren dies in der DDR etwa 13 Prozent (Trappe/ Rosenfeld 2001: 158). Auf diesem Befund beruht wahrscheinlich die mitunter angenommene größere „Geschlechtergleichheit“ auf dem Arbeitsmarkt der DDR.

Im Gegensatz dazu blieben aber die Berufe im Dienstleistungssektor der DDR fast ausschließlich Frauen vorbehalten. Man kann annehmen, dass sich solche Tätigkeiten vor dem Hintergrund des hohen Arbeitskräftebedarfs des primären und sekundären Sektors als „Frauenberufe“ ausgeprägt haben, so dass männliche Arbeitskräfte für Tätigkeiten im Dienstleistungssektor kaum noch zur Verfügung standen. Dazu zählten in der DDR vor allem medizinische Berufe, Dienstleistungs- und Verkaufsberufe, aber auch qualifizierte Verwaltungs- und Angestelltentätigkeiten (Trappe/ Rosenfeld 2001). In 17 Prozent aller Berufe lag der Frauenanteil in der DDR-Wirtschaft über 90 Prozent – im Westen waren nur zwei Prozent aller Berufe so stark von Frauen dominiert. Auch Falk (2002: 42) kommt mithilfe der Analyse des Mikrozensus aus dem Jahr 1991 zu dem Ergebnis, dass Berufe wie Techniker und Ingenieure in den neuen Bundesländern weniger stark männlich segregiert waren, zahlenmäßig bedeutende Dienstleistungsberufe wie Warenkaufleute, Bürofach- und Bürohilfskräfte jedoch wesentlich stärker weiblich segregiert waren als in der Bundesrepublik. Qualifizierte Dienstleistungsberufe, wie z.B. leitende, administrativ entscheidende Verwaltungsfachleute, Datenverarbeitungsfachleute, Zahnärzte sowie Hochschullehrer und Dozenten an höheren Fachschulen und Akademien waren in Ostdeutschland 1991 tendenziell integriert (also gemischt), während sie in Westdeutschland männlich dominiert waren.

Tab. 13: Durchschnittlicher Männeranteil und Geschlechtstypik von Tätigkeiten im Erwerbsverlauf in der DDR (Geburtskohorten 1951-53, 1959-61) und in der BRD (Geburtskohorten 1954-56, 1959-61) in Prozent

	DDR		BRD	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Bei Berufseinstieg				
Prozentualer Anteil in frauendominierten Tätigkeiten (Männeranteil 0 bis 20 %)	57,1	2,7	36,2	8,7
Prozentualer Anteil in männerdominierten Tätigkeiten (Männeranteil über 80 %)	6,1	64,2	5,2	60,6
Zuletzt ausgeübte Tätigkeit 1988/89				
Prozentualer Anteil in frauendominierten Tätigkeiten (Männeranteil 0 bis 20 %)	56,6	6,3	28,8	5,5
Prozentualer Anteil in männerdominierten Tätigkeiten (Männeranteil über 80 %)	5,6	54,5	6,2	56,7

Quelle: Trappe/ Rosenfeld 2001: 169, eigene Darstellung; Anmerkung: DDR – Geburtskohorten 1951-53, 1959-61, BRD – Geburtskohorten 1954-56, 1959-61.

Man kann zusammenfassen, dass die geschlechtsspezifische Segregation in Männerberufen in der DDR weniger, jene in Frauenberufen jedoch deutlich stärker ausgeprägt war als in der Bundesrepublik. Gemessen an übergreifenden statistischen Maßzahlen war der Arbeitsmarkt der DDR gegen Ende der 1980er Jahre stärker geschlechtsspezifisch segregiert als der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik²⁷. Überhaupt hatte sich nur in der DDR aufgrund der höheren Segregation und auch der höheren weiblichen Erwerbsbeteiligung ein regelrechter Sektor von Frauenberufen ausgebildet, zu dem praktisch die Masse der qualifizierten Dienstleistungsberufe (Handel, Verwaltung, Bildung, Erziehung, Gesundheitswesen) gehörte. Definiert man „frauendominierte Berufe“ als jene Tätigkeiten, in denen der Männeranteil 20 Prozent nicht überschreitet, so ergriffen in der DDR 57 Prozent, in der Bundesrepublik hingegen nur 36 Prozent aller erwerbstätiger Frauen einen solchen Beruf (Tab. 13). Während sich in den alten Bundesländern durch Berufswechsel der Frauenanteil in frauendominierten Berufen nach dem Berufseinstieg noch deutlich verringerte, blieb er in der DDR praktisch konstant. Von den in der Untersuchung von Trappe und Rosenfeld betrachteten Frauen, die in den 1950er bis Anfang der 1960er Jahre geboren worden waren, übten zur Zeit des Mauerfalls 57 Prozent der ostdeutschen aber nur 29 Prozent der westdeutschen Frauen eine frauendominierte Tätigkeit aus.²⁸

²⁷ Trappe und Rosenfeld (2001: 167) ermittelten für verschiedene Geburtskohorten aus den 1950er Jahren einen Dissimilaritätsindex nach Duncan von 61,6 (Ost) im Vergleich zu 53,6 (West).

²⁸ Zu solchen stark frauendominierten Tätigkeiten zählten in der DDR etwa die Berufe Kindergärtnerin, Unterstufenlehrerin, Kassiererin, Krankenschwester.

9.3.4 *Berufliches Qualifikationsniveau*

In den 1970er Jahren hatte in der DDR auch bezüglich der beruflichen Qualifikationsstruktur der Bevölkerung eine enorme Veränderung eingesetzt. Bereits deutlich früher als in der Bundesrepublik hatte hier das Qualifikationsniveau der Frauen jenes der Männer eingeholt – und überholt. Aufschlussreich hierzu sind die Daten der letzten DDR-Volkszählung aus dem Jahr 1981 (Köhler/ Rochow/ Schulze 2001). Zum Zeitpunkt des letzten DDR-Zensus im Jahr 1981 gaben in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahre 12,1 Prozent der Männer und 8,1 Prozent der Frauen das Abitur als allgemein bildenden Bildungsabschluss an. Einen Hochschulabschluss hatten in dieser Kohorte 12,3 Prozent der Männer aber nur 5,5 Prozent der Frauen. Bei den Fachschulabschlüssen lagen die Männer mit 15,1 Prozent etwas hinter den Frauen mit 18 Prozent. Insgesamt verfügten im Jahr 1981 jedoch Männer zwischen 35 bis 44 Jahren noch über einen größeren Anteil an höheren Bildungsabschlüssen auf Hoch- oder Fachschulniveau (27,4 Männer zu 23,5 Prozent Frauen).

In der jüngeren Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen hatte sich das jedoch bereits deutlich geändert. Hier hatten 16,4 Prozent der Männer und 14,5 Prozent der Frauen Abitur, 11,2 Prozent der Männer und 9,7 Prozent der Frauen verfügten über einen Hochschulabschluss. In beiden Bereichen schlossen die Frauen also zu den Männern auf. Über einen Fachschulabschluss verfügten in dieser Altersgruppe hingegen nur 8,5 Prozent der Männer aber 19,2 Prozent der Frauen. In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen waren also Frauen mit Hoch- oder Fachschulabschluss bereits deutlich überrepräsentiert (19,7 Prozent Männer zu 28,9 Prozent Frauen).

Bemerkenswert ist, dass es in der DDR offenbar durch den Arbeitskräftemangel im produzierenden Bereich und die dort gezahlten vergleichsweise hohen Löhne besonders für Männer eine Tendenz gab, eine andere Tätigkeit als den erlernten Hochschulberuf auszuüben (Köhler/ Stock 2004).²⁹ Im Jahr 1981 übten nur 22,6 Prozent der Männer, die einen Hochschulberuf als erlernten Beruf angaben, diesen auch aus.³⁰ Hingegen waren von sämtlichen Frauen die einen Hochschulberuf erlernt hatten, immerhin 43,5 Prozent auch in diesem erlernten Beruf tätig. Unter sämtlichen Berufstätigen der DDR, die einen Hoch-

²⁹ Danach wurde es Anfang der 1970er Jahre zunehmend schwieriger, für zahlreiche Hochqualifizierte adäquate Arbeitsplätze zu finden. Die politische Führung reagierte darauf mit einer restriktiveren Zulassung zum Abitur und zum Hochschulstudium. Die Sachzwänge der technischen Entwicklung, so lautete das Argument, schlugen sich nicht in einem wachsenden Bedarf an Hochschulabsolventen, sondern in einem wachsenden Bedarf an Facharbeitern nieder.

³⁰ Datengrundlage dieser Berechnung ist Köhler/ Rochow/ Schulze 2001: 170-172. Nicht analysierbar ist anhand dieser Daten jedoch der Anteil jener Männer und Frauen, die zwar nicht im erlernten Hochschulberuf, aber dennoch qualifikationsadäquat in einem anderen Beruf tätig sind.

schulberuf erlernt hatten und auch in diesem tätig waren, stellen im Jahr 1981 die Frauen mit 51,4 Prozent eine Mehrheit. Unter Personen mit Fachschulabschluss, die in diesem Beruf auch tätig waren, fiel diese Majorität mit 74 Prozent Frauen sogar sehr deutlich aus.

In der Tätigkeitsstatistik der Volkszählung der DDR von 1981 spiegelt sich die weiter oben konstatierte Dominanz von Frauen in qualifizierten Dienstleistungsberufen wider. Betrachtet man nur die relativ häufig vorkommenden Berufe (insgesamt mehr als 1000 Beschäftigte), so sind Frauen in fast allen diesen Tätigkeiten dominierend. Auffällig ist der überproportionale Frauenanteil etwa in Berufen wie Pharmazeuten (72,1 Prozent), Medizinnern (54,4 Prozent), Ökonomen (53,5 Prozent) und selbstverständlich bei den Oberschullehrern (57,9 Prozent) und Erziehungswissenschaftlern (61,8 Prozent), (Abb. 17).

Noch weitaus stärker war die Dominanz von Frauen in bestimmten Fachschulberufen³¹, wie etwa Bibliothekare und Buchhändler (91,4 Prozent), Ökonomen (71,7 Prozent), Medizinisch-technische Fachkräfte (90,8 Prozent), Pharmazieingenieure (94,1 Prozent), Chemieingenieure (77 Prozent), Lehrer und Erzieher (91 Prozent) oder Fachkräfte für Krankenpflege/medizinische Assistenten (97,3 Prozent), (Tab A 4 im Anhang).

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Bereits Anfang der 1980er Jahre, zum Zeitpunkt der letzten DDR-Volkszählung, war der Bildungsstand von Frauen und Männern gemessen am höchsten allgemein bildenden Schulabschluss in der DDR etwa gleich. Betrachtet man die berufliche Qualifikation und die tatsächlich ausgeübten Berufe, so hatten Frauen hier bereits ein höheres Qualifikationsniveau als Männer. Frauen dominierten besonders stark die Hoch- und Fachschulberufe des Gesundheitswesens (Pharmazie und Medizin) sowie des Bildungssektors (siehe Abb. 17, vgl. Tab. A 3 und A 4 im Anhang). Im Vergleich zur Bundesrepublik kann man also, in Bezug auf Daten zu allgemeiner und beruflicher Bildung, tatsächlich von einem „Gleichstellungsvorsprung“ der Frauen in der DDR sprechen. In verschiedenen hochqualifizierten Tätigkeiten mit einem hohen sozialen Status dominierten Frauen sogar den Arbeitsmarkt der DDR. Zwar fand bis zum Ende der DDR keine weitere Volkszählung mehr statt, man kann jedoch davon ausgehen, dass sich die Frauenanteile in höheren allgemein bildenden und berufsbildenden Abschlüssen bis 1989 zumindest nicht verringert hatten.

³¹ Teilweise tragen die Berufe die selbe Bezeichnung wie Hochschulberufe, wurden jedoch an einer Fachschule erworben und haben somit kein Hochschulniveau.

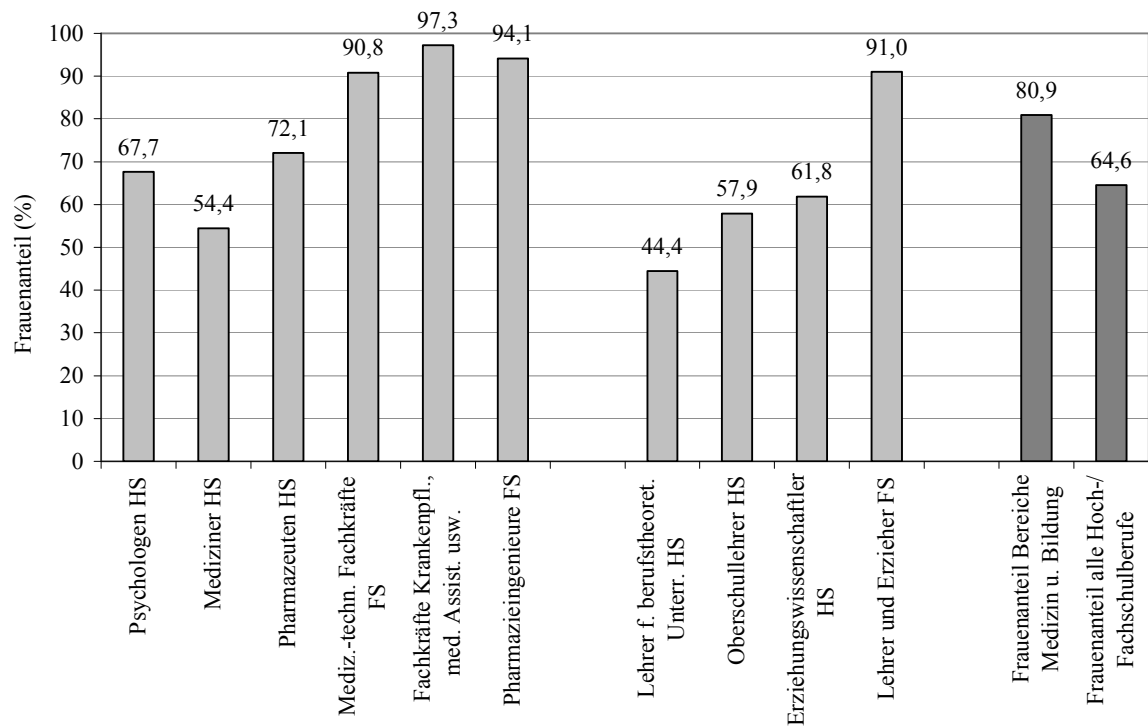


Abb. 17: Frauenanteil in Berufen der Bereiche Pharmazie/ Medizin und Bildung sowie an allen Hoch- und Fachschulberufen der DDR, 1981

Quelle: Köhler/ Rochow/ Schulze 2001: 170 ff., eigene Berechnungen (eigene Berufszusammenfassungen), HS=Hochschulabschluss, FS=Fachschulabschluss

In der DDR waren qualifizierte Dienstleistungsberufe stark frauendominiert. Besonders deutlich wird dies in den Bereichen Medizin und Bildung, wo vier Fünftel aller Erwerbstätigen Frauen waren. Der Frauenanteil an allen Hoch- und Fachschulberufen lag 1981 bei fast zwei Drittel.

10 Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturwandel nach der Wiedervereinigung und seine geschlechtsspezifischen Auswirkungen

10.1 Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit

Nach der Wiedervereinigung erlebte der Osten Deutschlands einen raschen wirtschaftlichen Strukturwandel. Damit einher gingen auf der einen Seite hohe Investitionen in Produktionsmittel, die zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Bruttoinlandsproduktes führten. Zwischen 1991 und 2005 verdoppelte sich das Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer, das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem erhöhte sich um den Faktor 2,7 (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2006: 151). Auf der anderen Seite gingen in diesem Zeitraum fast ununterbrochen Arbeitsplätze verloren. Zwischen 1991 und 2004 reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern von 8,47 Millionen auf nur noch 7,2 Millionen (Wanger 2006). Das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern schuf bis in das Jahr 2005 hinein keine neuen Arbeitsplätze, im Gegenteil, es fand mit immer weniger Arbeitsplätzen statt.

Die Reduktion der Erwerbstätigkeit ging vor allem zu Anfang – bis 1994 – überproportional zu Lasten der Frauen (Nickel/ Schenk 1996). Industriebranchen mit hohem Frauenanteil, in der Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie, fielen zuerst dem wirtschaftlichen Strukturwandel zum Opfer und mussten schließen. Auch in männerdominierten Branchen bzw. Berufen wurden Frauen verstärkt entlassen (Schäffgen 1993). Durch beide Effekte, den Abbau frauendominierter Produktionsarbeitsplätze und die Verdrängung durch Männer in anderen, sank der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern zwischen 1991 und 1994 von 37,4 auf 29,2 Prozent (Falk 2002: 44). In expandierenden Wirtschaftsbereichen fanden Männer hingegen häufiger als Frauen eine neue Beschäftigung, was ebenfalls in einer Reduktion des Frauenanteils resultierte. Im zu Beginn der 1990er Jahre insgesamt stark expandierenden Baugewerbe sank der Frauenanteil an den Beschäftigten zwischen 1991 und 1994 von 13,8 auf 9,9 Prozent. Und auch in Dienstleistungsbereichen, die in der DDR von weiblichen Erwerbstätigen dominiert waren und im Zuge der Wiedervereinigung starke (und meist männliche) Personaltransfers erhielten wie das Kredit- und Versicherungsgewerbe, sank der Frauenanteil (im genannten Zeitraum von 69,8 auf 63,5 Prozent). Berichtet wird auch, dass in der schwierigen Übergangsphase von der DDR-Vollbeschäftigung zur Massenarbeitslosigkeit

in den neuen Bundesländern gerade Frauen nicht selten mit der Begründung gekündigt bzw. nicht in eine neue Tätigkeit vermittelt wurden, ihr Ehemann habe noch Arbeit und deshalb sei eine besondere Bedürftigkeit nicht gegeben (Hübner 1997: 16). Im Jahr 1993, als die Arbeitslosenquote der Männer noch bei elf Prozent lag, stieg die Arbeitslosenquote der Frauen auf 20,4 Prozent an (Abb. 18).

Allerdings verschlechterte sich ab 1994 die relative Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den Männern nicht mehr. Anhaltender Arbeitsplatzabbau traf nun auch die männerdominierten produzierenden Sektoren, den Bergbau und die Bauwirtschaft. Diese Entwicklung sorgte dafür, dass die Arbeitslosenquote der Männer jene der Frauen im Jahr 2001 bei etwa 19 Prozent einholte und diese seitdem übersteigt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist seit 1993, mit geringen Schwankungen, im Wesentlichen konstant, während jene der Männer im Jahr 2004 gegenüber 1993 um sieben Prozentpunkte gesunken ist. Der Frauenanteil an allen ostdeutschen Erwerbstätigen stieg dadurch von seinem Tiefpunkt 45,3 Prozent (1994) auf 48,3 Prozent (2004) an (Wanger 2006: 47). Diese Entwicklung geschah vor dem Hintergrund einer deutlich anwachsenden Teilzeitquote der ostdeutschen Frauen. Arbeiteten 1991 nur 12 Prozent aller ostdeutschen weiblichen Erwerbstätigen (nach westdeutscher Definition – d. h. weniger als 35 Wochenstunden) Teilzeit, so erhöhte sich dieser Wert bis 1994 auf 20 Prozent, bis 2004 auf 38 Prozent (Wanger 2006: 17). Bei den Männern stieg dieser Wert von drei auf 13 Prozent.

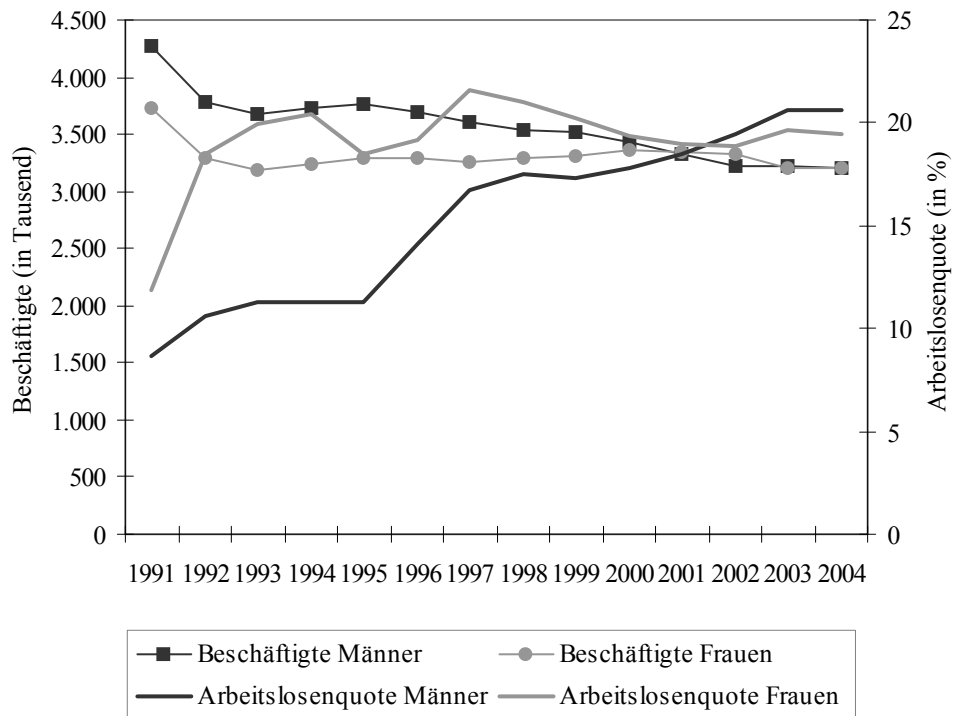


Abb. 18: Arbeitslosenquote und Zahl der Erwerbstätigen nach Geschlecht in den neuen Bundesländern, 1991-2004

Quelle: Wanger 2006: 47, eigene Grafik

Die Arbeitslosenquote der Frauen stieg 1993 auf den doppelten Wert der Männer, erhöhte sich dann jedoch nicht mehr wesentlich. Die Arbeitslosenquote der Männer schloss Anfang des neuen Jahrtausends zu den hohen Werten der Frauen auf und übersteigt diese seit 2001.

Dennoch wuchs der weibliche Anteil am Gesamt-Arbeitsvolumen³² der neuen Bundesländer. Im Jahr 1991 erbrachten Frauen 42 Prozent des in den neuen Bundesländern geleisteten Arbeitsvolumens, bis 1995 fiel dieser Wert zunächst auf 41,3 Prozent, stieg seitdem jedoch kontinuierlich an und erreichte im Jahr 2004 43,4 Prozent sämtlicher geleisteter Arbeitsstunden (siehe Abb. 19). Ursache dieser scheinbar paradoxen Entwicklung ist die Binnenstruktur der Teilzeitbeschäftigten: Während die männlichen Teilzeitbeschäftigten zu einem großen Teil geringfügig Beschäftigte mit einem Arbeitsvolumen von einem Viertel einer Vollzeitstelle sind, gehen Frauen viel häufiger Teilzeitbeschäftigungen mit einer deutlich höheren Zahl wöchentlicher Arbeitsstunden nach: Die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen in einer Teilzeittätigkeit beträgt in den neuen Bundesländern fast zwei Drittel der Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigten (Wanger 2006). Bei abnehmender Zahl männlicher Erwerbstätiger und einem Anstieg der männlichen Teilzeitquote konnten des-

³² Das Arbeitsvolumen ist die Summe der von allen Erwerbstätigen jährlich geleisteten Arbeitsstunden.

halb die weiblichen Erwerbstätigen bei einer seit 1998 relativ konstanten Zahl von Erwerbstätigen und ebenfalls steigender Teilzeitquote ihren Anteil am Gesamtarbeitsvolumen der neuen Bundesländer ausbauen.

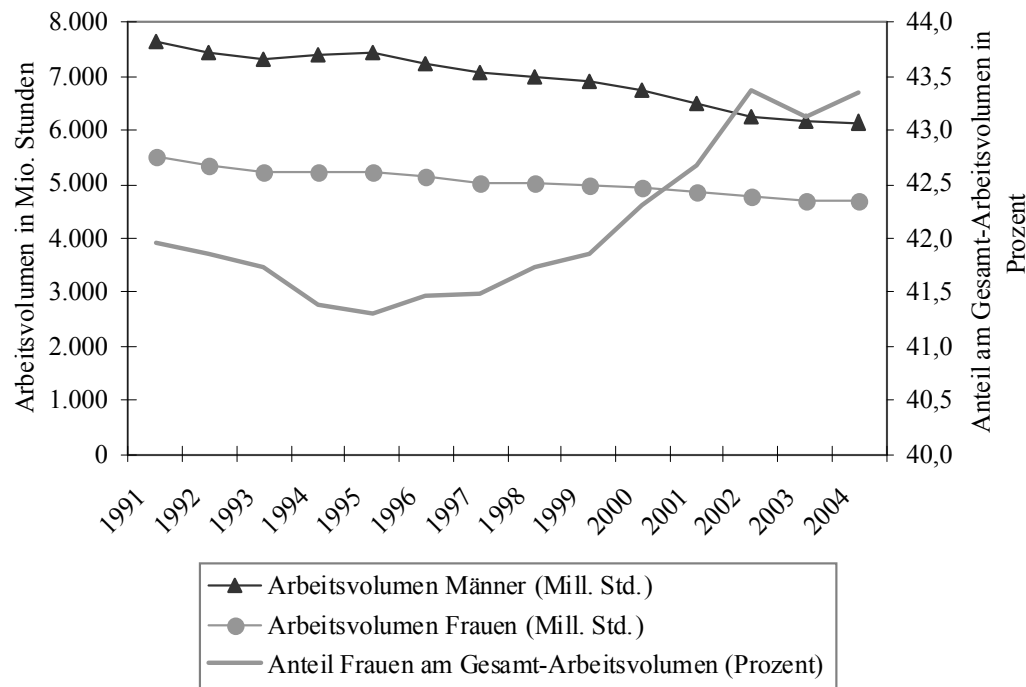


Abb. 19: Geleistetes Arbeitsvolumen (in Millionen Stunden) von Männern und Frauen in den neuen Bundesländern, 1991-2004

Quelle: Wanger 2006: 47, eigene Grafik

Die Erosion traditionell männlich dominierter Branchen und Berufe in den neuen Bundesländern resultierte in einem Anstieg des Frauenanteils am Gesamt-Arbeitsvolumen. Dieser lag im Jahr 2004 bei etwa 43 Prozent und damit höher als 1991.

Ursache dieser relativ zu den Männern günstigen Beschäftigungsentwicklung der Frauen liegt in der geschlechtsspezifischen Segregation der Erwerbstätigen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Bereiche. Männer sind überproportional in den Wirtschaftsbereichen Baugewerbe (87 Prozent), Energie- und Wasserversorgung (79 Prozent), Bergbau und verarbeitendes Gewerbe (72 Prozent), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (72 Prozent) sowie in der Land- und Forstwirtschaft/Fischerei (67 Prozent) vertreten (Cornelißen 2005: 136, Angaben für 2005). Besonders im Baugewerbe wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre massiv Beschäftigung abgebaut. Die Zahl der Erwerbstätigen im Beruf „Maurer, Feuerungs- und Schornsteinbauer“ nahm zwischen 1996 und 2000 um 26 Prozent ab, im Beruf Elektriker reduzierte sie sich um 19,9 Prozent, im Beruf Konstruktionsmechaniker/ Metallbauer um 16,1 Prozent und in den Installations- und Montageberufen gar um 39,7 Prozent (Falk 2002: 52).

Frauendominierte Branchen erwiesen sich ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als beschäftigungsstabiler. Abb. 20 zeigt, dass die Zahl der Beschäftigten im Bereich „Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen, sonstige Dienstleistungen“, der in den neuen Ländern den meisten Frauen Arbeit gibt, zwischen 1995 und 2004 nicht gesunken ist.

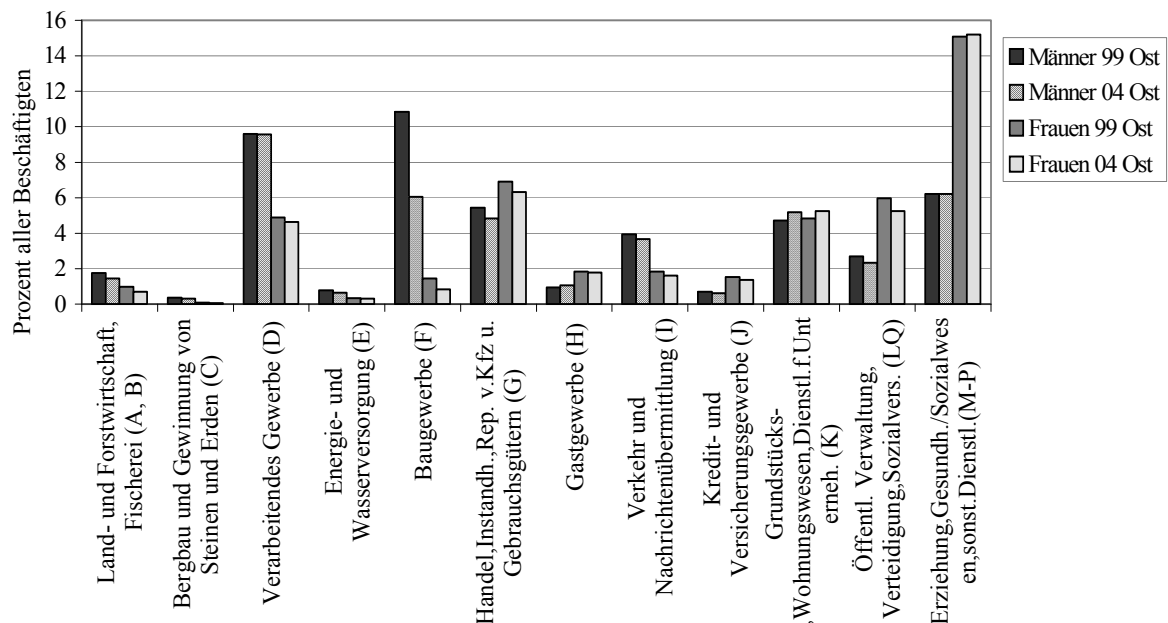


Abb. 20: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) nach Branchen 1999 und 2004 (in Prozent aller Beschäftigten)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

In den neuen Bundesländern erlebte zwischen 1999 und 2004 vor allem das Baugewerbe dramatische Beschäftigungsverluste. 1999 noch größter Arbeitgeber bei den Männern, schrumpfte die Beschäftigtenzahl am Bau binnen weniger Jahre um fast 50 Prozent. Die für weibliche Beschäftigte bedeutsamste Branche, der Bereich Erziehung, Gesundheit, Sozialwesen, erlebte hingegen Beschäftigungsstabilität.

Differenzieren muss man diesen Befund jedoch, wenn man die Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen auf kleinräumiger Ebene betrachtet (Abb. 21). Hierbei wird deutlich, dass eine geringere Arbeitslosenquote bei Frauen vor allem in den bevölkerungsreichen kreisfreien Städten (meist Großstädte) und deren Umland zu beobachten ist. Im ländlich peripheren Raum ist vor allem in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der deutlichen Mehrzahl der Kreise eine höhere Arbeitslosigkeit von Frauen zu beobachten. Vermutlich sind in diesen zur DDR-Zeit hoch industrialisierten Regionen nach 1990 besonders viele Frauen aus Produktionsberufen freigesetzt worden, die heute als ältere Frauen keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz haben. Etwas anders ist die Lage in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. In beiden traditionell eher wenig industrialisierten Bundesländern liegt die Arbeitslosenquote der Frauen in der Mehrheit der Kreise unter jener der Männer. Besonders auffällig ist dies im Land Meck-

lenburg-Vorpommern, welches von der überproportionalen Abwanderung junger Frauen am stärksten betroffen war. Dort liegt die Arbeitslosenquote der Frauen in zwölf von 16 Kreisen unter jener der Männer. Verantwortlich dafür ist auch die größere Bedeutung der Tourismuswirtschaft in diesem Bundesland, in der vorwiegend Frauen beschäftigt sind. Insgesamt muss man feststellen, dass zwar nicht bei der Mehrheit der Erwerbsbevölkerung, aber doch in der Mehrheit der ostdeutschen Kreise Frauen eine höhere Arbeitslosenquote aufweisen als Männer. In den alten Bundesländern ist dies nicht der Fall, dort liegen fast überall die Arbeitslosenquoten der Männer über jenen der Frauen. Dies ist auch Ausdruck der höheren Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen, die sich auch bei widriger Arbeitsmarktlage weitaus seltener vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

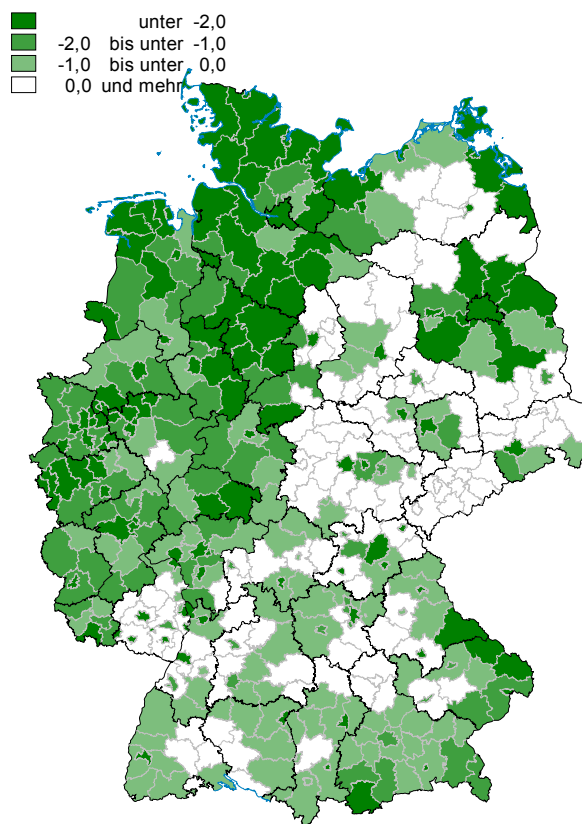


Abb. 21: Differenz der Arbeitslosenquoten* Frauen minus Männer, 2002-2004 (Prozentpunkte)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen; dargestellt ist die Differenz der Mittelwerte der Arbeitslosenquoten der Jahre 2002 bis 2004 für Frauen und Männer (bezogen auf abhängige Erwerbspersonen)

*eine Differenz von -1 bedeutet, dass die Arbeitslosenquote von Männern einen Prozentpunkt über der Quote der Frauen liegt. Im ländlichen Raum der neuen Bundesländer übersteigt die Gesamtarbeitslosenquote der Frauen jene der Männer. In Großstädten und deren Umland ist die Arbeitslosenquote der Frauen hingegen geringer. Die weibliche Jugendarbeitslosenquote ist jedoch in sämtlichen Kreisen geringer als die männliche.

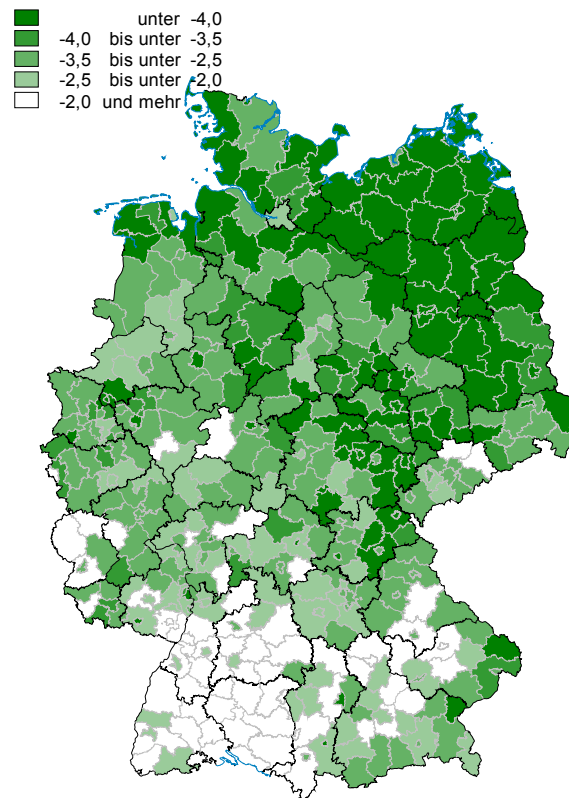


Abb. 22: Differenz der Jugendarbeitslosenquoten* Frauen minus Männer, 2002-2004 (Prozentpunkte)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen; die Zahl der erwerbslosen unter 25-Jährigen wurde bezogen auf die Zahl der männlichen bzw. weiblichen Wohnbevölkerung von 15 bis 24 Jahre

*eine Differenz von -1 bedeutet, dass die Arbeitslosenquote von Männern einen Prozentpunkt über der Quote der Frauen liegt. Im ländlichen Raum der neuen Bundesländer übersteigt die Gesamtarbeitslosenquote der Frauen jene der Männer. In Großstädten und deren Umland ist die Arbeitslosenquote der Frauen hingegen geringer. Die weibliche Jugendarbeitslosenquote ist jedoch in sämtlichen Kreisen geringer als die männliche.

Bemerkenswert ist jedoch, dass sich der Befund bezüglich der Gesamterwerbslosenquoten nicht in der Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen) widerspiegelt (Abb. 22). Liegt hier in allen Kreisen Deutschlands die Jugendarbeitslosenquote der Frauen unter jener der Männer, so ist diese Differenz in den neuen Bundesländern sogar besonders groß.³³ In einer deutlichen Mehrzahl von Kreisen liegt die Jugendarbeitslosenquote der Männer mehr als vier Prozentpunkte über dem Wert der Frauen (in 79 von

³³ „Echte“ Jugendarbeitslosenquoten (bezogen auf Erwerbspersonen) werden von der Bundesagentur für Arbeit nicht geschlechtsspezifisch bereitgestellt, die Agentur liefert nur die absoluten Zahlen. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde die Zahl der erwerbslosen unter 25-jährigen Männer und Frauen auf die geschlechtsgleiche Wohnbevölkerung zwischen 15 und 25 Jahren bezogen. Die Differenz zwischen den Werten von Frauen und Männern einer so berechneten Jugendarbeitslosenquote dürfte das Niveau der tatsächlichen Arbeitslosenquote etwas überschätzen, da in diese Altersgruppe bereits Frauen in der Familienphase fallen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

113 Kreisen) – in den alten Bundesländern ist die Differenz nur in einer kleinen Minderheit von Kreisen so ausgeprägt. Die Gesamtarbeitslosenquote scheint also, insbesondere im ländlichen Raum, eher ein Indikator für die Arbeitsmarktlage älterer Personen zu sein, sie lässt sich aber nicht unmittelbar auf die unter 25-Jährigen übertragen. Frauen unter 25 Jahren, die die Mehrzahl der Abwandernden stellen, sind nicht stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Nicht selten sind in Landkreisen, wo die Gesamtarbeitslosenquote von Frauen besonders deutlich über jener der Männer liegt, die Verhältnisse bei den unter 25-Jährigen genau umgekehrt (Beispiele: Landkreise Stendal, Uecker-Randow, Uckermark, Niederschlesischer Oberlausitzkreis). Dies führt zu dem interessanten Befund, dass bei jungen Frauen dort, wo die Generation ihrer Mütter besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist, offenbar die Tendenz, durch Wegzüge Arbeitslosigkeit zu vermeiden, weit ausgeprägter ist als bei Männern. Auf diesen Befund werden wir später zurückzukommen.

10.2 Ursachenanalyse: Der späte Weg in die Dienstleistungsgesellschaft

Es stellt sich die Frage, aus welchem Grund die von Frauen ausgeübten Tätigkeiten in der Bundesrepublik – und insbesondere in den neuen Bundesländern – seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gegenüber den „typisch männlichen“ Tätigkeiten eine vergleichsweise Beschäftigungsstabilität erlebten. Argumentieren kann man hier mit einem nachholenden Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft – im Osten unter den besonderen Bedingungen des rasch übernommenen westdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Theorien des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft gehen von einer relativen Resistenz des Dienstleistungssektors gegen Rationalisierungen aus. Diese Argumentation geht auf Fourastié zurück, der die Zunahme von Beschäftigung im Dienstleistungssektor damit begründete, dass auf der einen Seite die Arbeitsproduktivität im produzierenden Bereich durch technischen Fortschritt beinahe grenzenlos gesteigert werden könne, während auf der anderen Seite Dienstleistungstätigkeiten kaum rationalisierbar seien (Fourastié 1954)³⁴. Dies führe zu einem relativen Wachstum der Beschäftigung im Dienstleistungssektor.

³⁴ Jean Fourastié entwickelte die sogenannte Drei-Sektoren-Theorie, die bis heute einflussreich geblieben ist. Er teilt wirtschaftliche Tätigkeiten in die drei Sektoren primär, sekundär und tertiär ein und prognostiziert eine ökonomische Entwicklung von der Agrarischen über die Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft – je nach Dominanz eines der drei Sektoren (Fourastié 1954).

Gleichzeitig entstehe, als selbstverstärkender Prozess, in der Gesellschaft ein wachsender Bedarf an Dienstleistungen („Hunger auf Tertiäres“)³⁵: Mit dem Anstieg des durchschnittlichen Wohlstandes suchen die Individuen nach einem Kompromiss zwischen Freizeit, Komfort und eigener Erwerbsarbeit und fragen deshalb mehr persönliche Dienstleistungen nach. So kann es für sie ökonomisch sinnvoll sein, Tätigkeiten, die sie früher selbst ausgeführt haben, von Dienstleistern einzukaufen, um dadurch Freizeit zu gewinnen. Auf der anderen Seite nimmt auch der Bedarf an unternehmensnahen Dienstleistungen zu, da die Unternehmen des produzierenden Sektors im Rahmen der Produktivitätssteigerung immer größere Anteile ihrer Unternehmenstätigkeit auf Forschung, Vorbereitung, Planung und Organisation verwenden. Technischer Fortschritt auf der Ebene von Unternehmen und Wandel der Konsumpräferenzen auf der Ebene von Individuen bedingen so einen Wandel der Erwerbsstruktur. Ein immer größerer Anteil der Erwerbstätigen entfällt auf den Dienstleistungssektor.

Diese Entwicklung wird von den meisten Theoretikern auch unter gesellschaftsemanzipatorischen Gesichtspunkten positiv gesehen. Die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft führe zu humaneren Lebens- und Arbeitsbedingungen wie Verbesserung der Umweltqualität, Verringerung körperlich schwerer Arbeit, Abbau von Hierarchien, Bürokratie und Zentralismus. Diese optimistische Sichtweise Fourastiés auf die Dienstleistungsgesellschaft – Humanisierung und Individualisierung der Wirtschaft – teilen prinzipiell auch die Autoren Bell (1979) und Gartner/ Riessmann (1978). Eine eher pessimistische Sichtweise auf die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft äußerte hingegen Baumol (1967). Auch Baumol rekurriert dabei auf die These von der relativen Nichtrationalisierbarkeit von Dienstleistungen und argumentiert, dass es im Falle von Lohnsteigerungen im Dienstleistungssektor (bei gleich bleibender Arbeitsproduktivität), diese sich an jenen im produzierenden Sektor (mit steigender Arbeitsproduktivität) orientieren, letztlich zu einer relativen Verteuerung von Dienstleistungen komme. Baumol verwendet dafür den Begriff der „Kostenkrankheit“ von Dienstleistungen. Im Ergebnis müssten Dienstleistungen langsam vom Markt verschwinden, weil sie zu teuer werden. Würden diese Dienstleis-

³⁵ Unterschieden wird hier stets zwischen produktionsbezogenen (auch unternehmensnahen) Dienstleistungen und konsumorientierten (auch persönlichen) Dienstleistungen. Erstere dienen der Güterproduktion, sind also Teil der Rationalisierung der industriellen Produktion, in der Organisations-, Forschungs- und Planungsinstanzen einen immer größeren Raum einnehmen. Die konsumorientierten Dienstleistungen hingegen sind auf den Endverbraucher bezogen und dienen dessen Genuss bzw. der Verbesserung seiner Lebensqualität. Beispiele dafür sind etwa Tätigkeiten in privaten Haushalten, die als Erwerbsarbeit erbracht werden, Tätigkeiten im Unterhaltungsbereich sowie medizinische, therapeutische Dienste, Bildung, Erziehung und soziale Dienste.

tungen jedoch weiterhin angeboten und gekauft – etwa durch staatliche Eingriffe zugunsten der sozialen und kulturellen Infrastruktur – so würde dies letztlich in einer Beeinträchtigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und in einem Kollaps der Staatsfinanzen resultieren, da ein immer größerer Teil der Gesamtarbeit bei hohen Löhnen im „unproduktiven“ Dienstleistungssektor gebunden wird.

Die gesellschaftliche Realität zeigt, dass beide Argumentationsstränge zur Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft ernst zu nehmende Anteile enthalten. Trotz berechtigter Kritik an Forastiers Konzept der drei Sektoren und der Nichtrationalisierbarkeit von Dienstleistungen (Pohl 1970) ist die vorhergesagte Entwicklung – insbesondere in den neuen Bundesländern – im Wesentlichen eingetreten. Interessant ist, dass eine Tertiarisierung der Wirtschaft stattgefunden hat, ohne dass das Argument der „Kostenkrankheit von Dienstleistungen“ völlig von der Hand zu weisen wäre. Letztlich haben sich jedoch verschiedene gesellschaftliche Wege entwickelt, mit dieser „Kostenkrankheit“ umzugehen – die wiederum zu einer unterschiedlichen Entwicklung der Dienstleistungstätigkeiten geführt haben. In den USA wurde der Weg der Entkopplung der Löhne gegangen, um gerade persönliche Dienstleistungen in hohem Umfang anzubieten: Hier steigt die Lohnhöhe im konsumnahen Dienstleistungssektor eben nicht mit der Lohnentwicklung in den übrigen Wirtschaftsbereichen. So entsteht eine kaufkräftige Schicht von Gut-Verdienern die sich die relativ billigeren persönlichen Dienstleistungen leisten kann („Dienstbotengesellschaft“). In Schweden wurde ein anderer Weg gewählt: Dort werden Dienstleistungen vorwiegend von der öffentlichen Hand innerhalb eines sehr stark ausgebauten öffentlichen Dienstes angeboten. Durch hohe Steuern werden Unternehmensgewinne im Wirtschaftsbereich mit hoher Produktivität abgeschöpft und zur Subventionierung des wenig produktiven Bereichs der konsumnahen Dienstleistungen verwendet („Gesellschaft des öffentlichen Dienstes“). Dadurch wird zwar das Problem eines gebremsten Wachstums nicht beseitigt, doch das Angebot an Dienstleistungen wird garantiert.

Häußermann und Siebel (1995: 51) charakterisieren die deutsche Gesellschaft (der 1990er Jahre) als „rückständige Dienstleistungsgesellschaft“. Im westdeutschen Wirtschaftssystem kamen negative Auswirkungen der „Kostenkrankheit“ von konsumnahen Dienstleistungen voll zum Tragen – durch hohe, am produzierenden Bereich orientierte Löhne und staatlich fixierte hohe Lohnnebenkosten konnten konsumnahe Dienstleistungen kaum am Markt bestehen, was zu deren Mechanisierung bzw. deren Verschwinden beigetragen hat (Substitution von Fahrkartenverkäufern durch Automaten oder von Tankwarten

durch Selbstbedienungszapfsäulen). Die deutsche Gesellschaft wird deshalb auch als „Selbstbedienungsgesellschaft“ charakterisiert.

Bis zum Jahr 2005 hatte Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern eine äußerst schwache Entwicklung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen. Während die Beschäftigung im produzierenden Bereich deutlich zurück ging, wuchs zwar die Beschäftigung im Dienstleistungssektor, allerdings nicht in dem Maße, dass die Beschäftigungsverluste in anderen Bereichen kompensiert werden konnten. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland lag im Jahr 2005 bei 38.846.000 und hatte sich damit gegenüber 1991 (38.621.000) praktisch kaum verändert – und das bei einer Arbeitslosenquote, die mit 9,5 Prozent (2005) die fünfthöchste der Europäischen Union (nach Polen, der Slowakei, Griechenland und Spanien) war. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Sektor sank dabei von 14,14 Millionen auf 10,00 Millionen. Das stärkste Beschäftigungswachstum gab es in den Bereichen „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ (von 3,74 Millionen auf 6,40 Millionen) und im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ (von 9,91 Millionen auf 11,88 Millionen), (Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung 2007).

Häußermann und Siebel (1995) weisen darauf hin, dass der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft stets mit einer Erhöhung der weiblichen Erwerbsbeteiligung bzw. einer stärkeren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt einhergeht. Mit Beginn der Industrialisierung wurden zunächst die Männer und die unverheirateten Frauen in außerhäusliche Erwerbsarbeit integriert. Willms-Herget (1985: 150) zeigt, dass über einen Zeitraum von etwa 100 Jahren bis in die 1960er Jahre die Erwerbsquote der Männer bei etwa 90 Prozent und die Erwerbsquote der allein stehenden Frauen bei etwa 70 Prozent gelegen hat. Von den verheirateten Frauen waren hingegen seit 1882 (für dieses Jahr liegen erstmals statistische Daten vor) bis in die 1950er Jahre nie mehr als 10 Prozent außerhalb des eigenen Familienhaushalts (ohne mithelfende Ehefrauen) erwerbstätig. Im Zeitalter großindustrieller Massenproduktion waren so große Produktivitätszuwächse möglich, dass das Gesamtvolumen der Erwerbsarbeit nicht mehr ausgeweitet werden musste, um einen wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand zu produzieren. Eine strikte Trennung in außerhäusliche „männliche“ Erwerbsarbeit und haushaltsbezogene „weibliche“ Versorgungstätigkeit setzte sich Mitte des 20. Jahrhunderts auch als akzeptierter gesellschaftlicher Wert durch.

Erst ab den 1960er Jahren stieg die Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen in der Bundesrepublik deutlich an, von 20,6 Prozent (1961) über 27,4 Prozent (1970) auf über 50 Prozent (1987). Ein Vergleich der drei Länder USA, Schweden und Bundesrepublik

Deutschland zeigt, dass die Zunahme der Gesamterwerbsquote seit den 1960er Jahren überall fast ausschließlich von der Integration verheirateter Frauen in das System der Erwerbsarbeit getragen wurde (Häußermann/ Siebel 1995: 184). Die höhere Erwerbsquote der Frauen hat in Schweden und den USA nicht zu einem vergleichbaren Rückgang der Erwerbsquote der Männer geführt. In den USA ist diese sogar gestiegen, in Deutschland, das den stärksten Rückgang der Erwerbsquote der Männer erlebte, ist die Erwerbsquote der Frauen am geringsten gestiegen. Die Erwerbstätigkeit der Frauen entwickelt sich also offenbar weitgehend unabhängig von jener der Männer. Ursache ist die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt mit der Dominanz von Frauen in den konsumorientierten Dienstleistungen und das Beschäftigungswachstum in eben diesem Sektor. Da die Anteile der Bevölkerung, die in der Güterproduktion beschäftigt sind, in den drei genannten Ländern nicht stark voneinander abweichen, werden die unterschiedlichen Gesamt-Erwerbsquoten nur durch eine Ausweitung der Beschäftigung in den Dienstleistungen möglich. „Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft ist der Weg der Frauen zusammen mit ihren traditionellen Aufgaben aus dem Haushalt in das System von Markt und Staat.“ (Häußermann/ Siebel 1995: 186).

Die DDR kann man aufgrund ihres schwach ausgebauten tertiären Sektors zwar nicht als Dienstleistungsgesellschaft bezeichnen, gleichwohl waren Dienstleistungsberufe – auch solche mit hoher Qualifikation – in starkem Maße von weiblichen Arbeitskräften dominiert. Der nach der Wiedervereinigung rasant einsetzende Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, ja eine regelrechte Deindustrialisierung der Ökonomie, ging einher mit einem dramatischen Beschäftigungsverlust bei männlich dominierten Berufen und einer relativen Stabilität bei solchen Tätigkeiten, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden. Während die Erwerbstätigenquote der Männer zwischen 1993 und 2004 in den neuen Bundesländern von 69 Prozent auf 63 Prozent sank, nahm die Erwerbstätigenquote der Frauen von 55 auf 58 Prozent zu (Wanger 2006: 11).

10.3 Berufsausbildung im Dualen System

Die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer geht seit den 1990er Jahren mit einer Knappheit an Ausbildungsplätzen im Dualen System der Berufsausbildung einher (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006). In den neuen Bundesländern lag die Angebots-Nachfrage-Relation bei den Berufsausbildungsplätzen letztmalig im Jahr 1992 über 100 (d.h. jedem Nachfrager stand mindestens ein angebotener Berufsausbildungsplatz zur Verfügung). Seit 1996 schwankt die Angebots-Nachfrage-Relation in den neuen Bundesländern um den Wert von 90 – was bedeutet, dass etwa zehn Prozent aller Interessenten schon rein rechnerisch (d.h. ganz unabhängig von Berufswünschen) keinen Ausbildungsvertrag erhalten können. In den alten Bundesländern lag diese Relation nur in drei Jahren seit 1992 knapp unter 100 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006: 7). Die Lehrstellensituation in den neuen Bundesländern wird von den Berufsbildungsberichten der Bundesregierung regelmäßig als ungünstig bis sehr ungünstig eingeschätzt (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, 2007).

Nach Geschlecht werden die Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung zu Ausbildungsanfängern erst seit dem Jahr 2002 erhoben, über den Zeitraum davor lassen sich somit keine Aussagen über die Realisierung von Berufsausbildungswünschen im dualen Ausbildungssystem nach Geschlecht treffen. Die vorliegenden Daten für die Jahre 2002 bis 2004 zeigen, dass Frauen auf dem Ausbildungsmarkt im Dualen System tendenziell eine schwierigere Situation vorfinden als Männer. Die Vermittlungsquote in Berufsausbildung³⁶ lag in den neuen wie in den alten Bundesländern bei den Frauen unter den Werten der Männer. Bei einer für beide Geschlechter ungünstigeren Vermittlungsquote in Ostdeutschland, ist der Abstand der Vermittlungsquote der Frauen zu jener der Männer deutlich größer als in den alten Bundesländern. Im Mittel der Jahre 2002 bis 2004 lag die Vermittlungsquote in den alten Bundesländern bei 96,1 Prozent für Männer und bei 92 Prozent für Frauen, während in den neuen Bundesländern nur 94,9 Prozent der Männer und 89,6 Prozent der Frauen, die einen Ausbildungsplatz nachfragten, einen Ausbildungsvertrag abschließen konnten. Frauen scheinen also bei der Ausbildungsplatzsuche in den neuen Bundesländern stärker benachteiligt als Männer. Allerdings liegt der Frauenanteil an sämtlichen Bewerbern um einen Ausbildungsplatz im Dualen System in den neuen Bundesländern dauerhaft um etwa ein bis zwei Prozentpunkte unter den Werten in Westdeutschland.

³⁶ Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge an der Summe aus neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und nicht vermittelten Bewerbern.

Im Mittel der Jahre 2002 bis 2004 betrug der Frauenanteil bei Bewerbungen in den alten Bundesländern 43 Prozent, in den neuen Bundesländern jedoch nur 41,7 Prozent. Möglicherweise, dies lässt der geringere Frauenanteil an allen Ausbildungsplatznachfragern vermuten, bewirbt sich ein Teil der Frauen in Ostdeutschland gar nicht erst auf einen Ausbildungsplatz in der Region, sondern bewirbt sich entweder gleich in den alten Bundesländern oder weicht auf Ausbildungszweige außerhalb des Dualen Systems aus.

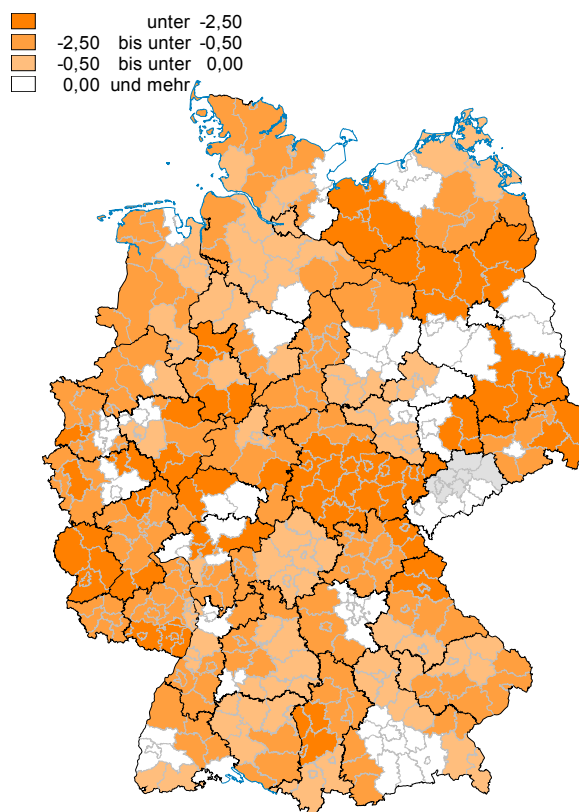


Abb. 23: Differenz der Vermittlungsquoten in eine Berufsausbildung³⁷, Frauen minus Männer, 2002-2004 (Prozentpunkte)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Die Vermittlungsquoten in Berufsausbildung sind für Frauen in vielen ostdeutschen Regionen gering und liegen teilweise deutlich unter jenen der Männer. Weibliche Jugendliche scheinen hier gegenüber männlichen benachteiligt.

³⁷ Eigene Berechnungen; Daten zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und nicht vermittelten Bewerbern nach Geschlecht sind derzeit nur für Arbeitsagenturbezirke (AAB), nicht für Kreise verfügbar. Die Grenzen von AAB sind mit Kreisgrenzen nicht immer identisch. Es gibt sowohl AAB, die mehrere Kreise beinhalten, als auch Kreise, die zu mehreren AAB gehören. Im ersten Fall wurde für die vorliegende Analyse jedem Kreis der Wert des jeweiligen AAB zugewiesen. Im zweiten Fall wurde dem Kreis der Mittelwert aller angehörigen AAB zugeordnet.

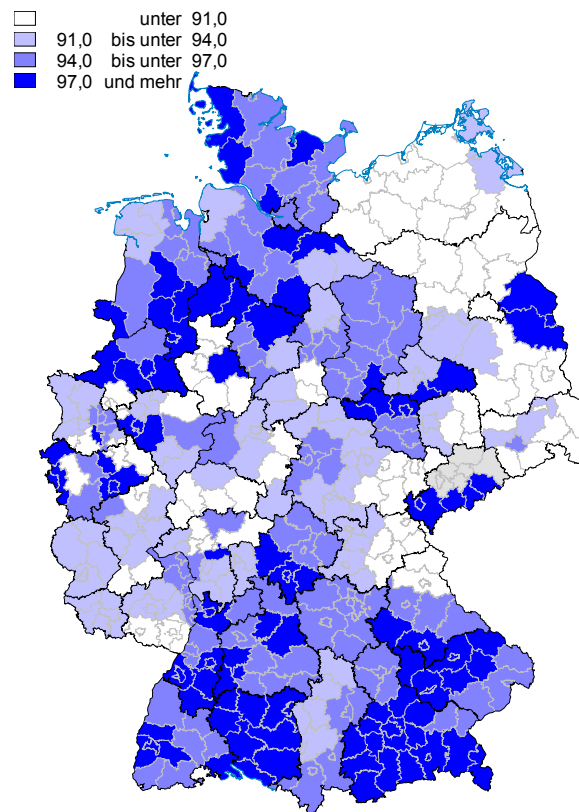


Abb. 24: Vermittlungsquoten in Berufsausbildung, Frauen, 2002-2004 (Prozent)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Die Vermittlungsquoten in Berufsausbildung sind für Frauen in vielen ostdeutschen Regionen gering und liegen teilweise deutlich unter jenen der Männer. Weibliche Jugendliche scheinen hier gegenüber männlichen benachteiligt.

Die Karte in Abb. 23 stellt die regionale Verteilung der Vermittlungsquoten in Berufsausbildung der Frauen im Vergleich zu Männern auf Kreisebene dar. Sichtbar wird, dass es trotz geringerer Vermittlungsquoten von Frauen gegenüber Männern in den neuen Bundesländern auf Kreisebene eine erhebliche Uneinheitlichkeit gibt. In weiten Teilen der neuen Bundesländer lag im Mittel der Jahre 2002 bis 2004 die Vermittlungsquote für Frauen deutlich (mehr als zwei Prozentpunkte) unter jener der Männer. Davon betroffen sind vor allem periphere Landkreise und das gesamte Bundesland Thüringen. In weiten Teilen Sachsen-Anhalts, im westlichen Brandenburg und an der mecklenburgischen Ostseeküste sind die Vermittlungsquoten in Berufsausbildung hingegen ausgeglichen. In Dresden wiederum, im sächsischen Erzgebirge und im östlichen Brandenburg wurden Frauen besser in Berufsausbildung vermittelt als Männer. Wie Abb. 24 zeigt, ist in diesen Regionen die Vermittlungsquote von Frauen in Berufsausbildung generell günstiger als in den übrigen Regionen der neuen Länder. Dennoch ist die Quote neu abgeschlossener Ausbildungsverträge für Frauen im Osten insgesamt geringer als im Westen.: Im Mittel der Jahre 2002-

2004 lag die Quote in den neuen Bundesländern bei 9,4 vermittelten Bewerberinnen je 100 Einwohner von 15 bis 19 Jahre, in den alten Bundesländern bei 10,8 (für die Männer im Osten 12,9; im Westen 13,7). Diese gegenüber den Männern relativ geringe Ausbildungsplatzquote kann darauf hindeuten, dass junge Frauen diese Benachteiligung antizipieren und in andere Bildungsgänge ausweichen. Häufiger arbeitslos als Männer sind sie, wie unter Punkt 10.1 beschrieben wurde, nicht.

10.4 Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt

Zur Erklärung geschlechtsselektiven Berufswahlverhaltens gibt es eine Fülle von Untersuchungen und unterschiedlichen Erklärungsansätzen (Granato/ Schittenhelm 2004: 36ff.). Die meisten Untersuchungen beziehen sich allerdings auf Jugendliche westdeutscher Herkunft, wobei der Fokus der Ergebnisinterpretation meist auf dem Ausschluss von Mädchen von solchen Ausbildungsberufen liegt, die höheres Einkommen und höheren sozialen Status versprechen. Ein hohes Maß an Einfluss auf die Berufswahlentscheidungen von männlichen und weiblichen Jugendlichen wird der Vorbildfunktion und der Prägung durch Bezugspersonen – insbesondere durch Eltern und Lehrer – eingeräumt. Die Lebensweise der Eltern hat Modellcharakter, auch ohne dass dies den Beteiligten in jedem Fall bewusst sein muss. So nahmen in einer Regionalstudie in Hamburg Eltern eine geschlechtsspezifische Einschätzung der Begabungen ihrer Töchter vor. Auch wenn deren Schulnoten dem widersprachen, waren Eltern eher davon überzeugt, dass ihre Töchter nicht über naturwissenschaftlich-mathematische Begabungen verfügten, während Fähigkeiten für frauenspezifische Berufe vorausgesetzt wurden (Hoose/ Vorholt 1997). In verschiedenen Untersuchungen wird auf eine ungleiche Förderung in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern hingewiesen. Schülerinnen erhielten in naturwissenschaftlich-technischen Fächern von Lehrern weniger Unterstützung als Schüler (Bund-Länder Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2000). Die Lehrer würden zu geschlechtsspezifischen Zuschreibungen neigen, bei denen Mädchen und Jungen von vornherein nicht die selben Fähigkeiten und Interessen unterstellt werden. Die Fremdeinschätzung durch Eltern und Lehrer präge letztlich die Selbsteinschätzung der Mädchen, so dass diese auch bei guten Noten in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern sich nicht in dem selben Maße wie männliche Jugendliche für technische Berufe interessierten. Ebenso orientieren sich männliche und weibliche Jugendliche in starkem Maße an Gleichaltrigen. Sie streben Berufe an, die im jeweiligen Umfeld als interessant und angemessen bzw. erstrebenswert gelten

(Schittenhelm 2004). Insgesamt lässt sich konstatieren, dass geschlechtsspezifische Aspirationen bezüglich Bildungs- bzw. Berufsabschluss bereits früh, und nicht erst mit Abschluss der allgemein bildenden Schule, geprägt werden.

Eine andere Argumentationslinie betont weniger die individuelle Nachfrage nach bestimmten Ausbildungsberufen, sondern vielmehr die Angebotsstrukturen des Ausbildungsmarktes. So seien Rekrutierungspraktiken von Ausbildungsbetrieben nicht immer geschlechtsneutral, was zu einer geschlechtstypischen Besetzung von Ausbildungsberufen führen kann. Gleichzeitig wird unterstellt, dass Ausbildungsbetriebe unter der Bedingung knapper Ausbildungsplätze männliche Bewerber bevorzugen (Granato/ Schittenhelm 2004).

Eine dritte These besagt, dass eine geschlechtstypische Berufswahl deshalb erfolgt, weil typische Frauenberufe eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten (Blossfeld 1989; Quack 1994). Dies ließ sich jedoch in einer empirisch vergleichenden Studie für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR nicht bestätigen (Trappe/ Rosenfeld 2001). Diese These hätte impliziert, dass in der DDR, wo die Vereinbarkeit von Familie und Beruf generell gewährleistet war, die berufliche Geschlechtersegregation geringer als in der Bundesrepublik Deutschland ausfällt. Trappe und Rosenfeld stellen fest, dass sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR beim Berufseinstieg ein hohes Maß an Geschlechtersegregation zu beobachten war und dass diese Berufswahl ein erhebliches Beharrungsvermögen im Lebensverlauf aufweist. Weder war zu beobachten, dass im Verlauf der Familiengründung eine stärkere Konzentration von Frauen auf typischen Frauenberufe stattfand, noch ließ sich zeigen, dass kinderlose Frauen häufiger in frauenuntypischen Berufen arbeiten. Frauendominierte Tätigkeiten, so das Fazit der Autoren, bieten nicht notwendigerweise günstigere Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Trappe/ Rosenfeld 2001: 173).

Zu konstatieren bleibt, dass die geschlechtsspezifische Berufswahl in erheblichem Maße von Prägungen durch soziale Bezugspersonen und von den geschlechtsspezifischen Erwartungen und Zuschreibungen des sozialen Umfeldes – einschließlich geschlechtsspezifischer Rekrutierungspraktiken der Betriebe – abhängt. Die Angebotsstrukturen des Arbeitsmarktes können die geschlechtsspezifische Berufswahl allein nicht erklären. Auch vermeintlich objektive Gründe für eine geschlechtstypische Berufswahl, wie etwa eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in so genannten Frauenberufen, spielen demgegenüber eine deutlich untergeordnete Rolle. Die meist in Studien in Bezug auf Mädchen in den alten Bundesländern gewonnenen Erkenntnisse sind dabei u. E. ebenso auf die neu-

en Bundesländer und mit umgekehrten Vorzeichen auch auf männliche Jugendliche übertragbar: Bezugspersonen und Erwartungen des sozialen Umfeldes prägen auch deren Berufswahl.

Die Geschlechtersegregation in Berufen und Wirtschaftssektoren hat sich in Ost- und Westdeutschland nicht angeglichen, sondern es bestehen Unterschiede fort (Falk 2002, Goedicke/ Trappe 2005). Dazu trugen zwei verschiedene Effekte bei: Struktureffekte, die sich aus der konjunkturell unterschiedlichen zahlenmäßigen Entwicklung verschiedener Branchen und Berufsgruppen ergeben und Individualeffekte – anhaltende Differenzen im geschlechtsspezifischen Berufswahlverhalten in Ost und West.

Zwar hat es in den neuen Bundesländern in zahlreichen Berufen, die früher stark von Frauen dominiert waren, einen Anstieg des Männeranteils gegeben. Dies betrifft etwa Berufe wie Bankkaufmann/-frau, Sozialarbeiter/-in, Bibliothekar/-in, Verkäufer/-in (Goedicke/ Trappe 2005: 104). Gleichzeitig kam es auch zu einer Resegregierung männlich dominierter Berufe, die in der DDR-Gesellschaft stärker integriert waren, vor allem in Bereich der Landwirtschaft und des produzierenden Gewerbes (was sich erhöhend auf ein statistisches Segregationsmaß auswirkt) – wobei gleichzeitig männerdominierte Berufe in hohem Maß Beschäftigungseinbußen erlitten (was die statistische Segregation der gesamten Berufsstruktur abschwächt). Trotz aller Verschiebungen der Berufsstruktur zeigen Segregationsmaße, dass der ostdeutsche Arbeitsmarkt auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung deutlich stärker segregiert war als der westdeutsche. Der Gini-Koeffizient³⁸ bezüglich geschlechtsspezifischer beruflicher Segregation lag im Jahr 2000 in den neuen Bundesländern bei 0,656, in den alten Bundesländern bei 0,590 (Falk 2002:48). Damit hatte sich in beiden Teilen Deutschlands die Geschlechtersegregation gegenüber 1991 in ähnlichem Ausmaß erhöht (Gini 1991: Ost 0,611, West 0,565). In den neuen Bundesländern hatte die Geschlechtersegregation gemessen am Gini-Koeffizienten zunächst bis 1997 durch die beschriebenen Resegregations- und Verdrängungseffekte stark zugenommen, sank jedoch danach aufgrund der starken Beschäftigungsverluste stark männerdominierter Berufe wieder ab.

Ein zweiter Faktor dauerhaft höherer Segregationsmaße bei der Berufswahl in Ostdeutschland scheint jedoch auch das Fortdauern stärker geschlechtsspezifischer Ausbil-

³⁸ Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit statistischer Verteilungen. Er kann Ausprägungen zwischen null und eins annehmen. Je näher der Wert an eins liegt, umso größer die Ungleichverteilung. Zu Segregationsindizes siehe Falk 2002: 39ff.

dungswünsche zu sein. So sind insbesondere die Ausbildungsgänge an Berufsfachschulen bis heute sehr stark und weitaus deutlicher als im Westen Deutschlands von Frauen dominiert.³⁹ Zwar unterliegt die Entwicklung und Geschlechterstruktur der Absolventen von Berufsfachschulen zeitlichen, aber auch regionalen Schwankungen, da die Zuordnung von Ausbildungsgängen nicht bundeseinheitlich geregelt ist und daher den Bestimmungen bzw. Gesetzesänderungen einzelner Bundesländer unterliegt. Auch erfolgt die Zuordnung von medizinischen Berufen nicht einheitlich. In manchen Bundesländern werden bestimmte medizinische Berufe in speziellen Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet, in anderen Bundesländern erfolgt die Ausbildung hingegen an Berufsfachschulen – dies kann die Entwicklung der Schülerzahlen und der Frauenanteile in den einzelnen Ausbildungssektoren beeinflussen.

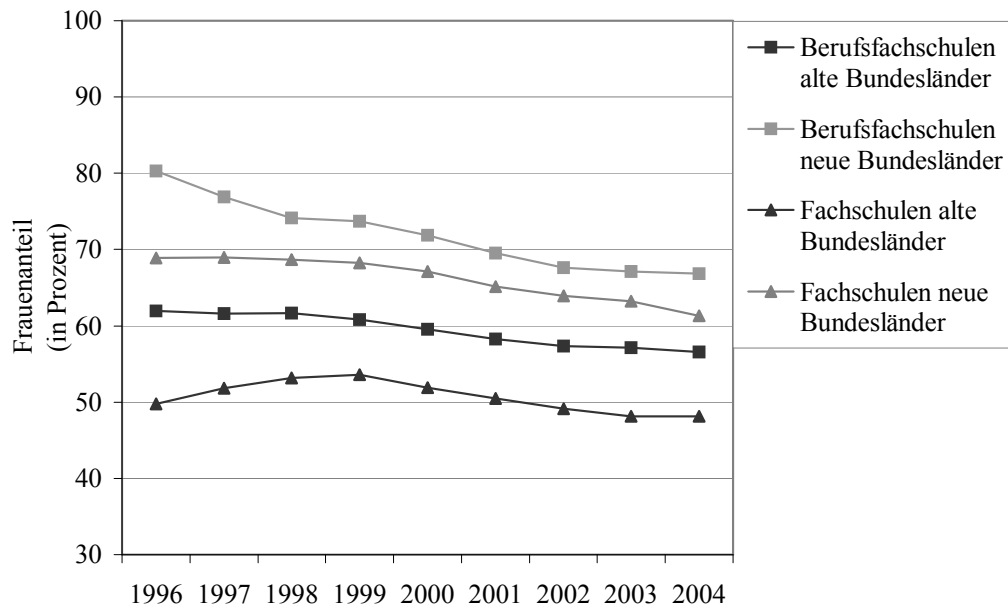


Abb. 25: Frauenanteil an allen Schülern an Berufsfachschulen und Fachschulen in den alten und neuen Bundesländern, 1996-2004

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Der Anteil weiblicher Auszubildender an Berufsfachschulen und Fachschulen hat sich in neuen und alten Bundesländern seit 1996 verringert. Eine Angleichung ist jedoch nicht feststellbar, Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Berufswahl zwischen Ost und West bleiben bestehen.

³⁹ Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht besucht werden können. Sie können der Berufsvorbereitung dienen, aber auch einen vollqualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln. Letzteres ist in den neuen Bundesländern weitaus häufiger der Fall: Im Schuljahr 2004/2005 waren 88 Prozent der beruflichen Abschlüsse an Fachschulen der neuen Bundesländern vollqualifizierende Berufsabschlüsse, in den alten Bundesländern war dies nur bei 38 Prozent der Abschlüsse der Fall (BMBF 2006: 181).

Auf der einen Seite hat die Zahl der Schüler an Berufsfachschulen in den vergangenen Jahren sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern insgesamt zugenommen. Als Ursache dafür werden auf der einen Seite die Knappheit von Ausbildungsplätzen in Dualen System angeführt (Bothfeld et al. 2005: 84). Auf der anderen Seite war der Frauenanteil an allen Berufsfachschülern seit 1995 rückläufig. In den neuen Bundesländern sank dieser Anteil von 80 Prozent auf etwa 65 Prozent (2004), in den alten Bundesländern ging der Frauenanteil von 65 Prozent auf 57 Prozent zurück. Begründet wird dieser Rückgang des Frauenanteils ebenfalls mit der schwierigen Lehrstellensituation im Dualen System, was zahlreiche männliche Jugendliche dazu gebracht haben könnte, vollzeitschulische Berufsausbildungen zu wählen (Bothfeld et al. 2005: 85). Diese Entwicklung könnte aber durchaus auch einen Wertewandel und einen Wandel des Systems der Berufe zum Ausdruck bringen: Zwar dominieren unter den am stärksten besetzten Berufen an Berufsfachschulen noch immer klassische „Frauenberufe“ wie Erzieher/-in, Altenpfleger/-in oder Hauswirtschaftler/-in – doch unter jenen Berufsfachschulausbildungen mit starken Wachstumsraten gibt es eine Reihe von Berufen, die durchaus als „männlich“ wahrgenommen werden, so etwa „Assistent für Wirtschaftsinformatik“ oder der Bereich „Fahr-, Flugzeugbau- und Wartungsberufe“ (BMBF 2006: 183 f.). Insgesamt muss man jedoch konstatieren, dass der Frauenanteil unter den Schülern an Berufsfachschulen in den neuen Bundesländern nach wie vor etwa acht Prozentpunkte höher liegt als in Westdeutschland und es seit 1999 praktisch keine weitere Angleichung der Anteile gegeben hat – was auf dauerhaft unterschiedliche Berufswahlpräferenzen hindeutet.

Auch in Berufen, die normalerweise im Dualen System ausgebildet werden, unterscheiden sich Berufspräferenzen nach Geschlecht in Ost und West bis heute. So ist der Frauenanteil an den Auszubildenden in zahlenmäßig bedeutenden Dienstleistungsberufen wie Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Koch/Köchin oder Berufen im Hotel/Gaststättengewerbe in den neuen Bundesländern deutlich höher (Tab. 14). Die größte Differenz weist der Beruf „Verkäufer“ auf, wo der Frauenanteil in den neuen Bundesländern sechs Prozentpunkte höher liegt als im Westen Deutschlands. Ebenso sind Ausbildungsplätze zu Büro- oder Verwaltungsberufen in den neuen Bundesländern weit stärker weiblich dominiert als im Westen Deutschlands. So sind Frauen in den Ausbildungsberufen Industriekaufmann/-frau, Verwaltungs- und Büroberufe im öffentlichen Dienst und Kaufmann/-frau für Bürokommunikation unter den in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen drei Prozentpunkte häufiger vertreten als in den alten Bundesländern.

Tab. 14: Geschlechtersegregation bei Berufen* in der dualen Ausbildung in den neuen und alten Bundesländern, 2004

neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2004 in Berufen der dualen Ausbildung	Neue Bundes- länder und Berlin		Alte Bundes- länder		Verhältnis Frau- enanteil Ost/West	
	Frauen- anteil	Verträge gesamt	Frauen- anteil	Verträge gesamt		
	%	abs.	%	abs.		
Stufenausbildung Bauwirtschaft/-gewerbe	1,0	5.393	0,7	9.271	1,55	Deutlich höherer Frauenanteil in den neuen Bundesländern
Koch/Köchin	25,4	6.501	21,7	11.046	1,17	
Landwirtschaftliche Berufe	25,0	3.988	21,9	9.207	1,14	
Bäcker/-in	19,6	1.157	17,9	5.156	1,10	
Verkäufer/-in	68,8	4.832	62,8	12.327	1,10	
Neue Medienberufe	49,2	1.503	45,9	5.083	1,07	
Kaufmann/frau im Einzelhandel	57,3	7.493	53,5	22.493	1,07	
Bürokaufmann/-frau	75,0	5.086	70,3	19.036	1,07	
Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe	74,5	9.064	70,4	17.138	1,06	
Industriekaufmann/-frau	62,9	1.657	60,0	17.658	1,05	
Verwaltungs/Büroberufe im öff. Dienst	73,5	2.834	70,8	9.055	1,04	
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	81,1	3.495	78,1	10.222	1,04	
Neue IT-Berufe	11,2	2.415	10,9	12.349	1,03	Etwa gleicher Ge- schlechteranteil in neuen und alten Bundesländern
Friseur/-in	91,2	3.496	89,6	13.225	1,02	
Maler/-in und Lackierer/-in	9,1	3.168	9,0	10.491	1,02	
Bankkaufmann/-frau	57,2	1.482	57,3	11.327	1,00	
Zahnmedizinische Berufe	98,8	1.536	99,6	11.157	0,99	
Sonstige Auszubildende im Handwerk	48,0	1.473	48,4	7.091	0,99	
Rechtsanwalts-/Notarfachangestellte(r)	94,6	1.399	96,3	7.221	0,98	
Arzthelfer/-in	97,6	1.519	99,4	13.353	0,98	
Kaufmann/-frau im Groß- u. Außenhandel	40,2	1.661	41,5	13.999	0,97	
Fachverkäufer/-in im Nahrungsm.- Handw.	90,1	2.010	94,3	9.671	0,96	Deutlich höherer Männeranteil in den neuen Bundesländern
Behindertenausb. nach §48BBIG, §42 HwO	33,7	6.429	35,5	8.332	0,95	
Rest: Kaufmännische/sonst. Berufe in IH	45,9	8.535	48,9	33.733	0,94	
Energieel./in Anl./Betr./Elektroinst./in	2,4	3.237	2,5	18.160	0,93	
Rest: Gewerbliche Berufe im Handwerk	16,8	3.665	18,3	15.306	0,92	
Rest: Gewerbl./industrielle Berufe in IH	7,4	12.209	8,7	34.348	0,86	
Kraftfahrzeugmechaniker/-in	1,9	4.872	2,4	20.712	0,83	
Metallbauer/-in	0,7	1.744	1,0	6.187	0,76	
Tischler/-in	5,6	1.987	7,5	7.857	0,75	Deutlich höherer Männeranteil in den neuen Bundesländern
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer/-in	0,7	1.326	0,9	8.574	0,73	

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2004, eigene Berechnungen; * neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2004, nur Berufe mit mehr als 1000 Neuverträgen

Stärker männerdominiert als im Westen sind eindeutig Lehrberufe mit technischer und handwerklicher Ausrichtung, wie Tischler, Kraftfahrzeugmechaniker oder Gewerbliche/industrielle Berufe in Industrie und Handwerk. Auffällig ist auch, dass die „Behindertenausbildung nach §48BBIG, §42 HwO“, die unter anderem lernschwachen Schülern zugute kommen soll, in den neuen Bundesländern nicht nur in absoluten Zahlen gegenüber

dem viel bevölkerungsreicheren Westdeutschland sehr häufig vorkommt, sondern dort auch der Männeranteil größer ist. Offenbar erfolgt hier eine Unterbringung schwer vermittelbarer männlicher Jugendlicher in einer Behindertenausbildung. Annähernd gleiche Frauenanteile in Ost und West findet man in besonders attraktiven oder modernen Lehrberufen: bei den IT-Berufen oder im Beruf Bankkaufmann/-frau, Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel sowie in Berufen, die typischerweise als rein weiblich gelten, wie Arzthelfer/-in, Zahnarzthelfer/-in oder Friseur/-in.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in vielen Berufen, die deutschlandweit stark von Männern dominiert sind, der Frauenanteil in den neuen Bundesländern noch geringer ist als im Westen. In vielen Berufen mit hohem Frauenanteil in ganz Deutschland ist dieser Frauenanteil in den neuen Bundesländern aber noch ausgeprägter. Die geschlechtsspezifische Berufswahl im Dualen System der Berufsausbildung in neuen und alten Bundesländern legt nahe, dass hier Geschlechterstereotype fortauern, die bereits im DDR-Erwerbssystem existierten.

10.5 Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland – fehlen frauentypische Arbeitsplätze?

Aufgrund des oben beschriebenen geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens ist für eine Beurteilung der Entwicklung des Arbeitsmarktes für Männer und Frauen eine Analyse der Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige erforderlich. Durch die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an internationale Wettbewerbsbedingungen waren nach der Wiedervereinigung besonders viele Betriebe des verarbeitenden Gewerbes nicht mehr konkurrenzfähig, mussten schließen oder schrumpften auf marktgerechte Größe. Neugründungen konnten die entstandenen Lücken nicht füllen. Auch im Jahr 2004 war das verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern noch deutlich schwächer als in den alten: In den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) waren 16,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, in den alten Bundesländern hingegen 27,7 Prozent.⁴⁰

Im Baugewerbe nahm die Entwicklung einen entgegengesetzten Verlauf. Durch öffentliche Förderung von Bauvorhaben und Programme zur Angleichung der Infrastruktur

⁴⁰ Quelle aller in diesem Kapitel getroffener Aussagen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

entwickelte sich in den neuen Bundesländern bis Mitte der 1990er Jahre ein überdimensionierter Bausektor. Seit Jahren muss sich dieser Sektor einer nachlassenden Nachfrage anpassen und eine weitere Schrumpfung des Sektors ist in den kommenden Jahren zu erwarten. Dennoch waren im Jahr 2004 in den neuen Bundesländern noch immer 8,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bauwirtschaft tätig, in Westdeutschland hingegen nur 5,7 Prozent.

Erhebliche Unterschiede der Branchenstruktur betreffen die Landwirtschaft und das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Während im Osten noch 2,5 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, sind dies im Westen nur noch 0,9 Prozent. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe sind hingegen anteilmäßig im Westen fast doppelt so viele Menschen tätig wie in den neuen Bundesländern. Beides spiegelt eine strukturelle Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft wider: Branchen mit geringer Umsatzproduktivität sind gegenüber Westdeutschland über-, Branchen mit hoher Umsatzproduktivität unterrepräsentiert.

Entsprechen diese Ergebnisse noch den Erwartungen an Ostdeutschland als rückständige Dienstleistungswirtschaft, so widersprechen die folgenden Ergebnisse einer solchen Interpretation: In den Bereichen „Öffentliche Verwaltung/ Sozialversicherung“⁴¹ und Erziehung und Unterricht/ Gesundheits- und Sozialwesen“⁴² ist in den neuen Bundesländern insgesamt ein deutlich größerer Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig als in Westdeutschland. Im erstgenannten Sektor beträgt das Verhältnis 8,8 Prozent (Ost) zu 5,9 Prozent (West), in letzterem sogar 24,9 Prozent (Ost) zu 19,1 Prozent (West). Diese Zahlen sind letztlich Ausdruck der erheblichen Schwäche anderer Branchen – insbesondere des verarbeitenden Gewerbes. Gerade weil in vielen Regionen das produzierende Gewerbe dramatisch geschrumpft ist, sind die verbleibenden Beschäftigten überproportional in den eher beschäftigungsstabilen Bereichen des Dienstleistungssektors zu finden.

Deshalb lässt sich aus der Branchenstruktur auch kein unmittelbarer Zusammenhang mit der geschlechtsselektiven Abwanderung herleiten: Eher von weiblichen Beschäftigten dominierte Wirtschaftsbereiche (wie Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Sozialwesen) sind in den neuen Bundesländern gegenüber männerdominierten Branchen

⁴¹ Vollständige Bezeichnung: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

⁴² Vollständige Bezeichnung: Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär-, und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen, Private Haushalte

nicht unterrepräsentiert – es ist im Gegenteil eher der männerdominierte Bereich des verarbeitenden Gewerbes, der eine erhebliche Schwäche aufweist.

Tab. 15: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter sowie Arbeitsplatzdichte nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen in den neuen und alten Bundesländern, 2004

Wirtschaftszweige	- Branchenstruktur - Beschäftigte als Anteil an allen sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigten				- Arbeitsplatzdichte - sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 100 Einwoh- ner von 18-60 Jahre			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	3,4	1,1	1,6	0,5	1,73	0,50	0,85	0,28
Bergbau, Gewinn. Steine+ Erden	0,7	0,7	0,1	0,1	0,35	0,25	0,08	0,04
Verarbeitendes Gewerbe	22,8	36,6	10,7	16,3	11,53	15,9	5,72	8,33
Energie- und Wasserversorgung	1,5	1,3	0,7	0,4	0,77	0,51	0,37	0,22
Baugewerbe	14,4	8,9	1,9	1,6	7,28	3,29	1,02	0,83
Handel; Instandhaltg.+Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	11,5	13,6	14,6	17,5	5,83	8,81	7,80	8,97
Gastgewerbe	2,5	2,1	4,1	3,5	1,27	1,56	2,21	1,77
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	8,8	6,9	3,7	3,4	4,42	3,08	1,98	1,76
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	1,5	3,5	3,2	5,2	0,75	2,44	1,69	2,66
Grundstücks-/Wohn.wesen, Ver- mietg., Dienstl. f. Untern.	12,4	11,4	12,1	12,3	6,23	6,77	6,47	6,28
Öff. Verwaltg, Verteidigg u. Sozi- alvers.; exterrit. Organisat. u. Körpersch.	5,6	4,6	12,1	7,5	2,82	3,39	6,49	3,86
Erziehg u. Unterr.; Gesundheits-, Vet.- u. Sozialwesen; sonstige öff.+ pers. Dienstl.; priv. Haush.	14,8	9,2	35,1	31,6	7,47	10,97	18,77	16,20
gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	50,45	63,59	53,47	51,21

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Eine nach Geschlecht getrennte Analyse der Beschäftigtenstruktur (Tab. 15) unterstreicht diese Einschätzung: Im Bereich „Erziehung und Unterricht/ Gesundheits- und Sozialwesen“ arbeiten in den neuen Bundesländern 35,1 Prozent aller weiblichen Beschäftigten, im Westen sind dies 31,6 Prozent. Im Bereich „Öffentliche Verwaltung/ Sozialversicherung ist die Diskrepanz noch größer: Während hier in den alten Bundesländern 7,5 Prozent aller weiblichen Beschäftigten aktiv waren, sind dies in den neuen Bundesländern 12,1 Prozent. Die größten Defizite tun sich für die Frauen in den Bereichen „Verarbeitendes Gewerbe“ (10,7 Prozent Ost vs. 16,3 Prozent West) auf. Anteilsmäßig weniger weibliche Beschäftigte finden sich im Osten in den Branchen „Handel“⁴³ (17,5 Prozent West zu 14,6 Prozent Ost) sowie im Bereich Kredit- und Versicherungsgewerbe (5,2 Prozent West

⁴³ Vollständige Bezeichnung: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern

zu 3,2 Prozent Ost) auf. Für weibliche Beschäftigte fällt also in den neuen Bundesländern eher die Stärke und keineswegs die Schwäche des Bereiches „Öffentliche Verwaltung/ Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht/ Gesundheitswesen“ auf.

Betrachtet man zusätzlich die branchenbezogene Arbeitsplatzdichte in Ost und West nach Geschlecht, also die Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in den einzelnen Branchen bezogen auf männliche bzw. weibliche Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren, so stellt sich heraus, dass in sämtlichen Wirtschaftsbereichen bis auf die Bereiche „Verarbeitendes Gewerbe“, „Handel“ und den Bereich „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ in den neuen Bundesländern mehr von Frauen besetzte Arbeitsplätze existieren als in Westdeutschland. Für Männer betrifft das Defizit an Arbeitsplätzen bezogen auf die erwerbsfähige männliche Bevölkerung jedoch sieben Branchen: Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen, Öffentliche Verwaltung sowie Erziehung und Unterricht/ Veterinär- und Gesundheitswesen.

Während es in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 53,5 sozialversicherungspflichtige weibliche Beschäftigte je 100 weibliche Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren gab, betrug dieser Wert in den alten Bundesländern nur 51,2. Auf der anderen Seite sind in Ostdeutschland nur 50,5 von 100 Männern im erwerbsfähigen Alter beschäftigt – in Westdeutschland hingegen 63,6. Betrachtet man die Arbeitsplatzdichte in für das jeweilige Geschlecht zahlenmäßig bedeutsamen Branchen auf kleinräumiger Ebene (Abb. A 9 bis A 14 im Anhang), zeigen auch ländlich periphere Landkreise eine deutliche Überrepräsentation weiblicher Beschäftigter im Öffentlichen Dienst und zumindest eine hinter den Regionen der alten Bundesländer nicht zurückbleibende Beschäftigungsdichte im Bereich Bildung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen (Abb. A 13 und A 14 im Anhang). Demgegenüber ist die Arbeitsplatzdichte in der zahlenmäßig bedeutendsten männlichen Branche – dem Verarbeitenden Gewerbe – im Osten nahezu dramatisch gering.

Diese Daten erlauben es nicht, von einer generellen strukturellen Benachteiligung von Frauen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zu sprechen. Viel eher muss eine erhebliche Unterbeschäftigung ostdeutscher Männer konstatiert werden. Eine Überrepräsentanz männlich dominierter Branchen in den neuen Bundesländern lässt sich hieraus nicht als Hauptgrund der überproportionalen Abwanderung von Frauen ableiten.

10.6 Erwerbseinkommen und geschlechtsspezifische Lohndifferenz

Ein weiterer möglicher Grund für eine überproportionale Abwanderung von Frauen wäre dann gegeben, wenn Frauen gegenüber Männern in den neuen Bundesländern ein besonders großes Lohngefälle hinnehmen müssten. In den neuen wie in den alten Bundesländern existieren Unterschiede beim Erwerbseinkommen der Geschlechter, Frauen haben praktisch in allen Regionen im Durchschnitt geringere Einkommen als Männer. Für diesen Befund existieren eine Reihe von Ursachen, wie etwa die Geschlechtersegregation in bestimmten Branchen mit unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten, deutliche Unterschiede in der beruflichen Stellung von Frauen und Männern sowie die höhere Teilzeitquote von Frauen. Über die Ursachen der Geschlechterlücke bei den Arbeitseinkommen existiert eine breite Literatur (z. B. Hübler 2001, Kulmitz 2001, Liebeskind 2004), die an dieser Stelle nicht ausführlich referiert werden soll. Interessieren soll vielmehr, wie sich die Diskrepanz der Einkommen in neuen und alten Bundesländern ausprägt. Denn wenn die Diskrepanz zwischen den Einkommen von Männern und Frauen in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland ist oder der Lohnabstand zwischen Frauen in Ost und West größer ist als jener bei Männern, so wäre dies ein statistisches Argument für eine überproportionale Abwanderung von Frauen aus den neuen Bundesländern.

Auswertungen zum geschlechtsspezifischen Einkommen sind häufig mit einer unzureichenden Datenlage konfrontiert. Es gibt zur Zeit in Deutschland keine Statistik, vergleichbar der amtlichen Arbeitsmarktstatistik, mit deren Hilfe man einen kompletten Überblick über die Entwicklung der Einkommen von Männern und Frauen erhalten kann. Alle vorhandenen Datenquellen decken jeweils nur einen Teilbereich der Arbeitsverhältnisse ab und sind hinsichtlich der Erhebungsmethode, des Umfangs der Stichprobe sowie der branchenmäßigen Abgrenzung verschieden (Bothfeld et al. 2005: 248).

Dadurch sind vor allem kleinräumige Analysen (etwa auf Kreisebene) zum Geschlechterunterschied von Einkommen praktisch nicht möglich.⁴⁴ Bothfeld et al. werteten verschiedene Datenquellen getrennt nach neuen und alten Bundesländern aus (Bothfeld et al. 2005: 259 ff). Da sich der zeitliche Umfang der Arbeitsverhältnisse in Ost und West unterscheidet, ist es erforderlich, nicht Jahres- oder Monatseinkommen, sondern Brutto-

⁴⁴ Unter jeweils verschiedenen Einschränkungen lassen sich Auswertungen zum geschlechtsspezifischen Einkommen mit der laufenden Verdiensterhebung sowie der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes durchführen. Außerdem sind Analysen mit der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und mit dem Sozioökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) möglich.

stundenlöhne zu vergleichen. Bothfeld et al. kommen zu dem Ergebnis, dass in den alten Bundesländern der Bruttostundenlohn bei weiblichen Vollzeitbeschäftigten etwas über drei Viertel des Bruttostundenverdienstes der Männer liegt (Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001: 77,3 Prozent; Sozioökonomisches Panel 2003: 76,7 Prozent). In den neuen Bundesländern ist diese Lohnlücke hingegen signifikant geringer, dort liegen die Bruttostundenlöhne von vollzeitbeschäftigten Frauen bei 80 bis 90 Prozent der Löhne der männlichen Erwerbstätigen (Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001: 82,3 Prozent; Sozioökonomisches Panel 2003: 90,2 Prozent). Auch die Differenz der Bruttostundenlöhne zwischen Ost und West sind bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen (Bothfeld et al. 2005: 262 f., eigene Berechnungen). So erzielten vollzeitbeschäftigte Frauen in den alten Bundesländern etwa ein Viertel bis ein Drittel höhere Stundenlöhne als in Ostdeutschland (Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001: 133 Prozent, Sozioökonomisches Panel 2003: 126 Prozent). Männliche Erwerbstätige hingegen bekamen fast 50 Prozent mehr Gehalt als ihre ostdeutschen Kollegen (Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001: 142 Prozent, Sozioökonomisches Panel 2003: 149 Prozent).

Wissenschaftler des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung kommen in einer Analyse zum Einkommensunterschied der Geschlechter mit Hilfe des Sozioökonomischen Panels (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007) auf der Ebene von Siedlungsstrukturtypen zu ähnlichen Ergebnissen (Abb. 16).

Tab. 16: Bruttoverdienst je Arbeitsstunde nach Geschlecht und Kreistyp, 2004

		Bruttoverdienst je Arbeitsstunde nach Kreistyp (Euro)			
	Geschlecht	Kern- städte	Verdichtetes Umland	Ländliches Umland	Ländlicher Raum
West	Frauen	26	23	21	21
	Männer	31	33	30	27
	Verhältnis Stunden- lohn Frauen/ Männer	83,9 %	69,7 %	70,0 %	77,8 %
Ost	Frauen	21	18	21	18
	Männer	26	19	21	22
	Verhältnis Stunden- lohn Frauen/ Männer	80,8 %	94,7 %	100,0 %	81,8 %
Verhältnis Stunden- lohn West/ Ost	Frauen	123,8 %	127,8 %	100,0 %	116,7 %
	Männer	119,2 %	173,7 %	142,9 %	122,7 %

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007: 77, eigene Berechnungen; die Analyse erfolgte anhand von Daten des Sozioökonomischen Panels

Auch nach dieser Analyse ist die Geschlechterdifferenz bei den Stundenlöhnen in den neuen Bundesländern in fast allen Regionstypen (mit Ausnahme der Kernstädte) größer als in den alten Bundesländern. Während Frauen in den neuen Bundesländern in den Regionstypen „Ländlicher Raum“, „Ländliches Umland“ und „Verdichtetes Umland“ zwischen 82 und 100 Prozent der männlichen Bruttostundenlöhne erzielen, sind dies in den alten Bundesländern lediglich zwischen 70 und 78 Prozent. Nur in den Kernstädten ist der Einkommensnachteil der Frauen im Westen mit 84 Prozent des männlichen Bruttostundenlohnes etwas geringer als in den neuen Bundesländern mit 81 Prozent. Ebenso haben Männer in den alten Bundesländern gegenüber ihren Geschlechtsgenossen in den neuen Ländern in fast allen Regionstypen (wiederum mit Ausnahme der Kernstädte) einen größeren Einkommensvorsprung als westdeutsche gegenüber ostdeutschen Frauen. Während Frauen in den alten Bundesländern je nach Regionstyp pro Stunde zwischen 100 und 128 Prozent des Einkommens ostdeutscher Frauen erzielen, liegt das Lohnniveau bei den Männern zwischen 119 und 174 Prozent. Nur in den westdeutschen Kernstädten erzielen Frauen mit 124 Prozent des Ost-Stundenlohnes einen etwas größeren Einkommensvorteil als Männer mit 119 Prozent.

Nach einer Analyse der Einkommensverhältnisse kommt man somit zu dem Ergebnis, dass Frauen im Jahr 2004 zwar auch in den neuen Bundesländern ein geringeres Einkommen erzielten als Männer, diese Lücke jedoch kleiner ist als in Westdeutschland. Ebenso sind die Einkommenszuwächse, die erzielt werden können, wenn sich Männer von Ost nach West begeben, offenbar deutlich größer als jene von Frauen. Dieser Befund erlaubt es nicht, den überproportionalen Wegzug von Frauen, insbesondere aus dem ländlichen Raum der neuen Bundesländer, mit einem geschlechtsspezifischen Lohngefälle zu erklären.

10.7 Geschlechtsspezifisches Bildungs- und Qualifikationsniveau

Noch an den Schulabgängerquoten des Jahres 1992 kann man das Nachwirken des Schulsystems der DDR-Zeit erkennen (vgl. Tab. 17). In diesem Jahr lag die Schulabgängerquote mit Hoch- oder Fachhochschulreife bei 15 Prozent – und damit fast neun Prozentpunkte unter dem Wert der alten Bundesländer. Allerdings war hier der Abstand zwischen Mädchen und Jungen bereits deutlich größer als in den alten Bundesländern: 18,5 Prozent der weiblichen aber nur 11,7 Prozent der männlichen Schulabgänger allgemein bildender Schulen verfügten in den neuen Bundesländern über eine Hochschul- bzw. Fachhochschulzugangsberechtigung. Während in den folgenden Jahren die Bildungsexpansion in den

alten Bundesländern stagnierte, erhöhte sich in den neuen Bundesländern zwischen 1992 und 2000 die Quote der Schulabgänger mit Hoch- oder Fachschulreife erheblich von 15 auf 27 Prozent. Auf der anderen Seite wurde der Hauptschulabschluss in den neuen Ländern von der Mehrheit der Eltern nicht akzeptiert und wird bis heute nur etwa halb so häufig abgelegt wie in den alten Bundesländern.

Bemerkenswert ist die Auseinanderentwicklung der Bildungsbeteiligung von männlichen und weiblichen Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Während sich bis zum Jahr 2000 die Quote der männlichen Jugendlichen, welche die Schule mit Hoch- oder Fachhochschulreife verlassen, an das Niveau Westdeutschlands angeglichen hatte und dann stagnierte, stieg diese Quote bei den Frauen immer weiter an und überstieg nicht nur die Werte der Männer, sondern auch die westdeutschen Werte bei weitem. Bereits im Jahr 2000 lag die Quote weiblicher Schulabgänger mit Hoch- oder Fachhochschulreife (bezogen auf die 18- bis 21-jährige Bevölkerung) in den neuen Bundesländern bei 33,7 Prozent, elf Prozentpunkte über jener der ostdeutschen (und westdeutschen) Männer und sieben Prozentpunkte über der Quote der westdeutschen Frauen (Tab. 17). Das Mittelfeld – die Schulabgänger mit Realschulabschluss – ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen breiter als in Westdeutschland. Während jedoch die ostdeutschen Frauen bei den Schulabgängern mit Hoch- oder Fachschulreife stärker vertreten sind als ihre männlichen Altersgenossen und die Frauen in den alten Bundesländern, hat sich die Quote der männlichen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zwischen 1992 und 2000 verdoppelt und liegt nun auch deutlich über der Quote in den alten Bundesländern, wo sie praktisch seit 1970 rückläufig war und seit 1990 stagnierte.

Tab. 17: Anteil der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen an der alterstypischen Bevölkerung (in Prozent) nach Abschlussart in den alten und neuen Bundesländern, 1960-2000

Abschluss		Alte Länder und Berlin-West					Neue Länder und Berlin-Ost	
		1960	1970	1980	1990	2000	1992	2000
ohne Hauptschulabschluss 1)	Männer	k.A.	18,7	12,4	10,2	11,0	7,2	15,5
	Frauen	k.A.	15,8	8,1	6,9	6,7	3,4	7,9
Hauptschulabschluss 1)	Männer	k.A.	42,5	37,2	32,2	31,0	9,5	19,0
	Frauen	k.A.	43,5	32,9	26,0	25,0	6,2	12,6
Mittlere Reife 2)	Männer	k.A.	16,7	25,5	33,1	36,0	47,1	44,7
	Frauen	k.A.	19,3	33,5	38,8	41,4	51,6	49,5
Hoch-/Fachhochschulreife 3)	Männer	7,7	12,2	15,2	20,8	21,2	11,7	20,8
	Frauen	4,5	8,3	14,8	22,3	26,5	18,5	33,7

Quelle: Reinberg/ Hummel 2002: 590; Anmerkung: 1) in Prozent des Durchschnittsjahrganges der 15- bis unter 17-jährigen Bevölkerung; 2) in Prozent des Durchschnittsjahrganges der 16- bis unter 18-jährigen Bevölkerung; 3) in Prozent des Durchschnittsjahrganges der 18- bis unter 21-jährigen Bevölkerung

Eigene Berechnungen zeigen, dass sich die Diskrepanz der Bildungsbeteiligung zwischen Männern und Frauen in den neuen Bundesländern in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung herausgebildet hat und nach 1995 nur noch wenig änderte (Abb. A 21 im Anhang). Es liegt also nahe zu vermuten, dass bereits mit der Wiedervereinigung Mechanismen in Kraft getreten sind, die nicht nur eine vom westdeutschen Muster verschiedene Bildungsbeteiligung sondern auch eine zwischen den Geschlechtern erheblich diskrepante Schulabgängerquoten mit sich gebracht hat.

Im Gesamtzeitraum von 1995 bis 2004 verließen in den neuen Bundesländern 2,3 Millionen Schulabgänger das allgemein bildende Schulsystem. Darunter waren 355.000 Frauen, aber nur 244.000 Männer mit Fachhochschul- oder Hochschulreife; auf der anderen Seite 401.000 Männer, aber nur 230.000 Frauen mit oder ohne Hauptschulabschluss. In relativen Zahlen bedeutet dies, dass von allen männlichen Schulabgängern im Gesamtzeitraum 20,9 Prozent, von allen weiblichen Schulabgängern hingegen 31,4 Prozent die Hochschulreife erreichten. Bei den Männern blieben 14,4 Prozent, bei den Frauen hingegen nur 7,7 Prozent der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (Abb. 26).

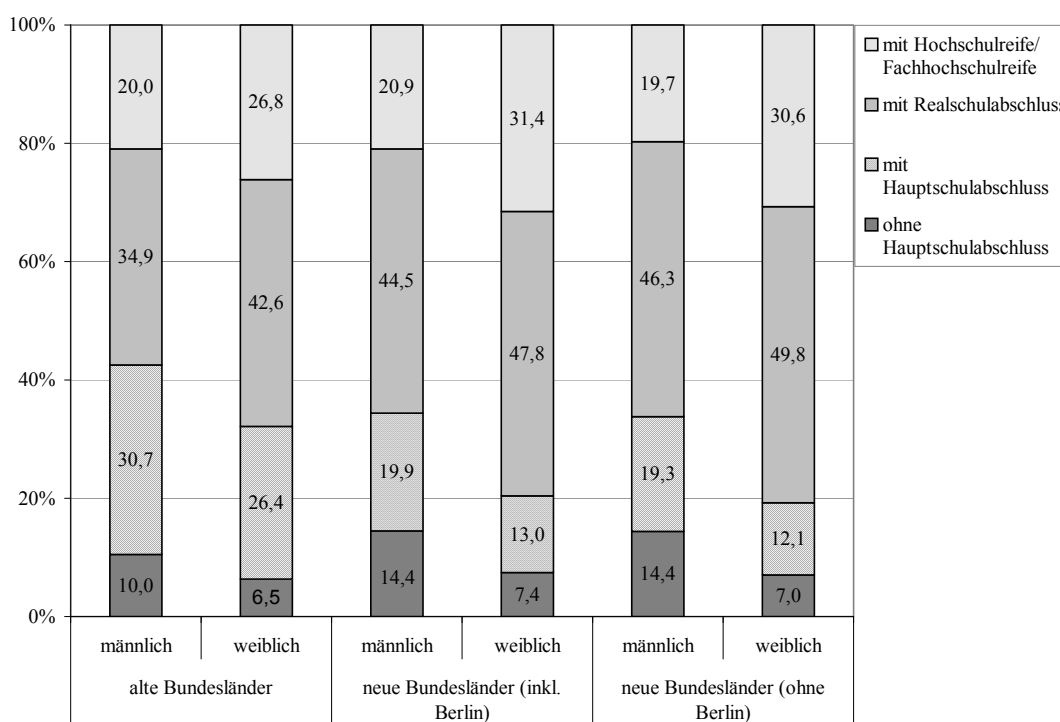


Abb. 26: Anteile an allen Absolventen allgemein bildender Schulen nach Geschlecht und Bildungsabschluss, 1995-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

An der Rändern der Bildungshierarchie driftet das Bildungsniveau von Männern und Frauen in den neuen Bundesländern auseinander. Frauen verlassen die Schulen zu etwa 50 Prozent häufiger als Männer mit Hochschulreife, männliche Jugendliche bleiben doppelt so häufig wie weibliche ohne Hauptschulabschluss.

Damit war bei den Männern der Anteil von Personen ohne Hauptschulabschluss im Osten fast 44 Prozent höher als im Westen und fast doppelt so groß wie bei den ostdeutschen Frauen. Hingegen erreichten die Frauen der neuen Bundesländer zu fast einem Fünftel häufiger die Hochschulreife als Frauen im Westen und zu 50 Prozent häufiger als ostdeutsche Männer. Dieses erhebliche Gefälle ist keineswegs ein Effekt der Einbeziehung Berlins, für das wegen seines hohen Migrantenanteils besonders hohe Werte an Schulabbrechern vermutet werden könnten. Eine Auswertung der Schulabgängerquoten für die neuen Bundesländer ohne Berlin (Abb. 26) zeigt, dass sich die Quote der männlichen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss nicht verändert, wenn Berlin nicht mit einbezogen wird. Auch die sonstigen Veränderungen der berechneten Quoten fallen ohne die Einbeziehung der Hauptstadt eher geringfügig aus.

Dieses erhebliche Bildungsgefälle zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen in den neuen Bundesländern wurde im Hinblick auf seine Ursachen bisher praktisch nicht untersucht und auch nur wenig öffentlich thematisiert.⁴⁵

Ein Blick auf die kleinräumige Ausprägung der Bildungsunterschiede zwischen Frauen und Männern zeigt, dass vor allem in peripher gelegenen Kreisen der neuen Bundesländer der Frauenanteil an sämtlichen Schulabgängern mit Hochschulreife besonders hoch ist – meist liegt er über 60 Prozent (Abb. 27). Lediglich in Großstädten und großstadtnahen Kreisen ist der Anteil männlicher und weiblicher Schulabgänger mit Hochschulreife ausgeglichener. Ein ähnliches Bild zeigt die grafische Darstellung des Frauenanteils an den Schulabgängern ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss (Abb. 28). Er liegt in der Mehrzahl der ostdeutschen Kreise unter 37 Prozent – männliche Schulabgänger stellen dort also beinahe zwei Drittel der gering Gebildeten.

⁴⁵ Die Studie „Not am Mann“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hat hier seit ihrem Erscheinen im März 2007 zwar öffentliches Interesse geweckt, in der Politik wurde dieser Befund im gesamten Jahr 2007 jedoch nur wenig beachtet. Erst seit Anfang 2008 gingen beim Autor verstärkt auch Vortragsanfragen zu politischen Veranstaltungen ein.

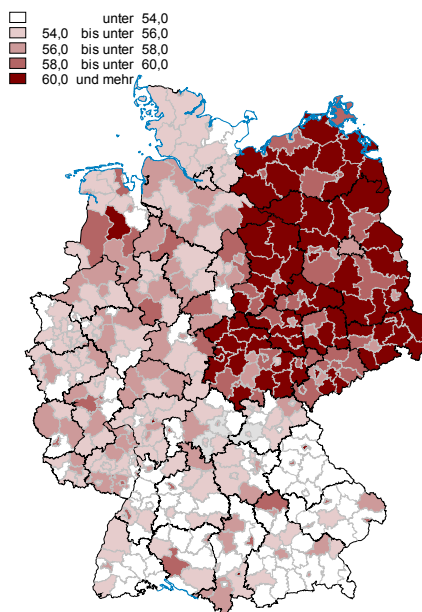


Abb. 27: Frauenanteil an allen Schulabgängern mit Hochschulreife in Prozent, 1998-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Die kleinräumige Analyse der Bildungsabschlüsse zeigt eine deutliche Ost-West-Trennung. Vor allem im ländlichen Raum der neuen Bundesländer sind männliche Jugendliche unter höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen erheblich unterrepräsentiert.

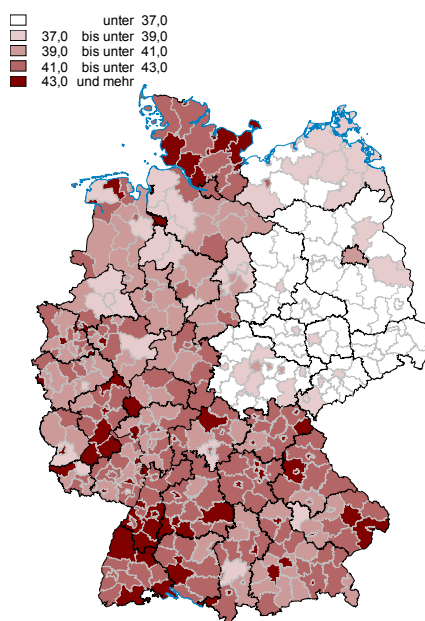


Abb. 28: Frauenanteil an allen Schulabgängern ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss in Prozent, 1998-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Die kleinräumige Analyse der Bildungsabschlüsse zeigt eine deutliche Ost-West-Trennung. Vor allem im ländlichen Raum der neuen Bundesländer sind männliche Jugendliche unter höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen erheblich unterrepräsentiert.

Die höheren Bildungsabschlüsse von Frauen in den neuen Bundesländern spiegeln sich auch in der Nachfrage nach höherer Berufsbildung nieder. So lag der Anteil weiblicher Studierender in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 bei 49,4 Prozent (in den alten Bundesländern 47,3 Prozent), (siehe auch Abb. A 17 im Anhang). Besonders groß ist die Diskrepanz an Fachschulen. Wie Abb. A 18 (im Anhang) zeigt, liegt der Frauenanteil an den Fachschülern in vielen Kreisen der neuen Bundesländer bei über 75 Prozent. Insgesamt lag der Frauenanteil an allen Fachschülern in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 bei 61,3 Prozent, in den alten Bundesländern hingegen nur bei 48,1 Prozent. Hier ist zu vermuten, dass einerseits die Knappheit an Ausbildungsplätzen, viel deutlicher aber wahrscheinlich die weit höheren Bildungsabschlüsse ostdeutscher Frauen ihren Ausdruck finden, die letztlich auch zu anderen Berufswünschen beitragen.

11 Mögliche Ursachen des geschlechtsspezifischen Bildungsgefälles

Die deutlich besseren Bildungsabschlüsse von weiblichen Jugendlichen in den neuen Bundesländern sind in ihrem Ausmaß ungewöhnlich. Generell ist dieses Phänomen jedoch auch in Westdeutschland und in anderen Industriestaaten zu beobachten⁴⁶. In wissenschaftlichen Publikationen wird das schlechtere Abschneiden der männlichen Jugendlichen zwar konstatiert, seine Ursachen werden aber weitgehend unkommentiert gelassen (Cornelißen 2005: 38; Stanat/ Kuntner 2003: 211 ff).

Zahlreiche Schulleistungsuntersuchungen belegen Leistungsdifferenzen zwischen Mädchen und Jungen.⁴⁷ Einhellig stellen diese Untersuchungen für Jungen höhere Kompetenzwerte im naturwissenschaftlich-technischen, für Mädchen höhere Kompetenzwerte im sprachlichen Bereich fest, die sich bereits in der Grundschule manifestieren (KESS 4: Bos/ Pietsch 2004) – wobei allerdings der Kompetenzvorsprung der Jungen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich geringer ist als jener der Mädchen im sprachlichen Bereich. Die Studie KESS 7 (Bos et al. 2006) kommt zu dem Ergebnis, dass zusätzlich zu den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Klassenstufe 4, die Kompetenzzuwächse der Mädchen zwischen den Jahrgangsstufen vier und sieben die der Jungen sowohl in Mathematik als auch im Leseverständnis übertreffen – so dass sich der Vorsprung der Mädchen im Leseverständnis bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 vergrößert, während sich jener der Jungen in Mathematik verringert (Bos et al. 2006: 39f.).

Untersuchungen zu den Ursachen dieser Geschlechterdifferenzen existieren kaum. Lediglich einige Arbeiten der populärwissenschaftlichen Literatur thematisierten die wachsende Diskrepanz der Bildungsabschlüsse von Jungen und Mädchen (Beuster 2006, Haindorf 2003). Die Zurückhaltung, welche die Wissenschaft diesem Thema entgegenbringt, ist vermutlich auch seiner politischen Brisanz geschuldet, denn eine Thematisierung des Zurückbleibens der männlichen Jugendlichen im Bildungssystem wird nicht selten als Affront gegenüber den Gleichstellungsbestrebungen von Frauen interpretiert. Im Jahr 2008 konstatiert eine Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: „Es

⁴⁶ Im Jahr 2000 hatte etwa Christina Hoff Sommers in den USA mit dem Buch „The War Against Boys“ heftige Kontroversen ausgelöst (Sommers 2000). Darin verurteilt sie den Feminismus und macht die Frauenbewegung für das Zurückbleiben der jungen Männer in den Bildungsinstitutionen verantwortlich.

⁴⁷ So etwa die Studien KESS 4 („Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern Jahrgangsstufe 4“, Bos/ Pietsch 2004), KESS 7 („Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern Jahrgangsstufe 7“, Bos et al. 2006); LAU 11 („Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung Klassenstufe 11“, Lehmann et al. 2005); QuaSUM (Qualitätsuntersuchung an Schulen zum Unterricht in Mathematik, Lehmann et al. 2001) sowie auch die PISA-Studie (Programme for International Student Assessment, Deutsches PISA-Konsortium 2003)

fehlt an empirischen Studien, die Jungen und Schule systematisch aufeinander beziehen, sowie eine Verknüpfung von Theorie, Empirie und Praxis.“ (Budde 2008: 6).

Im Folgenden werden einige Argumentationslinien, die sich mit den möglichen Ursachen des Zurückbleibens männlicher Jugendlicher im Bildungssystem befassen, vorgestellt und diskutiert.

11.1 Fehlende männliche Rollenbilder in der Familie

Die Vertreter diese These, vorwiegend Pädagogen bzw. Sozialpädagogen, argumentieren, dass das zunehmende Fehlen positiver männlicher Rollenvorbilder bei der Sozialisation männlicher Jugendlicher für deren Zurückbleiben im Bildungssystem und ihre Verhaltensauffälligkeiten verantwortlich ist (Beuster 2006). Männliche Rollenvorbilder durch Väter und/oder Erzieher hätten beim Aufwachsen von Jungen eine besondere Bedeutung für deren gut verlaufende Sozialisation, allerdings spielten Männer in der Sozialisation von immer mehr Jungen kaum noch eine Rolle. Dies wird auf der einen Seite auf die wachsende Zahl allein erziehender Mütter, auf der anderen Seite auf die zunehmende Feminisierung des Bildungswesens zurückgeführt. Das Dominieren weiblicher Bezugspersonen könne dazu führen, dass sich Jungen ganz bewusst von Frauen abgrenzen und antisoziales Verhalten zeigen.

Verwiesen wird auf die wachsende Zahl allein erziehender Mütter in Deutschland. Im Jahr 2004 gab es hierzulande 2,5 Millionen allein erziehende Elternteile ohne Partner im Haushalt. Davon waren 2,2 Millionen (87 Prozent) allein erziehende Mütter. Der Anteil allein Erziehender an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften stieg von 17 Prozent (1996) auf 20 Prozent (2004). Besonders stark nahm die Zahl der Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern zu. In den alten Bundesländern stieg der Anteil der Kinder bei Alleinerziehenden von 1996 bis 2004 um drei Prozentpunkte. In den neuen Ländern erhöhten sich diese Anteile im gleichen Zeitraum um sechs beziehungsweise um sieben Prozentpunkte. Etwa zwei Millionen minderjährige Kinder wachsen bei einem allein erziehenden Elternteil auf (Statistisches Bundesamt 2006b). Da Frauen 87 Prozent aller Alleinerziehenden ausmachen, ist die Zahl der männlichen Kinder, die bei allein erziehenden Frauen aufwachsen, sehr viel größer als jener bei allein erziehenden Vätern. Frauen stünden dem typischen Verhalten von Jungen – so der Ansatz der Kritiker – mitunter mit Unverständnis oder Hilflosigkeit gegenüber. Ihnen falle es schwerer, sich auf „jungentypische“ Spiele

oder Beschäftigungen einzulassen, weil sie oft nicht den eigenen Interessen oder den Erfahrungen der eigenen Sozialisation entsprechen (Beuster 2006, Haindorf 2003).

Wissenschaftliche Belege dafür, dass Söhne allein erziehender Mütter im Hinblick auf den Bildungserfolg gegenüber Mädchen benachteiligt sind, gibt es bisher nicht. Allerdings gibt es Belege, dass Kinder (beiderlei Geschlechts) allein erziehender Mütter bei Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulformen benachteiligt sind. Die Lern-Ausgangs-Untersuchung Klassenstufe 5 (LAU 5; Lehmann/ Peek 1997) kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder allein erziehender Mütter im Mittel eine signifikant bessere kognitive Leistung vorweisen müssen als Kinder aus Zwei-Eltern-Familien, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten (Lehmann/ Peek 1997). Da die veröffentlichten Ergebnisse der Untersuchung jedoch nicht nach dem Geschlecht der Schüler trennen, lassen sich keine Rückschlüsse auf eine mögliche besondere Betroffenheit von Jungen ziehen.

11.2 Feminisierung des Bildungswesens

Dieses Argument schließt an die vorangegangene Kritik der fehlenden männlichen Rollenvorbilder in der Familie an. Im Bildungssystem (West-) Deutschlands ist seit Jahrzehnten eine „Feminisierung“ zu beobachten.⁴⁸ Der Anteil weiblichen Lehrpersonals hat sich permanent erhöht. Besonders hoch ist er an Grundschulen, also dort, wo die grundlegenden Lernkompetenzen angeeignet und richtungsweisende Schulempfehlungen für den weiteren Bildungsweg der Kinder gegeben werden. Waren im Jahr 1960 noch lediglich 46 Prozent – und damit weniger als die Hälfte – des Lehrpersonals an Grundschulen weiblich, lag der Anteil 1990 bereits bei 67 Prozent. Durch die deutsche Wiedervereinigung – in den neuen Bundesländern ist der Grundschullehrerberuf noch stärker weiblich dominiert – erhöhte sich dieser Durchschnittswert nochmals deutlich. Gegenwärtig sind 86 Prozent aller an deutschen Grundschulen lehrenden Personen weiblich (Cornelißen 2005: 42).

⁴⁸ In der DDR war der Beruf des Grundschullehrers (bzw. des „Unterstufenlehrers“) aus den in Kapitel 9 erläuterten Gründen stets stark weiblich dominiert.

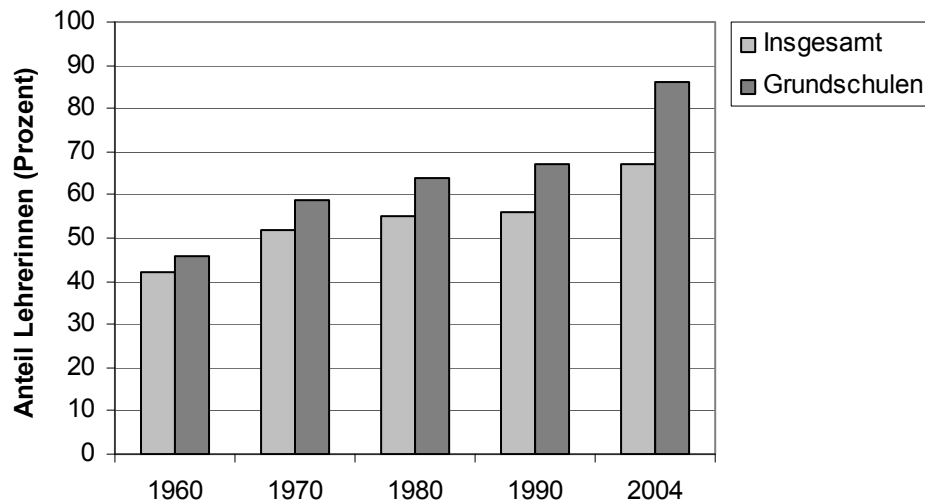


Abb. 29: Anteil Lehrerinnen am Lehrpersonal an allgemein bildenden Schulen in Deutschland in Prozent, 1960- 2004

Quelle: Cornelißen 2005: 47, eigene Darstellung

Da Lehrerinnen durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit die Schulkultur prägten, sei es denkbar, dass sie Verhaltensweisen belohnen, die vor allem Mädchen im Laufe ihrer Sozialisation einüben. Im Gegensatz dazu könne typisch männliches Verhalten bei Lehrerinnen eher Skepsis hervorrufen und als störend bewertet werden. Auch sei zu erwarten, dass tatsächlich störendes Verhalten im Unterricht, das von Jungen häufiger als von Mädchen gezeigt wird, von Lehrerinnen negativer eingeschätzt wird als von Lehrern, wenn sie die eigene geschlechtsspezifische Sozialisation als Maßstab heranziehen. Jungen würden so häufiger als Mädchen zurechtgewiesen, während Mädchen die Unterstützung der Lehrerinnen erhielten: „Dahinter steht das Stereotyp, Mädchen müssten vor Jungen geschützt werden, weil Jungen aggressiv und nicht schüchtern sind.“ (Budde/ Faulstich-Wieland 2004: 6). Auch würde der Unterricht, so die Kritiker der Feminisierung des Bildungswesens, häufig in einem „weiblichen Stil“ geführt, der männlichen Jugendlichen mitunter nicht gerecht wird. So weist z.B. Gudrun Spitta darauf hin, dass Jungen bereits ab der 3. Klasse im Deutschunterricht häufiger Geschichten schreiben, in denen ein Held Bedrohungen durch Feinde ausgesetzt ist und diese besiegt. Von Lehrkräften würden solche Geschichten jedoch oftmals als gewalttätig interpretiert und tendenziell schlechter bewertet (Spitta 1996: 23).

Der Einfluss der Verhaltenseinschätzung auf die Leistungsbewertung ist um so wahrscheinlicher, da Grundschullehrer auch nach eigener Einschätzung nicht vorrangig die kognitive Leistungsfähigkeit ihrer Schüler zur Notenfindung heranziehen. Bei einer Befra-

gung von Grundschullehrern (Schumacher 2002) gaben lediglich 15 Prozent der Befragten an, in erster Linie die kognitiven Fähigkeiten ihrer Schüler zu bewerten⁴⁹ (Schumacher 2002: 261). 94 Prozent der befragten Grundschullehrer gaben hingegen an⁵⁰, gute Umgangsformen und das positive Sozialverhalten von Schülern in die Beurteilung von Schülerleistungen einzubeziehen. Weil Mädchen von dem überwiegend weiblichen Personal als angepasster und kooperativer, zudem als sprachlich gewandter wahrgenommen würden, so Kritiker der Feminisierung des Bildungswesens, erhielten sie häufig bessere Noten und letztlich auch günstigere Schulempfehlungen als Jungen.

Verschiedene pädagogische Studien der vergangenen Jahre untermauern die Vermutung, dass geschlechtsspezifische Zuschreibungen seitens der Eltern und Lehrer und insbesondere eine hohe Bewertung sprachlicher Kompetenzen zum schlechteren schulischen Abschneiden von Jungen beitragen. So kommt die Studie QuaSUM (Qualitätsuntersuchung an Schulen zum Unterricht in Mathematik) für das Land Brandenburg zu dem Ergebnis, dass in der 9. Jahrgangsstufe (alle Schulformen zusammengefasst) bezüglich der kognitiven Lernvoraussetzungen, gemessen mit Hilfe eines Tests zum schlussfolgernden Denken (Culture Fair Intelligence Test – CFT 20)⁵¹, keine Geschlechterunterschiede festzustellen sind (Lehmann et al. 2001: 72). An Gymnasien wurde jedoch für Jungen ein höherer, an Realschulen ein geringerer Durchschnittswert dieser so genannten flüssigen Grundintelligenz gegenüber den Mädchen festgestellt – Resultat einer Überrepräsentanz von Mädchen (auch solcher mit geringerer kognitiver Leistungsfähigkeit) an den Gymnasien und einer Unterrepräsentanz an den Realschulen Brandenburgs. Die Zuweisung der Schüler zu den einzelnen Schulformen erfolgte also offenbar nicht ausschließlich anhand der nonverbalen kognitiven Fähigkeiten:

„Offenbar ist also die ungleiche Verteilung der beiden Geschlechter auf die Schulformen und Kursniveaus auch von anderen Merkmalen als den nichtverbalen kognitiven Fähigkeiten bestimmt. Die beobachteten schulformspezifischen Differenzen kommen dann so zustande, dass für die Jungen im Hinblick auf die gemessene Intelligenz die „Schwelle“ für den Übergang in eine anspruchsvollere Schulform oder ein anspruchsvolleres Kursniveau höher liegt. Will man nicht eine Benachteiligung der Jungen unterstellen, so müssen umgekehrt die Mädchen Fähigkeiten und Verhaltensweisen aufweisen, die von den Lehrkräf-

⁴⁹ Summe der Antworten „ganz genau zutreffend“ und „eher ja“

⁵⁰ Summe der Antworten „ganz genau zutreffend“ und „eher ja“

⁵¹ Der Test CFT 20 erfasst mit dem schlussfolgernden Denken allgemeine kognitive Lernvoraussetzungen. Er besteht aus sprachfreien, in zeichnerischer Form dargestellten Einzelaufgaben im Multiple-Choice-Format. Seine Gestaltung macht diesen standardisierten Test vom Grad der Beherrschung der deutschen Sprache sowie von fachgebundenem Wissen und Können weitgehend unabhängig und gestattet die Beurteilung von Diskrepanzen zwischen fachgebundenen Leistungen eines Schülers und dessen kognitiven Fähigkeiten.

ten besonders geschätzt werden und die vielleicht auch in manchen Fällen kompensierend eingesetzt werden können.“ (Lehmann et al. 2001: 72).

Nicht nur bei den Schulempfehlungen, auch bei der Notenvergabe im Unterricht wurde der Einfluss des Geschlechts des Schülers in der Studie QuaSUM nachgewiesen. Danach erhalten Jungen im Fach Mathematik bei gleicher mathematischer Testleistung signifikant schlechtere Noten als Mädchen. Regressionsanalytisch nahm die Variable Geschlecht auf die Benotung der Arbeit in einer Stärke Einfluss, die (gemessen am Beta-Wert) einem Viertel des Gewichts der mathematischen Testleistung selbst entsprach:

„Die Jungen müssen vor allem im oberen Bereich höhere Testleistungen als die Mädchen erbringen, um die gleiche sehr gute oder gute Note zu erhalten. Selbst im „befriedigenden“ Bereich sind noch deutliche Vorteile für die Mädchen zu erkennen.“ (Lehmann et al. 2001: 120).

Das Ergebnis dieser Untersuchung für das Land Brandenburg deckt sich dabei mit jenen der LAU-Untersuchung, die im Land Hamburg einige Jahre zuvor für das Fach Deutsch gemacht wurde (Lehmann et al. 1996). Auch hier ergab sich, dass das weibliche Geschlecht – unabhängig von der tatsächlichen Leistung im standardisierten Deutsch-Test – regressionsanalytisch einen signifikant positiven Effekt auf die erzielte Deutschnote hat. Schließlich wurde in der gleichen Untersuchung auch unmittelbar der Einfluss des Geschlechts auf die Vergabe von Gymnasialempfehlungen nachgewiesen. Demnach ist der durchschnittliche gruppenspezifische Leistungsstandard⁵², bei welchem Mädchen am Ende der 4. Jahrgangsstufe eine Gymnasialempfehlung erhalten, signifikant niedriger als bei Jungen.

Diefenbach und Klein (2002) haben den Zusammenhang zwischen der Bildungsbeteiligung von Mädchen und Jungen mit dem Anteil weiblichen Lehrpersonals an Grundschulen mit Hilfe von Aggregatdaten von Bundesländern statistisch untersucht. Sie konstatierten, dass Mädchen in allen Bundesländern häufiger die Hochschulreife als Jungen erreichen und gleichfalls in sämtlichen Bundesländern mehr Jungen als Mädchen lediglich einen Hauptschulabschluss erreichen oder ohne Hauptschulabschluss bleiben (d.h. sie sind Schulabbrecher oder Sonderschulabgänger). Die größten Geschlechterdifferenzen weisen die neuen Bundesländer auf (vgl. Abschnitt 10.7.) Jungen haben, wie Diefenbach und

⁵² Die Schulleistungen wurde mit einem standardisierten Test, dem so genannten KS Ham gemessen. Bei diesem Test benötigte ein Schüler in Hamburg im Durchschnitt 77,6 Punkte, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten. Während dieser Wert, der einem Schüler die Türen des Gymnasiums öffnet, für Mädchen bei 76 Punkten lag, mussten Jungen im Durchschnitt 80 Punkte erreichen, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten.

Klein feststellen, in den neuen Bundesländern nicht nur gegenüber den Mädchen, sondern auch gegenüber den Jungen der alten Bundesländern schlechtere Schulabschlüsse.

Zur Erklärung dieses Bildungsgefälles überprüften Diefenbach und Klein (2002: 948) zwei Einflussfaktoren. Zum einen ist dies die zahlenmäßige Dominanz von Frauen im Grundschullehrerberuf und zum anderen die regionale Arbeitslosenquote. Hier wird argumentiert, dass in Zeiten (oder Regionen) mit wirtschaftlich schwierigen Bedingungen möglicherweise Jungen früher als Mädchen ihre Schulkarriere beenden müssten, um durch Erwerbsarbeit zum Familieneinkommen beizutragen bzw. durch das rasche Erlernen eines Ausbildungsberufs in einem als relativ krisensicher eingeschätzten Gewerbe Fuß zu fassen.

Diefenbach und Klein (2002) konnten den statistischen Zusammenhang zwischen einer Überrepräsentation von Jungen ohne Hauptschulabschluss bzw. die Unterrepräsentation von Jungen mit Hochschulreife mit dem Anteil männlicher Grundschullehrer (in Vollzeit) an allen Grundschullehrern sowie der Arbeitslosenquote auf der Ebene von Bundesländern belegen. Ihr Ergebnis: Je geringer der Anteil männlicher Grundschullehrer und je höher die Arbeitslosenquote, um so größer war die Benachteiligung von Jungen gegenüber den Mädchen im allgemein bildenden Schulsystem. Die interessanten Ergebnisse von Diefenbach und Klein bleiben jedoch zum Teil unbefriedigend. Zum einen ist unklar, warum sich eine regional hohe Arbeitslosenquote negativ auf den Bildungserfolg der Jungen, nicht aber den der Mädchen auswirken sollte. Zumindest für Länder mit geringem Entwicklungsstand wird argumentiert, dass unter sozial schwierigen Bedingungen gerade die Bildung der Mädchen zurückgestellt wird. Zum Zweiten stellt eine statistische Analyse (Korrelation) auf der Ebene von Bundesländern unter Einbeziehung relativ weniger Indikatoren, wie von Diefenbach und Klein vorgenommen, eine sehr angreifbare Grundlage für die genannten Hypothesen dar. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch andere, in der Analyse nicht berücksichtigte Faktoren für die Entstehung des Bildungsgefälles verantwortlich sein können.

Insgesamt existieren bisher nur Hypothesen, jedoch keine wissenschaftlich belastbaren Belege, ob und in welcher Weise das schlechtere schulische Abschneiden von Jungen mit der Feminisierung des Bildungswesens in Zusammenhang steht.

11.3 Negativer Einfluss von Bildschirmmedien

Eine weitere Argumentationslinie zum Zusammenhang von Geschlecht und Schulleistungen sieht die Ursachen für das Zurückbleiben der Jungen im Bildungssystem in einer gegenüber den Mädchen übermäßigen Nutzung von Bildschirmmedien (Fernsehen, Video- und Computerspiele). Bereits seit Aufkommen des Fernsehens als Massenmedium in den 1950er Jahren hat es immer wieder Untersuchungen zum Einfluss des Medienkonsums auf die kognitive Leistung von Kindern und Jugendlichen gegeben. Lange Zeit konnten dabei keine eindeutig negativen Effekte festgestellt werden (Spitzer 2005). Ein dosierter und kontrollierter Fernsehkonsum spezieller Kinderprogramme gilt mittlerweile sogar als entwicklungsförderlich, etwa weil Kinder bestimmte schulische Anforderungen wie Wort- oder Zahlerkennung beim Fernsehen erlernen können. Längsschnittstudien der vergangenen Jahre zeigten jedoch häufiger negative Effekte des heute üblichen Fernsehverhaltens und der Nutzung von Video- und Computerspielen auf die kognitive Leistung. Dies wird vor allem der enormen Zunahme der täglichen Mediennutzung und der zunehmend unkontrollierten Verfügbarkeit von Unterhaltungselektronik (Fernseher, Spielkonsolen, Computer) für Kinder in Verbindung gebracht. Seit Zulassung des Privatfernsehens in Deutschland (1984) und der Verbreitung von Computer und Videospielen (seit Anfang der 1990er Jahre) sei eine deutliche Zunahme der Nutzung von Bildschirmmedien zu verzeichnen. Von 1970 bis 1984, dem Jahr der Zulassung privater Fernsehsender, sahen Deutsche durchschnittlich etwa 120 Minuten pro Tag fern. Von 1984 bis 2005 hat sich dieser Wert auf 220 Minuten fast verdoppelt (Spitzer 2005). Diese Zunahme des Fernsehkonsums betrifft auch Kinder und Jugendliche. Dazu trägt bei, dass mittlerweile viele Haushalte über Zweit- oder Drittgeräte verfügen, so dass Kinder immer häufiger ohne Kontrolle durch die Eltern über ihre Mediennutzung entscheiden.

Von Psychologen und Mediziner*innen wird dabei nicht lediglich von einer Beeinträchtigung durch die Inhalte des Medienkonsums ausgegangen, sondern es werden auch unabhängig vom Inhalt negative Auswirkungen hohen Medienkonsums auf die Hirnentwicklung von Kindern befürchtet (Spitzer 2005). Begründet wird dies dadurch, dass das kindliche Gehirn durch Erfahrung lerne und sich dadurch auch physisch verändere (neuronale Plastizität). Frühe Erfahrungen legen in den Neuronen des Gehirns Spuren ähnlich einer „mental*en Landkarte“ an, die spätere Wahrnehmungen strukturieren und so Lernen ermöglichen. Eine gute Basis-Landkarte könne aber nur entstehen, wenn das Kind die Welt ganzheitlich erlebt – durch Hören, Sehen, Riechen, Schmecken und Tasten. Der Bild-

Bildschirm hingegen liefert ausschließlich akustische und visuelle Reize, die das kindliche Gehirn den ablaufenden Handlungen, die es real meist nie erlebt hat, nicht zuordnen kann. Deshalb beeinträchtigt ein häufiger Konsum von Bildschirmmedien die Entwicklung der Strukturierungs- und Konzentrationsfähigkeit des Kindes und schafft eine schlechte Basis für künftiges Lernen.

Weiterhin wurde nachgewiesen, dass eine überwiegend mediale Freizeitgestaltung das Level an körperlicher Aktivität von Kindern deutlich reduziert. Je mehr Zeit ein Kind vor dem Bildschirm verbringt, um so weniger Zeit bleibt für Sport, für das Erlernen eines Instruments oder Spiele im Freien. Nach neurobiologischen Erkenntnissen beeinflusst Bewegungsmangel die Intelligenzentwicklung im frühen Lebensalter negativ, weil Sport und Bewegung eine wichtige Rolle für die Hirndurchblutung und für die Vernetzung von Hirnzellen spielen (Kubesch 2002). Es gibt ebenso Studien, die einen Zusammenhang zwischen Fernsehkonsum im Kleinkindalter und dem späteren Auftreten von Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörungen zeigen (Christakis et al. 2004).

In Deutschland ist vor allem der Kriminologe Christian Pfeiffer mit der These in die Öffentlichkeit getreten, dass Dauer *und* Inhalte des täglichen Bildschirmmedienkonsums im Zusammenhang mit den schulischen Leistungen von Schülern stehen und er stellt auch explizit einen Zusammenhang zwischen dem stärkeren Medienkonsum von Jungen und deren Zurückbleiben im Bildungssystem her (Möble et al. 2006). Praktisch alle Studien zur Mediennutzung stellen bei männlichen Kindern und Jugendlichen eine höhere Mediennutzung als bei Mädchen fest. Die tägliche Fernsehzeit lag bei einer Untersuchung von Möble et al. (2006) bei zehnjährigen Jungen (regional unterschiedlich) zwischen 20 und 35 Prozent höher als bei Mädchen, die tägliche Computerspielzeit war bei Jungen sogar mehr als doppelt so hoch. Die besondere Faszination von Jungen und die daraus resultierende überproportionale Nutzung von Fernsehen, Video- und Computerspielen gegenüber Mädchen wird von Möble et al. nicht begründet, von Psychologen aber der spezifischen Funktionsweise des männlichen Gehirns zugeschrieben (Spitzer 2005).

Möble et al. (2006) stellten einen negativen Zusammenhang zwischen den täglichen Nutzungszeiten von Fernsehen bzw. Computerspielen und der schulischen Leistung fest. „Vielseher“ mit mehr als vier Stunden täglichem Fernsehkonsum hatten dabei in allen drei fachlichen Bereichen – Deutsch, Mathematik und Sachkunde – deutlich schlechtere Schulnoten als Wenig- oder Normalseher. Gleiches traf auf „Vielspieler“ von Video- und Computerspielen zu. Einen besonders deutlichen negativen Einfluss auf die Schulnoten hatte auch das Spielen verbotener, d. h. für das entsprechende Alter nicht freigegebener Spiele.

Begründet wird dies damit, dass emotional besonders aufwühlende Darstellungen (wie Horror- oder Gewaltvideos bzw. -spiele) früher gelernte (also etwa tagsüber im Schulunterricht aufgenommene) Inhalte in den neuronalen Verknüpfungen des Gehirns überlagern und somit den Lerneffekt weitgehend aufheben (Gentile et al. 2004).

Da negative Medienfaktoren wie eigener Gerätebesitz, hohe Mediennutzungsdauer und hohe Präferenz für Gewaltinhalte auf Jungen stärker als auf Mädchen zutreffen, wird vermutet, dass auch die wachsenden Leistungsdefizite in der Schule von Jungen gegenüber Mädchen auf die Mediennutzung zurückgeführt werden können:

„Je stärker die Präferenz für Mediengewalt ausfällt und je höher die Medienzeiten der Schüler sind, desto negativer wirken sich diese Faktoren auf die Schulleistungen aus. Da die „Medienfaktoren“ (vergleichsweise hoher Gerätebesitz, hohe Medienzeiten und hohe Präferenz für Mediengewaltinhalte) vor allem auf Jungen zutreffen, kann es nicht verwundern, dass sich Leistungsdefizite in der Schule vor allem bei den Jungen zeigen.“ (Möble et al. 2006)

Besonders stark sind die Auswirkungen exzessiver Mediennutzung auf die Leistung in Deutsch – möglicherweise, weil die biologisch angelegten männlichen Defizite bei der Lese- und Sprachfähigkeit durch die soziale Isolation am Bildschirm noch verstärkt werden. Die genannten Ergebnisse gelten für Kinder aus deutschen Elternhäusern mit mittlerem Bildungsniveau. Möble et al. weisen darauf hin, dass der Effekt der Mediennutzung auf die Schulleistung in bildungsfernen Elternhäusern und bei Kindern mit Migrationshintergrund geringer ausfällt. Die Autoren gehen davon aus, dass dort andere Faktoren der sozialen Benachteiligung die Effekte des Medienkonsums überlagern.

Praktisch alle genannten Thesen zum schlechteren Abschneiden von Jungen im Bildungssystem sind umstritten. Bei der These zu negativen Auswirkungen des Medienkonsums stellt sich insbesondere die Frage, in welcher Weise damit das äußerst unterschiedliche Abschneiden von Mädchen und Jungen in den alten und neuen Bundesländern erklärt werden kann. Da die Studien von Pfeiffer und Mitarbeitern bisher auf westdeutsche Städte beschränkt blieben, kann nicht geklärt werden, ob sich die Mediennutzung in Ost und West so stark unterscheidet, dass sie als wesentlicher Faktor für das Zurückfallen der Jungen im allgemein bildenden Schulsystem angenommen werden kann.

12 Empirische Untersuchungen zu Ursachen und Auswirkungen des Wanderungsverhaltens

12.1 Partnerschaften zwischen Ost und West – Ergebnisse einer Auswertung des Familiensurveys

Nur ein Teil des unterschiedlichen Wanderungsverhaltens von jungen Frauen und Männern lässt sich allein durch sozioökonomische Faktoren, wie der Nutzenmaximierung des eigenen Humankapitals, begründen. Erklärungsbedürftig bleibt, dass Frauen, wie in Abschnitt 6 dargestellt, deutlich häufiger als Männer bei Befragungen angeben, ihr Fortzugsgrund sei privater und nicht vorwiegend beruflicher Natur. Auch die in Abschnitt 8.4 festgestellte Tatsache, dass der negative Wanderungssaldo 18- bis 29-jähriger Frauen gegenüber Männern in den neuen Bundesländern vorwiegend durch einen Mangel weiblicher Zuzüge auf das Gebiet der neuen Bundesländer und nur zu einem kleinen Anteil auf einen Überschuss weiblicher Fortzüge beruht, verlangt weitere Erklärungen. Bei ausschließlicher Wirkung ökonomischer Anreize (weniger Arbeitsplätze, Mangel an attraktiven Ausbildungsplätzen für Frauen) wäre ja zu erwarten, dass die Zahl der weiblichen Fortzüge deutlich über den Werten der Männer liegt und eher bei den Zuzügen ein ausgeglichenes Verhältnis anzutreffen ist.

Wir argumentieren, dass die bildungsabhängige Wahl des Lebenspartners ein wesentliches Element der Erklärung der geringen Rückzugswahrscheinlichkeit junger, aus den neuen Bundesländern stammender Frauen, die zeitweise in den alten Bundesländern gelebt haben, darstellt. Da Frauen bei der Partnerwahl zu männlichen Partnern mit gleichem oder höherem Bildungsstand tendieren (vgl. Abschnitt 7), sinkt aufgrund des Bildungsgefälles zwischen Männern und Frauen in den neuen Bundesländern für junge Frauen die Wahrscheinlichkeit, dort eine Partnerschaft einzugehen und eine Familie zu gründen. Die Partnerschafts- bzw. Familiengründung erfolgt überproportional häufig mit einem Partner aus den alten Bundesländern, was die Rückzugswahrscheinlichkeit nach Ostdeutschland reduziert.

Die Prüfung der oben genannten Hypothese ermöglicht der Datensatz der 3. Welle der Familiensurveys des Deutschen Jugendinstituts München (erstellt im Jahr 2000). Fokussiert wird dabei, wegen der relativ kleinen Fallzahlen bei der Auswahl von Subgruppen, auf alle Personen, die zum Befragungszeitraum zwischen 20 und 39 Jahre alt und auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik geboren waren. Der Datensatz enthält insgesamt etwa

10.000 Befragte, von denen knapp 4.300 diesem Kriterium entsprechen. Tab. 18 stellt die Herkunft der Partner dieser Befragten in Form einer Kreuztabelle dar.

Tab. 18: Gegenwärtige Partnerschaften der 20- bis 39-Jährigen nach Herkunft der Befragten und der Partner, 2000

Geschlecht u. Herkunft des Befragten		Herkunft des Partners					Gesamt	
		Alte BL	Neue BL	Berlin	Ausland	kein Partner		
männlich	alte Bun- desländer	abs.	754	13	6	54	581	1408
		%	53,6	0,9	0,4	3,8	41,3	100
	neue Bun- desländer	abs.	13	184	8	3	180	388
		%	3,4	47,4	2,1	0,8	46,4	100
	Berlin	abs.	6	2	27	1	51	87
		%	6,9	2,3	31,0	1,1	58,6	100
weiblich	alte Bun- desländer	abs.	1243	17	14	89	434	1797
		%	69,2	0,9	0,8	5,0	24,2	100
	neue Bun- desländer	abs.	48	299	11	12	130	500
		%	9,6	59,8	2,2	2,4	26	100
	Berlin	abs.	10	6	53	2	32	103
		%	9,7	5,8	51,5	1,9	31,1	100

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen; N = 4283; BL = Bundesländer

Da bei der Frage nach der Herkunft im Datensatz keine Unterteilung in Ost- und Westberlin erfolgt, ist eine Auswertung der Partnerdaten von Personen mit Herkunft aus Berlin nicht möglich – diese Gruppe von Befragten ist lediglich aus Gründen der Vollständigkeit in separaten Zeilen bzw. Spalten dargestellt. Der Anteil partnerloser Männer mit Herkunft aus den neuen Bundesländern ist unter den Befragten mit 46 Prozent deutlich höher als bei ihren Geschlechtsgenossen aus Westdeutschland (41 Prozent). Unabhängig vom gegenwärtigen Wohnort (in Ost oder West) hatten im Jahr 2000 nur 3,4 Prozent der im Osten geborenen Männer zwischen 20 und 39 Jahren eine Partnerin, die in einem der alten Bundesländer geboren wurde. Von den Ost-Frauen hingegen hatten 9,6 Prozent, also fast dreimal so viele, einen West-Partner. Zwar spiegelt sich dieses Ergebnis bei den befragten Männern und Frauen mit Herkunft aus den alten Bundesländern nicht in gleicher Weise wider – diese Personen haben gleich häufig (0,9 Prozent) einen Partner aus dem anderen Bundesgebiet, diese Differenz mag Stichprobenfehlern geschuldet sein. Fasst man sämtliche von den Befragten berichteten Partnerschaften zusammen, so gibt es darunter insgesamt 91 Partnerschaften, in denen die Partner aus verschiedenen Teilen Deutschlands stammen – 61 davon, also zwei Drittel, sind Partnerschaften zwischen ostdeutschen Frauen und westdeutschen Männern. Zu einem identischen Ergebnis kommt Rösler (2002) in einer Befragung in den Mensen verschiedener Berliner Universitäten. Auch dort machte der

Anteil von berichteten Ost-Frau-West-Mann-Partnerschaften zwei Drittel an allen berichteten Partnerschaften mit unterschiedlichen Herkunftsregionen aus. (Rösler 2002: 95).

Rösler (2002) vermutet unterschiedliche Werte und Präferenzen für bestimmte Persönlichkeitseigenschaften bei ost- und westdeutschen Männern und Frauen als Ursache des unterschiedlichen Partnerwahlverhaltens und versucht, diese mithilfe ihrer Befragung auf die Spur zu kommen. Zu aufschlussreichen Ergebnissen kommt sie hierbei allerdings nicht, es werden kaum signifikante Unterschiede in der Wahrnehmung oder Wertschätzung bestimmter Persönlichkeitseigenschaften zwischen Ost- und Westdeutschen geäußert. Als einzigen Punkt, der eine Erklärung für das häufigere Zustandekommen von Ost-Frau-West-Mann-Partnerschaften liefern könnte, präsentiert Rösler als Ergebnis ihrer Analyse die Differenzen im wahrgenommenen und zugeschriebenen sozioökonomischen Status des männlichen Partners:

„Den befragten Frauen sind Statusvariablen im Vergleich zu den Männern wichtiger, gleichzeitig trauen sie diese eher den Westmännern zu. Folglich wird angenommen, dass sowohl Ost- als auch Westfrauen Westmänner attraktiv finden. Ostfrauen sind Statusmerkmale im Vergleich zu Westfrauen noch etwas wichtiger, dies könnte die Attraktivität der Westmänner als potentielle Partner zusätzlich erhöhen.“ (Rösler 2004: 96)

Bezug nehmend auf dieses offenbar hinsichtlich der Erwartungen wenig befriedigende Ergebnis vermutet Rösler schließlich, dass die größere Häufigkeit von Partnerschaften zwischen Frauen aus den neuen und Männern aus den alten Bundesländern schlicht daran liegt, dass, betrachtet man nur die Zuzüge (und nicht den Wanderungssaldo), mehr Männer als Frauen nach der Wende aus dem Westen in den Osten gezogen seien (während sich in umgekehrte Richtung etwa gleich viele Männer und Frauen bewegten, vgl. Abschnitt 8.3). Somit seien die Gelegenheiten, dass sich Männer aus den alten und Frauen aus den neuen Bundesländern überhaupt kennen lernen, größer gewesen.

Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen und findet teilweise Unterstützung in unserer Auswertung der Partnerdaten des Familiensurveys nach Wohnort der Befragten. Bei männlichen und weiblichen Befragten mit Herkunft aus den alten Bundesländern, die auch in den alten Bundesländern befragt wurden (von denen die allermeisten also mutmaßlich nicht mobil waren), finden sich Partnerschaften mit Personen aus dem anderen Teil Deutschlands etwa gleich häufig (Tab. 16). Große Unterschiede gibt es jedoch bei jenen Befragten, die mobil gewesen sind – also Befragte mit Herkunft aus den neuen Bundesländern, die in den alten Bundesländern befragt worden sind und umgekehrt. Allerdings müssen hier die Ergebnisse wegen der geringen Fallzahlen in diesen Untergruppen mit Vor-

sicht interpretiert werden⁵³. Von den im Westen befragten, also dort lebenden Frauen, die in den neuen Bundesländern geboren wurden (73 Befragte), hatten 51 Prozent einen Partner aus den alten Bundesländern – nur 38 Prozent einen Ost-Partner. Bei den im Westen lebenden Männern mit Herkunft aus Ostdeutschland (37 Befragte) verhielt es sich umgekehrt: Sie hatten in 60 Prozent der Fälle ebenfalls eine aus den neuen Bundesländern stammende Partnerin, nur in 30 Prozent der Fälle hatten sie eine Partnerin die in einem alten Bundesland geboren war. Unter der geringen Zahl von West-Frauen des Datensatzes (8 Personen), die in den neuen Bundesländern leben, hatte allerdings keine einzige einen im Osten geborenen Mann als Partner.

Tab. 19: Gegenwärtige Partnerschaften von 20- bis 39-Jährigen nach gegenwärtigem Aufenthaltsort, Herkunft der Befragten und der Partner

Ort der Befragung	Befragter: Geschlecht u. Herkunft		Herkunft des Partners (in Prozent)				Anzahl absolut
			alte BL	neue BL	Berlin	Aus- land	
alte Bundesländer (inkl. Berlin-West)	männlich	alte BL	91,6	1,2	0,6	6,6	822
		neue BL	29,7	59,5	8,1	2,7	37
		Berlin	17,2	6,9	72,4	3,4	29
	weiblich	alte BL	91,2	1,3	1,0	6,5	1357
		neue BL	50,7	38,4	4,1	6,8	73
		Berlin	17,0	3,8	75,5	3,8	53
neue Bundesländer (inkl. Berlin-Ost)	männlich	alte BL	(20,0)	(60,0)	(20,0)	0,0	5
		neue BL	1,2	94,7	2,9	1,2	171
		Berlin	(14,3)	(0,0)	(85,7)	0,0	7
	weiblich	alte BL	(83,3)	(0,0)	(0,0)	16,7	6
		neue BL	3,7	91,2	2,7	2,4	297
		Berlin	5,6	22,2	72,2	0,0	18

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen; N = 2875; BL = Bundesländer

Mobilität und damit verbundene Gelegenheitsstrukturen, Partner aus dem anderen Teil Deutschlands kennen zu lernen, dürfte also durchaus eine Rolle beim Zustandekommen von Ost-West-Beziehungen spielen. Die unterschiedlichen Ergebnisse bezüglich der Partnerschaften von Ost-Männern und Ost-Frauen in Westdeutschland und West-Frauen in Ostdeutschland deuten aber dennoch auf einen „Attraktivitätsbonus“ von Beziehungen zwischen Frauen aus den neuen und Männern aus den alten Bundesländern hin. Dieser kann wiederum nur mit Status- und Bildungspräferenzen erklärt werden.

Dies untermauert folgende Auswertung der Bildungszusammensetzung der Befragten und ihrer Partner: Von sämtlichen im Familiensurvey befragten Frauen, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (ohne Berlin) geboren, zum Befragungszeitpunkt zwischen 20 und 39

⁵³ Im Gegensatz zur Herkunft (Frage: In welchem Bundesland wurden Sie geboren?), wird im Datensatz des Familiensurveys beim Ort der Befragung auch Ost- und Westberlin unterschieden.

Jahre alt waren und einen festen Partner hatten, verfügten 17,2 Prozent über höchstens einen Hauptschulabschluss⁵⁴, 66,3 Prozent über mittlere Reife und 15,9 Prozent eine Fachhochschul- oder Hochschulreife (siehe Tab. 20). Die Partner dieser Frauen hatten zu Beginn der Partnerschaft zu 29,9 Prozent höchstens einen Hauptschulabschluss, zu 53,2 Prozent mittlere Reife und zu 15,3 Prozent Fachhochschul- oder Hochschulreife. Die Bildungsverteilung lässt ein deutliches Bildungsgefälle von Frauen zu Männern bei den unteren Bildungsabschlüssen erkennen. Deutlich mehr männliche Partner haben lediglich einen Hauptschulabschluss, deutlich weniger haben mittlere Reife. Ein erheblicher Anteil – insbesondere der Ost-Frauen mit mittlerer Reife – ist also eine „Abwärtspartnerschaft“ im Hinblick auf den allgemein bildenden Schulabschluss des Partners eingegangen (Tab.20 und Tab. 21).

Tab. 20: Erster allg. bildender Schulabschluss von Frauen (20-39 J.), die in der DDR (ohne Berlin) geboren sind, zum Befragungszeitpunkt einen festen Partner hatten, und Schulabschluss der Partner

	höchster allg. Schulabschluss der Befragten		höchster allg. Schulabschluss der Partner	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
höchstens Hauptschulabschluss	116	17,2	201	29,9
Mittlere Reife	446	66,3	358	53,2
Fachhochschul-/Hochschulreife	107	15,9	103	15,3
keine Angabe, weiß nicht, noch Schüler	4	0,6	11	1,6
Gesamt	673	100,0	673	100,0

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen; N = 673

Tab. 21: Erster allgemein bildender Schulabschluss von Frauen (20-39 J.), die in der DDR (ohne Berlin) geboren wurden, zum Befragungszeitpunkt einen festen Partner mit Herkunft aus den alten Bundesländern (ohne Berlin) hatten, sowie Schulabschluss der Partner

	höchster allg. Schulabschluss der Befragten		höchster allg. Schulabschluss der Partner	
	Häufigkeit	Prozent	Häufigkeit	Prozent
höchstens Hauptschulabschluss	9	17,3	15	28,8
Mittlere Reife	33	63,5	18	34,6
Fachhochschul-/Hochschulreife	10	19,2	16	30,8
keine Angabe, weiß nicht, noch Schüler	0	0,0	3	5,8
Gesamt	52	100,0	52	100,0

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000, eigene Berechnungen; N = 52

⁵⁴ Zusammenfassung der Kategorien „Volks-/Hauptschulabschluss“ sowie „vorzeitig aus der Volks-/ Hauptschule abgegangen

Jene Frauen, die einen Partner hatten, der in den alten Bundesländern (ohne Berlin) geboren wurde, zeigen eine ganz ähnliche Bildungsverteilung wie sämtliche Ost-Frauen mit Partner – lediglich der Anteil der Frauen mit Fach oder Hochschulreife ist etwas erhöht (Tab. 21). Da ein großer Teil der Frauen mit im Westen geborenen Partnern auch in den alten Bundesländern lebt, ist dies plausibel, da höher Gebildete in stärkerem Maße abgewandert sind. Bei den Partnern dieser Frauen zeigt sich jedoch eine deutlich abweichende Bildungsverteilung gegenüber den Partnern der Ost-Frauen insgesamt: Ein etwa doppelt so großer Anteil der Partner (30 Prozent) verfügte über eine Fach- oder Hochschulreife, deutlich weniger hingegen über eine mittlere Reife. Das Partnerwahlverhalten der Frauen mit West-Partnern kann also als Tendenz zu bildungshomogamen Partnerschaften bzw. Aufwärtspartnerschaften im Hinblick auf die Schulbildung des Partners interpretiert werden. Frauen erhöhen offensichtlich ihre Optionen, einen hinsichtlich Bildung und sozialem Status attraktiven Partner zu finden, wenn sie bei der Partnerwahl Männer aus den alten Bundesländern einbeziehen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Frauen offenbar nicht allein aus Gründen der Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzsuche aus den neuen Bundesländer abwandern bzw. in den alten Bundesländern sesshaft werden, sondern dass auch die Partnerwahl dabei eine Rolle spielt. Frauen aus den neuen Bundesländern gehen deutlich häufiger als Männer Partnerschaften mit Personen aus dem anderen Teil Deutschlands ein. Während Männer mit Herkunft aus den neuen Bundesländern, die in die alten Bundesländer abgewandert sind, meist mit ostdeutschen Partnerinnen zusammen sind (mutmaßlich mit jenen, mit denen sie aus Ostdeutschland abgewandert sind) und weit seltener Partnerinnen in der neuen Wohnregion finden, gilt das für Frauen nicht. Sie kommen offenbar häufiger ohne Partner in die alten Bundesländer und gehen dann dort eine Bindung ein oder sie gehen mit einem West-Partner, den sie in Ostdeutschland kennen gelernt haben, in dessen Heimat. In allen Fällen führt das dazu, dass sich die Rückzugswahrscheinlichkeit von Frauen in die neuen Bundesländer verringert.

12.2 Datenbasis und Methodik der quantitativen Untersuchung zu den Ursachen der geschlechtsselektiven Abwanderung

Die folgenden multivariaten Datenanalysen werden mit Aggregatdaten durchgeführt. Räumliche Analyseebene sind die 439 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands (Gebietsstand 2005). Als Datenquelle dienen dabei umfangreiche auf Kreisebene verfügbare Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sowie der Bundesagentur für Arbeit zu sozialen, demografischen, ökonomischen und bildungsstatistischen Indikatoren der Kreise.

Mit den verwendeten Indikatoren können lediglich statistische Zusammenhänge zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen zum gegenwärtigen Zeitpunkt untersucht werden. Um Schwankungen von Jahr zu Jahr auf kleinräumiger Ebene auszugleichen, wurden für verschiedene Indikatoren die Mittelwerte mehrerer zurückliegender Jahre verwendet. Bei den bildungsstatistischen Indikatoren wurde der Zeitraum 1998 bis 2004 berücksichtigt. Für einzelne geschlechtsspezifische Indikatoren, wie etwa Arbeitslose unter 25 Jahre nach Geschlecht, Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen und Geschlecht oder die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Geschlecht, waren Daten nur für den relativ kurzen Zeitraum von 2002 bis 2004 verfügbar.

Bei einer Vielzahl von Indikatoren wurden nicht absolute Werte, sondern jeweils die Differenzen der jeweiligen Indikatorwerte für Frauen und Männern (stets: Wert der Frauen minus Wert der Männer) berücksichtigt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass nur Differenzen bestimmter sozioökonomischer Indikatoren die Differenzen der Wanderungssaldoraten zu erklären vermögen.

Die verwendeten Daten entstammen keinen Zufallsstichproben, sondern es handelt sich um prozessgenerierte Daten mit dem Charakter einer Vollerhebung – der Stichprobenumfang entspricht also der Grundgesamtheit. Zur Auswertung dieser Daten werden dennoch klassische wahrscheinlichkeitsstatistische Verfahren angewendet. Wir folgen dabei der Argumentation von Broscheid und Gschwend (2003), wonach auch Daten aus Vollerhebungen stochastische Elemente enthalten. Die Autoren wenden sich gegen „deterministische“ Interpretationsweisen von Daten aus Vollerhebungen, die mit der Begründung erfolgen, Daten aus Vollerhebungen wiesen keinen Stichprobenfehler auf und bei der Interpretation der Daten seien somit nur die substanziellen Effekte der berechneten Koeffizienten zu berücksichtigen, nicht jedoch Signifikanztests, Fehlervarianzen oder Konfidenzintervalle. Broscheid und Gschwend argumentieren hingegen, dass soziale Phänomene

stets stochastisch sind, da menschliches Handeln nicht deterministisch beschrieben werden kann. Es sei somit selbst mit perfekten Messinstrumenten unmöglich, stochastische Elemente aus den Daten zu eliminieren. So gebe es, auch wenn keine Fehler der Stichprobenziehung auftreten können, eine Reihe weiterer Fehlerquellen sowohl bei der Operationalisierung als auch bei der Datenerhebung. Man vergibt einen erheblichen Teil der Kritikfähigkeit der Daten, falls man nur Parameterwerte ohne Einbeziehung der Varianzen und Standardfehler interpretiert. Insbesondere könne – und dies trifft auch für die für diese Arbeit verwendeten Daten zu – von räumlicher Unabhängigkeit der Beobachtungen bei Vollerhebungen nicht ohne weiteres ausgegangen werden. Benachbarte Kreise sind sich wahrscheinlich ähnlicher als zwei beliebige Landkreise in Ost und West. Räumliche Abhängigkeiten von Fehlern lassen jedoch die geschätzten kausalen Zusammenhänge sicherer erscheinen, als sie tatsächlich sind. Die Interpretation der nachfolgend angewendeten statistischen Verfahren erfolgt daher unter Einbeziehung der Interpretation von Signifikanzen und Standardfehlern.

12.3 Regionale Milieus geschlechtsselektiver Wanderungen

Im folgenden Abschnitt steht die Frage im Vordergrund, welche Muster der geschlechtsselektiven Wanderungen sich abzeichnen und mit welcher Ausprägung sozioökonomischer Indikatoren sie auf regionaler Ebene in Zusammenhang stehen. Die Analyse soll spätere statistische Auswertungen zu Determinanten geschlechtsselektiver Wanderungen vorbereiten und erste Hinweise auf das Zutreffen der in Abschnitt 4 vorgestellten Hypothesen geben.

Für die Regionalisierung und Typisierung wird eine Clusteranalyse verwendet. Bei der Clusteranalyse, auch in der Sozialgeografie ein häufig angewendetes Verfahren, werden Gruppen von bezüglich der zu untersuchenden Indikatoren ähnlichen Regionen identifiziert und voneinander unterschieden. Die Clusteranalyse geht grundsätzlich von einer Gleichwertigkeit aller eingeführten Indikatoren aus und ermöglicht keine Gewichtung bzw. eine Bestimmung von Effektstärken. Ziel der Klassifizierung mittels Clusteranalyse ist lediglich die Bildung von homogenen Gruppen oder Typen von Fällen (im gegebenen Fall von Regionen), sodass die mathematischen Abstände zwischen den Gruppen möglichst groß sind. Die mit dem Verfahren einhergehende Reduktion der Datenfülle und Komplexität soll die Interpretation von Zusammenhängen erleichtern bzw. erst ermöglichen.

Im vorliegenden Fall wird eine Clusterzentrenanalyse angewandt. Hierbei muss die Zahl der zu berechnenden Cluster zu Beginn der Analyse festgelegt werden – entweder anhand von Hypothesen oder willkürlich ohne weitere Begründung. Die Statistiksoftware bildet die ersten Clusterzentren zunächst provisorisch anhand der ersten Fälle. Dann wird jeder weitere Fall dem Cluster mit der geringsten Distanz zugeordnet. Durch Wiederholungen (Iterationen) werden dann auch die anfänglichen Clusterzentren so lange angepasst, bis entweder die vorgegebene Zahl maximaler Iterationen erreicht wurde oder durch zusätzliche Wiederholungen keine Verbesserung der Trennschärfe der Cluster mehr erzielt werden kann. Ob die vorgegebene Anzahl von zu bildenden Clustern oder die Zuordnung der Fälle zu diesen eine sinnvolle Interpretation im Sinne der Hypothese zulässt, muss manuell überprüft werden. Gegebenfalls wird das Verfahren mit einer anderen Clusteranzahl oder einem veränderten Indikatorenset wiederholt.

Die Durchführung einer Clusteranalyse gliedert sich in der Regel in folgende vier Schritte (vgl. Schmidt 1996): 1) Auswahl und Reduktion der Indikatoren; 2) ggf. Bündelung der Daten; 3) Typisierung der Raumeinheiten (statistische Berechnung) sowie 4) Überprüfung der Klassifikationsergebnisse und Interpretation. Für die Typisierung geschlechtsselektiver Wanderungsmilieus lag eine Vielzahl sozioökonomischer Regionalindikatoren vor: So zu Bevölkerungsentwicklung und -struktur, zur Bildungs- und Sozialstruktur, zur Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur sowie zu Arbeitslosigkeit und Beschäftigung. Angesichts der Fülle von vorliegenden Daten war es erforderlich, den theoretischen Hintergrund bzw. die Hypothesen bei der Datenauswahl und -reduktion zu betonen. So wurde der Schwerpunkt auf die Einbeziehung solcher Indikatoren gelegt, die geschlechterspezifisch für die jüngere Bevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten vorliegen. Die zur Verfügung stehenden Indikatoren wurden zunächst einer bivariaten Korrelationsanalyse unterzogen und Indikatoren mit einem Zusammenhang stärker als 0,8 ausgeschlossen. Die sozioökonomischen Bedingungen, welche die Wanderungsentscheidungen der hier interessierenden Bevölkerungsgruppe von 18 bis 29 Jahren besonders bestimmen, wurden folgendermaßen operationalisiert:

Tab. 22: In die Clusteranalyse einbezogene Indikatoren

Dimension	Indikator*	Zeitraum
Bildungsstruktur und Ausbildungssituation	1 Anteil weibl. Schulabgänger ohne bzw. mit lediglich Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern	1998-2004
	2 Anteil weibl. Schulabgänger mit Abitur an allen Schulabgäng.	1998-2004
	3 Anteil weibl. Schulabg. mit Abitur an allen weibl. Schulabg.	1998-2004
	4 Anteil männl. Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen männl. Schulabgängern	1998-2004
	5 Studierende je 1000 Einwohner	1998-2004
	6 Anteil weiblicher Studierender	1998-2004
	7 Vermittlungsquote in Berufsausbildung der Frauen (neu abgeschloss. Ausbildungsverträge als Anteil an Gesamtzahl neu abgeschl. Ausb.verträge plus nicht vermittelter Bewerberinnen)	2002-2004
	8 Differenz der Vermittlungsquoten in Berufsausbildung (Vermittlungsquote Frauen minus Männer, Prozentpunkte)	2002-2004
	9 Studierende an Fachschulen je 1000 Einwohner von 15-19 J.	1998-2004
	10 Anteil weiblicher Schüler an sämtlichen Schülern an Fachschulen (ohne medizinische Fachschulen)	1998-2004
Arbeitsmarkt	11 Jugendarbeitslosenquote (unter 25 Jahre)	1998-2004
	12 Differenz Jugendarbeitslosenquoten (Frauen minus Männer)	2002-2004
	13 Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer)	2002-2004
	14 Beschäftigtenquote der Frauen bis 29 J. (sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen bis 29 J. je 100 15-29j. Frauen)	2002-2004
	15 Differenz der Beschäftigtenquoten (Frauen minus Männer)	2002-2004
Wirtschaftsstruktur	16 Anteil Erwerbstätiger in der Land- und Forstwirtschaft an allen Erwerbstätigen	2004
	17 Anteil Erwerbstätiger im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen	2004
	18 Anteil Erwerbstätiger im Baugewerbe an allen Erwerbstätigen	2004
	19 Anteil Erwerbstätiger in Handel und Gastgewerbe an allen Erwerbstätigen	2004
	20 Anteil Erwerbstätiger in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen an allen Erwerbstätigen	2004
	21 Anteil Erwerbstätiger im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen an allen Erwerbstätigen	2004
Bevölkerungsstruktur und -bewegung	22 Wanderungssaldorate der 18- bis 29-jährigen Frauen (Promille)	2002-2004
	23 Differenz Wanderungssaldoraten (Frauen minus Männer, 18-29 J., in Promille)	2002-2004
	24 Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen (Männer/Frauen)	2004

*alle Anteile und Quoten werden, sofern nicht anders angegeben, in Prozent bzw. Prozentpunkten gemessen; Datenquellen: Indikatoren 1, 2, 3, 4, 14, 15, 22, 23, 24: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen; Indikatoren 5, 6, 9, 10: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007, eigene Berechnungen; Indikatoren: 7, 8, 11, 12, 13: Bundesagentur für Arbeit, Online-Datenangebot, eigene Berechnungen; Indikatoren 16, 17, 18, 19, 20, 21: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2006): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2004, eigene Berechnungen.

Nach Reduzierung und Auswahl der Daten wurde die Clusteranalyse in mehreren Durchgängen durchgeführt. Eine Clusteranalyse nur für das Gebiet der neuen Bundesländer brachte kein befriedigendes Ergebnis. Die sozioökonomischen Bedingungen in Ostdeutschland sind zu ähnlich, um Cluster zu generieren, aus denen sich sinnvoll Hypothesen zur geschlechtsselektiven Abwanderung ableiten und begründen lassen. Erst durch die Einbeziehung des westdeutschen Bundesgebietes zeigen sich deutliche Cluster, mit denen sich die Ursachen der spezifischen Migration verstehen lassen.

Eine Lösung mit fünf Clustern erwies sich als bestes Ergebnis. Tab. 23 stellt die statistischen Merkmale der gebildeten fünf Cluster dar. Im folgenden werden sämtliche Clustertypen kurz beschrieben und charakterisiert. Clustertyp 3, der als typisch für die Kreise der neuen Bundesländer für die vorliegende Untersuchung von besonderem Interesse ist, wird dabei ans Ende der Clusterbeschreibungen gestellt und ihm wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Tab. 23: Regionale Milieus geschlechtsselektiver Wanderung, Mittelwerte der Clusterzentren

Nr. Indikator*	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5
1 Anteil weibl. Schulabgänger ohne bzw. mit Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern	41,71	40,56	36,38	41,90	41,23
2 Anteil weibl. Schulabgänger mit Abitur an allen Schulabgäng.	55,74	55,64	60,09	55,87	55,01
3 Anteil weibl. Schulabg. mit Abitur an allen weibl. Schulabg.	32,91	22,47	28,92	39,64	21,51
4 Anteil männl. Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen männl. Schulabgängern	11,91	11,71	14,89	8,92	10,93
5 Studierende je 1000 Einwohner	61,61	3,87	5,97	166,74	2,14
6 Anteil weiblicher Studierender	46,39	14,44	16,76	48,99	12,80
7 Vermittlungsquote in Berufsausbildung der Frauen	93,57	93,85	90,23	95,78	94,39
8 Differenz der Vermittlungsquoten in Berufsausbildung (Vermittlungsquote Frauen minus Männer)	-0,72	-1,23	-2,29	-0,73	-1,12
9 Studierende an Fachschulen je 1000 Einwohner von 15-19 J.	6,40	1,80	2,34	9,26	2,68
10 Anteil weiblicher Schüler an sämtlichen Schülern an Fachschulen (ohne medizinische Fachschulen)	51,32	14,27	77,73	52,16	66,30
11 Jugendarbeitslosenquote	6,20	5,26	9,39	4,65	4,42
12 Differenz Jugendarbeitslosenquoten (Frauen minus Männer)	-3,45	-2,93	-4,07	-3,06	-2,85
13 Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer)	-2,96	-0,46	0,82	-3,02	-1,20
14 Beschäftigtenquote der Frauen bis 29 J. (sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen bis 29 J. je 100 15-29j. Frauen	39,31	43,73	37,90	37,05	44,19
15 Differenz der Beschäftigtenquoten (Frauen minus Männer)	-0,66	-2,98	-2,17	-0,77	-2,95
16 Anteil Erwerbstätiger Land und Forst	1,67	3,62	3,05	1,61	3,85
17 Anteil Erwerbstätiger prod. Gewerbe	18,37	24,82	18,89	19,08	22,97
18 Anteil Erwerbstätiger Baugewerbe	5,39	7,04	8,27	4,54	6,91
19 Anteil Erwerbstätiger Handel und Gastgewerbe	24,99	24,74	24,35	24,53	25,64
20 Anteil Erwerbstätiger Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	16,92	12,50	12,51	16,51	11,70
21 Anteil Erwerbstätiger im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen	32,65	27,28	32,93	33,73	28,93
22 Wanderungssaldorate der 18- bis 29-jährigen Frauen (Promille)	4,11	-0,60	-3,92	7,04	-0,02
23 Differenz Wanderungssaldoraten (Frauen minus Männer, 18-29 J., in Promille)	0,19	0,07	-1,21	-0,26	0,39
24 Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen (Männer/Frauen)	1,01	0,94	0,85	1,07	0,96

*Anteile und Quoten werden, sofern nicht anders angegeben, in Prozent bzw. Prozentpunkten gemessen;
Quelle: eigene Berechnungen;

Beschreibung der Clustertypen:

Clustertyp 1 – die Dienstleistungsmetropolen: Zu Typ 1 gehören 52 Kreise in West- und 13 in Ostdeutschland, zumeist handelt es sich um Großstädte. Die Geschlechterproportion ist überdurchschnittlich, es wandern mehr junge Frauen zu als Männer, der Studierendenanteil ist der zweithöchste aller Cluster. Großstädte mit wichtigen Hochschulen und einem starken Dienstleistungs- und Tourismussektor gehören zu diesem Cluster. Die Jugendarbeitslosenquote *und* die Beschäftigtenquote der jungen Frauen ist gering, was auf eine große Bedeutung dieser Städte als Ausbildungsstandorte hindeutet. Die Beschäftigtenanteile in den Sektoren „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ sowie „öffentliche und private Dienstleistungen“ sind jeweils die höchsten aller Clustertypen.

Beispiele: Köln, Hannover, Hamburg, Stuttgart, Leipzig, Dresden

Clustertyp 2 – Mischtyp West-Ost: Typ 2 charakterisiert ländliche Kreise mit dem unter den Clustertypen höchsten Anteil Beschäftigter im verarbeitenden Gewerbe, die Geschlechterproportion ist leicht unterdurchschnittlich. Generell vereint dieser Clustertyp am stärksten gleichermaßen westdeutsche (77) wie ostdeutsche Kreise (25) in sich. Dabei gehören im Westen eher ländliche, periphere und stark vom verarbeitenden Gewerbe geprägte Regionen in diesen Clustertyp – Kreise mit wenig spezieller Attraktivität für weibliche Zuwanderer. In den neuen Bundesländern zählen jedoch eher Landkreise mit einer etwas günstigeren Situation zu diesem Clustertyp: Kreise, die entweder im Umland großer Städte liegen, an der Grenze zu westdeutschen Bundesländern oder in der tourismusstarken Küstenregion Mecklenburg-Vorpommerns. Statistisch ähneln sich offenbar diese für Frauen leicht unterdurchschnittlich attraktiven Kreise im Westen und die leicht überdurchschnittlich attraktiven Kreise des Ostens. Vom später beschriebenen typischen Ost-Cluster 3 unterscheiden sich die hier enthaltenen Kreise der neuen Bundesländer vor allem durch eine relativ hohe Beschäftigtenquote unter 30-jähriger Frauen. Die Kreise im Clustertyp 2 verzeichnen im Mittel eine leichte Abwanderung junger Frauen, jedoch keinen auffälligen Unterschied im Wanderungsverhalten der Geschlechter.

Beispiele: Oberbergischer Kreis, Ostalbkreis, Landkreis Oldenburg, Nordwestmecklenburg, Ohrekreis

Clustertyp 4 – die Studentenstädte: Dieser Typ ist der am schwächsten besetzte Clustertyp, nur 15 kreisfreie Städte gehören zu ihm. Es handelt sich dabei um klassische Studenten-

städte – also Städte mit einem im Verhältnis zur Einwohnerzahl besonders hohen Studierendenanteil. Die Hochschulen dieser wichtigen Universitätsstädte weisen meist ein für Frauen besonders attraktives Fächerangebot im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften, Medizin und Pädagogik auf. Die Geschlechterproportion der Einwohner ist stark überdurchschnittlich – es herrscht Frauenüberschuss. Die Wanderungssaldorate der Frauen ist deutlich positiv, jedoch gegenüber den Männern nicht stark überproportional. In den neuen Bundesländern gehören nur zwei Städte zu diesem Cluster – Jena und Greifswald.

Weitere Beispiele: Münster, Heidelberg, Freiburg

Clustertyp 5 – Standardtyp West: Bei Typ 5 liegt die Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen genau im deutschen Durchschnitt. Dieser Typ ist der in den alten Bundesländern am häufigsten vorkommende Clustertyp. 176 westdeutsche, aber kein einziger ostdeutscher Kreis gehören zu diesem Typ. Während die Wanderungssaldorate von Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahren nahe null liegt, ist die Wanderungssaldorate der gleichaltrigen Männer negativ (worauf die positive Differenz der beider Wanderungssaldoraten schließen lässt). Kreise dieses Typs werden also tendenziell von jungen Männern, nicht jedoch von Frauen verlassen.

Clustertyp 3 – Standardtyp Ost: Typ 3 ist der in den neuen Bundesländern am häufigsten vorkommende Clustertyp, er ist für die hier vorliegende Untersuchung besonders wichtig und soll deshalb ausführlich analysiert werden. 73 von insgesamt 81 Kreisen dieses Typs liegen in den neuen Bundesländern – das sind zwei Drittel aller ostdeutschen Kreise. Der Clustertyp ist charakterisiert durch eine hohe Abwanderung junger Menschen insgesamt, eine stark überproportionale Abwanderung von Frauen und einer besonders unausgewogenen Geschlechterproportion der Einwohner von 18 bis 29 Jahre. Das Geschlechterverhältnis dieser Altersgruppe beträgt in diesem Cluster im Mittel lediglich 0,85. Im Zeitraum von 2002 bis 2004 lag die Wanderungssaldorate junger Frauen (insgesamt –3,92 je 1000) um 1,2 je 1000 unter dem Wert der gleichaltrigen Männer – d.h. bis in die Gegenwart wandern Frauen dort deutlich stärker ab. Clustertyp 3 steht damit explizit für das ostdeutsche Phänomen der überproportionalen Frauenabwanderung.

Einher geht das Charakteristikum der überproportionalen Abwanderung von jungen Frauen mit einer geringen Beschäftigtenquote von Frauen, einer geringen Vermittlungsquote in Berufsausbildung für junge Frauen und einer insgesamt sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit. Die Kreise des Clusters 3 weisen von allen Clustertypen den mit Abstand höch-

ten Anteil Beschäftigter im Baugewerbe auf und den geringsten Anteil Beschäftigter in Handel und Gastgewerbe. Der Arbeitsmarkt der Kreise des Clusters 3 ist damit durch eine bei einer insgesamt äußerst schwierigen Arbeitsmarktlage durch eine Vorherrschaft der Bauwirtschaft gekennzeichnet bei eher schwacher Ausprägung des Dienstleistungssektors. Die geringen Beschäftigten- und Vermittlungsquoten von Frauen sind ein Hinweis auf fehlende Berufsperspektiven für Frauen in diesen Regionen. Auch die Tatsache, dass in diesem Cluster die Vermittlungsquote der Frauen in Berufsausbildung am deutlichsten unter jener der Männer liegt, dürfte einen Teil der überproportionalen Abwanderung erklären. Bisher entsprechen die Ergebnisse weitgehend den Erwartungen und sind wenig überraschend.

Auffällig sind jedoch die Indikatoren zu Bildung und Ausbildung in den Kreisen des Clustertyps 3. Männliche Jugendliche weisen in den strukturschwachen und von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Kreisen des Clusters 3 die unter allen Clustertypen höchsten Quote von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf (Indikator 4). Fast 15 Prozent aller männlichen Schulabgänger der Jahre 1998 bis 2003 schafften hier nicht einmal den niedrigsten der allgemein bildenden Schulabschlüsse. Ließe sich dieses Schulversagen noch mit einer generellen Perspektivlosigkeit der Jugendlichen in diesen Kreisen und der daraus folgenden geringen Motivation erklären, so überrascht, dass dies offenbar nur für männliche Jugendliche gilt: Junge Frauen stellen in den Kreisen des Clustertyps 3 nur 36 Prozent aller Schulabgänger ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss – 14 Prozentpunkte weniger, als es bei gleicher Bildungsbeteiligung der Geschlechter wären. In keinem anderen Clustertyp sind so wenige Frauen unter den Schulabgängern mit geringer Qualifikation. Auf der anderen Seite liegt der Anteil von Frauen an allen Schulabgängern mit Hochschulreife in keinem anderen Cluster so hoch: 60 Prozent aller Schulabgänger mit Hochschulreife sind weiblich. Bezogen auf alle weiblichen Schulabgänger ist die Abiturientenquote der Frauen zwar geringer als in den Großstadtregionen aus Cluster 1 und 4, jedoch um neun Prozentpunkte höher als in den ländlichen Kreisen der alten Bundesländern, die sich größtenteils in Cluster 5 befinden. Auffällig ist auch der hohe Frauenanteil an den Fachschülern in den Kreisen des Clustertyps 3. Knapp 78 Prozent aller Fachschüler waren dort in den Jahren 1998 bis 2004 weiblich. Der Fachschulbesuch liefert hier auf der einen Seite offenbar die Alternative zum schwachen dualen Ausbildungsmarkt, kommt aber möglicherweise auch den geschlechtsspezifischen Berufswünschen und dem Bildungsstand von jungen Frauen dieser Regionen besonders entgegen.

Junge Männer erreichen nirgendwo seltener als in Cluster 3 die Hochschulreife und sie sind nirgendwo seltener an Fachschulen zu finden. Allerdings unterbleiben die Bildungsanstrengungen eines Teiles der jungen Männer offenbar keineswegs deshalb, weil ihrer Arbeitsmarktchancen in klassischen Berufen des dualen Systems viel besser sind: die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen Männer liegt in Cluster 3 besonders deutlich über derjenigen der Frauen – im Mittel vier Prozentpunkte (Indikator 12).

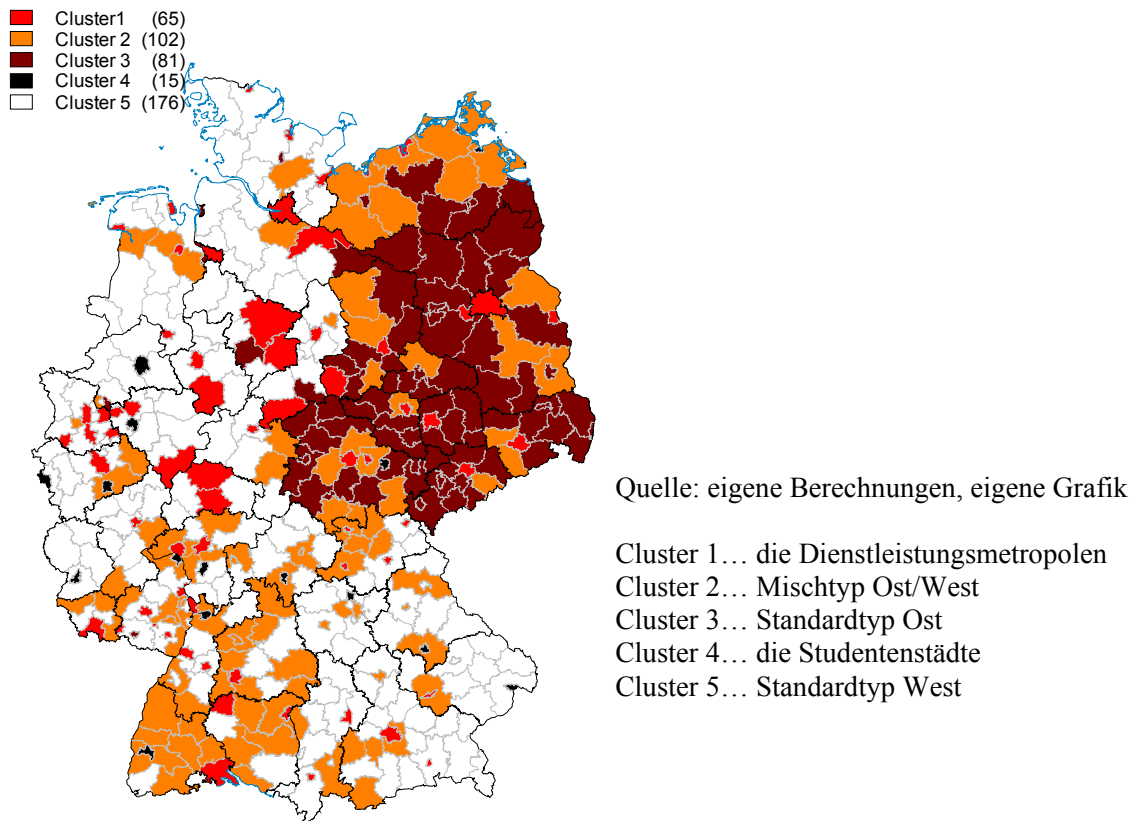


Abb. 30: Regionale Typisierung geschlechtsselektiver Wanderungen, Ergebnisse der Clusteranalyse

Quelle: eigene Berechnungen

Bei den acht Kreisen der alten Bundesländer, die sich ebenfalls in Clustertyp 3 einordnen, handelt es sich sämtlich um heute strukturschwache, altindustrialisierte Regionen, die ebenfalls stark von traditionell männlichen Branchen geprägt sind bzw. waren: Neumünster (Militär), Osterode am Harz, Hameln-Pyrmont (Bergbau, Eisenmetallurgie), Lüchow-Dannenberg (strukturschwaches ehemaliges Zonenrandgebiet), Delmenhorst (Militär), Bremerhaven (Werftindustrie und Hafenwirtschaft), Gelsenkirchen (Stahl, Kohle), Pirmasens (Schuhindustrie, Militär). Diese wenigen westdeutschen Kreise haben mit der großen Zahl der ostdeutschen vor allem die geringe Vermittlungsquote für Frauen in Be-

rufsausbildungsplätze des dualen Systems, den hohen Frauenanteil an Fachschulen und den hohen Prozentsatz männlicher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss gemeinsam.

Offenbar reagieren die jungen Frauen in diesen strukturschwachen Kreisen mit einer Erhöhung ihrer Bildungsanstrengungen, während bei einem Teil der jungen Männern sogar ein Absinken des Bildungsniveaus zu verzeichnen ist. Dieses Auseinanderdriften der Geschlechter ist in den neuen Bundesländern besonders stark ausgeprägt. Es ist zu vermuten, dass allein das erhebliche Bildungsgefälle zwischen jungen Frauen und jungen Männern in den Kreisen des Clusters 3 bereits ein wichtiger Faktor der überproportionalen Abwanderung von Frauen ist.

12.4 Determinanten geschlechtsselektiver Wanderungen

Im vorangegangenen Abschnitt wurden mithilfe einer Clusteranalyse sozioökonomische Milieus herausgearbeitet, deren räumliche Muster mit den jeweiligen geschlechtsselektiven Wanderungen in Zusammenhang stehen. Im Folgenden sollen nun Bestimmungsfaktoren der geschlechtsselektiven Wanderungsprozesse isoliert und die Stärke ihres Einflusses bestimmt werden. Für diese Analyse wird eine multiple Regressionsanalyse verwendet. Hierbei handelt es sich um eine makrostrukturelle Analyse, die prinzipiell keine beweisbaren Aussagen über Zusammenhänge auf der Individualebene liefern kann. Dennoch lassen sich solche Zusammenhänge begründet vermuten. Gleichfalls ist bei einer Regressionsanalyse mit Makrodaten zu berücksichtigen, dass Ursache und Wirkung bei kausalen Zusammenhängen nicht immer eindeutig bestimmt werden können – und in sozialen Zusammenhängen ohnehin häufig Interdependenzen zwischen verschiedenen sozioökonomischen Variablen festzustellen sind. Die Auswahl der unabhängigen Variable bei multiplen Regressionsanalysen und die Interpretation der Ergebnisse muss daher theoriegeleitet erfolgen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass nur ein Teil der Wanderungen durch sozioökonomische Faktoren erklärt werden kann. Eine Regressionsanalyse, in die vorwiegend sozioökonomische Indikatoren der Makroebene einfließen, kann deshalb auch nicht den Anspruch erheben, eine vollständige Erklärung der Wanderungsbewegungen zu liefern. Auch handelt es sich prinzipiell um eine Strukturanalyse der Jahre 2002 bis 2004 – nur für diesen Zeitraum können die statistischen Zusammenhänge geprüft werden.

In die Regressionsanalyse wurden zahlreiche, bereits in der Clusteranalyse verwendete sozioökonomischen Indikatoren einbezogen, wobei jeweils die Differenz der Wanderungssaldoraten der 18- bis 24-Jährigen sowie die Differenz der Wanderungssaldoraten der 18- bis 29-Jährigen (Frauen minus Männer) als abhängige Variablen fungierten. Um sinnvoll

interpretierbare Ergebnisse zu erzielen, wurden jedoch einige allgemeine, für beide Geschlechter vorliegenden Indikatoren entfernt und vorwiegend Indikatoren in die Regressionsanalyse einbezogen, die die Differenz eines bestimmten Merkmals für (junge) Männer und Frauen ausdrücken. Die Differenz der Jugendarbeitslosenquoten wurde nicht in die Regression einbezogen, da die Jugendarbeitslosenquote der Männer in sämtlichen Kreisen der neuen Bundesländer über jener der Frauen liegt und deren Differenz daher nicht Ursache der überproportionalen Abwanderung von Frauen sein kann. Bezüglich der geschlechtsspezifischen Analyse von Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplatzangebot haben wir uns nach verschiedenen Versuchen dazu entschlossen, nicht den Gesamt-Erwerbstätigenanteil in verschiedenen Branchen wie in der Clusteranalyse, sondern die Zahl der weiblichen Beschäftigten in neun verschiedenen Branchen auf die jeweilige weibliche Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren zu beziehen. Während der in der Clusteranalyse verwendete Indikator Aufschluss über die Branchenstruktur insgesamt gab, zeigt der hier verwendete Indikator speziell das Arbeitsplatzangebot für Frauen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Aufgrund der Datenlage können hier jedoch nicht sämtliche Erwerbstätige, sondern lediglich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Indikator eingehen. Folgende Indikatoren wurden einer schrittweise multiplen linearen Regressionsanalyse unterzogen:

Tab. 24: Indikatoren der geschlechtsselektiven Wanderungen für die multiple lineare Regression

Dimension	Unabhängige Variablen*	Zeitraum
Wirt- schafts- struktur	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen je 100 weibliche Einwohner von 18-59 Jahren in den Branchen:	
	1 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
	2 Verarbeitendes Gewerbe	
	3 Baugewerbe	
	4 Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchtgütern	
	5 Gastgewerbe	
	6 Kredit- und Versicherungsgewerbe	
	7 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	
	8 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	
	9 Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen, Private Haushalte	
Bildungs- struktur, Ausbil- dungs- situation, Arbeits- markt	10 Vermittlungsquote in Berufsausbildung der Frauen (neu abgeschloss. Ausb.verträge als Anteil an Gesamtzahl neu abgeschl. Ausb.verträge plus nicht vermittelter Bewerberinnen)	2002-2004
	11 Differenz der Vermittlungsquoten in Berufsausbildung (Vermittlungsquote Frauen minus Männer)	2002-2004
	12 Erwerbstätigenquote Frauen 15-29 J.	2002-2004
	13 Differenz der Erwerbstätigenquoten (15-29 J.) Frauen minus Männer	2002-2004
	14 Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer)	2002-2004
	15 Anteil weiblicher Studierender an allen Studierenden	1998-2004
	16 Anteil weiblicher Schulabgänger an allen Schulabgängern ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss	1998-2004
	17 Anteil weiblicher Schulabgänger an allen Schulabgängern mit Hochschulreife	1998-2004
Qualifika- tionsstruk- tur d. Be- völkerung	18 Anteil weiblicher Schüler an sämtlichen Schülern an Fachschulen (ohne medizinische Fachschulen)	1998-2004
	19 Anteil männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit hoher Qualifikation an allen männlichen Beschäftigten	2002-2004
	20 Anteil weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit hoher Qualifikation an allen weiblichen Beschäftigten	2002-2004
	21 Dummyvariable Ost-West (nominalskaliert)	
	22 Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro	2004

*Anteile und Quoten werden, sofern nicht anders angegeben, in Prozent bzw. Prozentpunkten gemessen
 Abhängige Variablen in jeweils getrennten Regressionsrechnungen: 1) Differenz der Wanderungssaldoraten (Frauen minus Männer, 18 bis 24 Jahre, 2002-2004; 2) Differenz der Wanderungssaldoraten (Frauen minus Männer, 18 bis 29 Jahre, 2002-2004)

Datenquellen: Indikatoren 1 bis 9, 12, 13, 16, 17, 19, 20: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen; Indikatoren 15, 18, 22: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007, eigene Berechnungen; Indikatoren 10, 11, 14: Bundesagentur für Arbeit, Online-Angebot, eigene Berechnungen

Die Regressionsanalyse wurde für sämtliche Kreise der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Modell 1 (Tab. 25) verwendet zunächst nur wirtschaftsstrukturelle Indikatoren, d.h. die Bedeutung von verschiedenen Branchen für den lokalen Arbeitsmarkt für Frauen – die Anzahl weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bezogen auf 100 weibliche Einwohner von 18 bis 59 Jahre. Modell 2 bezieht zusätzlich Indikatoren zum Arbeitsmarkt insgesamt, zur Ausbildungssituation und zum Bildungsstand von Männern und Frauen mit ein. Modell 3 fügt einen für das Partnerwahlverhalten relevanten Indikator – die Dichte hoch qualifizierter sozialversicherungspflichtig beschäftigter Männer hinzu. Modell 4 schließlich bezieht einen Indikator mit ein, bei dem es bekanntermaßen ein starkes West-Ost-Gefälle gibt, das durchschnittliche Haushaltseinkommen. Da Indikatoren zu geschlechtsspezifischem Einkommen nicht auf kleinräumiger Ebene vorliegen (vgl. Abschnitt 10.6), wird der Indikator „durchschnittliches Haushaltseinkommen“ verwendet, um den Effekt unterschiedlicher Einkommenshöhen zu untersuchen. Der Indikator wird jedoch separat gehandhabt, um zu vermeiden, dass sein zu vermutender deutlicher Einfluss auf die Wanderungsbewegung andere interessierende Effekte verdeckt. Schließlich wird auch eine nominalskalierte Dummyvariable eingeführt, die für Kreise der neuen Bundesländer den Wert eins, für Kreise der alten Bundesländer den Wert null annimmt. Damit soll überprüft werden, wie groß der Einfluss anderer, im Modell nicht beobachteter Ost-West-Unterschiede auf die abhängige Variable ist.

Zunächst wird die Variable „Differenz der Wanderungssaldoraten der 18- bis 24-jährigen Frauen und Männer“ als abhängige Variable verwendet (Tab. 25). Wie weiter oben gezeigt wurde, entsteht das unausgewogene Geschlechterverhältnis in der Wohnbevölkerung vor allem durch das geschlechtsselektive Wanderungsverhalten dieser Altersgruppe. Die statistischen Effekte der Faktoren dürften bei dieser Analyse also am stärksten zu Tage treten.

Die Branchenzusammensetzung allein – Modell 1 – erklärt hier 46,6 Prozent der Varianz der abhängigen Variable. Modell 1 zeigt deutliche negative Beta-Werte für den weiblichen Beschäftigtenanteil in der Branche „Land- und Forstwirtschaft“. Regionen, in denen der weibliche Beschäftigtenanteil in dieser Branche vergleichsweise groß ist, werden von jungen Frauen (per Saldo) im Ausbildungsalter überproportional häufig verlassen. Eine Ausbildung bzw. Beschäftigung in diesem traditionellen Wirtschaftszweig ist für junge Frauen offenbar wenig interessant. Überraschend findet sich ein solcher negativer Zusammenhang auch mit dem Beschäftigtenanteil im Bereich „Öffentliche Verwaltung“. Die Frauenbeschäftigung ist gerade dort in den neuen Bundesländern besonders hoch. Doch

vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückganges und des Personalabbaus im Öffentlichen Dienst steht diese Branche für weibliche Neueinsteiger wahrscheinlich kaum mehr zur Verfügung. Die Beschäftigungssituation älterer weiblicher Erwerbstätiger steht nicht zwangsläufig im Zusammenhang mit den verfügbaren Ausbildungsmöglichkeiten. Einen deutlich positiven Effekt – und damit überproportionale Zuwanderung von Frauen – wird jedoch für solche Regionen deutlich, in denen die Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen“ zahlreiche Arbeitsplätze für Frauen stellt. Gerade der Bereich der Unternehmensdienstleistungen scheint es zu sein, der sowohl den Ausbildungswünschen als auch dem Bildungsstand und den Einkommenswünschen junger Frauen entspricht.

Im Modell 2 wurden Indikatoren zum Bildungsstand, zur Ausbildungssituation und zum Arbeitsmarkt in die Regressionsanalyse einbezogen. Die erklärte Varianz steigt dabei deutlich an, auf nunmehr 57,5 Prozent. Die Beta-Werte der Beschäftigtenanteile in den Branchen „Land- und Forstwirtschaft“, „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Baugewerbe“ sowie wiederum „Öffentliche Verwaltung“ sind signifikant negativ. Der positive Effekt der Branche „Unternehmensdienstleistungen“ bleibt bestehen. Frauen wandern dort überproportional ab, wo die Arbeitslosenquote der Frauen über jener der Männer liegt (Indikator 14). Eindeutig wandern junge Frauen dort überproportional häufig ab, wo der Frauenanteil an sämtlichen Schulabgängern mit Hochschulreife besonders groß und jener an den Schulabgängern mit höchstens Hauptschulabschluss besonders gering ist (Indikatoren 16 und 17) – wie in ländlichen Kreisen Ostdeutschlands. Gerichtet ist die Migration dorthin, wo die Beschäftigtenquote junger Frauen besonders groß (positiver Effekt von Indikator 12) und wo der Frauenanteil an den Fachschülern (Indikator 21) und an den Studierenden an Hochschulen (Indikator 18) besonders ausgeprägt ist. In der Altersklasse der 18- bis 24-Jährigen wird die überproportionale Wanderung junger Frauen in dienstleistungs- und bildungsstarke Kreise und Städte besonders deutlich.

In Modell 3 wird nun versucht, den Einfluss eines attraktiven Partnermarktes mit einzubeziehen: In das Modell eingeführt werden die Indikatoren „Anteil hochqualifizierter (sozialversicherungspflichtig beschäftigter) Männer an allen männlichen Beschäftigten“ sowie – zur Kontrolle – der selbe Indikator für die hochqualifizierten Frauen. Die erklärte Varianz des Modells steigt nochmals leicht an, auf 58,5 Prozent. Neben den bereits diskutierten Effekten der Arbeits- und Ausbildungssituation und der Bildungsbeteiligung zeigt auch der Indikator „Anteil männlicher sozialversicherungspflichtig beschäftigter Männer an allen männlichen Beschäftigten“ einen signifikanten, positiven Beta-Wert. Jene Regio-

nen, in denen viele hochqualifizierte Männer beschäftigt sind, werden von Frauen überproportional häufig aufgesucht bzw. bei geringer Zahl hochqualifizierter Männer überproportional häufig verlassen. Interessant ist hier, dass der selbe Indikator für die weibliche Bevölkerung keinen signifikanten Einfluss zeigt. Es sind also nicht in erster Linie die Regionen mit Arbeitsplätzen für hochqualifizierte Frauen, die überproportionale Zuwanderung von Frauen von 18 bis 24 Jahre begünstigen, sondern solche mit einem hohen Anteil hochqualifizierter Männer.

Tab. 25: Einflussfaktoren auf die geschlechtsselektive Abwanderung (18-24 Jahre), Ergebnisse der schrittweisen multiplen linearen Regression

		Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
		Beta	VIF	Beta	VIF	Beta	VIF	Beta	VIF
1-9: Weibl. soz.pfl. Beschäftigte je 100 der weibl. Bevölkerg. (18-60 J.) 2002-04 in den Branchen									
1	Land- u. Forstwirtschaft	-0,523***	1,42	-0,217***	2,47	-0,211***	2,50	-0,159	2,65
2	Verarbeitendes Gewerbe	-0,016	1,24	-0,104**	1,91	-0,097**	1,96	-0,109*	1,97
3	Baugewerbe	-0,062	1,21	-0,076**	1,40	-0,059	1,48	-0,022	1,50
4	Handel	-0,015	2,15	-0,050	2,32	-0,014	2,53	-0,072	2,65
5	Gastgewerbe	0,008	1,13	-0,017	1,37	0,006	1,44	0,019	1,43
6	Kredit- u Versicherungsge- werbe	0,028	2,06	-0,068	2,23	-0,051	2,25	-0,086*	2,33
7	Unternehmensdienst- leistungen	0,296***	3,64	0,293***	3,99	0,157	5,73	0,188**	5,69
8	Öffentliche Verwaltung	-0,231***	2,35	-0,126**	2,52	-0,086*	2,67	-0,010	2,98
9	Erziehung u. Unterricht, Sozialwesen	-0,004	2,97	0,077	3,73	0,036	4,17	0,077	4,14
10	Vermittlungsquote in Be- rufsausbildung Frauen			0,044	3,07	0,034	3,13	-0,010	3,20
11	Differenz Vermittlungs- quoten in Berufsausbildung Frauen minus Männer			0,054	2,93	0,048	2,93	0,066	2,95
12	Beschäftigtenquote unter 30jähriger Frauen			0,199***	2,28	0,193***	2,37	0,167***	2,32
13	Differenz Beschäftigten- quoten unter 30-Jähr. (Frau- en minus Männer)			-0,150***	2,11	-0,199***	2,33	-0,149***	2,46
14	Differenz der Arbeitslosen- quoten (Frauen minus Män- ner)			-0,159	2,47	-0,212***	2,70	-0,150***	3,08
15	Anteil weibl. Studierender			0,145***	1,42	0,123***	1,47	0,130***	1,46
16	Anteil Frauen an allen Ab- solvanten ohne bzw. mit Hauptschulab.			0,120**	3,01	0,126**	3,58	0,030	3,72
17	Anteil Frauen an allen Schulabgängern mit Hoch- schulreife			-0,187***	2,38	-0,168***	2,46	-0,102**	2,65
18	Anteil weibl. Schüler an Fach-schulen an allen Fach- schülern			0,041	1,16	0,057*	1,19	0,045	1,19
19	Anteil männl. soz.pfl. Besch. mit hoher Qual. an allen männlichen Beschäftigten					0,177**	6,36	0,128**	3,08
20	Anteil weibl. soz.pfl. Besch. mit hoher Qual. an allen weiblichen Beschäftigten					-0,009	8,78		
21	Dummy West-Ost							-0,256***	7,54
22	Durchschnittliches Haus- haltsseinkommen 2004							0,112**	3,26
N		428		418		418		418	
Korr. R-Quadrat		0,466		0,575		0,585		0,605	
Durbin-Watson		1,90		2,00		2,02		2,07	

Abhängige Variable: Differenz Wanderungssaldoraten Frauen minus Männer (18-24 Jahre), 2002-2004; bei diesem Indikator ist bei negativen Werten die Abwanderung von Frauen stärker als die von Männern bzw. (selten) die Zuwanderung von Männer stärker als die von Frauen; * = $p < 0,1$; ** = $p < 0,05$; *** = $p < 0,01$

Dies kann durchaus als Effekt der Partnerwahl bzw. des Zuzugs zum Partner interpretiert werden. Zwar muss hier auf den Effekt möglicher Multikollinearität geachtet werden: Die Dichte der hochqualifizierten Arbeitsplätze für Männer und Frauen korreliert bivariat mit 0,62. Doch der Variance Inflation Factor für die Indikatoren überschreitet das kritische Maß⁵⁵ nicht – eine Interpretation des Ergebnisses ist somit zulässig.

Modell 4 bezieht nun weitere, übergreifende Ost-West-Effekte mit ein: das durchschnittliche Haushaltseinkommen sowie die nominalskalierte Dummyvariable West-Ost. Beide Faktoren erweisen sich als signifikant und erhöhen nochmals die erklärte Varianz des Gesamtmodells. Die branchenstrukturellen, arbeitsmarkt- und bildungsbezogenen Variablen behalten im Wesentlichen, trotz Einbeziehung der Ost-West-Dummyvariablen, ihre Erklärungskraft und Signifikanz, was für die Robustheit ihres Einflusses auf die abhängige Variable spricht. In Modell 4 musste Indikator 20 wegen zu hoher Multikollinearität aus dem Modell entfernt werden. Der Indikator „Anteil männlicher hochqualifizierter Beschäftigter an allen männlichen Beschäftigten“ zeigt auch in diesem Modell einen positiven Zusammenhang mit der Differenz der Wanderungssaldoraten Frauen minus Männer von 18 bis 24 Jahre, erweist sich also als Merkmal überproportionaler Zuwanderung junger Frauen.

In Tab. 26 sind die selben Regressionsanalysen mit der abhängigen Variable „Differenz der Wanderungssaldoraten der 18- bis 29-Jährigen (Frauen minus Männer)“ dargestellt. Es war zu erwarten, dass hier die Effekte weniger stark als für die Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen sind. Hier fließt nun die Altersgruppe von 25 bis 29 Jahren mit ein, die ein etwas anderes Wanderungsverhalten zeigt als die 18- bis 24-Jährigen. Die Ausbildungswanderungen sind nun beendet und Arbeitsplatzwanderung, Rückkehr nach Ausbildung und vor allem Familiengründung und Zuzug zum Partner spielen nun eine größere Rolle. Das Wanderungsverhalten der 25- bis 29-Jährigen dürfte also in mehrfacher Hinsicht „mildernd“ auf die geschlechtsselektiven Effekte des Wanderungsverhaltens der jüngeren Altersgruppe wirken.

Wie erwartet ist die erklärte Varianz der abhängigen Variable (zwischen 33 Prozent in Modell 1 und 44,8 Prozent in Modell 4) bei diesen Regressionsanalysen geringer als in Tab. 25. Die Effekte der Branchenstruktur (Modell 1) sind ähnlich. Hohe weibliche Be-

⁵⁵ Bei einem variance inflation factor größer 10 muss von Multikollinearität der Faktoren ausgegangen werden.

schäftigtenanteile in den Branchen „Land- und Forstwirtschaft“ sowie „öffentliche Verwaltung“ und hier auch „Erziehung und Unterricht/ Sozialwesen“ haben negative Effekte auf das Wanderungsverhalten junger Frauen. Auch für diese Branche gilt, dass dort der Frauenanteil in den neuen Bundesländern besonders hoch ist, aber wahrscheinlich viele Positionen von älteren Beschäftigten besetzt sind und für den Arbeitsmarkteintritt junger Frauen nicht zur Verfügung stehen. Wie bei den 18 bis 24-Jährigen zeigt sich ein deutlich positiver Effekt des Beschäftigungsanteils im Sektor Unternehmensdienstleistungen auf die überproportionale Wanderung junger Frauen.

In Modell 2 werden wiederum bildungs- und arbeitsmarktbezogene Faktoren – ähnlich wie in der Analyse für die 18 bis 24-Jährigen – signifikant, Effektstärke und erklärte Varianz sind jedoch geringer. Bringt man – in Modell 3 – wiederum den Anteil hochqualifizierter Männer als partnerwahlbezogenen Faktor mit ins Spiel, zeigt sich auch hier ein deutlich positiver Einfluss. Der Beta-Wert dieses Indikators ist größer als im Modell für die 18- bis 24-Jährigen und der höchste im gesamten Modell. Hier zeigt auch der Anteil hochqualifizierter beschäftigter Frauen einen signifikanten, allerdings negativen Zusammenhang mit der abhängigen Variable: Alle anderen Bedingungen gleich ist in Regionen mit sehr hohen Anteilen hochqualifizierter Frauen, von denen viele in den neuen Bundesländern liegen, eher eine überproportionale Abwanderung junger Frauen zu verzeichnen. Vermutlich weil die dort verfügbaren Arbeitsplätze für Hochqualifizierte von älteren Beschäftigten besetzt sind, aber gleichzeitig (signifikanter Indikator 17) der Frauenanteil an allen Schulabgängern mit Hochschulreife überproportional ist. Auf partnerwahlbezogene Faktoren des Wanderungsverhaltens deutet auch der nun signifikant negative Einfluss des Indikators 13 (Differenz der Beschäftigtenquoten Frauen minus Männer, 15 bis 29 Jahre). Negativer Einfluss bedeutete hier: Dort wo die Beschäftigtenquote junger Frauen höher ist als von Männern (und die Differenz der Beschäftigtenquoten Frauen minus Männer demzufolge positiv), wo also männliche Partner mit einem attraktiven sozialen Status nicht ausreichend zur Verfügung stehen, wandern Frauen überproportional ab.

Bei Einbeziehung der Variablen „Durchschnittliches Haushaltseinkommen“ und der Dummyvariable Ost-West in Modell 4, die beide signifikant werden, verschwindet der Einfluss des Anteils hochqualifizierter männlicher Beschäftigter und der Differenz der Beschäftigtenquote unter 30-Jähriger. Frauen wandern überproportional häufig nach Westen, sie wandern überproportional häufig in Regionen mit hohem durchschnittlichen Haushaltseinkommen und die dabei vermittelnden Faktoren sind offenbar, unter anderen, wie Modell 3 gezeigt hat, der Anteil männlicher hochqualifizierter Beschäftigter und die Be-

schäftigtenquote junger Männer (im Vergleich zu jener der Frauen) in einer Region. Das Modell beschreibt recht deutlich das Phänomen der überproportionalen Abwanderung von Frauen aus zahlreichen Regionen der neuen Bundesländer: Angesichts ihres gegenüber gleichaltrigen Männern höheren Bildungsstandes (Indikator 17) verlassen sie überproportional häufig ostdeutsche Kreise und begeben sich in jene Regionen, in denen sowohl sie selbst attraktive Arbeitsplätze (etwa im Bereich Unternehmensdienstleistungen) finden und in denen ein hoher Anteil hochqualifizierter Männer auf vom Sozialstatus her attraktive Partner deutet bzw. diese männlichen Partner ihre Arbeitsplätze finden.

Tab. 26: Einflussfaktoren auf die geschlechtsselektive Abwanderung (18-29 Jahre), Ergebnisse der schrittweisen multiplen linearen Regression

		Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
		Beta	VIF	Beta	VIF	Beta	VIF	Beta	VIF
1-9: Weibl. soz.pfl. Beschäftigte je 100 der weibl. Bevölker. (18-60 J.) 2002-04 in den Branchen									
1	Land- u. Forstwirtschaft	-0,452***	1,42	-0,178***	2,47	-0,165***	2,50	-0,120**	2,65
2	Verarbeitendes Gewerbe	-0,063	1,24	-0,137***	1,91	-0,147***	1,96	-0,166***	1,97
3	Baugewerbe	-0,024	1,21	-0,045	1,40	-0,024	1,48	0,007	1,50
4	Handel	0,000	2,15	-0,028	2,32	-0,030	2,53	-0,102*	2,65
5	Gastgewerbe	0,069	1,13	0,025	1,37	0,045	1,44	0,048	1,43
6	Kredit-/Versicherungsgewerbe	0,060	2,06	-0,028	2,23	-0,020	2,25	-0,059	2,33
7	Unternehmensdienstleistungen	0,227***	3,64	0,234***	3,99	0,197**	5,73	0,200**	5,69
8	Öffentliche Verwaltung	-0,193***	2,35	-0,103*	2,52	-0,077	2,67	0,002	2,98
9	Erziehg u Unterr., Sozwesen	-0,293***	2,97	-0,182**	3,73	-0,168**	4,17	-0,117	4,14
10	Vermittlungsquote in Berufsausbildung Frauen			-0,002	3,07	-0,020	3,13	-0,054	3,20
11	Differenz Vermittlungsquoten in Berufsausbildung Frauen minus Männer			0,069	2,93	0,066	2,93	0,087	2,95
12	Beschäftigtenquote unter 30jähriger Frauen			0,205***	2,28	0,184***	2,37	0,167***	2,32
13	Differenz Beschäftigtenquoten unter 30-Jähr. (Frauen minus Männer)			-0,084	2,11	-0,113**	2,33	-0,049	2,46
14	Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer)			-0,099*	2,47	-0,119*	2,70	-0,069	3,08
15	Anteil weibl. Studierender			0,076*	1,42	0,072	1,47	0,074*	1,46
16	Anteil Frauen an allen Absolventen ohne bzw. mit Hauptschulab.			0,102	3,01	0,059	3,58	0,006	3,72
17	Anteil Frauen an allen Schulabgängern mit Hochschulreife			-0,201***	2,38	-0,179***	2,46	-0,117**	2,65
18	Anteil weibl. Schüler an Fachschulen an allen Fachschülern			0,060	1,16	0,063	1,19	0,054	1,19
19	Anteil männl. soz.pfl. Besch. mit hoher Qual. an allen männlichen Beschäftigten					0,199**	6,36	-0,032	3,08
20	Anteil weibl. soz.pfl. Besch. mit hoher Qual. an allen weiblichen Beschäftigten					-0,185*	8,78		
21	Dummy West-Ost							-0,198**	7,54
22	Durchschnittliches Haushaltseinkommen 2004							0,259***	3,26
N		428		418		418		418	
Korr. R-Quadrat		0,330		0,409		0,412		0,448	
Durbin-Watson		1,86		1,92		1,96		1,99	

Abhängige Variable: Differenz der Wanderungssaldoraten der 18- bis 29-Jährigen (Frauen minus Männer) 2002-2004; bei diesem Indikator ist bei negativen Werten die Abwanderung von Frauen stärker als die von Männern bzw. (selten) die Zuwanderung von Männer stärker als die von Frauen; Anmerkungen zu Signifikanzen: * = $p < 0,1$; ** = $p < 0,05$; *** = $p < 0,01$

12.5 Determinanten ungleicher Bildungsbeteiligung

Sämtliche Regressionsmodelle zur geschlechtsselektiven Wanderung haben die große Bedeutung der ungleichen Bildungsbeteiligung von weiblichen und männlichen Jugendlichen deutlich gemacht. Mögliche, in der Literatur diskutierte Ursachen dieser Ungleichheit wurden in Abschnitt 11 dargestellt. Es soll nun der Versuch unternommen werden, die Determinanten der ungleichen Bildungsbeteiligung von Mädchen und Jungen anhand eines eigenen Datensatzes auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten zu ermitteln. Dazu wurden, zusätzlich zu den vorliegenden sozioökonomischen Daten der amtlichen Statistik, von den Kultusministerien der Länder Daten zu Grundschullehrern nach Geschlecht und Landkreisen angefordert, um die insbesondere von Dieffenbach und Klein (2002) vertretene These zum Zusammenhang zwischen hohem Frauenanteil im Grundschullehrerberuf und höherer Bildungsbeteiligung von Mädchen gegenüber männlichen Jugendlichen zu prüfen (vgl. Abschnitt 11.2). Für zehn der 16 Bundesländer konnten die Daten beschafft werden⁵⁶. Da die Aufarbeitung und Bereitstellung der Daten für Lehrpersonal an Grundschulen nach Geschlecht und Kreisen für die Zeit vor dem Jahr 2001 in zahlreichen Bundesländern nach Auskunft der zuständigen statistischen Behörden sehr aufwendig und auch kostenintensiv ist, konnten nur die leichter verfügbaren Daten der Schuljahre 2001/02 bis 2003/04 verwendet werden. Zwar müsste, will man statistische Zusammenhänge mit der Geschlechterverteilung der Schulabschlüsse untersuchen, idealerweise die Zusammensetzung der Lehrerschaft ca. fünf Jahre früher, als die Schulempfehlung für weiterführende Schulen fiel, betrachtet werden. Wir gehen jedoch davon aus, dass beim Lehrerberuf innerhalb von fünf Jahren wenig relevante Verschiebungen der Geschlechterzusammensetzung stattgefunden haben dürften.

⁵⁶ Und zwar für Berlin, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Für Schleswig-Holstein und Hamburg sind Daten zum Geschlecht von Grundschullehrern generell nicht verfügbar (diese Länder erheben Daten nur für alle Schultypen zusammen). Die statistischen Behörden von Saarland, Bremen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen erheben so hohe Gebühren für die Bereitstellung dieser Daten, dass sie im Rahmen dieses Projektes nicht beschafft werden konnten.

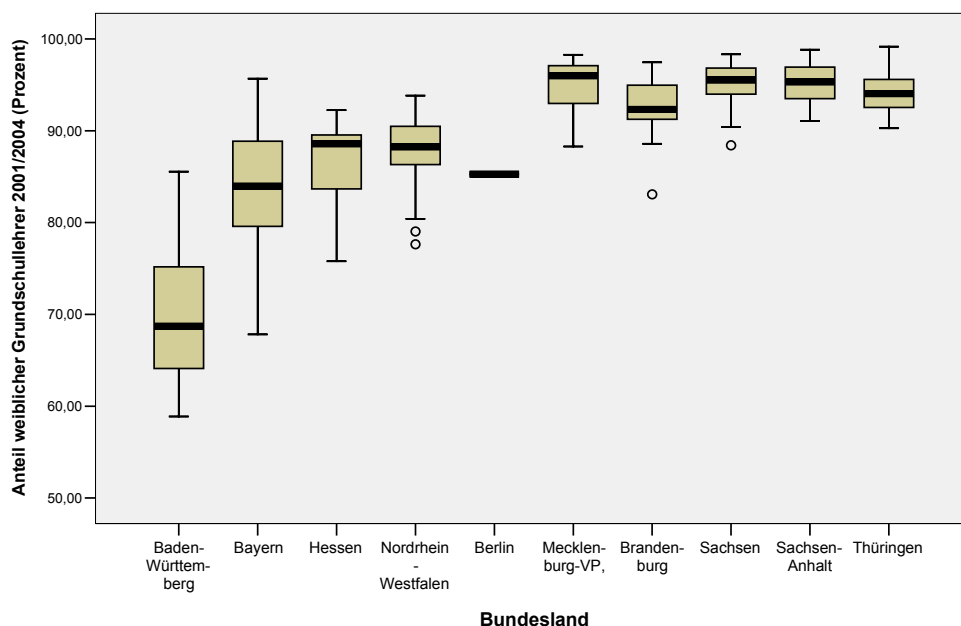


Abb. 31: Anteil weiblicher Grundschullehrer in zehn Bundesländern, Landkreise und kreisfreien Städte, 2001-2004 (Mediane, Quartile und Extremwerte)

Quelle: Kultusministerien der Länder, eigene Berechnungen

In ostdeutschen Bundesländer dominiert weibliches Personal an Grundschulen praktisch in allen Kreisen sehr stark. In den alten Bundesländer ist sowohl der mittlere Frauenanteil geringer als auch die Streuung der Anteilswerte breiter.

Abb. 31 zeigt die Verteilung des Anteils weiblicher Grundschullehrer in den Kreisen jener zehn Bundesländer, für welche Daten vorliegen. Auffällig ist die starke Dominanz weiblichen Lehrpersonals in den neuen Bundesländern. Der Median des Lehrerinnenanteils beträgt für die Kreise der neuen Bundesländer 94 Prozent, für die alten Bundesländer lediglich 82 Prozent. Auch die Spannweiten der Werte sind in den alten Ländern durchweg größer. In den vorliegenden alten Bundesländern bewegt sich der Lehrerinnenanteil an Grundschulen zwischen 59 und 83 Prozent - in Ostdeutschland, einen Ausreißer ausgenommen, jedoch zwischen 88 und 99 Prozent. In den neuen Bundesländern ist für diesen Indikator also nur eine sehr geringe Varianz festzustellen.

Wie Tab. 27 zeigt, bestehen erhebliche Unterschiede zwischen dem Bildungsniveau in den alten und neuen Bundesländern – nicht nur im Hinblick auf die Schulabgänger aus den allgemein bildenden Schulen, sondern auch im Hinblick auf das Bildungsniveau der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Anteil männlicher und weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Berufsabschluss ist in den neuen Bundesländern nur etwa halb so groß wie in der alten Bundesrepublik. Hier kommt der geringe Migrantenanteil und die umfassende berufliche Qualifizierung in der DDR zum Tragen – allerdings auch die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern, die zu einer Verdrängung

unqualifizierten Personals in die Arbeitslosigkeit geführt haben dürfte. Der Anteil Hochqualifizierter an den männlichen Beschäftigten ist in Ost- und Westdeutschland etwa gleich groß. Sehr deutlich ist der Unterschied jedoch beim Anteil Hochqualifizierter an den beschäftigten Frauen: Dieser Wert ist in den neuen Bundesländern vier Prozentpunkte höher – und damit fast doppelt so groß – wie in Westdeutschland. Hierfür dürfte neben einem höheren Bildungsniveau der Frauen in den neuen Bundesländern (aufgrund der schon frühzeitigen Einbeziehung in den Arbeitsmarkt der DDR) auch die höhere Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen eine Rolle spielen. In den alten Bundesländern wird aller Voraussicht nach die Zahl hochqualifizierter Frauen, die sich nach der Geburt von Kindern aus dem Erwerbsleben zurückziehen, größer sein als in Ostdeutschland.

Tab. 27: Bildungsindikatoren in neuen und alten Bundesländern

Indikator	Mediane der Kreisdaten (Prozent)	
	alte Bundes- länder	neue Bundes- länder
Anteil Frauen an allen Schulabgängern mit Hochschulreife, 1998 bis 2004	54,8	60,4
Anteil Frauen an allen Absolventen ohne bzw. mit Hauptschulabschluss, 1998 bis 2004	41,7	36,0
Anteil weiblicher Schulabgänger mit Hochschulreife an allen weiblichen Schulabgängern, 1998 bis 2004	23,9	29,6
Anteil männlicher Schulabgänger mit Hochschulreife an allen männlichen Schulabgängern, 1998 bis 2004	19,1	19,2
Anteil weiblicher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen weiblichen Schulabgängern, 1998 bis 2004	6,4	7,5
Anteil männlicher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen männlichen Schulabgängern, 1998 bis 2004	10,9	15,0
Anteil männlicher sozpl. Besch. ohne Berufsabschl. an allen männlichen Beschäftigten 1999-2004	18,3	11,6
Anteil weiblicher sozpl. Besch. ohne Berufsab. an allen weiblichen Beschäftigten 1999-2004	20,5	10,1
Anteil männlicher sozpl. Beschäftigter mit hoher Qualifikation an allen männlichen Beschäftigten 1999-2004	9,3	9,4
Anteil weiblicher sozpl. Beschäftigter. mit hoher Qualifikation an allen weiblichen Beschäftigten 1999-2004	4,9	8,9
Anteil weiblicher Grundschullehrer, 2001-2004 ⁵⁷	82,3	94,4

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

In den neuen Bundesländern ist das Qualifikationsniveau der weiblichen Erwerbstätigen etwa gleich hoch wie jenes der Männer, aber deutlich höher als in den alten Bundesländern. Zudem ist in Ostdeutschland fast das gesamte Lehrpersonal an Grundschulen weiblich. Gleichzeitig ist dort die Quote weiblicher Schulabgänger mit Hochschulreife fast

⁵⁷ Basierend auf zehn Bundesländern

sechs Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Männliche Jugendliche verlassen jedoch in Ost und West in etwa gleichem Ausmaß die Schulen mit Hochschulreife – in etwa 19 Prozent aller Fälle.

Im Folgenden soll mit einer multivariaten Datenanalyse den möglichen Zusammenhängen zwischen sozioökonomischer Struktur und der Bildungsbeteiligung der Geschlechter nachgegangen werden. Dazu werden folgende sozioökonomische Indikatoren für sämtliche Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands einer schrittweisen multiplen linearen Regressionsanalyse unterzogen:

Tab. 28: Indikatoren der ungleichen Bildungsbeteiligung für die multiple lineare Regression

Dimension	Unabhängige Variablen*	
Geografische Lage	1	Durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Agglomerationsraum (in Minuten)
	2	Durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum (in Minuten)
Ausbildungssituation und Arbeitsmarkt	3	Vermittlungsquote in Berufsausbildung der Frauen (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge als Anteil an Gesamtzahl neu abgeschloss. Ausbildungsverträge plus nicht vermittelter Bewerberinnen) 2002-2004
	4	Differenz der Vermittlungsquoten in Berufsausbildung (Frauen minus Männer), 2002-2004
	5	Erwerbstätigenquote Frauen 15 bis 29 Jahre, 2002-2004
	6	Differenz der Erwerbstätigenquoten (15 bis 29 Jahre), Frauen minus Männer, 2002- 2004
	7	Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer), 2002-2004
	8	Anteil weiblicher Studierender an allen Studierenden, 1998-2004
	9	Anteil weiblicher Grundschullehrer 2001-2004
	10	Anteil Schülerinnen an sämtlichen Schülern an Fachschulen (ohne medizinische Fachschulen), 1998-2004
Qualifikationsstruktur der Bevölkerung	11	Anteil Beschäftigter mit hoher Qualifikation an allen männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
	12	Anteil Beschäftigter mit hoher Qualifikation an allen weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

*Anteile und Quoten werden, sofern nicht anders angegeben, in Prozent bzw. Prozentpunkten gemessen; Datenquellen: Indikatoren 1, 2, 8, 10: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, eigene Berechnungen; Indikatoren 3, 4, 7: Bundesagentur für Arbeit, Online-Datenangebot, eigene Berechnungen; Indikatoren 5, 6, 11, 12: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, 9: Kultusministerien der Länder, eigene Berechnungen

Die geografischen Variablen wurden einbezogen um zu prüfen, in welcher Weise sich die Erreichbarkeit von Infrastruktur auf die Bildungsbeteiligung der Geschlechter auswirkt. So wird beispielsweise von Pädagogen argumentiert, die Schließung zahlreicher Gymnasien und Realschulen in kleineren Orten der neuen Bundesländer und die damit erheblich angestiegenen Fahrzeiten von Schülern, sofern sie eine höhere Schule besuchen wollen,

würden besonders die Kinder sozial schwacher Eltern benachteiligen. Diese würden dann häufig nicht entsprechend ihren intellektuellen Fähigkeiten motiviert und unterstützt, sondern überdurchschnittlich häufig auf noch am Ort befindliche Haupt- oder Sonderschulen verwiesen.⁵⁸

Die Indikatoren zum Arbeitsmarkt (insbesondere die Differenz der Erwerbstätigenquoten unter 30-Jähriger sowie die Differenz der Vermittlungsquoten in Berufsausbildung von Frauen und Männern) sollen eine Aussage darüber zulassen, ob die Bildungsbeteiligung von Mädchen und Jungen lediglich den Gegebenheiten des Arbeits- und Ausbildungsmarktes folgt – ob also Mädchen in solchen Regionen, in denen ihre Ausbildungschancen im dualen System gegenüber den männlichen Jugendlichen besonders gering sind bzw. wo Hoch- oder Fachschulen mit besonders hohem weiblichen Studierendenanteil als „Vorbilder“ für die weiblichen Jugendlichen zur Verfügung stehen, „vorbeugend“ in höhere Bildungsgänge strömen. Allerdings ist hier bei der Interpretation Vorsicht angebracht, da Ursache und Folge nicht eindeutig interpretiert werden können. Es ist ebenso denkbar, dass aufgrund der hohen Schulabschlüsse der Mädchen in den betroffenen Regionen Berufsausbildungsplätze im dualen System weniger, Studienplätze an Hoch- und Fachschulen hingegen verstärkt nachgefragt werden. Schließlich wird mit Hilfe von Indikatoren zum Anteil männlicher und weiblicher Beschäftigter mit hoher Qualifikation bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geprüft, inwiefern sich das Bildungsniveau der Bevölkerung – zugleich der Eltern und sozialen Bezugspersonen – auf den Bildungserfolg von Jungen und Mädchen auswirkt. Gleichfalls wird der Einfluss der Geschlechterstruktur der Grundschullehrer geprüft.

Ein Blick auf die Ergebnisse von Modell 1 für Kreise Ost- und Westdeutschlands (Tab. 29), welches 57,8 Prozent der Varianz der abhängigen Variable erklärt, zeigt: Den stärksten Einfluss auf den Frauenanteil an den Absolventen mit Hochschulreife hat der Anteil hochqualifizierter weiblicher Beschäftigter (Indikator 12). Interessant ist, dass gleichzeitig der Bevölkerungsanteil hochqualifizierter männlicher Erwerbstätiger einen negativen Einfluss auf die unabhängige Variable ausübt (Indikator 11): Eine hohe Qualifikation der weiblichen Bevölkerung wirkt sich vor allem zu Gunsten des Bildungsstandes der Mädchen, ein hohes Qualifikationsniveau der Männer hingegen „mildernd“ auf die überproportionale Bildungsbeteiligung der Mädchen an den Gymnasien aus. Untersuchun-

⁵⁸ So äußerte sich Prof. Ullrich Preuss-Lausitz (Humboldt- Universität zu Berlin) auf einer Veranstaltung des Berlin-Instituts zur Vorstellung der Studie „Not am Mann“ am 31.5.2007 in Berlin.

gen von Bertram und Hennig (1996) hatten ergeben, dass der Schulabschluss des Vaters ein wichtiger Faktor für den späteren Schulabschluss der Kinder ist. Wir vermuten hier zusätzlich, dass das Qualifikationsniveau des Vaters in besonderer Weise auf Bildungsaspiration und -ergebnis männlicher Kinder, das Qualifikationsniveau der Mütter jedoch insbesondere auf die Bildungsergebnisse der weiblichen Kinder wirkt. Der VIF-Indikator zur Messung von Multikollinearität überschreitet hier nicht den zulässigen Wert, die Interpretation der Werte ist also zulässig.

Tab. 29: Einflussfaktoren auf den Anteil weiblicher Schulabgänger mit Hochschulreife 1998 bis 2004, Ergebnisse der multiplen linearen Regression

		Modell 1: Deutschland		Modell 2: alte Bundesländer		Modell 3: neue Bundesländer	
		Beta	VIF	Beta	VIF	Beta	VIF
1	Fahrzeit zum nächsten Agglomerationsraum	0,0641	1,49	0,093	1,63	-0,062	1,17
2	Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum	0,0772	1,75	-0,055	1,64	-0,025	2,23
3	Vermittlungsquote Frauen 2002-2004	-0,054	3,72	-0,014	2,73	-0,177	5,26
4	Differenz Vermittlungsquoten Männer-Frauen	0,0247	3,33	-0,006	2,50	0,033	4,89
5	Beschäftigtenquote unter 30j. Frauen	-0,234***	1,96	-0,206**	2,10	-0,045	1,50
6	Differenz der Beschäftigtenquoten unter 30-Jähriger (Frauen minus Männer)	-0,072	2,06	-0,249***	1,93	-0,466***	5,64
7	Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer) 2002-2004	0,1016**	1,87	-0,092	3,40	-0,274*	5,43
8	Anteil weiblicher Studierender an Hochschulen 1998 bis 2003	0,0141	1,40	0,150**	1,50	-0,201**	1,39
9	Anteil weibl. Grundschullehrer	0,2874***	1,94	0,179**	1,66	0,101	1,36
10	Anteil weiblicher Schüler an Fachschulen an allen Fachschülern	-0,018	1,10	0,121*	1,19	-0,051	1,27
11	Anteil Besch. mit hoher Qual. an allen männl. sozpl. Beschäftigten	-0,464***	4,30	-0,074	9,63	-0,304	9,12
12	Anteil Besch. mit hoher Qual. an allen weibl. sozpl. Beschäftigten	0,5067***	5,52	0,095	10,68	-0,218	7,60
	N	323		217		106	
	Korr. R-Quadrat	0,578		0,24		0,55	
	Durbin-Watson	1,615		1,749		1,872	

Abhängige Variable: Anteil Frauen an allen Schulabgängern mit Hochschulreife 1998 bis 2004; Quelle: Eigene Berechnungen; Anmerkungen zu Signifikanzen: * = $p < 0,1$; ** = $p < 0,05$; *** = $p < 0,01$

Als drittstärkster Einflussfaktor erweist sich in dieser Analyse der Anteil weiblicher Grundschullehrer. Ein hoher Frauenanteil im Grundschullehrerberuf wirkt deutlich positiv auf eine überproportionale Bildungsbeteiligung von Mädchen (im Hinblick auf die Schulabgänger mit Hochschulreife). Auch eine stärkere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit von Frauen gegenüber Männern wirkt in Richtung einer überproportionale Bildungsbeteiligung von Frauen (Indikator 7). Ein weiterer Einflussfaktoren ist die Beschäftigtenquote der unter 30-jährigen Frauen. Wo junge Frauen insgesamt eine geringe Beschäftigtenquote aufwei-

sen, sind Frauen überproportional unter den Schulabgängern mit Hochschulreife zu finden. Hier sind Ursachen und Wirkungen nicht eindeutig zu interpretieren – denkbar ist sowohl, dass Frauen in den betreffenden Regionen verstärkt die Gymnasien besuchen, weil die weibliche Beschäftigtenquote gering ist, was auf zu wenig attraktive Arbeitsplätze für Frauen hindeutet, als auch dass umgekehrt die Beschäftigtenquote gering ist, weil die Frauen länger als Männer im Schulsystem bleiben. Zumindest der positive Zusammenhang mit der Differenz der Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern deutet jedoch darauf hin, dass es auch eine gegenüber Männern schwierige Arbeitsmarktsituation von Frauen ist, welche die Bildungsbeteiligung junger Frauen erhöht. Dies scheint besonders durch Eltern und Erzieher bzw. Lehrer als besondere Motivation an die Schülerinnen herangetragen zu werden, denn wie weiter oben gezeigt wurde, betrifft es nur die Gesamtarbeitslosenquoten, bei denen Frauen regional schlechtere Indikatoren aufweisen als Männer. Bei den Jugendarbeitslosenquoten der bis 25-Jährigen waren im betrachteten Zeitraum 2002 bis 2004 überall junge Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen (vgl. Abschnitt 9.1).

Betrachtet man mit Modell 2 nur die Analyse für die Kreise der alten Bundesländer, so wird deutlich, dass auch für diese Teilgruppe der Indikator „Anteil weiblicher Grundschullehrer“ einen signifikanten Einfluss auf die überproportionale Bildungsbeteiligung von Mädchen an den Gymnasien ausübt, wenngleich nun die erklärte Varianz deutlich geringer ist als im Modell für Kreise West- und Ostdeutschlands. Es handelt sich also nicht um einen bloßen Effekt des Ost-West-Gefälles beim Anteil weiblicher Grundschullehrer, sondern der Zusammenhang zeigt sich auch innerhalb der alten Bundesländern. Einen stärkeren Einfluss zeigt hier jedoch die Differenz der Beschäftigtenquoten von unter 30-jährigen Frauen und Männern. Auch die Variablen „Anteil weiblicher Studierender“ und „Anteil weiblicher Studierender an Fachschulen“ üben einen signifikanten Einfluss aus. Eine mögliche Interpretation dieses Ergebnisses wäre: Wo in den alten Bundesländern Frauen gegenüber den Männern vergleichsweise selten beschäftigt sind, demzufolge Arbeitsplätze für Frauen eher rar sind und wo Studienplätze in für Frauen attraktiven Bereichen zur Verfügung stehen, erwerben Mädchen häufiger als Jungen die Hochschulreife.

In der Regressionsanalyse nur für die neuen Bundesländer (Modell 3) wiederum werden nur die Indikatoren „Differenz der Beschäftigtenquoten unter 30-Jähriger, Frauen minus Männer“, „Anteil weiblicher Studierender“ sowie „Differenz der Arbeitslosenquoten Frauen minus Männer“ signifikant. Hier erweist sich der Anteil weiblicher Grundschullehrer nicht als signifikanter Einfluss. Dies liegt möglicherweise daran, dass sowohl ab-

hängige als auch die genannten unabhängige Variable (Anteil weiblicher Grundschullehrer) in den neuen Bundesländern eine zu geringe Varianz aufweisen, um signifikanten Zusammenhänge zu ermitteln. Die geringen Varianzen innerhalb Ostdeutschlands bezüglich der differenziellen Bildungsbeteiligung von männlichen und weiblichen Jugendlichen (nicht der Unterschied zu Westdeutschland) erklären sich demnach, so eine mögliche Interpretation, durch Unterschiede in der regionalen Arbeitsmarktsituation für Frauen. Ungewöhnlich ist der – alle anderen Bedingungen gleich – negative Zusammenhang mit dem Anteil weiblicher Studierender (Indikator 8). Wahrscheinlich ist dieser Zusammenhang nicht kausal zu interpretieren, sondern der Tatsache geschuldet, dass sich Hochschulen (mit hohem weiblichen Studierendenanteil) meist in Großstädten befinden und dass in den neuen Bundesländern gerade dort die Bildungsbeteiligung der Geschlechter eher ausgewogen ist.

Tab. 30: Einflussfaktoren auf den Anteil weiblicher Schulabgänger mit höchstens Hauptschulabschluss 1998 bis 2004, Ergebnisse der multiplen linearen Regression

		Modell 4: Deutschland		Modell 5: alte Bundesländer		Modell 6: neue Bundesländer	
		Beta	VIF	Beta	VIF	Beta	VIF
1	Fahrzeit zum nächsten Agglomerationsraum	0,035	1,49	0,142*	1,62	0,108	1,17
2	Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum	-0,279**	1,74	-0,445***	1,63	-0,311**	2,23
3	Vermittlungsquote Frauen 2002-2004	0,029	3,72	-0,096	2,73	0,363*	5,26
4	Differenz Vermittlungsquoten Männer-Frauen	-0,057	3,33	0,087	2,49	-0,372**	4,89
5	Beschäftigtenquote unter 30j. Frauen	0,070*	1,97	0,084	2,11	-0,145	1,50
6	Differenz der Beschäftigtenquoten unter 30-Jähriger (Frauen minus Männer)	-0,154***	2,04	-0,107	1,91	0,180	5,64
7	Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen minus Männer) 2002-2004	-0,277***	1,86	-0,221**	3,36	-0,273	5,43
8	Anteil weiblicher Studierender an Hochschulen 1998 bis 2003	0,056	1,40	0,058	1,51	0,143	1,39
9	Anteil weibl. Grundschullehrer	-0,257***	1,94	-0,350***	1,64	-0,099	1,36
10	Anteil weiblicher Schüler an Fachschulen an allen Fachschülern	-0,002	1,10	-0,050	1,19	-0,056	1,27
11	Anteil Besch. mit hoher Qual. an allen männl. sozplf. Beschäftigten	0,545***	4,29	0,612***	9,45	-0,111	9,12
12	Anteil. Besch. mit hoher Qual. an allen weibl. sozplf. Beschäftigten	-0,656***	5,54	-0,589***	10,6	0,028	7,60
N		326		220		106	
Korr. R-Quadrat		0,727		0,275		0,286	
Durbin-Watson		1,803		1,774		1,534	

Abhängige Variable: Anteil Frauen an allen Absolventen ohne bzw. mit Hauptschulabschluss 1998 bis 2004; Anmerkungen zu Signifikanzen: * = $p < 0,1$; ** = $p < 0,05$; *** = $p < 0,01$

Interessant ist der Vergleich mit der selben Analyse, ausgeführt jedoch mit dem Anteil weiblicher Absolventen an den Schulabgängern mit höchstens Hauptschulabschluss als

abhängige Variable (siehe Tab. 30). Hier liegt der Frauenanteil durchweg unter 50 Prozent, die Einflussfaktoren müssten also, so es die selben wie in der vorhergehenden Analyse sind, umgekehrte Vorzeichen aufweisen. Tatsächlich ist dies in Modell 4 (Deutschland gesamt) bei den Indikatoren 11 und 12 der Fall, die den mit Abstand stärksten Einfluss auf die abhängige Variable zeigen. Ein hoher Bevölkerungsanteil weiblicher Beschäftigter mit hoher Qualifikation wirkt sich negativ auf den Frauenanteil an den gering Gebildeten aus – während der selbe Indikator bei den Männern in umgekehrte Richtung wirkt, also eher in Richtung auf ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis. Wiederum zeigt der Frauenanteil an den Grundschullehrern einen signifikanten Zusammenhang. Weitere deutliche Zusammenhänge zeigen sich mit der Differenz der Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern (Indikator 7): In Regionen, in denen Frauen stärker als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist der Frauenanteil an den gering gebildeten Schulabsolventen tendenziell klein (positiver Zusammenhang zwischen Indikator 7 und der abhängigen Variable).

Bei Modell 5 (alte Bundesländer) bestätigt sich der Zusammenhang der Indikatoren 7, 11 und 12. Auch bei einer Analyse für die alten Bundesländer wirkt sich der Bildungsstand der männlichen Bevölkerung in Richtung ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Bildungsabschlüssen, jener der weiblichen Bevölkerung jedoch ganz klar in Richtung eines gegenüber den männlichen Jugendlichen hohen weiblichen Bildungsstandes. In die gleiche Richtung wirkt der Anteil weiblicher Grundschullehrer.

Im Modell 6 (neue Bundesländer) zeigt sich hingegen nur ein Zusammenhang mit der Vermittlungsquote von Frauen in Berufsausbildung sowie ein negativer Zusammenhang mit der Differenz der Vermittlungsquoten von Frauen und Männern. Wo Frauen selten in Berufsausbildung vermittelt werden können, ist ihr Anteil an den gering Gebildeten besonders klein (positiver Zusammenhang mit Indikator 3). Hingegen müssen Männer in der Region über bessere Vermittlungschancen als Frauen verfügen, wenn sich dies positiv auf das Geschlechterverhältnis an den Schulabgängern ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss auswirken soll. Einige der Indikatoren deuten darauf hin, dass junge Frauen unter den Bedingungen eines für sie schwierigen Arbeits- und Ausbildungsmarktes ihre Bildungsanstrengungen erhöhen, Männer jedoch unter solchen widrigen Bedingungen eher überproportional schlechte Schulabschlüsse machen.

Anders als in den Modellen 1 bis 3 übt in den Modellen 4 bis 6 die durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum einen signifikant negativen Einfluss auf die Geschlechterproportion bei den Schulabgängern ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss aus. Gerade die periphere Lage des Wohnortes scheint sich ungünstig auf die Bil-

dungsbeteiligung männlicher Jugendlicher auszuwirken. Möglicherweise werden männliche Jugendliche eher als Mädchen auf die lokale Haupt- oder Sonderschule verwiesen, wenn ein höherwertiger Schulbesuch eine weitere Anfahrt bedeutet.

12.6 Ursachen geschlechtsselektiver Wanderung – ein Strukturmodell

Im folgenden Abschnitt sollen die wichtigsten Befunde aus den vorangegangenen Analysen in Form eines Strukturmodells miteinander verbunden werden. In den Sozialwissenschaften ist die Darstellung komplexer Zusammenhangsstrukturen multivariater Daten ein attraktives Ziel. Während es die Faktorenanalyse ermöglicht, empirische Daten zu strukturieren und gemeinsame latente Faktoren zu bestimmen, ist es mit Hilfe der multivariaten Regressionsanalysen möglich, ein Modell zur Vorhersage einer abhängigen Variablen mit Hilfe von mehreren Prädiktorvariablen zu bestimmen. Die lineare Strukturgleichungsanalyse integriert diese beiden Ansätze. Mit Hilfe der linearen Strukturgleichungsanalyse ist es möglich, die Beziehungen von mehreren Prädiktorvariablen und mehreren abhängigen Variablen zu untersuchen. Dabei können sowohl beobachtete (manifeste) Variablen und aus manifesten Variablen konstruierte, nicht beobachtete (latente) Variablen in die Modellbildung einbezogen werden. Die Arbeit mit Strukturgleichungsmodellen erfordert jedoch ein weitgehendes Vorwissen über den zu beschreibenden empirischen Sachverhalt – im Strukturgleichungsmodell muss beschrieben werden, welche Variablen einander in welcher Weise beeinflussen. Die Strukturbeziehungen eines Strukturgleichungsmodells ergeben sich nicht aus Berechnungen, sondern müssen aus einem System von theoretisch begründeten Hypothesen und in anderen Untersuchungen empirisch bestätigten Hypothesen abgeleitet werden. Die statistische Auswertung kann nur zeigen, ob das aus den Hypothesen abgeleitete Strukturmodell mit den empirischen Daten übereinstimmt (Reinecke 2005; Rudolf/ Müller 2004). Zur statistischen Auswertung von Strukturgleichungsmodellen stehen spezielle Software-Programme zur Verfügung. Für die hier durchgeführten Analysen wurde das Programm AMOS (Analysis of Moment Structures) verwendet.

Auf die Konstruktion latenter Variablen wurde im vorliegenden Fall verzichtet, da sich solche aus dem verfügbaren empirischen Material nicht sinnvoll ableiten ließen. Durchgeführt wurde eine Pfadanalyse mittels manifester Variablen. Sie umfasst eine Sequenz von Regressionsanalysen, wie sie in den vorangegangenen Auswertungen bereits mehrfach verwendet wurden. Mit Hilfe der Pfadanalyse ist es möglich, korrelative Zusammenhänge so aufzulösen, dass zwischen direkten Effekten und den durch intervenie-

rende Variablen vermittelten indirekten Effekten unterschieden werden kann. Die Stärke des indirekten Effektes entspricht dabei dem Produkt der daran beteiligten direkten Effekte. Die Summe der direkten und indirekten Effekte zwischen zwei Variablen entspricht der einfachen Korrelation zwischen diesen.

Zur Konstruktion des Strukturmodells wird auf Erkenntnisse zurückgegriffen, die bereits in der Clusteranalyse sowie mit Hilfe der multivariaten Regressionen gewonnen wurden. Als abhängige Variable fungiert die Variable „Differenz der Wanderungssaldoraten Frauen – Männer (18 bis 29 Jahre)“, zu erklären ist also, welche Prädiktorvariablen auf das differenzielle Wanderungsverhalten von jungen Frauen und Männern Einfluss nehmen. Als Prädiktorvariablen, die vermutlich direkt die abhängige Variable beeinflussen, werden im Strukturmodell Variablen verwendet, die bereits in den multivariaten Regressionen einen Einfluss auf das differenzielle Wanderungsverhalten bzw. auf die differenzielle Bildungsbeteiligung gezeigt hatten – die Differenz der Arbeitslosenquoten (Frauen – Männer), die Differenz der Beschäftigtenquoten unter 30-Jähriger (Frauen – Männer. Die beiden, in den Regressionsanalysen verwendeten Variablen „Anteil männlicher bzw. weiblicher hochqualifizierter Beschäftigter“ werde in der Variable „Differenz der Anteile hochqualifizierter Beschäftigter, Frauen – Männer“ zusammengefasst.

Als endogene Variable, die sowohl die abhängige Variable beeinflusst, als auch selbst von verschiedenen exogenen Variablen beeinflusst wird, führen wie die Variable „Anteil Frauen an allen Schulabgängern mit Hochschulreife“ in das Modell ein. Wir gehen davon aus, dass – wie in der multiplen Regressionsanalyse gezeigt – die differenzielle Bildungsbeteiligung von Frauen und Männern einen deutlichen Einfluss auf das unterschiedliche Wanderungsverhalten hat. Gleichzeitig sehen wir diese Variable selbst als beeinflusst von den Variablen „Differenz hochqualifizierter Beschäftigter (Frauen – Männer), „Anteil weiblicher Grundschullehrer“, sowie vom „Anteil männlicher Beschäftigter in der Landwirtschaft je 100 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre“ Dieser Indikator repräsentiert eine von traditionellen, männlichen Berufen dominierte Branchenstruktur und erwies sich im Strukturgleichungsmodell als besser geeignet, als die in den Regressionsanalysen verwendeten sektorspezifischen weiblichen Beschäftigtenanteile.

Da wir aus den vorangegangenen statistischen Analysen bereits ein umfangreiches Wissen über die wahrscheinlichen Zusammenhänge der Modellparameter besitzen, kann eine weitgehend konfirmatorische Modellprüfung erfolgen – die beschriebenen Zusammenhänge werden mit AMOS modelliert und das Modell statistisch geprüft. Wenn das Modell eine gute Übereinstimmung mit den Daten aufweist, kann es akzeptiert werden –

ansonsten müsste es verworfen werden. Ein gutes Modell beschreibt die Daten adäquat (d.h. es zeigt model fit anhand von Prüfkriterien der Modellgüte), es ist so sparsam wie möglich, aber nicht unterkomplex.

Im Ergebnis der Analyse erhalten wir ein lineares Strukturgleichungsmodell mit sechs Freiheitsgraden (Abb. 32). Das R-Quadrat der abhängigen Variable, der Differenz der Wanderungssaldoraten von Frauen und Männern, beträgt 0,44. Da die Güte des Modells insgesamt aus den Pfadkoeffizienten und Korrelationen nicht abgelesen werden kann, müssen spezielle Kriterien der Modellgüte herangezogen werden. Modellgütekriterien überprüfen prinzipiell, ob die empirische Varianz-/Kovarianzmatrix der aus dem Modell geschätzten Varianz-/Kovarianzmatrix entspricht. Der AMOS-Output zeigt, dass die standardisierte Residualmatrix keine problematischen Werte (größer 2,5 oder kleiner -2,5) enthält. Die Kriterien der Modellgüte weisen zufrieden stellende Werte auf. Der Chi-Quadrat-Wert ist klein und das Verhältnis Chi-Quadrat/df (Anzahl der Freiheitsgrade) ist kleiner als 1:2. Der p-Wert von 0,091 zeigt an, dass die Nullhypothese – das theoretisch postulierte Modell stimmt mit den empirischen Daten überein – nicht abgelehnt werden muss. Als weitere Gütekriterien des Modells werden der „Comparative fit index“ (CFI) und der „Root mean square error of approximation“ (RMSEA) herangezogen. Der CFI liegt bei 0,994 (wobei Werte über 0,95 eine gute Modellanpassung anzeigen). Der RMSEA beträgt 0,051. In der Literatur werden für den RMSEA verschiedene Grenzwerte genannt, in der Regel gilt ein Wert unter 0,08 als zufrieden stellende, unter 0,05 als gute Modellanpassung. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass das hier vorliegende Modell basierend auf verschiedenen Kriterien der Modellgüte eine zufrieden stellende Anpassung an die empirischen Daten zeigt.

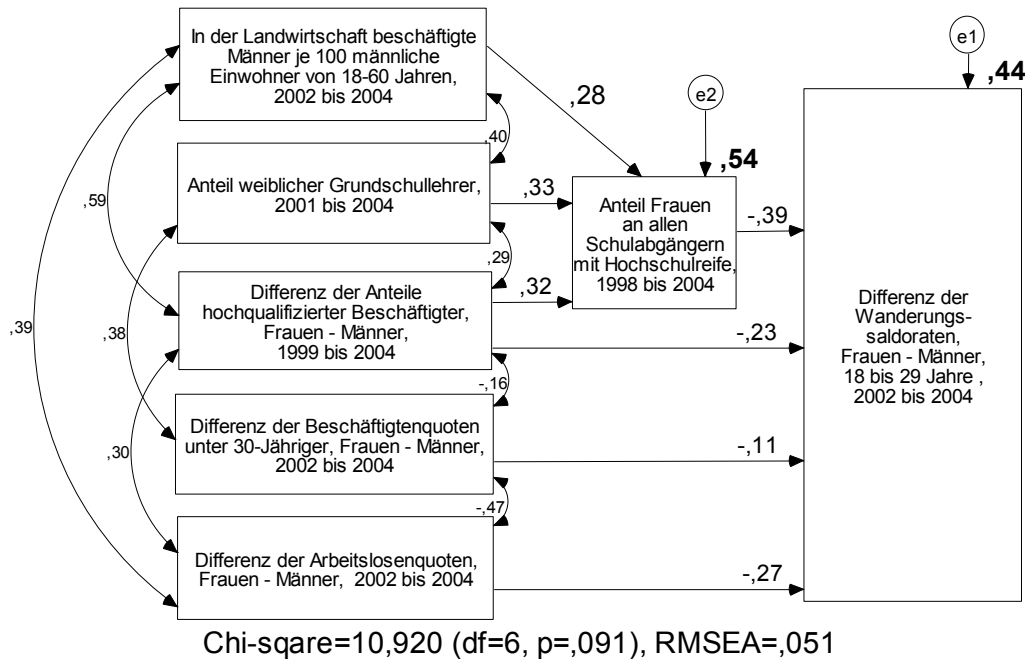


Abb. 32: Lineares Strukturgleichungsmodell, Kreise der neuen und der alten Bundesländer, N=313

Quelle: eigene Berechnungen

Die an den einfachen Pfeilen stehenden Beta-Gewichte, die Pfadkoeffizienten, zeigen, dass die überproportionale Abwanderung von Frauen (gemessen als Differenz weiblicher und männlicher Wanderungssaldoraten) am stärksten vom Frauenanteil an den Schulabgängern mit Hochschulreife, also vom Bildungsgefälle zwischen jungen Frauen und Männern bestimmt wird (Pfadkoeffizient $-0,39$). Ein hoher Frauenanteil an den Schulabgängern mit Hochschulreife wirkt in Richtung einer negativen Differenz der Wanderungssaldoraten von Frauen und Männern.

Ebenfalls einen sichtbaren Einfluss zeigt die Differenz der Arbeitslosenquote zwischen Frauen und Männern (Pfadkoeffizient $-0,27$): Wo die Differenz der Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern positiv ist, wirkt dies tendenziell in Richtung einer negativen Differenz der Wanderungssaldoraten von Frauen und Männern – deshalb der negative Pfadkoeffizient. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass nur die Gesamtarbeitslosenquoten von Frauen in vielen Kreisen der neuen Bundesländer höher sind als jene der Männer – nicht jedoch die Jugendarbeitslosenquoten, die bei Frauen durch ihre höhere Bildungsbeeteiligung und Wanderungsbereitschaft durchweg geringer als bei jungen Männern ausfällt (vgl. Abschnitt 12). Die höhere Gesamtarbeitslosenquote resultiert zu einem großen Teil aus der Gruppe der älteren Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer bis

weit in die 1990er Jahre verstärkt freigesetzt wurden und nicht die Option haben bzw. wahrnehmen, sich als Hausfrauen ganz vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen.

Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der überproportionalen Abwanderung junger Frauen ist ein im Vergleich zu den Männern hoher Qualifikationsstand der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen, repräsentiert durch die Variable „Differenz der Anteile hochqualifizierter Beschäftigter, Frauen – Männer“. Diese steht in negativem Zusammenhang mit der Differenz der Wanderungssaldoraten von Frauen und Männern. Die in den neuen Bundesländern deutlich höhere Qualifikation von Frauen wirkt also – unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen – fördernd auf die überproportionale Abwanderung von jungen Frauen. Dies dürfte sich auf direktem Weg über die durch Erwachsene, Eltern oder sonstige Bezugspersonen vermittelten Bildungs- und Berufsaspirationen junger Frauen auswirken. Auf der anderen Seite ist hier zu vermuten, dass auch die Frage der Partnerwahl eine Rolle spielt. In Regionen mit deutlich mehr höher qualifizierten Frauen als Männern stehen sozial attraktive männliche Partner nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Auch zeigt sich ein Einfluss der Variable „In der Landwirtschaft beschäftigte Männer je 100 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahren“ auf die überproportionale Bildungsbeteiligung der Frauen. Daraus lässt sich schließen, dass sich das Vorherrschen klassischer, von männlichen Beschäftigten dominierten Branchen der Wirtschaft, für welche die Landwirtschaft in besonderem Maße steht, tendenziell negativ auf die Bildungsaspiration und schließlich auf die Bildungsabschlüsse junger Männer auswirkt – so dass die Diskrepanz zwischen den Bildungsabschlüssen der Geschlechter in solchen Regionen besonders groß ist. Auch die deutliche Korrelation ($r=0,59$) zwischen den Variablen „In der Landwirtschaft beschäftigte Männer“ und „Differenz der Anteile hochqualifizierter Beschäftigter Frauen – Männer“ zeigt, dass es eben gerade solche Regionen sind, in denen das Qualifikationsniveau der Männer signifikant unter dem der Frauen liegt. Beide Faktoren wirken auf die unterschiedliche Bildungsbeteiligung der Geschlechter und letztlich auf deren disproportionale Wanderung ein.

Einen ähnlichen, wenngleich schwächeren Einfluss hat die Variable „Differenz der Beschäftigtenquoten unter 30-Jähriger, Frauen – Männer“ auf die Differenz der Wanderungssaldoraten (Pfadkoeffizient $-0,11$). Ist die Beschäftigtenquote unter 30-jähriger Männer geringer als die der Frauen (die Differenz folglich positiv) wirkt auch dies negativ auf die Differenz der Wanderungssaldoraten – also in Richtung überproportionale Abwanderung junger Frauen. Auch hier liegt es nahe, diesen Indikator nicht ökonomisch (dann wäre ja ein umgekehrtes Vorzeichen des Koeffizienten zu erwarten), sondern im Hinblick auf

den Partnermarkt zu interpretieren. Regionen mit einer gegenüber den Frauen unterproportionalen Beschäftigung von jungen Männern sind für Frauen deshalb nicht attraktiv, weil dort nur wenige sozial attraktive männliche Partner zur Verfügung stehen.

Ein Vorzug des Pfadmodells gegenüber einzelnen Regressionsanalysen ist es, dass sowohl direkte Effekte auf eine abhängige Variable, als auch indirekte Effekte, die auf andere intervenierende Variablen ausgeübt werden, dargestellt und quantifiziert werden können. Dieser Vorteil zeigt sich im vorliegenden Modell an der Variable „Anteil Frauen an den Schulabgängern mit Hochschulreife“. Diese Variable zeigt, wie bereits oben beschrieben, im vorliegenden Modell den deutlichsten Einfluss auf die Differenz der Wanderungssaldoraten. Der Anteil der Frauen an den Schulabgängern mit Hochschulreife wird aber im Modell seinerseits bestimmt durch den Anteil weiblicher Grundschullehrer und durch die Differenz der Anteile hochqualifizierter Beschäftigter. Ein hoher Frauenanteil an den Grundschullehrern sowie ein hoher Anteil hochqualifizierter weiblicher Beschäftigter gegenüber dem Anteil bei den männlichen Beschäftigten wirken offenbar deutlich positiv auf die Bildungsbeteiligung der jungen Frauen. Beides ist vor allem in den Kreisen der neuen Bundesländer der Fall. Beide Einflüsse sind etwa gleich stark. Hier lässt sich schlussfolgern, dass das hohe Qualifikationsniveau der ostdeutschen weiblichen Beschäftigten wie auch der hohe Frauenanteil im Grundschullehrerberuf unter den dort gegebenen Bedingungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, des Arbeitsmarktes und der Übernahme des dreigliedrigen Schulsystems besonders positiv auf die Bildungsaspiration der Mädchen wirkt, Jungen aber nicht in gleicher Weise profitieren.

Aus einer solchen Aggregatdatenanalyse muss nicht auf eine bewusste Bevorzugung von Mädchen bei der Bildungsmotivation geschlossen werden. Auch der Zusammenhang der überproportionalen Bildungsbeteiligung von Mädchen mit einem hohen Lehrerinnenanteil an Grundschulen muss nicht zwingend so interpretiert werden. Wir führen diese Zusammenhänge auf die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer sowie auf den Modernisierungsrückstand dieses Arbeitsmarktes zurück: Der ebenfalls deutliche Einfluss der Variablen „In der Landwirtschaft beschäftigte Männer“ auf die Bildungsbeteiligung der Geschlechter weist darauf hin, dass der hohe Anteil hochqualifizierter weiblicher Beschäftigter in Zusammenhang mit der Dominanz eher traditioneller, von Männern dominierter Branchen steht. Weil Männer in der Regel in solchen klassischen Branchen Beschäftigung fanden, wurden und werden Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich, die höhere Qualifikationen verlangen, vorwiegend von Frauen ausgeübt. Solche Frauen, die gleichzeitig Mütter und soziale Bezugspersonen von weiblichen Jugendlichen

in der Region sind, scheinen junge Frauen zu wesentlich höheren Bildungsanstrengungen zu motivieren als dies auf Seite der männlichen Jugendlichen (und deren erwachsenen männlichen Bezugspersonen) der Fall ist. Der Zusammenhang eines hohen Anteils weiblicher Grundschullehrer mit hohen Anteilen weiblicher Abiturienten ließe sich demnach als Indikator für die Dominanz weiblicher Beschäftigter im höherqualifizierten Dienstleistungsbereich interpretieren, welche im Gegensatz zur Dominanz männlicher Beschäftigter in klassischen mittel- bis geringqualifizierten Tätigkeiten, vor allem Mädchen ein Vorbild liefern und deren Bildungsaspirationen prägen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nach dem vorliegenden Strukturgleichungsmodell, welches 44 Prozent der Varianz der abhängigen Variable aufklärt, eine gegenüber den Männern überproportional negative Wanderungssaldorate von Frauen zwischen 18 und 29 Jahren von folgenden Faktoren beeinflusst wird:

- einem gegenüber männlichen Jugendlichen hohen Anteil weiblicher Schulabgänger mit Hochschulreife, der seinerseits beeinflusst wird durch:
 - einen hohen Anteil weiblicher Grundschullehrer
 - ein im Vergleich zu den männlichen Beschäftigten hohes Qualifikationsniveau der weiblichen Beschäftigten
 - einen hohen Beschäftigtenanteil in traditionellen männerdominierten Branchen
- einer gegenüber den Männern höheren Arbeitslosenquote der Frauen
- einem im Vergleich zu den männlichen Beschäftigten hohen Qualifikationsniveau der weiblichen Beschäftigten
- einer gegenüber den Frauen geringen Beschäftigungsquote junger Männer bis 29 Jahre.

13 Erkenntnisgewinn und gesellschaftspolitische Konsequenzen

13.1 Ausprägung der geschlechtsselektiven Wanderungen

Im Gesamtzeitraum 1989 bis 2005 sind per Saldo 735.000 Männer und 866.000 Frauen aus den neuen in die alten Bundesländer gezogen, der Frauenanteil am Gesamtwanderungssaldo lag bei 54,1 Prozent. Dabei zogen zunächst, in den Jahren 1989 und 1991 noch mehr Männer als Frauen fort, seit 1991 übersteigt die Zahl der abwandernden Frauen jene der Männer. Unterlag der Frauenanteil am Wanderungssaldo in den ersten Jahren dieses Zeitraums noch starken Schwankungen, pendelte er sich in den letzten Jahren bei 54 Prozent ein und entspricht damit in etwa auch dem Frauenanteil am kumulierten Wanderungssaldo. Diese Disproportion entsteht im Wesentlichen in der wanderungsintensiven Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen, die allein mehr als 50 Prozent des Gesamtwanderungssaldos ausmacht. Hier verlassen junge Frauen als 18 bis 24-Jährige stark überproportional die neuen Bundesländer als Ausbildungs- und Arbeitsplatzwanderer (60 Prozent Frauenanteil am Wanderungssaldo), kehren aber nach dieser Phase, als 25- bis 29-Jährige, nicht in gleicher Weise überproportional häufig zurück (45 Prozent Frauenanteil am Wanderungssaldo), sondern entscheiden sich häufiger als Männer zum dauerhaften Bleiben in den alten Bundesländern. Als Ergebnis dieser disproportionalen Wanderung ist in den neuen Bundesländern eine unausgewogene Geschlechterproportion in der Wohnbevölkerung entstanden. Bei einer normalen Geschlechterproportion von 0,97 (97 Frauen je 100 Männer in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen) lag die Geschlechterproportion in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) im Jahr 2005 nur bei 0,90.

Innerhalb der neuen Bundesländer fand auf kleinräumiger Ebene eine Polarisierung der Geschlechterproportion statt. Frauen verlassen vor allem den ländlichen Raum und altindustrialisierte Gebiete der neuen Bundesländer, kreisfreie Städte weisen meist eine günstigere Geschlechterproportion als Landkreise auf. Großstädte haben in wenigen Fällen einen normalen oder gar überproportionalen Frauenanteil an der Wohnbevölkerung. Dies trifft insbesondere auf Berlin zu, wo der Frauenanteil seit Mitte der 1990er Jahre deutlich angestiegen ist. Die unausgewogensten Geschlechterproportionen in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen wiesen im Jahr 2005 Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen mit 0,77 (Uecker-Randow) bzw. 0,78 (Parchim, Ilm-Kreis) auf.

Bei differenzierter Analyse der Wanderungssalden nach Fortzügen und Zuzügen lässt sich feststellen, dass die Fortzugshäufigkeit von Frauen und Männern aus den neuen in die

alten Bundesländer auf großräumiger Ebene beinahe identisch ist, hingegen kommen Zuzüge in das neue Bundesgebiet bei Frauen deutlich seltener vor als bei Männern – hieraus resultiert der stärker negative Wanderungssaldo bei den Frauen. Betrachtet man jedoch ostdeutsche Flächenländer oder Landkreise separat, so liegen hier auch die Fortzugsraten der Frauen deutlich über jenen der Männer, wobei zusätzlich die Zuzugsraten der Frauen deutlich geringer sind als diejenigen der Männer. Die Wanderungsbewegungen (im Sinne einer per Saldo überproportionalen Wanderung von Frauen) sind insgesamt in die alten Bundesländer bzw. innerhalb der neuen Bundesländer in einige Großstädte und in die Hauptstadt Berlin gerichtet.

Als Ursache der überproportionalen Abwanderung von Frauen vermuten vorliegende Studien Demodernisierungsphänomene auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Frauen hätten einen Teil des „Gleichstellungsvorsprungs“, den sie in der DDR hatten, wieder eingebüßt und hätten besonders schlechte Chancen auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. Abwandererbefragungen kommen jedoch auch zu dem Ergebnis, dass Frauen als häufigsten Wegzugsgrund einen nichtberuflichen Grund angeben, insbesondere den Zuzug zu einem Partner, während Männer deutlich häufiger als Frauen berufliche Gründe für einen Wegzug nennen. Insofern wird von vorliegenden Studien eine Mischung aus beruflichen und privaten Motiven für den überproportionalen Fortzug junger Frauen aus den neuen Bundesländern angenommen, ohne dass jedoch Aussagen über deren genaue Gewichtung gemacht werden können, die den Unterschied zum Wanderungsverhalten der Männer erklären.

13.2 Historische Bedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechterarrangements

Die Geschlechterverhältnisse in der DDR waren, in Bezug auf Bildungs- und Erwerbsbeteiligung, von einer gegenüber der BRD-Gesellschaft größeren Gleichstellung zwischen Männern und Frauen geprägt. Gleichwohl zeichnete sich das Erwerbssystem in der DDR durch eine hohe geschlechtsspezifische Segmentierung aus. Da die DDR eine klassische Industriegesellschaft mit erheblichem Modernisierungsrückstand und permanentem Arbeitskräftemangel war, wurde eine Zuweisung von Männern auf physisch anstrengende, häufig geringere Qualifikationen erfordernde Tätigkeiten in Industrie, Bau und Landwirtschaft beibehalten, während sich qualifizierte Dienstleistungsberufe in Erziehung, Bildung, Gesundheit und Verwaltung als Domänen weiblicher Beschäftigung entwickelten. Der

Anteil stark frauendominierter Berufe war gegen Ende der 1980er Jahre in der DDR deutlich größer als in der Bundesrepublik, in den 1980er Jahren war der Anteil hochqualifizierter weiblicher Beschäftigter (mit Fach- oder Hochschulabschluss) bereits größer als jener der Männer. Knappheiten im DDR-Wirtschaftssystem (etwa die Nichtverfügbarkeit von Handwerkern für den privaten Bereich), die Lohnpolitik der Staatsführung (Arbeiter in der Industrie hatten häufig ein höheres Einkommen als Beschäftigte im Dienstleistungsbereich) und auch die Propaganda der DDR-Führung trugen dazu bei, dass der sozioökonomische Status von manuellen, handwerklichen Berufen in der DDR erheblich über dem Status von Dienstleistungsberufen lag, mitunter selbst dann, wenn letztere eine akademische Bildung verlangten (vgl. Abschnitt 9).

Trotz Übernahme des westdeutschen Wirtschafts- und Bildungssystems und des enormen wirtschaftlichen Strukturwandels in den neuen Bundesländern und einem Ansteigen der weiblichen Bildungs- und Erwerbsbeteiligung in den alten Bundesländern, blieben eine Reihe von Unterschieden zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen. So war im Jahr 2004 die Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen mit 73,4 Prozent weiterhin deutlich höher als in Westdeutschland (64,5 Prozent) und ging damit in den neuen Bundesländern trotz des äußerst schwierigen Arbeitsmarktes nach 1990 lediglich um etwa vier Prozentpunkte zurück (Wanger 2006: 10). Auch blieb die Teilzeitquote der Frauen in den neuen Bundesländern mit 38 Prozent (2004) nach wie vor deutlich unter jener der westdeutschen Frauen (51 Prozent). Die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen liegt demnach bis heute deutlich über jener westdeutscher Frauen. Man kann hier von einer weiteren Wirksamkeit der aus der DDR-Gesellschaft herrührenden spezifisch ostdeutschen Geschlechterarrangements sprechen.

Die These, Frauen seien generell die Verlierer der ostdeutschen Arbeitsmarktentwicklung, trifft in dieser Verallgemeinerung nicht zu. Zwar verloren zu Beginn des Strukturwandels der ostdeutschen Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre vor allem Frauen ihre Arbeitsplätze, besonders im verarbeitenden Gewerbe sank der Frauenanteil deutlich und in der zu dieser Zeit expandierenden Baubranche fanden vor allem Männer Beschäftigung. Doch bereits seit 1994 verschlechterte sich die relative Situation der Frauen gegenüber den Männern auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht mehr. Seit 1995 ist der von Frauen geleistete Anteil am Gesamtarbeitsvolumen der neuen Bundesländer gestiegen und lag im Jahr 2004 mit 43,4 Prozent über dem Wert von 1991 (42 Prozent). Diese Entwicklung war vor allem auf den Arbeitsplatzabbau in klassischen Männerberufen – im verarbeitenden Gewerbe, im primären Sektor und am Bau – zurückzuführen, während weiblich dominierte

Branchen, vor allem Bildung, Gesundheitswesen und öffentliche Verwaltung, weitgehende Beschäftigungsstabilität erlebten. Die Arbeitslosenquote der Männer näherte sich immer mehr dem Wert der Frauen an und überstieg diesen seit dem Jahr 2002. Im Jahr 2004 waren in den neuen Bundesländern geringfügig mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt und die weibliche Arbeitslosenquote lag 1,1 Prozentpunkt *unter* jener der Männer (Abschnitt 10).

Nicht bestätigt hat sich die Vermutung, die Investitionen in den wirtschaftlichen Strukturwandel der neuen Bundesländer hätten lediglich zur Schaffung von männertypischen Industriearbeitsplätzen geführt, nicht aber zum Ausbau des Dienstleistungssektors, in dem vorwiegend Frauen beschäftigt sind. Eine detaillierte Analyse der Arbeitsplatzdichte in verschiedenen Branchen ergibt, dass die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sowohl als Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch bezogen auf die geschlechtsspezifische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in fast allen Branchen, in denen vorzugsweise Frauen beschäftigt sind, gleich hoch oder höher liegt als in den alten Bundesländern (Abschnitt 10.5). Während die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen je 100 Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren in den neuen Bundesländern mit 53 zwei Prozentpunkte über dem Wert in Westdeutschland liegt, liegt die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Männer je 100 männliche Einwohner dieses Alter 13 Punkte unter dem Wert in Westdeutschland (50 je 100 Ost, 63 je 100 West). Es wäre also viel eher von einer strukturellen Benachteiligung von Männern auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zu sprechen. Auch eine Analyse der Erwerbseinkommen (Brutto-Stundenlöhne) zeigt, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle in den neuen Bundesländern eher geringer als in Westdeutschland ist und dass Männer in den alten Bundesländern einen größeren Einkommensvorteil als Frauen gegenüber ihren Geschlechtsgenossen in den neuen Bundesländern erzielen können (Abschnitt 10.6) – Faktoren, die eher eine überproportionale Abwanderung von Männern vermuten ließen.

Hingegen kam es in den neuen Bundesländern seit Anfang der 1990er Jahre zu einer enormen weiblichen Bildungsexpansion. Zwischen 1992 und 2000 erhöhte sich der Anteil weiblicher Schulabgänger mit Fach- oder Hochschulreife von 18,5 auf 33,5 Prozent (bezogen auf die alterstypische Bevölkerung, vgl. Tab. 17) – bei den Männern stieg sie lediglich auf 20 Prozent, während gleichzeitig der Anteil männlicher Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf 15 Prozent anwuchs (bei den Frauen nur 7,5 Prozent). Das Bildungsgefälle zwischen Frauen und Männern ist in den neuen Bundesländern weit größer als in Westdeutschland. Von allen weiblichen Absolventen allgemeinbildender Schulen in den

neuen Bundesländern von 1995 bis 2004 erreichten 31,4 Prozent die Hochschulreife (Männer 20,9 Prozent), nur 7,4 Prozent der weiblichen Absolventen blieben ohne Hauptschulabschluss (Männer 14,4 Prozent; vgl. Abb. 26).

Vorliegende Erklärungsversuche zum Zurückbleiben männlicher Jugendlicher im allgemein bildenden Schulsystem – wie die Feminisierung von Bildung und Erziehung oder die exzessive Mediennutzung durch männliche Jugendliche – sind nicht eindeutig belegt und scheinen allein nicht geeignet, eine ausreichende Erklärung für das geschlechtsspezifische Bildungsgefälle in den neuen Bundesländern zu liefern.

Das eingetretene Bildungsgefälle zwischen jungen Frauen und Männern (Abschnitt 10.7) dürfte einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der überproportionalen Abwanderung junger Frauen aus den neuen Bundesländern liefern. Hierbei bestätigte sich die Vermutung einer Dominanz „männerspezifischer“ tertiären Ausbildungseinrichtungen bzw. Ausbildungsgänge in den neuen Bundesländern als Ursache für die überproportionale Abwanderung von Frauen nicht (Abschnitt 6). Vielmehr spielt neben ökonomischen Erwägungen auch das Partnerwahlverhalten eine Rolle. Die Tendenz zu bildungshomogenen Partnerschaften oder Aufwärtspartnerschaften (in Bezug auf Bildung und sozialen Status des Partners) trägt dazu bei, dass Frauen aus den neuen Bundesländern häufiger als Männer Partnerschaften mit Personen aus dem westlichen Teil der Bundesrepublik eingehen und dadurch häufiger im anderen Landesteil sesshaft werden (Abschnitt 7, Abschnitt 12.1).

13.3 Zusammenfassung der Ergebnisse

In der vorliegenden Analyse wurde versucht zu zeigen, dass das Phänomen der überproportionalen Abwanderung junger Frauen aus den neuen Bundesländern im Zeitraum von 1989 bis 2005 nicht allein als Resultat der Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern gesehen werden kann. Vielmehr ist sie Resultat der Kollision eines Geschlechterarrangements, das seine Wurzeln in der DDR-Geschichte hat und als familiäre Prägung auch an die jüngeren Generationen Ostdeutscher weitergegeben wurde, mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Wiedervereinigung. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 ermöglichte den freien Personenverkehr zwischen zwei ökonomisch sehr verschiedenen Territorien, ohne dass staatliche, bürokratische, kulturelle oder sprachliche Grenzen überwunden werden mussten. Der tief greifende wirtschaftliche Strukturwandel in den neuen Bundesländern brachte eine faktische Deindustrialisierung weiter Landesteile mit sich, von der männliche Erwerbstätige sogar stärker als weibliche betroffen waren, und bis heute herrscht in den neuen Bundesländern insbe-

sondere ein Mangel an Industriearbeitsplätzen, die typischerweise von Männern eingenommen werden. Anhand verschiedener Arbeitsmarktindikatoren lässt sich zeigen, dass ostdeutsche Frauen von der Arbeitsangebotsseite her weder gegenüber ostdeutschen Männern noch gegenüber westdeutschen Frauen in einer Weise benachteiligt sind, welche die überproportionale Abwanderung in Form eines simplen Push-Pull-Modells erklären könnte. Allerdings konnte das hohe Niveau der weiblichen Erwerbsbeteiligung wie vor der Wiedervereinigung nicht beibehalten werden. Der hohe formale Bildungsstand ostdeutscher Frauen (seien sie heute Mütter, Erzieherinnen oder Lehrerinnen), ihre nicht nur aus materiellen Erwägungen, sondern aus einer hohen Wertigkeit von Erwerbstätigkeit gespeiste hohe Erwerbsneigung wie auch ihre berufliche Orientierung auf qualifizierte Dienstleistungsberufe wird unter den Bedingungen einer schwierigen Arbeitsmarktsituation als biografische und familiäre Prägung an die nachfolgende Generation weitergegeben. Dies hat sich unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen in einer deutlichen Zunahme der weiblichen Bildungsaspiration und letztlich der weiblichen Bildungsbeteiligung ausgewirkt. Das von der Bundesrepublik übernommene dreigliedrige Schulsystem wird hier als verstärkender Faktor gesehen, denn es macht den Bildungsweg von Schülerinnen und Schülern in besonderem Maße von Erwartungen und der Motivation durch Eltern und sonstige Bezugspersonen abhängig.

Bei einem Teil der Männer in den neuen Bundesländern ist ein solcher Zusammenhang gegenwärtigen Verhaltens mit dem Geschlechterarrangement der Vorwendezeit unter entgegengesetzten Vorzeichen feststellbar: Die tief greifende Entwertung, welche typisch männliche Berufe und Tätigkeiten durch den ökonomischen Strukturwandel in den neuen Bundesländern erfahren haben, führte weniger zu einer Anpassung des Bildungs- und Ausbildungsverhaltens, sondern eher zu einer Beharrung auf klassischen Bildungs- und Ausbildungswegen. Das traditionelle männliche Rollenbild in den neuen Bundesländern erweist sich offenbar als weniger anpassungsfähig an die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und junge Männer fallen dadurch vor allem bei den Bildungsabschlüssen gegenüber jungen Frauen deutlich zurück. Wir sehen vor allem die stärkere Motivation junger Frauen durch ihre häufig sehr gut qualifizierten Mütter, Erzieherinnen und Lehrerinnen als Ursache ihrer überproportionalen Bildungsaspiration und Bildungsbeteiligung in den neuen Bundesländern. Das in den neuen Bundesländern eingetretene erhebliche Bildungsgefälle zwischen jungen Frauen und Männern sehen wir als Hauptursache ihrer disproportionalen Abwanderung aus den meisten Regionen der neuen Bundesländer.

Der mitunter beklagte Verlust des Gleichstellungsvorsprungs von Frauen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung mag für ältere Frauen in Bezug auf ihre Arbeitsmarktlage gelten. An dem prinzipiellen Anspruch, den junge Frauen aus den neuen Bundesländern auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe erheben, hat sich jedoch nichts geändert. Sie setzen diesen Anspruch in Handeln um, welches letztlich in der höheren räumlichen Mobilität ostdeutscher Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahre resultiert. Die gleichzeitige Modernisierung der westdeutschen Wirtschaft seit 1990 – ihre Tertiarisierung, das Wachstum des medizinischen und des Bildungssektors – kommen hier den beruflichen Zielen und Qualifikationen der ostdeutschen Frauen entgegen und eröffneten ihnen außerhalb Ostdeutschlands eine bessere Nutzung ihres Humankapitals als dies Männern möglich war. Dennoch dürfte die weiterhin schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Westdeutschland dazu beitragen, dass für Frauen bei der Partnersuche formaler Bildungsstand und sozioökonomischer Status des Partners – aus Gründen der ökonomischen Absicherung der Familie – wieder eine größere Rolle spielen als dies unter den Bedingungen der DDR-Gesellschaft der Fall war. Dies dürfte dazu beitragen, dass Partnerschaften zwischen Frauen aus den neuen und Männern aus den alten Bundesländern deutlich häufiger vorkommen als in umgekehrter Konstellation. Das Partnerwahlverhalten wirkt so als zusätzlicher „Pull“-Faktor für ostdeutsche Frauen in Richtung alte Bundesländer.

13.4 Gesellschaftspolitische Konsequenzen

Die Abwanderung junger Frauen aus den neuen Bundesländern und das dadurch eingetretene Geschlechterungleichgewicht in der Wohnbevölkerung wurde in der Vergangenheit häufig ausschließlich als Resultat der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt diskutiert. Nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie muss jedoch auch nach einer Benachteiligung der jungen Männer – insbesondere im Bildungssystem – gefragt werden. Das nicht nur räumliche, sondern auch soziale Zurückbleiben eines Teils der jüngeren männlichen Bevölkerung der neuen Bundesländer lässt sich als Resultat eines nicht mehr zeitgemäßen männlichen Rollenbildes, das weniger auf Bildung und mehr auf physische Belastbarkeit setzt, sehen. Die Entwertung dieses klassischen männlichen Rollenverständnisses durch das massenhafte Wegbrechen der entsprechenden Berufe dürfte auch der rückwärtsgewandten Ideologie rechtsextremer Parteien in die Hände spielen, die in den neuen Bundesländern besonders unter jungen Männern hohe Zustimmung und zahlreiche Wählerstimmen finden (Kröhnert/ Klingholz 2007).

Wir sehen, vor dem Hintergrund der in der vorliegenden Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse, keine Möglichkeit, das regionale Geschlechterungleichgewicht durch kurzfristige Maßnahmen wie etwa „Zuzugsprämien“ für junge Frauen, wie sie ab und an in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, zu kompensieren⁵⁹. Aus unserer Sicht ziehen junge Frauen nicht häufiger als Männer weg, weil sie ihnen gegenüber im Nachteil, sondern weil sie in Bezug auf ihr Humankapital und ihre Motivation im Vorteil sind. Sie entscheiden sich aufgrund ihres höheren Bildungsstandes und ihrer höheren Erwartungen sowohl an die eigene berufliche Entwicklung als auch in Bezug auf Partnerwahl und Familiengründung für den Fortzug.

Als gesellschaftspolitische Konsequenz dieses Befundes scheint es uns nötig, die Chancengleichheit der Geschlechter nicht lediglich im Hinblick auf die oberen Hierarchieebenen von Wirtschaft und Gesellschaft zu diskutieren, wo Frauen noch immer im Nachteil sind. Stärker als bisher sollte das Augenmerk darauf gelenkt werden, dass es in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterschiedliche Benachteiligungen und somit unterschiedlichen Förderbedarf gibt. Im allgemein bildenden Schulsystem, insbesondere der neuen Bundesländer, besteht offensichtlich ein besonderer Förderbedarf für männliche Kinder und Jugendliche. Vor allem die öffentliche Thematisierung des Zurückbleibens der männlichen Kinder und Jugendlichen im Bildungssystem ist hier von Nöten. Sowohl Eltern als auch Lehrer und Erzieher müssen hier für das schlechte Abschneiden der Jungen gegenüber den Mädchen sensibilisiert werden, denn deren Entscheidungen und Motivation spielt eine entscheidende Rolle bei der Selektion in verschiedene Schulformen. Die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und die Einführung von Ganztagschulen ist hier ein auch in anderen Zusammenhängen häufig diskutierter Weg, problematische Selektionsentscheidungen von Erziehungsberechtigten und Lehrern auszuschalten. Vor allem in den neuen Bundesländern ist auch ein höherer Anteil von männlichem Erziehungs- und Lehrpersonal erstrebenswert, um männlichen Kindern und Jugendlichen positive Rollenvorbilder einer modernen Männlichkeit zu bieten, so wie dort die ostdeutschen Mädchen von ihren Müttern und Lehrerinnen schon heute eine moderne Weiblichkeit vorgelebt bekommen.

⁵⁹ Eine „Zuzugsprämie“ für junge Frauen wurde etwa vom Bürgermeister der sächsischen Stadt Freital im Jahr 2007 vorgeschlagen.

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Anteil weiblicher Auswanderer aus 26 Regionen (counties) in Irland, 1852-1921	26
Tab. 2: Wegzugsgründe von zwischen Januar 2000 bis Juni 2001 aus Sachsen fortgezogenen Bürger ab 18 Jahre	35
Tab. 3: Studierende je 1000 Einwohner sowie Anteil weiblicher Studierender nach Bundesländern sowie nach Ost- und Westdeutschland, 2004	37
Tab. 4: Vergleich der Bildungsstruktur der aus Sachsen Fortgezogenen und der sächsischen Bevölkerung (ab 18 Jahre) nach dem höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss, 2002	39
Tab. 5: Typen von Rückkehrern und ihre Rückwanderungsgründe nach Dienel et al. (2006)	41
Tab. 6: Typen von Rückwanderung nach Cerase	41
Tab. 7: Eheschließungen und Bildungsstand von Frauen und Männern in Deutschland nach Geburtsjahrgängen	46
Tab. 8: Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht und Veränderung der Geschlechterproportion in den 20 zwischen 1991 und 2001 am stärksten von überproportionaler Abwanderung von Frauen betroffenen Regionen der Europäischen Union (EU25)	53
Tab. 9: Wanderungssaldo der neuen mit den alten Bundesländern nach Geschlecht und Altersgruppen, 1991 bis 2005*	59
Tab. 10: Bildungsbeteiligung in der BRD und der DDR nach Geschlecht, 1980-1990	84
Tab. 11: Frauenerwerbsquote in der DDR und der BRD von 1955/1960 bis 1989	85
Tab. 12: Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren in der DDR und BRD, 1960-1989	86
Tab. 13: Durchschnittlicher Männeranteil und Geschlechtstypik von Tätigkeiten im Erwerbsverlauf in der DDR (Geburtskohorten 1951-53, 1959-61) und in der BRD (Geburtskohorten 1954-56, 1959-61) in Prozent	88
Tab. 14: Geschlechtersegregation bei Berufen* in der dualen Ausbildung in den neuen und alten Bundesländern, 2004	112

Tab. 15: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter sowie Arbeitsplatz- dichte nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen in den neuen und alten Bundesländern, 2004	115
Tab. 16: Bruttoverdienst je Arbeitsstunde nach Geschlecht und Kreistyp, 2004	118
Tab. 17: Anteil der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen an der alters- typischen Bevölkerung (in Prozent) nach Abschlussart in den alten und neuen Bundesländern, 1960-2000	120
Tab. 18: Gegenwärtige Partnerschaften der 20- bis 39-Jährigen nach Herkunft der Befragten und der Partner, 2000	136
Tab. 19: Gegenwärtige Partnerschaften von 20- bis 39-Jährigen nach gegen- wärtigem Aufenthaltsort, Herkunft der Befragten und der Partner	138
Tab. 20: Erster allg. bildender Schulabschluss von Frauen (20-39 J.), die in der DDR (ohne Berlin) geboren sind, zum Befragungszeitpunkt einen festen Partner hatten, und Schulabschluss der Partner	139
Tab. 21: Erster allgemein bildender Schulabschluss von Frauen (20-39 J.), die in der DDR (ohne Berlin) geboren wurden, zum Befragungszeitpunkt einen festen Partner mit Herkunft aus den alten Bundesländern (ohne Berlin) hatten, sowie Schulabschluss der Partner	139
Tab. 22: In die Clusteranalyse einbezogene Indikatoren	144
Tab. 23: Regionale Milieus geschlechtsselektiver Wanderung, Mittelwerte der Clusterzentren	146
Tab. 24: Indikatoren der geschlechtsselektiven Wanderungen für die multiple lineare Regression	153
Tab. 25: Einflussfaktoren auf die geschlechtsselektive Abwanderung (18-24 Jahre), Ergebnisse der schrittweisen multiplen linearen Regression	157
Tab. 26: Einflussfaktoren auf die geschlechtsselektive Abwanderung (18-29 Jahre), Ergebnisse der schrittweisen multiplen linearen Regression	161
Tab. 27: Bildungsindikatoren in neuen und alten Bundesländern	164
Tab. 28: Indikatoren der ungleichen Bildungsbeteiligung für die multiple lineare Regression	165
Tab. 29: Einflussfaktoren auf den Anteil weiblicher Schulabgänger mit Hoch- schulreife 1998 bis 2004, Ergebnisse der multiplen linearen Regression	167

Tab. 30: Einflussfaktoren auf den Anteil weiblicher Schulabgänger mit höchstens Hauptschulabschluss 1998 bis 2004, Ergebnisse der multiplen linearen Regression	169
---	-----

Tabellen in Anhang

Tab. A 1: Wanderungssaldo der DDR mit der BRD bzw. der neuen mit den alten Bundesländer, 1961-2005 (alte Bundesländer bis 2001 einschließlich Berlin-West, ab 2001 ohne Berlin)	206
Tab. A 2: Zuzugs- und Fortzugsraten nach Regionstypen und Altersgruppen (Mittelwerte der Kreisdaten) im Zeitraum 2002-2004	207
Tab. A 3: Wirtschaftlich Tätige ab 14 Jahre mit erlerntem Hochschulberuf, die zum Befragungszeitpunkt in diesem Beruf tätig waren, Ergebnisse der Volkszählung 1981 der DDR, gesamt, weiblich und Frauenanteil	207
Tab. A 4: Wirtschaftlich Tätige ab 14 Jahre mit erlerntem Fachschulberuf, die zum Befragungszeitpunkt in diesem Beruf tätig waren, Ergebnisse der Volkszählung 1981 der DDR, gesamt, weiblich und Frauenanteil	208

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Typen von Migration nach zeitlichen Kriterien	14
Abb. 2: Wanderungssaldoraten nach Altersjahren und Geschlecht in Deutschland 2005 (Zu- und Fortzüge über Ländergrenzen je 1000 Einwohner)	23
Abb. 3: Einwanderung in die USA, Anteil weiblicher Einwanderer, 1860-1979	27
Abb. 4: Frauenanteil am Wanderungssaldo Deutschlands mit dem Ausland, 1990 bis 2004	29
Abb. 5: Wegzugsgründe der im Jahr 2002 aus Sachsen-Anhalt in ein anderes Bundesland gezogenen Personen (18 bis 35 Jahre) nach Geschlecht (in Prozent)	34
Abb. 6: Monatliches Nettoeinkommen und Lebensformen ab 35-jähriger Männer in Deutschland, 2002	48
Abb. 7: Geschlechterproportion in europäischen Regionen, 2004 (Frauen/ Männer, 20 bis 29 Jahre)	56
Abb. 8: Wanderungen der neuen mit den alten Bundesländern* (Zuzüge und Fortzüge), 1991 bis 2004	60
Abb. 9: Zuzüge und Fortzüge über Kreisgrenzen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin), 1995 bis 2005, nach Geschlecht	63
Abb. 10: Differenz der Fortzugsraten Frauen minus Männer, 18 bis 29 Jahre, 2002-2004 (Promille)	64
Abb. 11: Differenz der Zuzugsraten Frauen minus Männer, 18 bis 29 Jahre, 2002-2004 (Promille)	64
Abb. 12: Zuzugs- und Fortzugsraten der 18- bis 29-jährigen Bevölkerung (Zu- bzw. Fortzüge je 1000 männliche bzw. weibliche Einwohner, Mittelwerte der Kreise) nach Landkreisen und kreisfreien Städten in den alten und neuen Bundesländern, 2002-2004	66
Abb. 13: Entwicklung der Geschlechterproportion in der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren (Frauen/Männer) im Zeitraum 1991 bis 2004 in den neuen Bundesländern und Berlin	68
Abb. 14: Geschlechterproportion (Verhältnis Frauen/ Männer) für die Altersjahre 18 bis 39 in den alten und neuen Bundesländern, 1991-2004	69

Abb. 15: Geschlechterproportion der 18- bis 29-Jährigen in Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschland, 1995 und 2004 (Frauen/ Männer)	71
Abb. 16: Zusammenhang zwischen Geschlechterproportion der 18- bis 29-jährigen Bevölkerung (2004) und den Differenzen der Wanderungssaldoraten (18- bis 29-Jährige) von Frauen und Männern	72
Abb. 17: Frauenanteil in Berufen der Bereiche Pharmazie/ Medizin und Bildung sowie an allen Hoch- und Fachschulberufen der DDR, 1981	91
Abb. 18: Arbeitslosenquote und Zahl der Erwerbstätigen nach Geschlecht in den neuen Bundesländern, 1991-2004	94
Abb. 19: Geleistetes Arbeitsvolumen (in Millionen Stunden) von Männern und Frauen in den neuen Bundesländern, 1991-2004	95
Abb. 20: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) nach Branchen 1999 und 2004 (in Prozent aller Beschäftigten)	96
Abb. 21: Differenz der Arbeitslosenquoten* Frauen minus Männer, 2002-2004 (Prozentpunkte)	97
Abb. 22: Differenz der Jugendarbeitslosenquoten* Frauen minus Männer, 2002-2004 (Prozentpunkte)	98
Abb. 23: Differenz der Vermittlungsquoten in eine Berufsausbildung, Frauen minus Männer, 2002-2004 (Prozentpunkte)	105
Abb. 24: Vermittlungsquoten in Berufsausbildung, Frauen, 2002-2004 (Prozent)	106
Abb. 25: Frauenanteil an allen Schülern an Berufsfachschulen und Fachschulen in den alten und neuen Bundesländern, 1996-2004	110
Abb. 26: Anteile an allen Absolventen allgemein bildender Schulen nach Geschlecht und Bildungsabschluss, 1995-2004	121
Abb. 27: Frauenanteil an allen Schulabgängern mit Hochschulreife in Prozent, 1998-2004	123
Abb. 28: Frauenanteil an allen Schulabgängern ohne bzw. mit höchstens Hauptschulabschluss in Prozent, 1998-2004	123
Abb. 29: Anteil Lehrerinnen am Lehrpersonal an allgemein bildenden Schulen in Deutschland in Prozent, 1960- 2004	128
Abb. 30: Regionale Typisierung geschlechtsselektiver Wanderungen, Ergebnisse der Clusteranalyse	150

Abb. 31: Anteil weiblicher Grundschullehrer in zehn Bundesländern, Landkreise und kreisfreien Städte, 2001-2004 (Mediane, Quartile und Extremwerte)	163
Abb. 32: Lineares Strukturgleichungsmodell, Kreise der neuen und der alten Bundesländer, N=313	174

Abbildungen im Anhang

Abb. A 1: Wanderungssaldoraten Frauen, 18 bis 24 Jahre, in Promille, 2002-2004	209
Abb. A 2: Differenz der Wanderungssaldoraten Frauen minus Männer, 1 8 bis 24 Jahre, in Promille, 2002-2004	209
Abb. A 3: Wanderungssaldoraten Frauen, 25 bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004	210
Abb. A 4: Differenz der Wanderungssaldoraten Frauen minus Männer, 25 bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004	210
Abb. A 5: Fortzugsraten* der Frauen, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004	211
Abb. A 6: Zuzugsraten* der Frauen, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004	211
Abb. A 7: Fortzugsraten* der Männer, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004	212
Abb. A 8: Zuzugsraten* der Männer, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004	212
Abb. A 9: Anzahl weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 1000 weibliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004	213
Abb. A 10: Anzahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 1000 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahren, 2002-2004	213
Abb. A 11: Anzahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe je 1000 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004	214
Abb. A 12: Anzahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Baugewerbe je 1000 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004	214

Abb. A 13: Anzahl weiblicher Erwerbstätiger in Bildung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen* je 1000 weibliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004	215
Abb. A 14 Anzahl weiblicher Erwerbstätiger im Öffentlichen Dienst* je 1000 weibliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004	215
Abb. A 15: Hochqualifizierte sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer je 1000 männliche Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren, 2002-2004	216
Abb. A 16: Hochqualifizierte sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen je 1000 weiblich Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren, 2002-2004	216
Abb. A 17: Anteil weiblicher Studierender nach Kreisen, in Prozent aller Studierender, 1998-2003	217
Abb. A 18: Anteil weiblicher Fachschüler nach Kreisen, in Prozent aller Fachschüler, 1998-2004	217
Abb. A 19: Anteile von Schulabgängern mit verschiedenen Abschlüssen an allen Schulabgängern des selben Geschlechts in den alten und neuen Bundesländern 1995 bis 2004 (in Prozent)	218

Literaturverzeichnis

- Ahrendt, Hans-Jürgen (1979): „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“, Berlin.
- Albrecht, Günter (1972): Soziologie der geografischen Mobilität. Stuttgart.
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Hg.) (2007): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2006. Reihe 1, Band 1. Wiesbaden.
- Baumol, William J. (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis. In: American Economic Review 57: 416-426.
- Bell, Daniel (1979): Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbek.
- Bellmann, Lutz/ Dahms, Vera/ Wahse, Jürgen (2005): IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der neuen Welle 2004 – Teil III. Innovationen im Betrieb, wirtschaftliche Lage der Betriebe. IAB Forschungsbericht 22/2005. Nürnberg.
- Bertram, Barbara (1994): Unterschiedlichen Lebenswege und Chancen für die Geschlechtergruppen. In: Bertram, Barbara et al. (Hg.): Gelungener Start – unsichere Zukunft? Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ergebnisse der Leipziger Längsschnittstudie 2. München.
- Bertram, Hans (Hg.) (1995): Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt und geschlechtsspezifische Differenzierung des Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt. Sonderauswertung des Arbeitsmarktmonitors Sachsen-Anhalt. Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt Band III. Magdeburg.
- Bertram, Hans/ Hennig, Marina (1996): Das katholische Arbeitermädchen vom Lande. In: Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Jahrbuch Bildung und Arbeit 1996. Opladen: 229-251.
- Bertram, Hans/ Hradil, Stefan/ Kleinheinz, Gerhard (Hg.) (1995): Sozialer und demografischer Wandel in den neuen Bundesländern. Berlin.
- Bertram, Hans/ Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen.
- Bertram, Hans/ Kreher, Wolfgang/ Müller-Hartmann, Irene (Hg.) (1998): Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß. Analysen zu den Umbrüchen in Ostdeutschland. Opladen.
- Beuster, Frank (2006): Die Jungenkatastrophe. Das überforderte Geschlecht. Reinbek.

- Birg, Herwig (1993): Ursachen der Wanderungen im Hinblick auf die Eigendynamik und die Wechselwirkungen der internationalen und interregionalen demoökonomischen Prozesse. In: Raumforschung und Raumordnung (51), 5: 241-247.
- Blossfeld, Hans-Peter (1989): Kohortendifferenzierung und Karriereprozess. Eine Längsschnittstudie über die Veränderung der Bildungs- und Berufschancen im Lebenslauf. Frankfurt a.M./New York.
- Bos, Wilfried et al. (2006): Erster Bericht zu den Ergebnissen der Studie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern – Jahrgangsstufe 7“ (KESS 7), <http://www.hamburger-bildungsserver.de/schulentwicklung/qualitaet/kess/KESS7>.
- Bos, Wilfried/ Pietsch, Marcus (2004): KESS 4. Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern Jahrgangsstufe 4. Hamburg.
- Bothfeld, Silke et al. (2005): WSI-FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen. Hans-Böckler-Stiftung. Berlin.
- Broscheid, Andreas/ Gschwend, Thomas (2003): Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen. MIPfG Working Paper 03/7. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln.
- Budde, Jürgen/ Faulstich-Wieland, Hannelore (2004): Chancen und Probleme bei der Dramatisierung von Geschlecht. In: Jugendstile, H. 4: 3-8.
- Budde, Jürgen (2008): Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/ männlichen Jugendlichen. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bildungsforschung Band 23. Bonn und Berlin.
- Bühler, Grit (1997): Mythos Gleichberechtigung in der DDR. Frankfurt/ Main und New York.
- Bundesagentur für Arbeit (Hg.) : Arbeitslose nach Gemeinden, Datensätze online unter www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/q.html, abgerufen 11/2007
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2007): Frauen-Männer-Räume. Geschlechterunterschiede in den regionalen Lebensverhältnissen. Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2007): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung 2006 (INKAR). CD-Rom. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2006): Berufsbildungsbericht 2005. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2007): Berufsbildungsbericht 2006. Berlin.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2006): Migrationsbericht 2005. Berlin

-
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2006): Jahresbericht 2006 zum Stand der deutschen Einheit. Berlin.
- Bundesregierung (1966): Bericht der Bundesregierung über die Lage der Frauen in Deutschland. Bonn.
- Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (2004): Männer leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung. Köln.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hg.) (2000): Verbesserung der Chancen von Frauen in Ausbildung und Beruf. Ausbildungs- und Studienwahlverhalten von Frauen, H.80. Bonn.
- Cerase, Francesco P. (1967): A Study of Italian Migrants returning from the U.S.A. In: International Migration Review (1), 3: 67-74.
- Christakis, Dimitri A., Zimmerman, Frederick J., DieGiuseppe, David L./ McCarty, Carolyn A. (2004). Early television exposure and subsequent attentional problems in children. In: Pediatrics (113), 4: 708-713.
- Cornelißen, Waltraut (Hg.) (2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des BMFSFJ. München.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg.
- De Jong, Gordon F., Fawcett, James T. (1981): Motivations for Migration: An Assessment and a Value-Expectancy Research Model. In: De Jong, Gordon F., Gardner, Robert W. (Hg.): Migration Decision Making. New York: 13-58.
- Deutsches Jugendinstitut (Hg.): 3. Familiensurvey 2000. München, Datensatz online unter <http://213.133.108.158/surveys/index.php?m=msg,1&gID=2>, abgerufen 11/ 2007
- Diefenbach, Heike/ Klein, Michael (2002): „Bringing Boys back in“. Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Bildungssystem zu Ungunsten von Jungen am Beispiel von Sekundarschulabschlüssen. In: Zeitschrift für Pädagogik (48), 6: 938-958.
- Dienel, Christiane et al. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Abschlussbericht. ohne Ort.
- Dienel, Christiane/ Gerloff, Antje (2003): Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration für Sachsen-Anhalt. In: Claus, Thomas (Hg.): Gender-Report Sachsen-Anhalt 2003. Oschersleben.

- Dienel, Hans-Liudger et al. (2006): Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte. Abschlussbericht. Nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung. Berlin.
- Diner, Hasia R. (1983): *Erin's Daughters in America. Irish Immigrant Women in the Nineteenth Century*. Baltimore.
- Diner, Hasia R. (1986): *Erin's Daughters in America. Irish Immigrant Women in the Nineteenth Century*. Baltimore u.a.
- Doberkau, Eckhard (1980): *Abwanderung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Richtung, Entfernung und Motivation*. Stuttgart.
- Dölling, Irene (2005): Ostdeutsche Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. In: Schäfer, Eva et al. (Hg.): *Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende*. Münster.
- England, Paula (1982): The Failure of Human Capital Theory to Explain Occupational Sex Segregation. In: *The Journal of Human Resources* (17), 3: 358-370.
- Ennemoser, Marco (2003): Effekte des Fernsehens im Vor- und Grundschulalter. Ursachen, Wirkmechanismen und differenzielle Effekte. In: *Nervenheilkunde* (22): 443-453.
- Falk, Susanne (2002): Geschlechtsspezifische berufliche Segregation in Ostdeutschland zwischen Persistenz, Verdrängung und Angleichung: Ein Vergleich mit Westdeutschland für die Jahre 1991-2000. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 1/2002. Nürnberg.
- Fourastié, Jean (1954): *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*. Köln.
- Gartner, Alan/ Riessman, Frank (1978): *Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors*. Frankfurt a.M.
- Gatzweiler, Hans-Peter (1975): *Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen*. Bonn.
- Geis, Martin (2005): *Migration in Deutschland. Interregionale Migrationsmotivatoren*. Wiesbaden.
- Geißler, Rainer (1992): *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Opladen.
- Geißler, Rainer (2006): Materielle Lebensbedingungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Sozialer Wandel in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung*, H. 269.

-
- Geißler, Reiner (2000): Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen. Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B40/2000.
- Gentile, Douglas A./ Lynch, Paul J./ Linder, Jennifer R./ Walsh, David A. (2004): The effects of violent video game habits on adolescent hostility, aggressive behaviors, and school performance. In: Journal of Adolescence (27): 5-22.
- Gershuny, Jonathan I. (1981): Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen. Frankfurt a. M.
- Goedicke, Anne/ Trappe, Heike (2005): Occupational Sex Segregation and Societal Change. In: Peper, Bram/ van Doorne-Huiskes, Anneke/ den Dulk, Laura (Hg.): Flexible Working and Organisational Change: The Integration of Work and Personal Life. Cheltenham: 84-116.
- Gosch, Sabine (2003): Ergebnisse der sächsischen Wanderungsanalyse. Statistisches Landesamt Sachsen. Bautzen.
- Granato, Mona (2004): Feminisierung der Migration – Chancengleichheit für junge Frauen mit Migrationshintergrund in Ausbildung und Beruf. Kurzexpertise für den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn:
- Granato, Mona/ Schittenhelm, Karin (2004): Junge Frauen: Bessere Schulabschlüsse – aber weniger Chancen beim Übergang in die Berufsausbildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B28/ 2004.
- Haindorf, Götz (2003): Die Jungs von nebenan. Das magische Land der jungen männlichen Psyche. Göttingen.
- Han, Petrus (2003): Frauen und Migration. Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration. Stuttgart.
- Han, Sylvia (2000): Wie Frauen in der Migrationsgeschichte verloren gingen. In: Husa, K.
- Hansch, Winfried (1995): Wanderungsbewegungen aus den alten Bundesländern in die Region Berlin/ Brandenburg: Zustrom aus der Gruppe der Eliten. In: Bertram, Hans/ Hradil, Stefan/ Kleinheinz, Gerhard (Hg.): Sozialer und demografischer Wandel in den neuen Bundesländern. Berlin: 47-67.
- Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt a.M.

- Hoose, Daniela/ Vorholt, Dagmar (1997): Der Einfluß von Eltern auf das Berufswahlverhalten von Mädchen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/ 1997.
- Houstoun, Marion F./ Kramer, Roger G./ Barrett, Joan Mackin (1984): Female Predominance in Immigration to the United States Since 1930: A First Look. In: International Migration Review (18), 4, Special Issue: Women in Migration: 908-963.
- Hübler, Olaf (2003): Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4: 535-559.
- Hübner, Conchita (1997): Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. In: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 8.
- Hurrelmann, Klaus (1992): Plädoyer für eine Schulreform, in der Gymnasien und Gesamtschulen die Basisformen bilden: "Zwei-Wege-Modell" In: Johann-Jakobs-Stiftung (Hg.): Jugend, Bildung und Arbeit. Zürich: 38-63.
- Jackson, Pauline (1984): Women in 19th Century Irish Emigration. In: International Migration Review (18), 4, Special Issue: Women in Migration: 1004-1020.
- Jäkel, Ursula (1980): Partnerwahl und Eheerfolg: Eine Analyse der Bedingungen und Prozesse ehelicher Sozialisation in einem rollentheoretischen Ansatz. Stuttgart.
- Kalter, Frank (1997): Wohnortwechsel in Deutschland. Ein Beitrag zur Migrationstheorie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen. Opladen.
- Kemper, Franz-Joseph (1985): Die Bedeutung des Lebenszyklus-Konzepts für die Analyse intraregionaler Wanderungen. In: Kemper, Franz-Joseph (Hg.): Geographie als Sozialwissenschaft. Bonn.
- Klein, Thomas (1996): Der Altersunterschied zwischen Ehepartnern. Eine kritische Diskussion familiensoziologischer Theorieansätze. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (21), 3: 281-302.
- Klein, Thomas (2000): Partnerwahl und Partnerschaftsformen in regionalen Kontext. In: Bertram, Hans/ Nauck, Bernhard/ Klein, Thomas (Hg.): Solidarität, Lebensformen und regionale Entwicklung. Opladen: 59-82.
- Köhler, Helmut/ Rochow, Thomas/ Schulze, Edeltraud (2001): Bildungsstatistische Ergebnisse der Volkszählungen der DDR 1950 bis 1981. Dokumentation der Auswertungstabellen und Analysen zur Bildungsentwicklung. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Berlin.

-
- Köhler, Helmut/ Stock, Manfred (2004): Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949-1989. Opladen.
- Köhler, Helmut/ Stock, Manfred (2004): Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989. Opladen.
- Kröhnert, Steffen/ Klingholz, Reiner (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslangen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Kröhnert, Steffen/ Medicus, Franziska/ Klingholz, Reiner (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München.
- Kubesch, Sabine (2002): Sportunterricht: Training für Körper und Geist. In: Nervenheilkunde (21), 9: 487-490.
- Kulmitz, L. von (2001): Lohndiskriminierung von Frauen. Eine Analyse mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990. In: Wirtschaft und Statistik, 5: 404-415.
- Lagrave, Rose-Marie (1995), "Eine Emanzipation unter Vormundschaft" . In: Duby, Georges, Perrot, Michelle (Hrsg.), Geschichte der Frauen, Band 5. Frankfurt a. M. und New York: 485-522.
- Lee, Everett S. (1972): Eine Theorie der Wanderung. In: Széll, György (Hg.) Regionale Mobilität. München: 115-129.
- Lehmann, Rainer et al. (2001): QuaSUM. Qualitätsuntersuchung an Schulen zum Unterricht in Mathematik. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung im Land Brandenburg; <http://zope.ebf.hu-berlin.de/document/quasum/>, abgerufen am 31.3.2008.
- Lehmann, Rainer et al. (2005): LAU 11. Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung Klassenstufe 11. Behörde für Bildung und Sport, Amt für Bildung. Hamburg.
- Lehmann, Rainer/ Peek, R./ Gänsfuß, Rüdiger (1997): Aspekte der Lernausgangslage von Schülerinnen und Schülern der fünften Jahrgangsstufe an Hamburger Schulen. Bericht über die Untersuchung im September 1996. Behörde für Schule, Jugend und Berufsausbildung, Amt für Schule. Hamburg.
- Lehmann, Rainer/ Peek, Reiner (1997): Aspekte der Lernausgangslage von Schülerinnen und Schülern der fünften Klassen an Hamburger Schulen: Ergebnisse der Erhebung. In: Hamburg macht Schule (9), 5: 28-30.

- Liebeskind, Uta (2004): Arbeitsmarktsegregation und Einkommen. Vom Wert „weiblicher“ Arbeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (56), 4: 630-652.
- Lowry, Ira S. (1966): Migration and Metropolitan Growth: Two Analytical Models. San Francisco.
- Mai, Ralf (2004): Abwanderung aus Ostdeutschland. Strukturen und Milieus der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung. Frankfurt am Main u.a.
- Meier, Artur/ Müller, Jörg (1997): Die letzte Generation? Jugend und Familie auf dem Lande in Ostdeutschland und in den USA. Ein empirischer Vergleich während der Agrarrevolution. Berlin.
- Möble, Thomas/ Kleimann, Matthias/ Rehbein, Florian/ Pfeiffer, Christian (2006): Mediennutzung, Schulerfolg, Jugendgewalt und die Krise der Jungen. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, H. 3/2006: 295-309.
- Murstein, Bernard I. (1986): Paths to Marriage. Beverly Hills u.a.
- Nave-Herz, Rosemarie (1997): Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung. Hannover.
- Nickel, Hildegard-Maria/ Schenk, Sabine (1996): Prozesse geschlechtsspezifischer Differenzierung im Erwerbssystem. In: Nickel, Hildegard-Maria/ Kühl, Jürgen/ Schenk, Sabine (Hg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin: 259-282.
- Obertreis, Gesine (1986): Familienpolitik in der DDR 1945-1980. Opladen.
- Obst, Torsten (2005): Disproportionalen Bevölkerungsentwicklung in europäischen Regionen – dargestellt an ausgewählten Strukturveränderungen im demografisch aktiven Alter. Diplomarbeit (unveröffentlicht). Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.
- Paulig, Helge/ Schäfer, Ute (1999): Zur Geschlechtsstruktur jugendlicher Migranten und Auswirkungen auf die Geschlechtsstruktur der jugendlichen Bevölkerung im Freistaat Sachsen im Jahr 1999. Statistisches Landesamt Sachsen. Bautzen.
pdf; abgerufen am 31.3.2008
- Phizacklea, Annie (2001): Geschlechterparameter in der Migration. In: Blaschke, Jochen (Hg.): Ost-West-Migration. Perspektiven der Migrationspolitik in Europa. Berlin.
- Picht, Georg (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten u.a.
- Pohl, Hans-Joachim (1970): Kritik der Drei-Sektoren-Theorie. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (3), 4: 313-325.

-
- Pross, Helge (1972): Zeugnis guten Willens – der neue Frauenbericht der Bundesregierung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1972: 708-715.
- Quack, Sigrid (1994): Geschlechtsspezifische Segregation von Arbeitsmärkten - Ergebnisse einer Studie über die EG-Mitgliedsstaaten. In Engelbrech, Gerhard/ Konle-Seidl, Regina/ Maier, Friederike/ Pfau-Effinger, Birgit/ Quack, Sigrid/ Sackmann, Rosemarie/ Walwei, Ulrich (Hg.) (1994): Erwerbsverhalten und Arbeitsmarktsituation von Frauen im nationalen und internationalen Vergleich. Arbeitspapier 1994/1, Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF). Cottbus: 127-175.
- Ravenstein, Ernst-Georg (1889): The Laws of Migration. In: Journal of the Royal Statistical Society (52), 2: 241-305.
- Reinberg, Alexander/ Hummel, Markus (2002): Zur langfristigen Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs in Deutschland. Empirische Befunde und aktuelle Projektionsergebnisse. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 4/2002.
- Reinecke, Jost (2005): Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften. München und Wien.
- Richmond, Anthony H. (1993): Reactive Migration: Sociological Perspectives on Refugee Movements. In: Journal of Refugee Studies (6): 7-24.
- Rösler, Wiebke (2002): Ost-westdeutsche Partnerwahl. Wanderungen, Vorurteile, Wohlstandsunterschiede. Humboldt-Universität zu Berlin. Diplomarbeit (unveröffentlicht).
- Rudolf, Matthias/ Müller, Johannes (2004): Multivariate Verfahren. Eine praxisorientierte Einführung mit Anwendungsbeispielen in SPSS. Göttingen u.a.
- Schäffen, Karin (1993): Einfluss der Branchenstruktur auf die Entwicklung der Erwerbsarbeit in Sachsen-Anhalt. In: Bertram, Hans (Hg.) (1993): Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt und geschlechtsspezifische Differenzierung des Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt. Sonderauswertung des Arbeitsmarktmonitors Sachsen-Anhalt. Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt Band 3. Magdeburg: 94-119.
- Schäffen, Katrin (1998): Die Verdopplung der Ungleichheit. Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin.

- Schenk, Sabine (1995): Neu- oder Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse in Ostdeutschland? In: Berliner Journal für Soziologie (5), 4: 475-488.
- Schildt, Axel (1997): Gesellschaftliche Entwicklung. In: Deutschland in den 1950er Jahren. Informationen zur politischen Bildung, H. 256. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn.
- Schittenhelm, Mona (2004): Soziale Lagen im Übergang. Statuspassagen junger Frauen zwischen Schule und beruflicher Ausbildung. Opladen.
- Schmidt, B. (1996): Methoden der räumlichen Differenzierung. In: Raumforschung und Raumordnung, 5/1996: 321-333.
- Schumacher, Eva (2002): Die soziale Ungleichheit der (Grundschul-) Lehrer/innen oder: Gibt es eine Milieuspezifität pädagogischen Handelns? In: Mägdefrau, Jutta/ Schumacher, Eva (Hg.): Pädagogik und soziale Ungleichheit. Aktuelle Beiträge – Neue Herausforderungen. Bad Heilbrunn: 253-270.
- Schweitzer, Walter (1978): Modelle zur Erfassung von Wanderungsbewegungen. Meisenheim.
- Seidenspinner, Gerlinde (1996): Junge Frauen heute. Wie sie leben und was sie anders machen. Opladen.
- Sjastaad, Larry A. (1962): The Costs and Returns of Human Migration. In: The Journal of Political Economy (70), 5: 80-93.
- Skrobanek, Siriporn/ Janthakeero, Chuitima/ Boonpakdi, Nattaya (1997): The Traffic in Women: Human Realities of the International Sex Trade. Basingstoke.
- Sommers, Christina Hoff (2000): The war against boys. How misguided feminism is harming our young men. New York u.a.
- Speare, Alden (1971): A Cost-Benefit Model of Rural to Urban Migration in Taiwan. In: Population Studies (25):117-130.
- Spitta, Gudrun (1996): Müssen die Jungen denn immer so was Gemeines schreiben? In: Die Grundschulzeitschrift, H.93: 20-26.
- Spitzer, Manfred (2005): Vorsicht Bildschirm! Stuttgart u.a.
- Stanat, Petra/ Kuntner, Mareike (2003): Kompetenzerwerb, Bildungsbeteiligung und Schul-laufbahn von Mädchen und Jungen im Ländervergleich. In: Deutsches PISA-Konsortium (Hg.): PISA 2000. Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: 211-242.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2006): Statistik Regional. Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands. CD-Rom. Düsseldorf.

-
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2006, 2007): Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf, www.regionalstatistik.de
- Statistisches Bundesamt (1970): Statistisches Jahrbuch der BRD. Wiesbaden u.a.: 72.
- Statistisches Bundesamt (2004): Wanderungsstatistik. Fachserie 1. Reihe 1.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2005): Wanderungsstatistik. Fachserie 1. Reihe 1.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006a): Wanderungsstatistik. Fachserie 1. Reihe 1.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006b): Leben in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.
- Stenke, Doris (2004): Transformation von Schulsystemen am Beispiel des Freistaates Sachsen. Dissertation. Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.
- Stouffer, Samuel A. (1940): Intervening Opportunities: A Theory Relating to Mobility and Distance. In: *American Sociological Review* (5), 6: 845-867.
- Thome, Helmut/ Birkel, Christoph (2005): Basisindikatoren der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, Großbritannien, Schweden, USA – 1950 bis 2000. Der Hallische Graureiher 4/2005. Halle.
- Timm, Andreas (2004): Partnerwahl- und Heiratsmuster in modernen Gesellschaften. Der Einfluss des Bildungssystems. Wiesbaden.
- Trappe, Heike (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin.
- Trappe, Heike/ Rosenfeld, Rachel A. (2001): Geschlechtsspezifische Segregation in der DDR und der BRD. Im Verlauf der Zeit und im Lebensverlauf. In: Bettina Heintz (Hg.): *Geschlechtersoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 41/2001, 152-181.
- Troeger-Weiß, Gabi (2004): Let's go Oberfranken – ein Konzept zur Entwicklung der Bevölkerung in Oberfranken. In: Dienel, Christiane et al. (2004): *Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Abschlussbericht*. ohne Ort: 288-355.
- Tzeng, Meei-Shenn.: (1992): The Effects of Socioeconomic Heterogamy and Changes on Marital Dissolution for First Marriages. In: *Journal of Marriage and the Family* (54), 3: 609-619.
- UNFPA (2006): *State of the World Population 2006. A Passage to Hope. Women and International Migration*. o.O.
- Walby, Sylvia (1990): *Theorizing Patriarchy*. Cambridge.

- Wanger, Susanne (2006): Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991-2004. Forschungsbericht Nr.2/2006. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg.
- Willms-Herget, Angelika (1985): Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt a. M.
- Wolpert, Julian (1965): Behavioral aspects of the decision to migrate. In: Papers in Regional Science (15), 1: 159-169.
- Zipf, George K. (1946): The $P_1 \cdot P_2 / D$ Hypothesis: on the intercity movement of persons. In: American Sociological Review (11), 6: 677-686.

Anhang

Tab. A 1: Wanderungssaldo der DDR mit der BRD bzw. der neuen mit den alten Bundesländer, 1961-2005 (alte Bundesländer bis 2001 einschließlich Berlin-West, ab 2001 ohne Berlin)

Jahr	gesamt	männlich	weiblich
1961	- 216 679	- 106 424	- 110 255
1962	- 12 669	- 4 309	- 8 360
1963	- 42 414	- 12 624	- 29 790
1964	- 34 365	- 10 807	- 23 558
1965	- 23 937	- 7 673	- 16 264
1966	- 20 068	- 6 421	- 13 647
1967	- 17 044	- 5 303	- 11 741
1968	- 15 706	- 5 074	- 10 632
1969	- 18 126	- 6 050	- 12 076
1970	- 18 582	- 5 944	- 12 638
1971	- 18 027	- 6 178	- 11 849
1972	- 17 965	- 6 869	- 11 096
1973	- 15 629	- 5 799	- 9 830
1974	- 14 646	- 5 280	- 9 366
1975	- 18 935	- 7 346	- 11 589
1976	- 15 805	- 6 218	- 9 587
1977	- 12 709	- 4 859	- 7 850
1978	- 13 208	- 5 185	- 8 023
1979	- 14 026	- 5 654	- 8 372
1980	- 14 214	- 5 799	- 8 415
1981	- 16 530	- 7 268	- 9 262
1982	- 14 016	- 6 311	- 7 705
1983	- 12 056	- 5 479	- 6 577
1984	- 40 673	- 20 331	- 20 342
1985	- 26 400	- 13 013	- 13 387
1986	- 26 834	- 13 016	- 13 818
1987	- 20 424	- 9 502	- 10 922
1988	- 40 806	- 20 310	- 20 496
1989	- 383 261	- 207 901	- 175 360
1990	- 359 126	- 207 045	- 152 081
1991	- 169 476	- 70 227	- 99 249
1992	- 87 825	- 25 326	- 62 499
1993	- 53 286	- 11 350	- 41 936
1994	- 27 260	- 337	- 26 923
1995	- 25 273	- 1 704	- 23 569
1996	- 14 034	+ 1 181	- 15 215
1997	- 10 441	+ 934	- 11 375
1998	- 30 728	- 10 900	- 19 828
1999	- 43 587	- 18 245	- 25 342
2000	- 61 277	- 28 247	- 33 030
2001	- 97 723	- 47 141	- 50 582
2002	- 80 824	- 38 042	- 42 782
2003	- 58 350	- 26 028	- 32 322
2004	- 51 775	- 23 443	- 28 332
2005	- 47 092	- 21 231	- 25 861

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004 und 2005; Auch zwischen Mauerbau 1961 und dem Jahr vor dem Fall der Mauer hatten stets mehr Frauen als Männer die DDR Richtung Westen verlassen. Dies lag vorwiegend daran, dass Rentnerinnen am ehesten eine Ausreisegenehmigung zu in der Bundesrepublik lebenden Verwandten erlangen konnten. Die Fluchtwelle 1989 und 1990 war klar männlich dominiert. Nach 1991 stellte

sich vor allem in der jungen Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen ein deutlicher Frauenüberschuss im Wanderungssaldo ein.

Tab. A 2: Zuzugs- und Fortzugsraten nach Regionstypen und Altersgruppen (Mittelwerte der Kreisdaten) im Zeitraum 2002-2004

	Zu- und Fortzüge je 1000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe	Altersgruppe 18 bis 29 Jahre		Altersgruppe 18 bis 24 Jahre		Altersgruppe 25 bis 29 Jahre	
		Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Kreisfreie Stadt	Landkreis
alte Bundesländer	Zuzüge weiblich	165,79	108,18	184,51	110,82	140,90	104,52
	Fortzüge weiblich	136,64	107,86	137,72	99,00	150,36	109,69
	Zuzüge männlich	159,20	93,09	161,59	108,21	137,72	99,00
	Fortzüge männlich	130,63	96,48	114,86	87,27	161,59	108,21
	Geschlechterproportion 2005	1,01	0,96				
neue Bundesländer	Zuzüge weiblich	136,36	74,23	150,78	74,24	111,58	74,25
	Fortzüge weiblich	137,50	118,89	133,12	93,21	137,09	103,10
	Zuzüge männlich	122,99	64,99	123,79	77,11	133,12	93,21
	Fortzüge männlich	120,61	95,51	110,16	91,28	123,79	77,11
	Geschlechterproportion 2005	0,93	0,83				

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Tab. A 3: Wirtschaftlich Tätige ab 14 Jahre mit erlerntem Hochschulberuf, die zum Befragungszeitpunkt in diesem Beruf tätig waren, Ergebnisse der Volkszählung 1981 der DDR, gesamt, weiblich und Frauenanteil

	Gesamt	Weiblich	Frauenanteil (in Prozent)
Mathematiker	293	100	34,1
Physiker	685	95	13,9
Chemiker	1663	718	43,2
Biologen	324	203	62,7
Geologen, Geografen	743	142	19,1
Psychologen	844	571	67,7
Mediziner	41313	22468	54,4
Pharmazeuten	1158	835	72,1
Tierärzte	3735	763	20,4
Ingenieure	14408	3426	23,8
Ökonomen	6104	3263	53,5
Rechts- und Gesellschaftswissenschaftler	4661	1774	38,1
Kunstschaffende	10406	3365	32,3
Lehrer für berufstheoretischen Unterricht	4012	1782	44,4
Oberschullehrer	94904	54915	57,9
Erziehungswissenschaftler	7416	4586	61,8
Literatur- und Sprachwissenschaftler	2634	1346	51,1
Sprachmittler	1206	961	79,7
Theologen	943	139	14,7
Hochschulkader o.n.A.	36	5	13,9

gesamt	197488	101457	51,4
--------	--------	--------	------

Quelle: Köhler/ Rochow/ Schulze 2001: 170 ff., eigene Berechnungen (eigene Berufszusammenfassungen)

Tab. A 4: Wirtschaftlich Tätige ab 14 Jahre mit erlerntem Fachschulberuf, die zum Befragungszeitpunkt in diesem Beruf tätig waren, Ergebnisse der Volkszählung 1981 der DDR, gesamt, weiblich und Frauenanteil

	Gesamt	Weiblich	Frauenanteil (%)
Medizinisch-technische Fachkräfte	35441	32179	90,8
Fachkräfte für Krankenpflege, med. Assistenten usw.	93178	90641	97,3
Chemieingenieure	3295	2538	77,0
Bioingenieure	238	199	83,6
Meteorologie-, Geologie- und Vermessungsingenieure	1818	462	25,4
Pharmazieingenieure	6393	6017	94,1
Veterinäringenieure	2761	1896	68,7
Bergbau- und Energieingenieure	2980	239	8,0
Ingenieure für Metallurgie und Werkstoffwesen	747	174	23,3
Maschineningenieure	8536	1145	13,4
Ingenieure für Verfahrenstechnik	1017	85	8,4
Feinwerksingenieure	721	173	24,0
Elektroingenieure	4777	399	8,4
Automatisierungsingenieure	2470	825	33,4
Ingenieure für Holz, Papier, Polygrafie, Textil, Bekleidung	1540	874	56,8
Ingenieure für Leder, Pelz, Glas, Keramik, Lebensmittel und Textilreinigung	936	454	48,5
Agraringenieure	7307	2169	29,7
Ingenieure für Forst- und Fischwirtschaft	2480	177	7,1
Wasserwirtschaftsingenieure	332	113	34,0
Baustoffingenieure	287	98	34,1
Bauingenieure	7719	2476	32,1
Verkehrsingenieure	2579	174	6,7
Fernmeldeingenieure	1635	349	21,3
Ökonomen	33741	24194	71,7
Gesellschaftswissenschaftler	98	38	38,8
Archivare, Restauratoren	485	264	54,4
Kunstschaffende	9286	3946	42,5
Lehrer und Erzieher	163090	148390	91,0
Bibliothekare, Buchhändler	3843	3514	91,4
Journalisten, Dokumentaristen; Sprachmittler	1827	935	51,2
Fachschulkader o.n.A.	76	24	31,6
Gesamt	273014	202341	74,1

Quelle: Köhler/ Rochow/ Schulze 2001: 170 ff., eigene Berechnungen (eigene Berufszusammenfassungen)

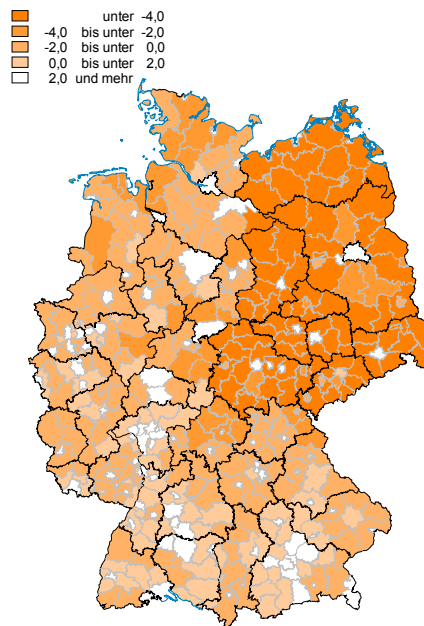


Abb. A 1: Wanderungssaldoraten Frauen, 18 bis 24 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

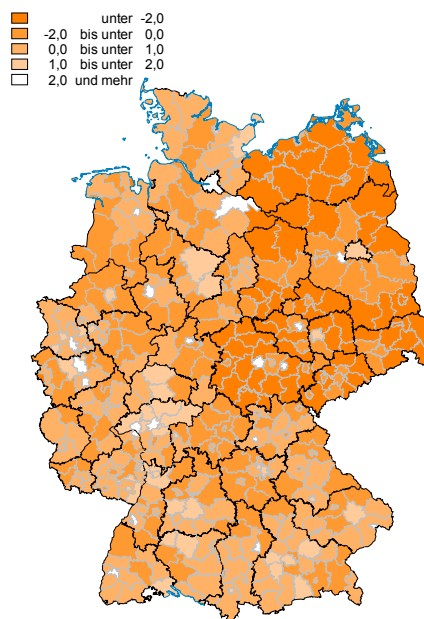


Abb. A 2: Differenz der Wanderungssaldoraten Frauen minus Männer, 18 bis 24 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Abb. A 2 zeigt stark negative Wanderungssaldoraten der 18- bis 24-jährigen Frauen für fast alle Kreise der neuen Bundesländer. Nur wenige Großstädte verzeichnen dort einen Wanderungsgewinn in dieser Altersgruppe. Abb. A3 zeigt, dass ebenfalls in fast allen Kreisen Ostdeutschlands die Abwanderung der 18- bis 24-jährigen Frauen deutlich negativer ausfällt, als bei gleichaltrigen Männern

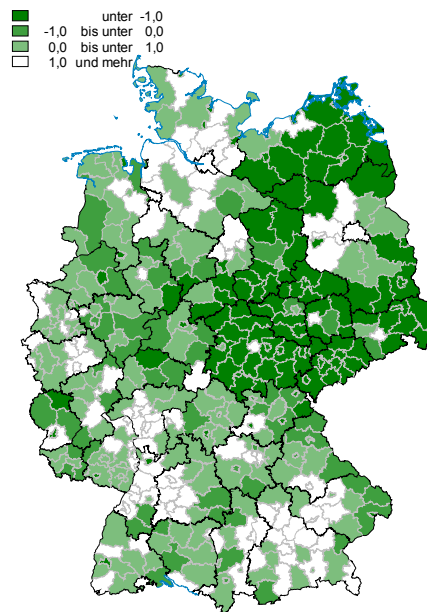


Abb. A 3: Wanderungssaldoraten Frauen, 25 bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

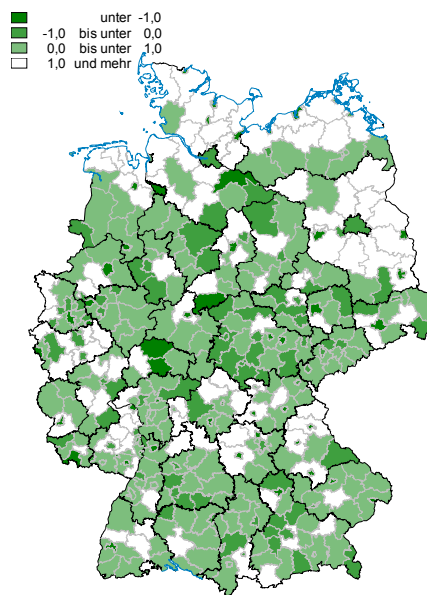


Abb. A 4: Differenz der Wanderungssaldoraten Frauen minus Männer, 25 bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Grafik

Abb. A4 macht deutlich, dass die meisten Regionen der neuen Bundesländer auch in der Altersgruppe von 25- bis 29 Jahre einen deutlichen negative Wanderungssaldorate der Frauen aufweisen. Ausgenommen davon sind lediglich einige Großstädte und deren Umlandregionen. Allerdings ist in dieser Altersgruppe die Wanderungssaldorate von Männer für die meisten Kreise der neuen Bundesländer noch stärker negativ. Der etwas stärkere Wanderungsverlust bei den Männern reicht jedoch nicht aus, die stark überproportionalen Wanderungsverluste der Frauen in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen in Bezug auf die Geschlechterproportion der Wohnbevölkerung zu kompensieren

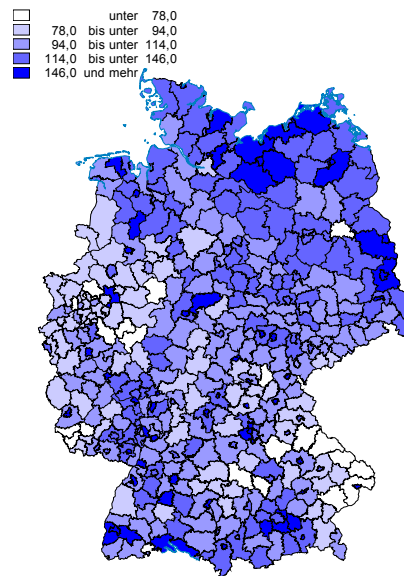


Abb. A 5: Fortzugsraten* der Frauen, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung, Klasseneinteilung folgt aus Gründen der Vergleichbarkeit einer Gleichverteilung von Fällen bei den Fortzugsraten der Frauen (Kreisen) auf die einzelnen Klassen, Klassengrenzen wurden jedoch auf ganze Einheiten gerundet* Zu- bzw. Fortzüge der Frauen von 18 bis 29 Jahre je 1000 weibliche Einwohner des selben Alters

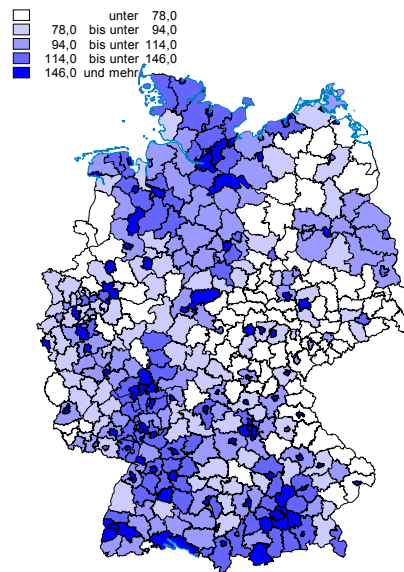


Abb. A 6: Zuzugsraten* der Frauen, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung, Klasseneinteilung folgt aus Gründen der Vergleichbarkeit einer Gleichverteilung von Fällen bei den Fortzugsraten der Frauen (Kreisen) auf die einzelnen Klassen, Klassengrenzen wurden jedoch auf ganze Einheiten gerundet* Zu- bzw. Fortzüge der Frauen von 18 bis 29 Jahre je 1000 weibliche Einwohner des selben Alters

Ein Vergleich der Fortzugs- und Zuzugsraten, aus denen sich die negative Wanderungssaldorate der neuen Bundesländer zusammensetzt, zeigt, dass die Fortzugsraten der 18- bis 29-jährigen Frauen aus den ostdeutschen Landkreisen zwar hoch, im Vergleich zu verschiedenen Regionen der alten Bundesländer jedoch nicht ungewöhnlich sind. Auffällig sind hingegen die deutlich unterproportionalen Zuzugs- (Rückzugs-) raten in die meisten Regionen der neuen Länder. Ausgenommen hiervon sind lediglich Großstädte und deren Umland.

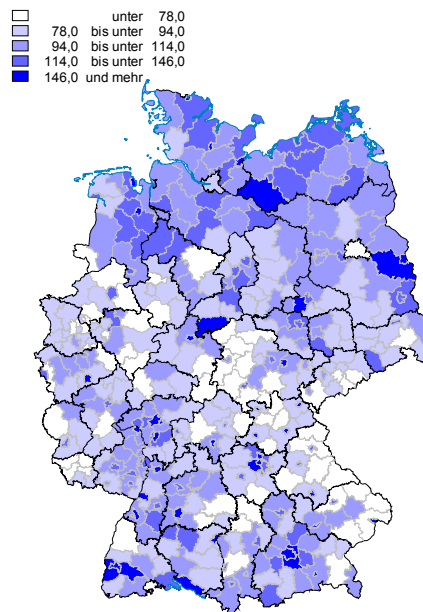


Abb. A 7: Fortzugsraten* der Männer, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung, Klasseneinteilung folgt aus Gründen der Vergleichbarkeit einer Gleichverteilung von Fällen bei den Fortzugsraten der Frauen (Kreisen) auf die einzelnen Klassen, Klassengrenzen wurden jedoch auf ganze Einheiten gerundet

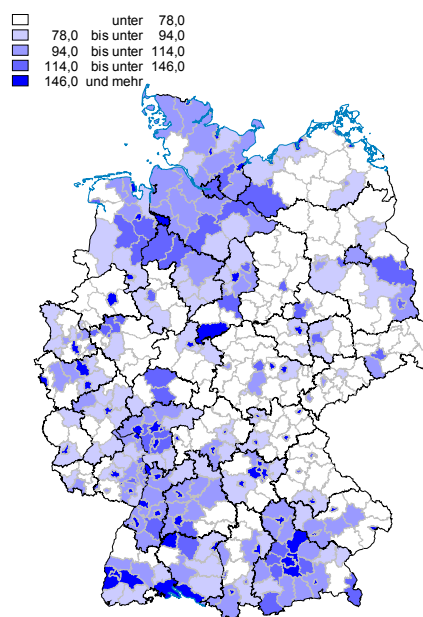


Abb. A 8: Zuzugsraten* der Männer, 18- bis 29 Jahre, in Promille, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung, Klasseneinteilung folgt aus Gründen der Vergleichbarkeit einer Gleichverteilung von Fällen bei den Fortzugsraten der Frauen (Kreisen) auf die einzelnen Klassen, Klassengrenzen wurden jedoch auf ganze Einheiten gerundet

Zu- bzw. Fortzüge der Frauen von 18 bis 29 Jahre je 1000 männliche Einwohner des selben Alters
Das Zuzugs- und Fortzugsverhalten der 18- bis 29-jährigen Männer zeigt – auf anderem numerischen Niveau – ein ähnliches Muster wie jenes von Frauen (Abb. A5 und A6). Männer weisen jedoch in den Landkreisen der neuen Bundesländer geringere Fortzugsraten auf. Frauen bevorzugen bei Zuzügen in die neuen Länder deutlicher als Männer das Umland von Großstädten.

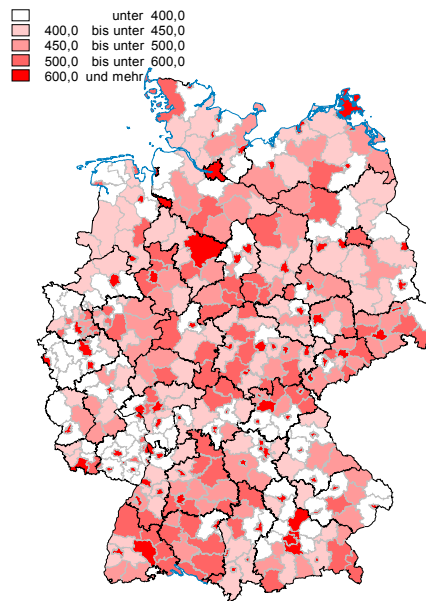


Abb. A 9: Anzahl weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 1000 weibliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Die geschlechtsspezifische Arbeitsplatzdichte zeigt in den neuen Bundesländern keine besonderen Differenzen zum Bundesgebiet West. Lediglich die Arbeitsplatzdichte der Männer offenbart eine deutliche Struktur- schwäche und Unterbeschäftigung.

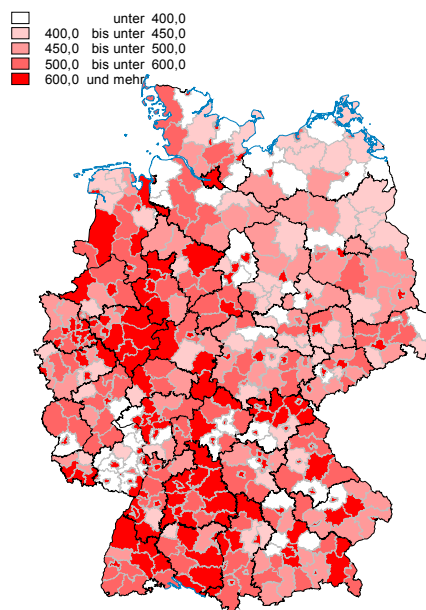


Abb. A 10: Anzahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 1000 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahren, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Die geschlechtsspezifische Arbeitsplatzdichte zeigt in den neuen Bundesländern keine besonderen Differenzen zum Bundesgebiet West. Lediglich die Arbeitsplatzdichte der Männer offenbart eine deutliche Struktur- schwäche und Unterbeschäftigung.

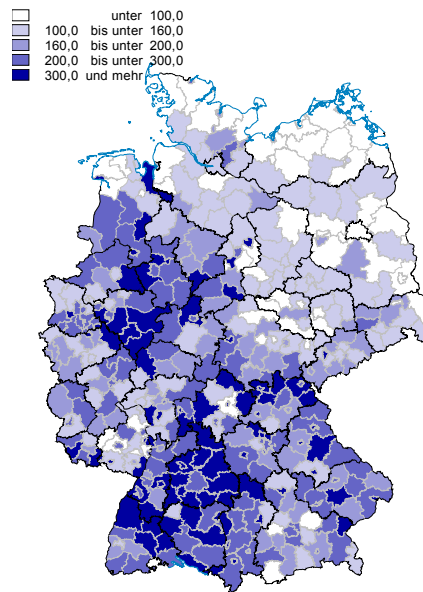


Abb. A 11: Anzahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe je 1000 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Darstellung

Die neuen Bundesländer weisen im typischerweise männerdominierten verarbeitenden Gewerbe einen deutlichen Mangel an Arbeitsplätzen auf. Hingegen ist das wenig innovative Baugewerbe dort trotz jahrelanger Schrumpfung noch immer deutlich überproportionaler Arbeitgeber für Männer.

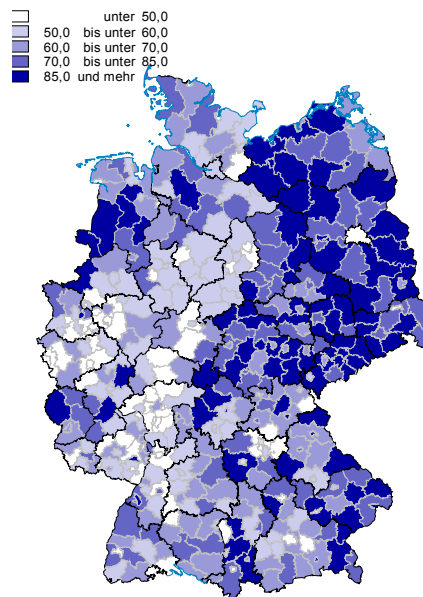


Abb. A 12: Anzahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Baugewerbe je 1000 männliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Darstellung

Die neuen Bundesländer weisen im typischerweise männerdominierten verarbeitenden Gewerbe einen deutlichen Mangel an Arbeitsplätzen auf. Hingegen ist das wenig innovative Baugewerbe dort trotz jahrelanger Schrumpfung noch immer deutlich überproportionaler Arbeitgeber für Männer.

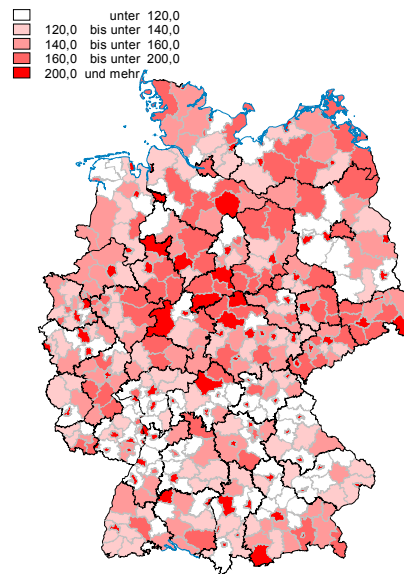


Abb. A 13: Anzahl weiblicher Erwerbstätiger in Bildung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen* je 1000 weibliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004

*vollständige Bezeichnung des Sektors: Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Die Arbeitsplatzdichte der beiden für Frauen bedeutsamsten Wirtschaftszweige zeigt, dass im Bereich Bildung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen ähnlich viele, im Bereich Öffentliche Verwaltung sogar deutlich mehr Arbeitsplätze für Frauen existieren, als in den alten Bundesländern.

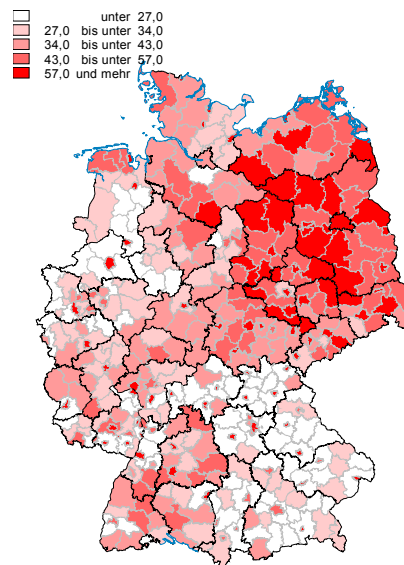


Abb. A 14 Anzahl weiblicher Erwerbstätiger im Öffentlichen Dienst* je 1000 weibliche Einwohner von 18 bis 60 Jahre, 2002-2004

*vollständige Bezeichnung: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, Exterritoriale Organisationen und Körperschaften; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Die Arbeitsplatzdichte der beiden für Frauen bedeutsamsten Wirtschaftszweige zeigt, dass im Bereich Bildung, Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen ähnlich viele, im Bereich Öffentliche Verwaltung sogar deutlich mehr Arbeitsplätze für Frauen existieren, als in den alten Bundesländern.

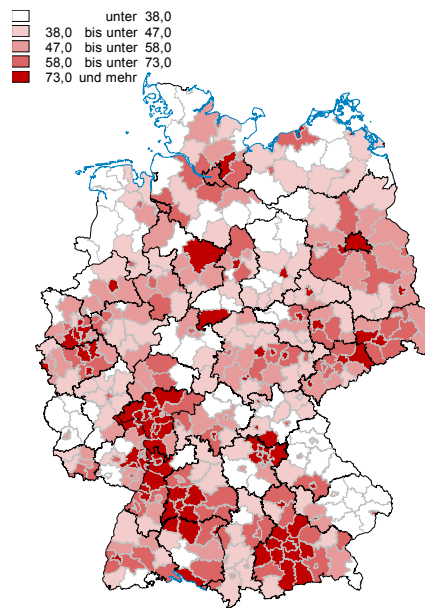


Abb. A 15: Hochqualifizierte sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer je 1000 männliche Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Die Abbildungen A15 und A16 zeigen, dass die Dichte hochqualifizierter männlicher Beschäftigter in den neuen Bundesländern eher geringer, die hochqualifizierter beschäftigter Frauen jedoch deutlich höher ist, als in Westdeutschland. Hieraus lässt sich die hohe Bildungsmotivation junger ostdeutscher Frauen ableiten, die häufiger hochqualifizierte Mütter oder sonstige hochqualifizierte weibliche Bezugspersonen haben.

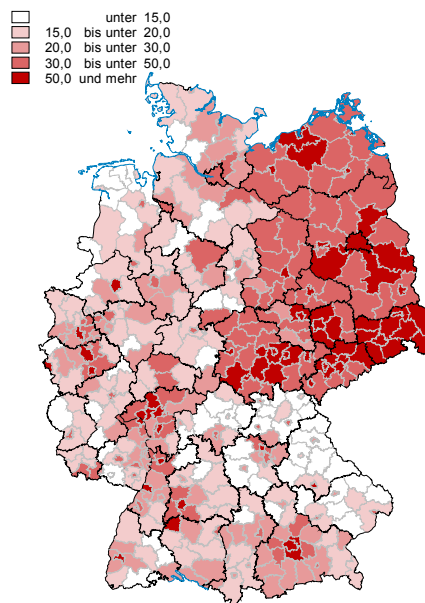


Abb. A 16: Hochqualifizierte sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen je 1000 weiblich Einwohner zwischen 18 und 60 Jahren, 2002-2004

Quelle: Statistische Ämter der Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen

Die Abbildungen A15 und A16 zeigen, dass die Dichte hochqualifizierter männlicher Beschäftigter in den neuen Bundesländern eher geringer, die hochqualifizierter beschäftigter Frauen jedoch deutlich höher ist, als in Westdeutschland. Hieraus lässt sich die hohe Bildungsmotivation junger ostdeutscher Frauen ableiten, die häufiger hochqualifizierte Mütter oder sonstige hochqualifizierte weibliche Bezugspersonen haben.

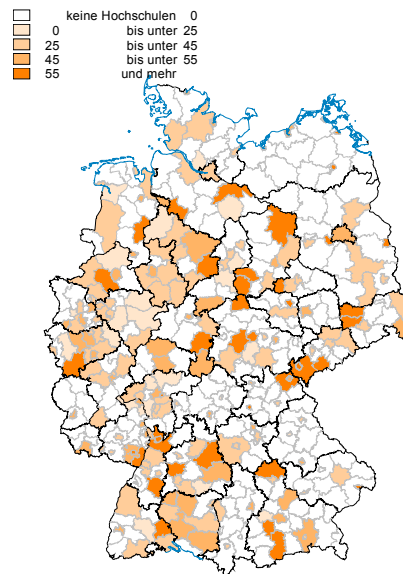


Abb. A 17: Anteil weiblicher Studierender nach Kreisen, in Prozent aller Studierender, 1998-2003

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007, eigene Berechnungen

Abb. A 17 und A 18 zeigen kein Defizit an „frauentypischen Studienplätzen“ in den neuen Bundesländern. Der Frauenanteil an allen Studierenden an Fachschulen ist sogar deutlich höher als in vielen Regionen der alten Bundesländer. Auch sind Fachschulen auch in den neuen Bundesländern weitgehend flächendeckend verfügbar. Lediglich das Land Mecklenburg-Vorpommern weist hier eine Strukturschwäche auf. Ähnliches gilt für Hochschulen – auch hier sind die Frauenanteile an allen Studierenden in den neuen Ländern ähnlich hoch wie in Westdeutschland und liegen an mehreren Hochschulstandorten über 55 Prozent.

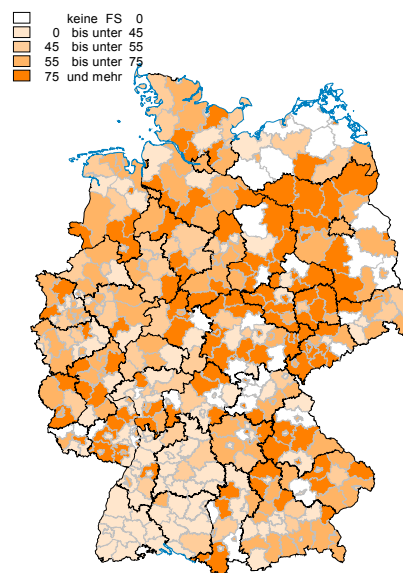
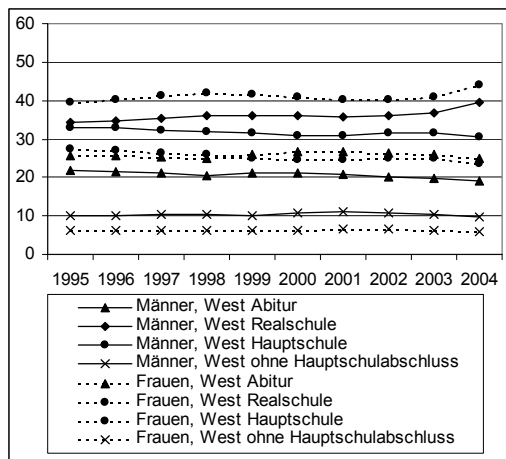


Abb. A 18: Anteil weiblicher Fachschüler nach Kreisen, in Prozent aller Fachschüler, 1998-2004

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007, eigene Berechnungen

Abb. A 17 und A 18 zeigen kein Defizit an „frauentypischen Studienplätzen“ in den neuen Bundesländern. Der Frauenanteil an allen Studierenden an Fachschulen ist sogar deutlich höher als in vielen Regionen der alten Bundesländer. Auch sind Fachschulen auch in den neuen Bundesländern weitgehend flächendeckend verfügbar. Lediglich das Land Mecklenburg-Vorpommern weist hier eine Strukturschwäche auf. Ähnliches gilt für Hochschulen – auch hier sind die Frauenanteile an allen Studierenden in den neuen Ländern ähnlich hoch wie in Westdeutschland und liegen an mehreren Hochschulstandorten über 55 Prozent.

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer

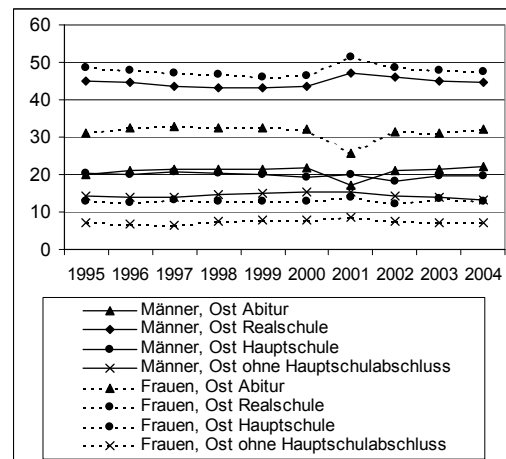


Abb. A 19: Anteile von Schulabgängern mit verschiedenen Abschlüssen an allen Schulabgängern des selben Geschlechts in den alten und neuen Bundesländern 1995 bis 2004 (in Prozent)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006, eigene Berechnungen,

Männliche Jugendliche verlassen die allgemein bildenden Schulen der neuen Bundesländer seit Mitte der 1990er Jahre mit deutlich geringeren Bildungsabschlüssen als ihre weiblichen Mitschülerinnen. Die Ausschläge nach oben (bei Schulabgängern mit Realschulabschluss) und nach unten (bei den Schulabgängern mit Abitur) in den neuen Bundesländern im Jahr 2001 entstehen dadurch, dass in jenem Jahr in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ein 13. Schuljahr eingeführt wurde. Dadurch fielen nur wenige Schulabgänger mit Abitur an, was die Verhältniszahlen deutlich beeinflusst.